



**Institut für
Friedensarbeit
und Gewaltfreie
Konfliktaustragung**



**Bund für
Soziale Verteidigung**

Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung

Dokumentation eines Workshops von IFGK und BSV
vom 15.-16. April 2005

Hrsg. von Barbara Müller und Christine Schweitzer

ISBN 3-935431-76-7



Sozio-Publishing

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titelsatz für diese Publikation ist bei der
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Verlagslektorat: Ludger Müller
Umschlaggestaltung: Sozio-Publishing
Konzeption und Gesamtgestaltung: BSV, IFGK und Sozio-Publishing

Edition Sozio-Publishing 506

1. Auflage 2006

ISBN 3-935431-76-7

ISSN 1439-2011 (Hintergrund- und Diskussionspapier des BSV Nr. 20)

ISSN 1439-4006 (IFGK-Arbeitspapier Nr. 20)

Hintergrund- und Diskussionspapier des BSV Nr. 20

Bund für Soziale Verteidigung, Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

☎ 05 71 - 2 94 56 ☎ 05 71 - 2 30 19

E-Mail: info@soziale-verteidigung.de

Internet: www.soziale-verteidigung.de

IFGK-Arbeitspapier Nr. 20

IFGK, Hauptstraße 35, 55491 Wahlenau

☎ 0 65 43 - 98 00 96 ☎ 0 65 43 - 50 06 36

E-Mail: BMuellerIFGK@aol.com; CSchweitzerIFGK@aol.com

Internet: www.ifgk.de

© Sozio-Publishing, Osnabrück 2006

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt.

Alle Rechte sind vorbehalten.

Verantwortlich für den Inhalt sind für die Autorinnen/Autoren.

Bestellungen über:

Sozio-Publishing, Schloss-Str. 81, 49080 Osnabrück

☎ 05 41 - 8 60 23 92 ☎ 05 41 - 8 60 23 91

E-Mail: info@sozio-publishing.de

Internet: www.sozio-publishing.de

Inhalt

Einleitung

Christine Schweitzer und Barbara Müller 5

Soziale Verteidigung: Aktuelle Entwicklungen und Themen in Theorie und Praxis

Barbara Müller 11

Sicherheitspolitische Herausforderungen: Für eine basisdemokratische, ökologische und soziale Politik mit gewaltfreien Mitteln

Theodor Ebert 25

Nachdenken über Soziale Verteidigung im Kontext internationaler Kriege

Christine Schweitzer 43

Terrorismus und Soziale Verteidigung

Francesco Tullio 49

Gewaltfreiheit im afrikanischen Kontext

Emanuel Matondo 67

Soziale Verteidigung und gewaltfreie Intervention – zwei Konzepte am Beginn einer neuen Freundschaft?

Renate Wanie 71

Durch gewaltfreie Aktion in innenpolitischen Konflikten zur Sozialen Verteidigung

Wolfgang Sternstein 81

Orientierung statt Angst – was die Beschäftigung mit dem Konzept Sozialer Verteidigung heute bringen kann

Berthold Keunecke 89

Gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus

Theodor Ebert 95

Alternative security concepts – what can we learn from past experience?

What new challenges do we face?

Barbara Müller 109

Pazifismus und Soziale Verteidigung

Christine Schweitzer 111

Diskussionsbeitrag: Quergedacht

Ute Finckh 118

Diskussionsbeitrag: Entwurf einer Kampagne gegen Atomwaffen in der Bundesrepublik

Wolfgang Sternstein 120

Schlussfolgerungen und Ausblick

Barbara Müller und Christine Schweitzer 123

Summaries 129

Literaturliste 135

Die AutorInnen (in alphabetischer Reihenfolge) 140

Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung 141

Bund für Soziale Verteidigung 145

Einleitung

Christine Schweitzer und Barbara Müller

Soziale Verteidigung ist ein Konzept von Widerstand, das auf der grundsätzlichen Ablehnung jeder Form von Gewalt basiert und dadurch in einem gesellschaftlichen und politischen Umfeld, das auf Gewalt als Ultima Ratio baut, zu einem radikalen, ja in den Augen vieler Menschen utopischen Konzept wird.

An diesem radikal-utopischen Charakter hat sich seit der „Erfindung“ von Sozialer Verteidigung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts über ihre wissenschaftliche Ausarbeitung im Zeitalter des drohenden atomaren Holocausts bis heute angesichts von ‘humanitären Interventionen’ und Präventivkriegen nichts geändert. In den sozialen Bewegungen ist Gewaltfreiheit allgemein und noch mehr Soziale Verteidigung als ein spezielles Konzept immer Thema nur einer Minderheit gewesen, auch wenn sie in den Hochzeiten der westdeutschen Friedensbewegung in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts zumindest im Westen einen gewissen Bekanntheitsgrad erfuhr. Für die Friedensforschung gilt das Gleiche: Auch hier waren es immer wenige Persönlichkeiten – dazu zählen einige der AutorInnen hier in dieser Aufsatzsammlung, allen voran Theodor Ebert –, die sich mit diesem Thema befassten. Doch Popularität hat nur sehr bedingt etwas mit Relevanz zu tun. Umfragen bestätigen immer wieder, dass letztlich die meisten Menschen überzeugt sind, dass es „so“ – wie auch immer das „So“ konkret gefüllt wird – nicht weitergehen kann. Es braucht Alternativen, und die verschiedenen auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit basierenden Konzepte gehören zu dem Spektrum der Alternativen, die einen Weg in eine lebenswerte Zukunft weisen können.

Der Workshop

„Ohne Waffen – aber nicht wehrlos! Wege zur Sozialen Verteidigung“ hieß ein von über eintausend Menschen besuchter Kongress, der im Jahr 1988 auf Anstoß des Versöhnungsbundes gemeinsam von einer Mehrzahl der in Westdeutschland aktiven gewaltfrei-pazifistischen Gruppen durchgeführt wurde. Auf ihm wurde intensiv über verschiedene Konzepte und Verständnisse von Sozialer Verteidigung debattiert und anschließend ein Dachverband - der Bund für Soziale Verteidigung - gegründet, der sich der Beförderung von Sozialer Verteidigung und der Abschaffung von Militär widmen sollte. Im April 2005, also 17 Jahre nach dem Kongress, initiierte der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) einen Workshop zum Thema Soziale Verteidigung, der einen ähnlichen Titel hätte tragen können, denn wieder ging es um ‘Wege’: Wohin mit der Sozialen Verteidigung? Ist sie angesichts der veränderten weltpolitischen Lage überhaupt noch aktuell? Kann sie Antworten auf gegenwärtige Sicherheitsrisiken und Bedürfnisse von sozialen Bewegungen geben? Und konkret für den Bund für Soziale Verteidigung: Lohnt es sich, weiter/wieder an dem Thema zu arbeiten?

Diese Aufsatzsammlung dokumentiert diesen Workshop, der vom Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung für den BSV vorbereitet und mit ihm gemeinsam durchgeführt wurde.

Im Vorfeld des Workshops hatten wir verschiedene Dimensionen des Themas ‘Soziale Verteidigung’ identifiziert. Hierbei schauten wir sowohl auf die alte Diskussion vom Bundeskongress 1988 wie auf die aktuellen Debatten bezüglich internationaler Sicherheit und ihrer Bedrohungen. Somit kamen wir schließlich auf fünf Dimensionen:

1. Das SV-Konzept und seine Anwendbarkeit auf Regionen, die heute konkret mit Drohung von „außen“ konfrontiert sind.
2. Soziale Verteidigung angesichts der Bedrohung durch Terrorismus

3. Die Anwendbarkeit des Konzepts der Sozialen Verteidigung auf innere Kriege („Bürgerkriege“).
4. Der Zusammenhang zwischen Sozialer Verteidigung und gewaltfreier Intervention.
5. Die Anwendbarkeit des Konzepts der Sozialen Verteidigung auf konkrete, heutige innergesellschaftliche Konflikte.

Mehr mit dem Thema des Prozesses, des „Wie-dahin-Kommens“, befassten sich schließlich die beiden letzten Themen:

6. Soziale Verteidigung als ein Konzept zum Empowerment und zur Politisierung.
7. Soziale Verteidigung als sicherheitspolitische Perspektive für Deutschland.

Ungefähr zwanzig Aktive aus dem weiteren Umfeld des Bund für Soziale Verteidigung, die sich mit dem Thema Soziale Verteidigung bereits auseinander gesetzt haben, folgten der Einladung nach Hannover im April 2005.

Die Beiträge in diesem Heft

Barbara Müller, Friedensforscherin und Mitgründerin des Bund für Soziale Verteidigung, leitet diese Aufsatzsammlung mit einem Beitrag über „*Aktuelle Entwicklungen und Themen in Theorie und Praxis*“ ein. Müller plädiert dafür, die Konzeptentwicklung nicht isoliert von der empirischen Basis gewaltfreier Konfliktaustragung zu betrachten. Wenn man als den kleinsten gemeinsamen Nenner von Sozialer Verteidigung die kollektive Fähigkeit zur zielgerichteten, gewaltlosen Machtentfaltung in eskalierten Konflikten versteht, wird leicht nachvollziehbar, welche Ausstrahlungskraft diese Grundidee bei ganz unterschiedlichen sozialen Gruppen haben kann. Es wird auch deutlich, dass für unterschiedliche Konflikte verschiedene Konzepte und Handlungsstrategien erforderlich sind. Je nach praktischer oder theoretischer Ausrichtung ergeben sich sechs verschiedene Ebenen: 1. Soziale Verteidigung als staatliche Praxis im Konflikt; 2. Strategische Beratung im gewaltlosen Kampf um die politische Macht; 3. Strategische Beratung im gewaltlosen Kampf um die Erringung oder Bewahrung sozialer Errungenschaften, Überleben als Zivilgesellschaft; 4. Entwicklung der Fähigkeit zur gewaltlosen Austragung von Konflikten in Alltag und Gesellschaft, sowohl präventiv als auch akut; 5. Entwicklung von Konzepten zur praktischen Umsetzung von Sozialer Verteidigung bzw. Inspiration für gesellschaftlichen, positiven Wandel; 6. Eingang in den wissenschaftstheoretischen Diskurs.

Der Beitrag beschreibt aktuelle Entwicklungen auf den verschiedenen Ebenen. Resümierend kann festgehalten werden, dass eine breite Palette von Aktivitäten in ganz verschiedenen Teilen der Welt sich auf den Begriff Sozialer Verteidigung bezieht. Es fällt auf, dass die Beratung von Oppositionsbewegungen und Zivilgesellschaften eine stärkere praktischer Bedeutung erhalten hat. Als Verteidigungskonzept für staatliche Gebilde oder die EU müsste das Konzept an aktuelle Entwicklungen angepasst werden, die die Konfliktkonstellationen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes berücksichtigen.

Theodor Ebert, Friedensforscher aus Berlin und einer der Väter der Sozialen Verteidigung in Deutschland, befasst sich in seinem programmatischen Beitrag mit dem Thema „*Sicherheitspolitische Herausforderungen: Für eine basisdemokratische, ökologische und soziale Politik mit gewaltfreien Mitteln*“. Er beschreibt die Entwicklung des Konzeptes der Sozialen Verteidigung nach dem 2. Weltkrieg in Friedensforschung und -bewegung. Die gegenwärtige Situation sei durch Ungewissheit und Desorientierung in der Sicherheitspolitik geprägt und auch Friedensorganisationen wie der Bund für Soziale Verteidigung (von dem Ebert meint, er sei zehn Jahre zu spät gegründet worden) sollten sich besser diese Ungewissheit eingestehen. In Bezug auf Soziale Verteidigung warnt Ebert vor einer Vorstellung, die von einem viele Generationen währenden, langsamen und stetigen Aufbau durch die Zivilgesellschaft ausgehe. Man würde sie voraussichtlich schon brauchen, bevor die so definierten idealen Voraussetzungen überhaupt gegeben seien.

In Bezug auf die aktuelle Situation meint Ebert, dass es in Deutschland zwar einen wachsenden Bedarf für radikale Opposition gegen den amerikanischen Imperialismus und seine europäischen Mitprofiteure gebe, aber in näherer Zukunft keine Chance bestünde, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes für einen Kurs der einseitigen Abrüstung und der Umstellung der Sicherheitspolitik auf Soziale Verteidigung zu gewinnen.

Dennoch lehnt er es ab, die Existenzberechtigung der Sozialen Verteidigung bzw. die Notwendigkeit ihrer Entwicklung mit dem Hinweis auf den Rechtsextremismus und den Terrorismus zu rechtfertigen. Sie stellten zwar aktuelle Herausforderungen dar, seien aber letztlich nur 'Nebenkriegsschauplätze'. Stattdessen müsse überlegt werden, welche Widersprüche in der deutschen Gesellschaft allgemein sich so verschärfen könnten, dass eine revolutionäre Situation entstehe und ein wirklich neuer Versuch der Krisenbewältigung unternommen werden müsse. Ebert vermutet, dass dies im Bereich der sich verschärfenden Widersprüche zwischen Arm und Reich liegen könnte. Hier gelte es, nach Gandhis Vorbild ein konstruktives Gegenprogramm zu entwickeln. Er stellt sich vor, dass es in Deutschland und in anderen Staaten Europas zu einer Kulturrevolution komme, die sich gegen die kapitalistische Wirtschaft richte und die sich der Gefahr gegenübersehen werde, u. U. auch mit gewaltsamen – militärischen – Mitteln unterdrückt zu werden. Wer heute an Sozialer Verteidigung weiterarbeiten wolle – wie er es dem BSV empfiehlt -, müsse deshalb zuerst eine grundsätzliche Analyse der gesellschaftlichen und sicherheitspolitischen Situation leisten.

Christine Schweitzer, Gründungsmitglied des Bund für Soziale Verteidigung, plädiert in ihrem Beitrag über „*Soziale Verteidigung im Kontext internationaler Kriege*“ dafür, diese als ein Konzept beizubehalten, das einen Sonderfall gewaltfreien Widerstandes beschreibt, nämlich den Fall, wo eine militärische Aggression oder ein Staatsstreich abgewehrt werden sollen. Ein solches Konzept bleibe weiterhin auch für internationale Konflikte relevant, die, obgleich zahlenmäßig zurückgegangen, weiter eine realistische Bedrohungssituation in vielen Teilen der Welt darstellen, nicht zuletzt aufgrund der Präventivkriegsdoktrin der USA. Sie erläutert in dem Aufsatz fünf Thesen:

1. Soziale Verteidigung, wie sie derzeit konzeptualisiert ist, habe größere Erfolgsaussichten in solchen Konfliktszenarien, in denen der Angreifer zum Erreichen seiner Kriegsziele auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen ist.
2. Kriege wie der Angriff der NATO auf Afghanistan und der USA/der „Koalition der Willigen“ auf den Irak sind solche Szenarien, weil es den angreifenden westlichen Staaten i. d. R. um einen Regimewechsel geht – die Etablierung einer (Marionetten-)Regierung, die dann die Erzielung der weiter reichenden Ziele des Angriffs, sei es ökonomische Ausbeutung von Rohstoffen oder Errichtung von Militärbasen, zulässt.
3. Durch eine Verbindung mit Instrumenten der gewaltfreien Intervention könne die Reichweite von Sozialer Verteidigung unter Umständen gesteigert werden.
4. Bei der Propagierung von Sozialer Verteidigung sollte das Schwergewicht auf Abrüstung und der Schaffung eines gerechten internationalen Systems liegen, nicht auf dem Aufbau von Sozialer Verteidigung, um den Gefahren von Totalitarismus oder Eskalation der möglichen Bedrohung entgegenzuwirken.
5. Soziale Verteidigung bzw. aktive Gewaltfreiheit allgemein besäßen ein Potenzial, das bislang weitgehend unerprobt und unerforscht sei.

Francesco Tullio, Psychoanalytiker aus Italien, beschäftigt sich mit dem Thema „*Terrorismus und Soziale Verteidigung*“ aus psychologischer Sicht. Der Autor beschreibt einen Teufelskreis aus Terrorismus und Gewalt, den es zu durchbrechen gelte, wenn Terrorismus erfolgreich mit gewaltfreien Mitteln bekämpft werden soll. Als Psychoanalytiker sieht Tullio ein Problem darin, dass terroristische Anschläge unbewusste oder zumindest schlecht kontrollierbare emotionale Reaktionen in der breiten Bevölkerung wie bei den Regierungen und Angehörigen der Sicherheitskräfte hervorrufen. Diese emotionalen Reaktionen, die in Hilflosigkeit, Angst oder Verwirrung oder aber auch

überzogener Aggressivität bestehen können, sind mitunter auf die allen Menschen gemeinsame und verdrängte Todesangst zurückzuführen. Wenn ihnen, besonders der Reaktion durch Aggression, aber in der Politik Raum gegeben wird, dann führt diese von Tullio nach Galtung als ‚emotional-impulsives Denken‘ bezeichnete Reaktion letztlich zu Präventivkrieg und weiterem Drehen an der Gewaltschraube. Den Terroristen, deren Ziel in genau so einer Eskalation besteht, werde in die Hände gespielt, und die westliche Gesellschaft riskiere ihren Zusammenbruch.

Die Soziale Verteidigung müsse sich daher sowohl mit einer demokratischen, kulturellen und spirituellen Entwicklung, die aus der Rache und Machtlogik heraus und hin zu einer Kultur der konkreten Konflikttransformation führen kann, befassen, wie auch mit taktischen und strategischen Aspekten der konkreten Abwehr von echten, unmittelbaren Gewalttaten und von Organisationen, die in verschiedenen Ländern Terrorakte und Terrorstrategien planen, durchführen oder ermöglichen.

Emanuel Matondo, als Kriegsdienstverweigerer und Pazifist aus Angola nach Deutschland gekommen, setzt sich in seinem Vortrag mit „*Gewaltfreiheit im afrikanischen Kontext*“ auseinander. An Beispielen gewaltfreier Bewegungen in Angola und Kenia gibt er einen Eindruck von der Vielfalt gewaltfreier Ansätze und deren Erfolge im Kontext des Kampfes gegen Unterdrückung und für die Herstellung von Demokratie in diesen beiden Ländern.

Renate Wanie, langjährige Mitarbeiterin der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, arbeitet Verbindungen auf zwei Ebenen zwischen den Konzepten der Sozialen Verteidigung und der gewaltfreien Intervention heraus - zum einen auf der abstrakten begrifflichen Ebene und zum anderen auf der Ebene der Aktivitäten und der Instrumentarien. Über die Verknüpfung der beiden Konzepte gewinnt die Soziale Verteidigung eine neue und veränderte Relevanz, und die Potenziale der gewaltfreien Intervention können verstärkt für die Weiterentwicklung der Sozialen Verteidigung wahrgenommen werden. Um zu diesem Ergebnis zu kommen, wird von einem Verständnis von Sozialer Verteidigung ausgegangen, das die wirksame Verteidigung einer Gesellschaft mit gewaltfreiem Widerstand gegen einen militärischen Überfall von außen und einen gewaltsamen Staatsstreich von innen als Grundlage nimmt.

Einen besonderen Stellenwert nimmt die Debatte über gewaltfreie Intervention ein, wie sie in den 90er Jahren in der Friedensbewegung diskutiert wurde. Dabei differenziert die Autorin zwischen ziviler und gewaltfreier Intervention und formuliert Kriterien für eine gewaltfreie Intervention. Für den Fall von Sozialer Verteidigung in Verbindung mit einer gewaltfreien Intervention werden die gemeinsamen Grundlagen der beiden Konzepte herausgearbeitet. Abschließend werden mögliche Aktivitäten des gewaltfreien Widerstands in einem besetzten Land den Instrumentarien der gewaltfreien Intervention im Land und von außerhalb als kompatibel gegenübergestellt.

Wolfgang Sternstein, langjähriger Friedensaktivist aus Stuttgart, schreibt zum Thema „*Durch gewaltfreie Aktion in innenpolitischen Konflikten zur Sozialen Verteidigung*“. Er beginnt mit dem Hinweis auf Mohandas K. Gandhi und Martin Luther King, die aus der Geschichte ihrer Heimatländer nicht wegzudenken sind, denn sie haben Massenbewegungen ins Leben gerufen, die Geschichte machten. Das sei nicht nur ihrem Charisma, sondern auch der Tatsache zuzuschreiben, dass sie in der gewaltfreien Aktion eine konstruktive Alternative zur gewaltsamen Aktion als Methode der Konfliktlösung entwickelten und anwandten. Der deutsche und europäische Pazifismus beschränkte sich dagegen zumeist auf ein striktes Nein zum Krieg. Neinsagen, so wichtig es ist, genüge aber nicht. Gewaltfreie Aktion sei eine wirksame Methode der Konfliktaustragung, sofern es darum geht, einen Konflikt im Interesse aller Beteiligten zu lösen, und darüber hinaus eine universale Methode, die auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit Aussicht auf Erfolg angewandt werden könne – angefangen bei persönlichen Konflikten, wie sie jede und jeder von uns kenne, über lokale und regionale Konflikte bis zu nationalen und internationalen Konflikten. Demzufolge bestehe das wichtigste Ziel der Sozialen Verteidigung darin, die Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, Konflikte gewaltfrei auszutragen. Das sei eine volkspädagogische Aufgabe ersten Ranges, die sowohl die Menschen als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse verändere. Im Bild gesprochen, Soziale Verteidigung sei

gewissermaßen das Dach eines Gebäudes, dessen Fundament in der gewaltfreien Wehrhaftigkeit der Bürgerinnen und Bürger eines Landes bestehe.

Berthold Keunecke, ebenfalls Gründungsmitglied des Bundes für Soziale Verteidigung und Pastor aus Herford, befasst sich in seinem Beitrag „*Orientierung statt Angst – was die Beschäftigung mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung heute bringen kann*“ damit, dass die Beschäftigung mit Sozialer Verteidigung Energien zur Gesellschaftsveränderung freisetzen könne: Es gehe darum, dass Soziale Verteidigung die bessere Antwort auf die Sicherheitsbedürfnisse heutiger Menschen darstelle als die staatliche Sicherheitspolitik. Zur Analyse der weit verbreiteten Unsicherheitsgefühle knüpft er an Überlegungen aus den Vereinten Nationen zur „human security“ an, nach denen der Blick auf das Bedürfnis nach Freiheit von Furcht durch den Blick auf den Wunsch nach Freiheit von Not ergänzt werden muss. Das Konzept der Sozialen Verteidigung berücksichtige diese beiden Bedürfnisse als ein ganzheitliches Konzept in besonderer Weise: Als Ziel beschreibe es nicht nur den Ersatz militärischer Strukturen durch die Fähigkeit zur gewaltfreien Druckausübung und zivilen Konfliktbearbeitung, sondern auch eine Dezentralisierung der Gesellschaft in Wirtschaft und Politik, um einer Erpressbarkeit der Gesellschaft weitmöglichst zu entgehen. Damit entspreche dies Konzept den Bestrebungen der „neuen sozialen Bewegungen“, an deren Arbeit anzuknüpfen wäre. Die hier aufgebauten Strukturen und Paradigmen würden dann besonders nötig werden, wenn sich herausstellte, dass die Gesellschaftsparadigmen, welche die heutige Globalisierung prägen, tatsächlich nicht zukunftsfähig sind.

Wir haben in diese Aufsatzsammlung noch ein paar weitere Beiträge aufgenommen, die nicht eigens für den Workshop entstanden waren, die aber Aspekte der Sozialen Verteidigung aufgreifen, die uns wichtig erschienen.

Theodor Ebert hatte einige Monate vor unserem Workshop in einem Vortrag vor Studierenden in Mannheim zum Thema „*Gewaltfreie Politik im Zeiten des internationalen Terrorismus*“ gesprochen. Ebert fragt in diesem Vortrag nach einer gewaltfreien Strategie gegen den internationalen Terrorismus. Anstelle von Vergeltungsschlägen, die nur einem Rachebedürfnis dienen und potenziellen Attentätern neue Gründe für neue Anschläge liefern, sollten gemeinsames Gedenken und Zusammenstehen die primären Reaktionen auf Anschläge sein.

Die Soziale Verteidigung gegen den Terrorismus müsse ansetzen beim Demotivieren der Terroristen. Terrorismus könne am wirksamsten von denjenigen verhindert werden, die zum persönlichen Umfeld der Terroristen gehören, wie es jeder Terrorist, zumindest in der Zeit seiner Rekrutierung für eine solche Organisation, hat. Damit würden Menschen im Umfeld der potenziellen Attentäter zu den primären Trägern des Widerstandes gegen den Terrorismus. Das generelle politische Ziel sollte die Reduzierung des globalen Defizits an sozialer Gerechtigkeit sein. Jede deutlich erkennbare Maßnahme auf diesem Wege, argumentiert Ebert, sei ein Schlag gegen den Terrorismus.

Christine Schweitzer setzt sich in dem Artikel „*Pazifismus und Soziale Verteidigung*“, der 2004 für den friedenspolitischen Beratungskreis der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) geschrieben wurde, mit dem Thema ‚Pazifismus‘ auseinander. Sie argumentiert, dass Soziale Verteidigung als ein Konzept gewaltfreier Konfliktaustragung sich in unmittelbarer philosophischer Nähe zum Pazifismus befinde, auch wenn einzelne ihrer VertreterInnen versuchten, sich aus dem, was sie als einen ideologischen und der Sache abträglichen Dunstkreis betrachteten, zu lösen suchten, um das Konzept ‚politikfähig‘ zu machen. Eine Diskussion um Pazifismus wiederum ergebe nur Sinn, wenn Pazifismus als die radikale Ablehnung jedes Krieges verstanden werde. Alles andere möge antimilitaristische oder friedensbewegte Positionen sein; aber ihre Bezeichnung als Pazifismus brächte dann keinen „Mehrwert“.

Zum Zweiten weist sie darauf hin, dass in der ethischen Diskussion auch die Pazifisten/Pazifistinnen, nicht nur die KriegsbefürworterInnen sind oftmals bewusst oder unbewusst auf Kriterien des Gerechten Krieges bezögen. Viele Argumente, die sich um die Zeitgemäßheit des Begriffes des Gerechten Krieges ranken, müssen vor diesem Hintergrund hinterfragt werden.

Zum Dritten warnt sie davor, bei jedem Krieg beinahe standardmäßig die große Katastrophe vorherzusagen. Wenn Kriege nicht manchmal auch erfolgreich wären, gäbe es Krieg schon längst nicht mehr. Stattdessen sieht sie eher eine mögliche Parallele zur Diskussion in der Ökologiebewegung, wo auf die langfristigen Folgen und die volkswirtschaftlichen Kosten aufmerksam gemacht wird.

Anstatt sich in letztlich unfruchtbaren ethischen Debatten zu zerfleischen, sollten Pazifisten/Pazifistinnen zusammen mit all den anderen, die Krieg vielleicht in manchen Situationen für unumgänglich halten, aber sich eigentlich auch eine Alternative wünschen, daran arbeiten, solche Alternativen zu entwickeln, was Konzepte der gewaltfreien Intervention ebenso wie solche der Sozialen Verteidigung einschließe.

Barbara Müllers Papier über „*Alternative Security Concepts*“ ist ein Kurzvortrag, den sie beim Transnational Institute in Amsterdam im Mai 2005 gehalten hat. Müller beschreibt die Entwicklung von Sozialer Verteidigung als einer radikalen Alternative zu bestehenden militärischen Strukturen, die in der Hochzeit der sozialen Bewegungen der 80er Jahre eine wichtige Rolle bei der Kritik und Entlarvung militärischer Begründungszusammenhänge gespielt hat. Auf wichtige aktuelle Fragen wie die nach Sicherung von Rohstoffen, zivile Krisenprävention und – Intervention oder „Humanitäre Intervention“ gibt es keine Antwort, weil sie sich damals nicht stellten. Weiterhin heutzutage brauchbar erscheint das Vorgehen der Konzeptentwicklung durch die Auseinandersetzung mit realistischen Bedrohungsszenarien, das Identifizieren von gewaltlosen Äquivalenten für gewaltsame/ militärische Mittel und die damit verbundene Frage der moralischen Berechtigung. Als ausformulierte radikale Alternative kann es ein wichtiges Argument in der Hand sozialer Bewegungen sein, wenn es darum geht, die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen im Nord-Süd-Verhältnis auch aus Sicherheitsaspekten heraus zu begründen.

Die Aufsatzsammlung wird abgerundet durch eine *Zusammenfassung und Ausblick* der beiden Herausgeberinnen. Kern ihrer Argumentation hier ist, dass Sicherheit heute international statt auf den Einzelstaat bezogen gedacht werden müsse, und dass sie umfassend im Sinne des Begriffes der „menschlichen Sicherheit“ und konsequent gewaltlos anstatt auf territoriale Sicherheit bezogen gesehen werden müsse. Dies würde bedeuten, Soziale Verteidigung, gewaltfreie Intervention, gewaltfreie Aufstände und soziale gewaltfreie Bewegungen in Bürgerkriegssituationen zusammen zu denken und damit konzeptionell das gesamte Potenzial von Gewaltfreiheit wieder in den Blick zu nehmen. Daraus ergäben sich drei vorrangige Aufgaben:

- a) international in Netzwerken arbeiten,
- b) konzeptionell am Potenzial von Gewaltfreiheit insgesamt,
- c) an konsequent gewaltlosen Sicherheitsstrategien für Europa weiterdenken.

Dies könnte in zwei unterschiedlichen, internationalen Workshops umgesetzt werden und zu ersten konzeptionellen Skizzen sowie zu einem neuen internationalen Diskussionszusammenhang führen.

Während des Workshops haben wir die TeilnehmerInnen eingeladen, sich in Form nachgereicherter schriftlicher Beiträge an der Diskussion zu beteiligen. Zwei Beiträge haben uns erreicht, die von Ute Finckh und Wolfgang Sternstein. **Ute Finckh** stellt zwei Grundmodelle Sozialer Verteidigung in einem Vergleich gegenüber: Soziale Verteidigung als Alternativkonzept zu Militär zur Verteidigung nationaler Souveränität oder Intervention in Konflikten außerhalb des eigenen Landes (zentraler Ansatz) und Soziale Verteidigung als gewaltfreie Verteidigung von oder Kampf um Menschenrechte, Demokratie, Erfüllung grundlegender Bedürfnisse etc. (Graswurzelsatz). **Wolfgang Sternstein** kommentiert seine Enttäuschung darüber, dass ein Vorschlag, eine Kampagne zur Abschaffung aller Atomwaffen als erster Schritt zu einer Umrüstung der BRD auf Soziale Verteidigung anzugehen, nicht vom Bund für Soziale Verteidigung aufgegriffen wurde.

Wir danken allen ReferentInnen, TeilnehmerInnen und natürlich den MitarbeiterInnen des Bundes für Soziale Verteidigung für ihre Unterstützung bei der Durchführung des Workshops und seiner Dokumentation.

Soziale Verteidigung:

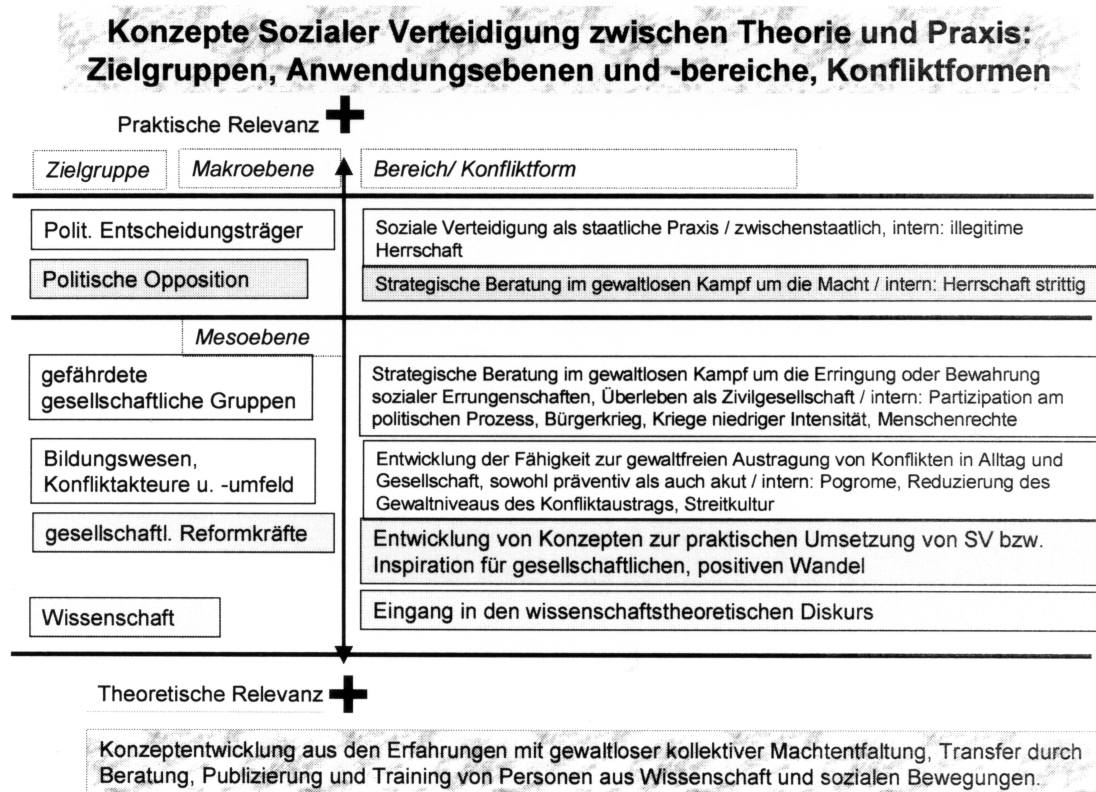
Aktuelle Entwicklungen und Themen in Theorie und Praxis

Barbara Müller

Dieser Aufsatz geht den neuesten Entwicklungen in Theorie und Praxis Sozialer Verteidigung nach und fasst die Ergebnisse einer Anfang Februar 2005 unternommenen Internetrecherche sowie die Befragung von KollegInnen in anderen Ländern zusammen. Eine qualitative Bewertung all der recherchierten Materialien war noch nicht in jedem Fall möglich. Deutlich werden aber die Schwerpunkte und Leerstellen internationaler Theoriebildung und Praxis zur Sozialen Verteidigung. Diese Übersicht schließt an das IFGK-Arbeitspapier aus dem Jahr 1996 „Zur Theorie und Praxis Sozialer Verteidigung“ an (Müller 1996).

Ein Orientierungsrahmen für die Anwendungsbereiche Sozialer Verteidigung

Im Arbeitspapier „Theorie und Praxis Sozialer Verteidigung“ (Müller 1996) wurde ein Orientierungsrahmen zur Verortung der konzeptionellen Arbeit zur Sozialen Verteidigung entwickelt, der hier weiter präzisiert wird. Konzepte Sozialer Verteidigung unterscheiden sich nach Konfliktform und -akteur und nach Anwendungsebene und -bereich.



© B.Müller 2005

Wenn es um den Konfliktfall einer gewaltlosen Verteidigung gegen Fremdbestimmung oder Usurpation geht, stehen beispielsweise andere Berufsgruppen und Ziele im Vordergrund als wenn - wie derzeit in Italien - u. a. die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber Terroranschlägen gestärkt werden soll. Wieder anders ist es, wenn, wie derzeit in Indien propagiert, in den Regionen Strukturen entwickelt werden sollen, die das Aufflammen kommunaler Gewalt verhindern und eine Kultur gewaltloser Konfliktaustragung befördern sollen.

Diese Beispiele zeigen bereits die große Bandbreite dessen, was unter „Sozialer Verteidigung“ beschrieben und verstanden wird. Dennoch gibt es Verbindendes. Wenn man als den kleinsten gemeinsamen Nenner von Sozialer Verteidigung die *kollektive Fähigkeit zur zielgerichteten, gewaltlosen Machtentfaltung in eskalierten Konflikten* versteht, wird leicht nachvollziehbar, welche Ausstrahlungskraft diese Grundidee bei ganz unterschiedlichen sozialen Gruppen haben kann. Es kommt hinzu, dass die für diese Kapazität erforderlichen Fähigkeiten weitgehend zum Alltagsrepertoire des individuellen Konfliktverhaltens gehören, also keine neu zu erlernende „Kampfkunst“ darstellen. Darüber hinaus ist die Fähigkeit, sich im Konflikt als Kollektiv organisiert gewaltlos und machtvoll zu verhalten, ja bereits vorhanden, was sich in den spontanen Phänomenen gewaltloser kollektiver Machtentfaltung immer wieder zeigt. Man sieht oben in der Übersicht, in welchen Konfliktformen man dieses Potenzial einsetzen kann bzw. zu können glaubt: Zur gewaltlosen Abwehr militärischer Angriffe und Staatsstreiche, zur Erlangung der Macht im Staate, zur Er kämpfung und Bewahrung sozialer Errungenschaften sowie zur Eindämmung spontaner Gewaltausbrüche.

Seit dem Beginn der konzeptionellen Arbeit zur Sozialen Verteidigung in den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute hat diese akademische, wissenschaftliche, im weitesten Sinne theoretische Beschäftigung mit den Fallgeschichten und Erfahrungen eine eigene Qualität gewonnen. Die Entwickler der Konzepte haben zunächst die Erfahrungen zu strategischen Handlungsanleitungen verdichtet. Inzwischen sind die Konzeptentwickler zu Beratern geworden. Strategische Planung und Beratung macht inzwischen aus spontanen Protest- und Oppositionsbewegungen wohlgeleitete und reflektierte Kampagnen zum Machterwerb oder zur Stärkung oder Bewahrung der Zivilgesellschaft. Als Mitglied einer sozialen Bewegung kann man bei bestimmten Konfliktkonstellationen inzwischen nachlesen, was sich bewährt hat und auf was man zu achten hat. In dem Maße also, wie die theoretischen und strategischen Konzepte ihren Weg zu ihren Zielgruppen finden, durchdringen sich Theorie und Praxis, profitiert die Praxis gerade von den strategischen Aspekten der Theoriearbeit zur Sozialen Verteidigung. Auch vertikal lässt sich die obige Übersicht lesen. Je breiter die Fähigkeit zur konstruktiven, gewaltlosen Konfliktaustragung im individuellen und im sozialen Konflikt in einer Gesellschaft verbreitet ist, umso weniger lässt sie sich einschüchtern, umso besser kennt sie aus eigener Erfahrung das Machtpotenzial gewaltlosen Handelns, vertraut darauf und entwickelt es fort.

Um dieses Wechselspiel zwischen Theorie und Praxis, Konzeptionsbildung und Anwendungsebenen, geht es in diesem Aufsatz. Es geht nicht darum, beispielsweise jede gewaltlose Austragung von Alltagskonflikten als „Soziale Verteidigung“ zu reklamieren. Sondern es geht darum zu verstehen, warum ProtagonistInnen Sozialer Verteidigung in diesem Bereich ansetzen, um Soziale Verteidigung zu entwickeln und zu fördern. Hierzu werden fünf Anwendungsebenen unterschieden: Staatliche Praxis, strategische Beratung von Staaten, strategische Beratung von Zivilgesellschaft, Förderung von Fähigkeit zu gewaltfreier Konfliktaustragung, Entwicklung von Konzepten der praktischen Umsetzung.

Wie sehen nun die aktuellen Trends auf den einzelnen Anwendungsebenen aus? Und was bedeutet das für die Konzeptbildung zur Sozialen Verteidigung?

Ebene 1: Soziale Verteidigung als staatliche Praxis im Konflikt

Staatliche Experimentierphase in Italien: Soziale Verteidigung als Beitrag zur Gesamtverteidigung?

Während Soziale Verteidigung in Italien früher ein Thema von Kriegsdienstverweigerern war, kommt ihr seit der Reform von Armee und Zivildienst eine neue Bedeutung zu. Seit einigen Jahren gibt es das „Comitato consultivo per la difesa civile non armata e nonviolenta“ (etwa: „Komitee für die unbewaffnete und gewaltfreie zivile Verteidigung“), das Vorschläge erarbeiten soll, wie solche Verteidigung in Italien aussehen könnte. Dieses Komitee besteht aus 16 Personen und

ist im nationalen Büro für Zivildienst (Ufficio Nazionale del Servizio civile) angesiedelt. Im Komitee treffen die Vorstellungen der drei großen Gruppen aufeinander, aus denen sich seine Mitglieder zusammensetzen: Das sind Vertreter aus Friedensorganisationen, darunter der „Operazione Colomba - Comunità papa Giovanni XXIII“, die Aktivitäten durchführt, die mit dem Zivilen Friedensdienst in Deutschland vergleichbar sind. Es sind Vertreter der karitativen Verbände und Vereine sowie Vertreter staatlicher Institutionen wie Militär und Zivilschutz, aber auch von Städten und Kommunen, die Zivildienstleistende beschäftigen. Der Zivildienst ist heute ein Freiwilligendienst, und Zivildienstleistende werden in der öffentlichen Verwaltung sowie in karitativen Verbänden und Vereinigungen eingesetzt. Ausgestattet mit 400.000 €, soll das Komitee, das ein Beratungsgremium ist, konkrete Vorschläge unterbreiten, wie das Potenzial Sozialer Verteidigung erkundet werden könnte.

Die bisherigen Vorschläge gingen in die Richtung zu prüfen, wie Soziale Verteidigung gesetzlich verankert werden könnte; es sollten Bestandsaufnahmen über Basisinitiativen erstellt werden, die Anti-Mafia-Arbeit leisten oder generell zur Konflikttransformation in Italien arbeiten. Ein weiterer Vorschlag zielte auf eine Auswertung der Erfahrungen des Außenministeriums mit Einsätzen bei der OSZE oder bei Peacebuilding Missionen. Schließlich gab es die Idee, ca. 100 Zivildienstleistende in einen Auslandsdienst (Balkan) zu entsenden und ihre Erfahrungen systematisch auszuwerten.

Im Komitee gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, was unter Sozialer Verteidigung zu verstehen ist. Die karitativen Verbände fassen darunter so etwas wie „erweiterte Solidarität“. Der Ansatz aus der Friedensbewegung zielt mehr darauf ab, *gewaltlose Konfliktaustragung auf internationaler Ebene* als Soziale Verteidigung zu verstehen. Der Aspekt der Verteidigung sei dann gegeben, wenn man mit Aktivitäten zur gewaltlosen Konflikttransformation im internationalen Kontext einen direkten Beitrag zur Entspannung von Konfliktsituationen leisten kann. In diesem Sinne wird gewaltlose Intervention im Ausland als Form von Sozialer Verteidigung verstanden. Als ein Beitrag zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit innerhalb der Bevölkerung - und ihrer Festigkeit i. S. von Nicht-Beeindruckbarkeit gegenüber terroristischen Anschlägen - wird angesehen, wenn die Fähigkeit in der Bevölkerung wächst, mit Konflikten generell gewaltlos umzugehen (Scotto 2005). Erste Studien zum Beitrag von Nicht-Regierungsorganisationen zur Konflikttransformation und zum Konzept der „Weißhelme“ hat Francesco Tullio in den Jahren 2001 und 2002 im „Forschungszentrum für Zivile Verteidigung - Italien“ erstellt (Tullio 2004).

Erfahrungen im Baltikum und Slowenien: Soziale Verteidigung als Beinahe-Verteidigung

Nach wie vor ist Soziale Verteidigung in keinem Land die gültige sicherheitspolitische Doktrin. Interessant wäre aber, die Erfahrungen derjenigen Staaten genauer auszuwerten, die mit dem Konzept in akuten Krisensituationen bekannt gemacht wurden. Das eine sind die baltischen Staaten, die sich während ihres Unabhängigkeitskampfes Anfang der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts der Beratung der Albert-Einstein-Institution (siehe unten) bedienten (Müller 1996, Sharp 1992, Huxley 1992). Zum zehnjährigen Jubiläum der Unabhängigkeit trafen sich 2001 dessen Mitarbeiter mit amtierenden und ehemaligen Regierungsmitgliedern der baltischen Staaten und erörterten das Potenzial von Sozialer Verteidigung innerhalb eines Gesamt-Verteidigungskonzeptes, ohne dass das Ergebnis dieser Gespräche offen gelegt worden wäre (Albert Einstein Institution 2004). Vielleicht ist die aktuelle Fallstudie von Grazina Miniotatite (2002) zu Litauen hier aufschlussreicher.

Ein anderer Fall ist Slowenien. Hier legten örtliche Friedensforscher dem slowenischen Präsidenten im Frühsommer 1991 ein Konzept zur gewaltlosen Verteidigung vor (Hren/Kalin 1991). Die Gründe zu kennen, warum Slowenien sich für einen bewaffneten Widerstand entschied, wäre ebenso wichtig wie das Konzept selbst zu analysieren. So könnten über das Potenzial, aber auch die Hinderungsgründe weitere Aufschlüsse gewonnen werden.

Taiwan: Soziale Verteidigung als Option für „kleine Staaten“?

Ende der 90er Jahre versuchte eine kleine Gruppe engagierter Verfechter von Sozialer Verteidigung in Taiwan, Soziale Verteidigung als ein potenzielles Handlungskonzept gegen eine mutmaßliche chinesische Invasion zu propagieren (Beckman 1998: 5). Dieses Szenario war auf der Konferenz der Civilian-Based Defense Association 1998 in Los Angeles Gegenstand von Fallgruppen. Die Fallarbeit auf der Konferenz stand unter der Überschrift „Soziale Verteidigung in 'kleinen Staaten'“, also Staaten, die in Nachbarschaft und einer gewissen Abhängigkeit mächtiger Nachbarn leben. Ron McCarthy umschrieb die taiwanesischen Besorgnis wie folgt:

„Dr. Holmes S. Liao vom Forschungsinstitut Taiwan schrieb, dass die Volksrepublik China das Ziel verfolgt, seine militärischen Mittel so weit auszubauen, dass sie eine Intervention der USA in der Region abschrecken kann. Dr. Liao führt weiter aus, dass die Volksrepublik diese Fähigkeit, Amerika fernzuhalten, genau dann entwickelt, wenn sie sich mit Taiwans Primärverteidigung beschäftigt. Was kann in solchen Umständen getan werden?“ (McCarthy 1998: 1)

In Taiwan gibt es TRANPS, die „Research Association of National Peace-Security in Taiwan“. Sie definierte als ihr Ziel, die Annahme von Sozialer Verteidigung als integrierte Komponente in das strategische Verteidigungskonzept zu fördern und darüber zu forschen. Die gewaltlose Verteidigung sollte einsetzen, wenn die bewaffnete für gescheitert erklärt würde (TRANPS: 2000).

Soziale Verteidigung wurde als Verteidigungskonzept für von Besetzung oder Staatsstreich bedrohte Staaten entwickelt, insofern ein für Taiwan und mögliche weitere Staaten mit einer ähnlichen Konfliktkonstellation nach wie vor interessante Alternative. Die Frage ist, ob die Konzeptionsentwicklung einen Stand erreicht hat, der eine praktische Anwendung bereits erlaubt?

Anfang der 90er Jahre fasste William B. Vogeles für den Sammelband „Transforming Struggle. Strategy and the Global Experience Nonviolent Direct Action“ zusammen, inwieweit die Konzeptionsbildung von Sozialer Verteidigung die Konzepte von „Sicherheit“ nationaler Staaten bereits beeinflusst hatte (Vogele 1992). Diese Jahre markierten eine Umbruchsituation, in der die Konfliktkonstellation des Kalten Krieges in Auflösung begriffen war und sich mit dem Golfkrieg und dem beginnenden Balkankrieg akute Konfliktkonstellationen abzeichneten, deren Relevanz noch nicht erkennbar oder abzuschätzen war. Insofern ist die Zusammenfassung Vogeles ein guter Rückblick auf die erste Hochphase der Konzeptionsbildung. Vogeles stellt eine wachsende „Legitimität solcher Ideen bei der etablierten Politik und analytischen Bemühungen fest“, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Rolle, die die kollektive zivile Machtentfaltung beim Zerfall der Staaten des kommunistischen Europa gespielt hatten.

Vogele resümierte jedoch einige offene Fragen, die die Konzeptionsbildung noch nicht hinreichend beantwortet hatte: Die erste betraf die grundsätzliche Kompatibilität von organisiertem gewaltlosem Kampf mit dem modernen Staat, also die Frage, ob der oberste Machtmonopolist, der Staat, die notwendige Dezentralisierung von so viel Macht überhaupt zulassen können. Die zweite betraf die Abhaltewirkung auf einen möglichen Aggressor, die sich nur dann bewerten ließe, wenn man sie sich konkret vorstellen könnte. Hier sei aber die Konzeptionsbildung noch nicht so weit vorangeschritten, um die zivilen Verteidigungskräfte genau beschreiben zu können bzw. um für verschiedene Szenarios ggf. unterschiedliche Grade in der Abhaltewirkung definieren zu können. Die dritte betraf die praktische Frage der Kombination von zivilem und militärischem Widerstand, was insbesondere bei der Frage des graduellen Überganges eine Rolle spiele. Die vierte betraf den Umstand, dass für eine praktische Umstellung auf Soziale Verteidigung die Konzeptbildung noch nicht konkret genug sei. Seitdem entstandene Forschungsarbeiten seien bei der Antwort auf diese Fragen hilfreich. Hier sei insbesondere die Arbeit von Bergfeldt (1993) zum Widerstand in Dänemark im Zweiten Weltkrieg wichtig, der das Wechselspiel von militärischem und zivilem Widerstand mitbearbeitet hat und die Grenzen des Konzepts in einer Gesellschaft auslotet, deren Struktur man als relativ günstig für Soziale Verteidigung bewertet hatte.

Ferner wird man die kritischen Fragen von Vogele ergänzen müssen. Von praktischer Relevanz dürfte ja auch sein, wie sich in einem konkreten Konflikt das politische Verhältnis zwischen den Konfliktparteien entwickelt. Der Konflikt fängt nicht mit dem Einmarsch fremder Truppen an. Wollte man dieses Defizit bei der Konzeptentwicklung aufheben, könnte auf die Arbeit der Autorin zum Ruhrkampf zurückgegriffen werden, die diesem Aspekt besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat (Müller 1995). Generell hat die Konzeptbildung Sozialer Verteidigung diesen weiteren Kontext vernachlässigt. Wollte man dieses Defizit aufheben, könnte an die Ausführungen von Fischer/Nolte (1996) angeknüpft werden, die auf die Möglichkeiten einer friedensorientierten Außenpolitik ebenso hinwiesen wie auf die damals neuartigen Methoden der Vermittlung und Konfliktintervention durch dritte Parteien und internationale Organisationen.

Wollte man derzeit die sozialen Verteidigungschancen eines von externer Invasion oder internem Putsch bedrohten Landes heutzutage angemessen bewerten, so wären sicherlich die regionalen und globalen Macht- und Interessenlagen zu prüfen und die Verhandlungsoptionen und -foren auszuloten. Das ist der Rahmen, in dem die möglichen Besatzungsziele zu erörtern und die Chancen der Sozialen Verteidigung abzuwägen wären. Hieraus wäre eine Gesamtstrategie zu entwickeln, die präventiv politisch weit im Vorfeld einer Eskalation anzusetzen hätte.

Soziale Verteidigung im europäischen Kontext: Eine Alternative zur EU-Militarisierung?

Für die Staaten Europas stellen sich die Bedrohungsszenarien oder Sicherheitsrisiken heute anders dar, als in den Zeiten einer bipolaren globalen Machtstruktur und des Kalten Krieges. Will man heute in Alternativen zur militärischen „Verteidigung am Hindukusch“ denken, so muss man Europa und das System der Vereinten Nationen als Handlungsebenen in den Blick nehmen. Zu formulieren wäre eine Alternative zur militärischen Option der Europäischen Union, wobei sich diese Fähigkeiten auf Interventionen in Konfliktregionen in anderen Weltteilen beziehen. Die Fähigkeit der Europäischen Union, als globaler Akteur handlungsfähig zu werden, wird nach wie vor mit Handlungsfähigkeit im militärischen Bereich gleichgesetzt und mit einer Dynamik vorangetrieben, die die „Zivilmacht“ Europa in den Hintergrund drängt, obwohl sie einiges an Potenzial aufzuweisen hätte. (An dieser Stelle sei nur auf die Forschungsreihe „Zivilmacht Europa“ des Studienzentrums Schläining verwiesen.) Während Soziale Verteidigung als nationales Verteidigungskonzept kein Interventionskonzept ist, sieht das beim gewaltlosen Widerstand anders aus. Hier hat die externe Unterstützung von internen Befreiungs-, Widerstands- und Oppositionsbewegungen durchaus eine lange Tradition (Osteuropa, Philippinen 1986 als nur zwei Beispiele). Hier treffen sich die ersten beiden Anwendungsebenen. Als Alternative zu Krieg und Sanktionen gegen den Irak schlug beispielsweise Brian Martin (2002a) die strategische gewaltfreie Aktion vor, d. h. die gezielte Unterminierung der Herrschaft des Regimes Saddam durch Kommunikation, die Vermittlung und Verbreitung von Techniken des zivilen Widerstands, durch Unterstützung von Oppositionsgruppen und viele andere Aktivitäten. Gleichzeitig kritisierte Martin die faktische Unterstützung repressiver Regime durch dieselben Regierungen, die nun Saddam stürzen wollten, und forderte eine konsistente Politik ein.

Die Perspektive eines möglicherweise von einem Krieg bedrohten Landes erscheint für die Bundesrepublik Deutschland auf absehbare Zeit unrealistisch. Deutsche Sicherheitspolitik ist fokussiert auf ihren Beitrag zu internationaler Krisenprävention und -reaktion, und dabei spielen militärische Mittel nach wie vor eine zentrale Rolle.

Eine alternative Sicherheitspolitik müsste z. B. für die Bundesrepublik ein Konzept zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung umreißen, das sich rein auf zivile Mittel stützt. Hier könnte auf die in der Konfliktforschung entwickelten Möglichkeiten von Krisenprävention zurückgegriffen werden. Spezifisch für den Ansatz der Sozialen Verteidigung wäre aber die m. W. in der aktuellen Literatur zur zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention nicht gestellte Frage, ob es für die militärischen Kapazitäten, die heute in dem Bereich eingesetzt werden, funktionale gewaltlose Äquivalente gibt oder geben könnte.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang der Abgleich mit dem Ansatz von Mariche/Olagne (1998), die für Frankreich eine Verteidigungsstrategie mit zivilen Aktionen entworfen haben.

Abwehr terroristischer Anschläge: Ein Szenario für Soziale Verteidigung?

Nicht nur die machtpolitischen Konstellationen, in denen Sicherheit konstruiert wird, sondern auch die Befindlichkeiten, aus denen Sicherheit gespeist wird, sind für die Konzeptionsentwicklung von Sozialer Verteidigung relevant gewesen. Das Konzept sollte ja den Bedrohungsängsten „Was tun, wenn die Russen kommen?“ eine realistische Alternative aufzeigen und so Mut zur Abkehr von der Strategie der wechselseitigen atomaren Bedrohung machen. Obwohl atomare Waffen weiterhin existieren und die Gefahr von atomaren Rüstungsspiralen nicht gebannt ist, hat sich die emotionale Bedeutung dieses Themas für viele Menschen in Mitteleuropa weitgehend erledigt. Es ist nicht mehr Gegenstand von Bedrohungsvorstellungen. Diese werden - was den Bereich der physischen Sicherheit angeht - seit dem 11. September 2001 aus anderen Quellen gespeist.

Sowohl der Terroranschlag auf das World Trade Center als auch der auf den Bahnhof in Madrid haben Bedrohungsängste, zum Teil massivsten Ausmaßes, geweckt. Wie reagieren demokratische Staaten auf Terror? Wie schützen sie sich vor konkreten Anschlägen? Welches Maß dürfen Überwachung, Kontrolle und „Aufsicht“ annehmen, um die zu schützenden Werte nicht mit zu zerstören? (Stevens 2004). Wie und mit welcher Politik gehen demokratische Staaten mit den Ursachen von Terror um und betreiben aktive Krisenprävention? In welchem dieser Fälle hat das Konzept Sozialer Verteidigung - oder die Erfahrungen aus gewaltlosen Auseinandersetzungen - etwas zu bieten? Die Überlegungen hierzu haben gerade erst begonnen (Ebert 2004, Martin 2004, Tullio 2004). Eine Frage stellt sich jedoch hier: Gibt es einen spezifischen Mehrwert, den die Konzeptionsbildung von Sozialer Verteidigung auszeichnet und von den anderen Vorschlägen von Friedens- und Konfliktforschenden abhebt? (Debiel 2004, Galtung/Fischer 2001). Ein erster Ansatz sind vielleicht die Überlegungen, die Martin (2002b) zur „Gewaltfreiheit gegen Terrorismus“ angestellt hat.

Die Terroranschläge und die Reaktion der Staatenwelt darauf sind für Martin ein schwerer Rückschlag für gewaltlose Formen der Konfliktaustragung. Es habe sich eine Gewaltspirale entzündet, die Gewaltlosigkeit weiter marginalisiere. Gewaltlose Antworten gegen den Terror sieht Martin jedoch auf mehreren Ebenen. Einmal könnte man die Verwundbarkeit der Infrastruktur von Gesellschaften verringern. Dann könnte man die „Aufklärung“ so gestalten, dass sie den Geheimdiensten entzogen und Überwachungsagenturen übertragen würden, die ihre Nachrichten offen austauschten und sich dadurch besser gegenseitig kontrollieren könnten. (Ein Beispiel ist das Schiffsuchbüro, das in den 80er Jahren das Unterlaufen der UN-Sanktionen gegen Südafrika kontrollierte und besser abschnitt als die nationale Aufklärung der Niederlande). Ein dritter Bereich sei, gegen die Bedingungen anzugehen, die Terrorismus begünstigten, wie unterdrückerische Regime, Armut, Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Ausbeutung, Neokolonialismus und Folter. Hier hätten AktivistInnen einen reichhaltigen Erfahrungsschatz (Osteuropa, Südafrika). Und ein vierter Bereich sei die Tatsache, dass der gewaltlose Kampf wirksamer sei als der bewaffnete Widerstand. Dies habe allerdings mit der weit verbreiteten Fixierung der Wahrnehmung auf Waffen und Gewalt zu kämpfen, die dafür Sorge, dass der gewaltlose Kampf trotz vieler guter Aktivitäten und Initiativen, beispielsweise in Palästina, so gut wie nicht zur Kenntnis genommen werde. Schließlich müssten sich AktivistInnen gegen die Heuchelei staatlicher Propaganda wehren, die Terror nur „den anderen“ unterstelle und die eigene Beteiligung oder Verantwortung leugne. Sie müssten daher die staatliche Agenda und Sprachregelung ablehnen, ihre eigene Bewertung von Terror und Unterdrückung vornehmen und sich fragen, inwieweit sie ihre eigene Arbeit von allein dieser Thematik bestimmen lassen wollten.

Ebene 2: Strategische Beratung im gewaltlosen Kampf um die politische Macht

Dieser Aufgabe widmet sich die Albert-Einstein-Institution durch Beratung von sozialen Bewegungen und der politischen Opposition in Konfliktgebieten. Von Gene Sharp im Jahr 1983 gegründet, widmet sich diese Organisation dem strategischen Potenzial gewaltloser Konfliktaustragung als Mittel in sozialen Konflikten. Dazu führt sie Forschungsprojekte durch, aber auch Trainings und Beratung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Verbreitung von Publikationen zum gewaltlosen Kampf in möglichst vielen Sprachen.

In den letzten vier Jahren haben sie z. B. Oppositionsgruppen in Serbien, Venezuela, Weißrussland, Zimbabwe, Tibet, den baltischen Staaten, Burma, Iran (Exilgruppen) und Irak (Exilgruppen, Ende 2002) beraten. Die Übersetzung von grundlegender Literatur (Sharp/Jenkins 2003), insbesondere einiger Bücher von Gene Sharp, spielt dabei eine große Rolle. Die Zusammenarbeit mit der serbischen Widerstandsbewegung Otpor veranschaulicht das Vorgehen: „Das Buch (The Politics of Nonviolent Action) war mehr als nützlich, und wir haben mehr als 10.000 Beweise, wie es hier in Serbien funktionierte“, lobt Srdja Popovic, Gründungsmitglied von OTPOR in Serbien (AEI 2004: Report on Activities). Die serbische Initiative „Civic Initiatives“ hatte 1999 5.000 Exemplare des Buchs von Gene Sharp „Von der Diktatur zur Demokratie“ in Serbisch herausgebracht und kostenlos verteilt. Es gab zwei Konsultationsworkshops mit Mitgliedern von OTPOR, um deren Kampagne zu entwickeln und zu korrigieren. Auf den Workshops wurden die TeilnehmerInnen damit bekannt gemacht, dass und wie gewaltlose Auseinandersetzungen mit strategischer Vorbereitung und Planung ihre Erfolgchancen vergrößern können. Sie lernten, die bisherigen Schwachstellen ihrer Aktionskonzepte zu erkennen. Srdja Popovic, einer der Architekten des Kampfes, dazu: „Was uns am meisten überraschte, war zu entdecken, dass das, was wir in Serbien spontan zu tun versuchten, von einem ganzen gewaltlosen System gestützt wurde, von dem wir nichts gewusst hatten“. In Trainings, denen Auszüge aus „The Politics of Nonviolent Resistance“ als Lehrmaterial dienten, wurden insgesamt mehr als 1.000 AktivistInnen mit den Methoden gewaltfreier Aktion vertraut gemacht. Der Massenprotest am 5. Oktober 2000, der das Ende der Herrschaft Milosevics nach den verlorenen Wahlen besiegelte, war „der Höhepunkt eines erfolgreichen, gut geplanten und ausgeführten gewaltlosen Kampfes“ (Albert Einstein Institution 2004: 15, 18-20).

Eine intensive Beratungs- und Publikationstätigkeit findet seit einigen Jahren zu Burma und anderen Ländern statt. Das Training für die Opposition ist den Machthabern offensichtlich nicht gleichgültig. Ein Workshop für demokratische Kräfte in Weißrussland fand aus Sicherheitsgründen Anfang 2001 in Litauen statt und wurde von einem offiziellen Protest der weißrussischen Regierung begleitet (Albert Einstein Institution 2004: 23). Die grundlegenden Schritte bei der Entwicklung einer Strategie für den gewaltlosen Kampf fasst Helvey (2004) aktuell zusammen.

In der Albert Einstein Institution werden m. E. am systematischsten die historischen Erfahrungen mit gewaltlosem Massenwiderstand aufgearbeitet. Siehe hier die Neubearbeitung von Adam Roberts (1999) zu Osteuropa, dem Baltikum und dem Putsch 1991 in Moskau. Zum Putsch in Moskau siehe neuerdings auch Varney/Martin (2000).

Ebene 3: Strategische Beratung im gewaltlosen Kampf um die Erringung oder Bewahrung sozialer Errungenschaften, Überleben als Zivilgesellschaft

Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts stießen Mel Beckman, langjähriger Geschäftsführer der Civilian-Based Defense Association (CBDA – civilian-based defence ist neben ‚social defence‘ einer der englischen Begriffe für Soziale Verteidigung) in den USA, und George Crowell innerhalb der Organisation ein Umdenken an. Anlass war ihr selbstkritisches Resümee über den mangelnden Erfolg ihrer Arbeit in den vergangenen 16 Jahren. Ihr Fazit: „Nordamerikaner machen sich wenig Sorgen über die Drohung einer militärischen Invasion von außen oder eines Staatsstreichs - und jetzt noch viel weniger als noch vor zehn Jahren.“ (Beckman / Crowell 1998: 7) Entwicklungen in Kanada gaben ihren Überlegungen eine neue Richtung.

Dort hatte sich in den 90er Jahren das Interesse der Öffentlichkeit wirtschaftlichen Themen zugewandt und war für sicherheitspolitische Themen nicht mehr zu mobilisieren. Gleichzeitig verschärfte sich durch den von der Regierung eingeleiteten Sozialabbau die innenpolitische Situation bis hin zu weit reichenden Massenprotesten in der Provinz Ontario im Jahr 1996. Aus den Erfahrungen dieses Protestes leitete George Crowell die Schlussfolgerung ab: „Wenn wir Soziale Verteidigung in der Welt von heute befördern wollen, müssen wir die Gelegenheiten wahrnehmen, um den gewaltlosen Kampf für die Themen zu unterstützen, in denen die Menschen heute involviert sind.“ (Beckman 1998: 5) Angesichts der Notwendigkeit „überall in der Welt mit gewaltlosem Kampf die Interessen der Menschen zu verteidigen und die Umwelt wiederherzustellen“, empfahlen sie, das Mandat der CBDA über die Förderung von Sozialer Verteidigung hinaus zu erweitern und auf die Förderung von gewaltfreier Aktion bzw. gewaltlose Konfliktaustragung, auszudehnen (Beckman/Crowell 1998: 10). Über die aktuellen Schwerpunkte der Civilian-Based Defense Association ließ sich bislang noch nichts Neues ermitteln. Interessant ist diese Veränderung jedoch insofern, als sie den engen Zusammenhang zwischen dem Potenzial gewaltlosen Konfliktaustrags und strategischer Beratung und Optimierung unterstreicht. Eine Entwicklung, die in anderen Ländern und von anderen Organisationen bereits vorher vollzogen worden war.

In Deutschland hat bereits seit Mitte der 90er Jahren die *Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden*, das Repertoire gewaltloser Kampagnen so aufbereitet, dass sie es für gewerkschaftliche Kampagnen zur Verfügung stellen kann (www.wfga.de). Daraus ist eine intensive und kontinuierliche Beratungstätigkeit geworden. Insbesondere Gewerkschaften im Dienstleistungsbereich erfahren Beratung und Begleitung im gewaltlosen Konfliktaustragung, so z. B. bei der Planung und Durchführung erfolgreicher Kampagnen. In der Regel haben diese den Erhalt sozialer Errungenschaften zum Gegenstand, die im Zuge der Globalisierung zur Disposition gestellt werden (Verdi 2004).

Wenn es darum geht, die Durchsetzungsfähigkeit von gesellschaftlichen Gruppen der Zivilgesellschaft in ihren sozialen Kämpfen zu steigern, so sind die Unterschiede zu beachten, unter denen dieser Kampf vonstatten geht. Der Kampf gegen Sozialabbau in den europäischen und nordamerikanischen Industrienationen ist kaum vergleichbar mit den teilweise kriegsähnlichen Bedingungen, unter denen beispielsweise die Zivilgesellschaft in Lateinamerika um ihr Überleben kämpft. Entsprechend spezialisiert muss die Beratung und Begleitung erfolgen.

Das „Harvard Program on Nonviolent Sanctions and Cultural Survival“ (PONSAC) beim „Harvard’s Weatherheas Center for International Affairs“ hat sich dem gewaltlosen Kampf widmet. Dieses Programm erkundet, so Doug Bond (1992), „bis zu welchem Grad und wie direkte gewaltfreie Aktion eine wirksame Alternative zur Gewalt sein kann, um solch schwierige Probleme wie Diktatur, Krieg, Terror, Völkermord und Unterdrückung zu lösen.“ Es unterhält zu diesem Zweck eine Datenbank und ein Frühwarnsystem. Weiterer Bestandteil dieses Programmes sind Feldbesuche, Konferenzen und Trainings, die mit Mitgliedern von Basisbewegungen durchgeführt werden. Auch hier geht es um die Qualifizierung und strategische Optimierung, allerdings ist die Zielebene nicht die der politischen Macht im Staat, sondern die Zivilgesellschaft. Einer von mehreren aktuellen Schwerpunkten, die vor allem Lateinamerika betreffen, ist die „Colombia Civil Sector Initiative“, die in einer Serie von Konferenzen und Vernetzung die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen und ihres Potenzials für Frieden und Entwicklung in Kolumbien anstrebt (CCSI 2004).

Ebene 4: Entwicklung der Fähigkeit zur gewaltlosen Austragung von Konflikten in Alltag und Gesellschaft, sowohl präventiv als auch akut

Zum Weltfriedenstag am 21. September 2004 startete die Vorsitzende der Times Foundation, India Times, Indu Jain, unter der Überschrift: „Gesucht: Truppen für die gewaltlose Verteidigung“ eine Initiative für eine „Bewegung für gewaltlose Verteidigung“ und bat um Einsendung von Kommen-

taren und Vorschlägen (Jain 2005a). Das Interesse an dieser Initiative war so groß (Jain 2005b), dass am 18. Oktober 2004 in den Räumen der Times of India, Mumbai, die Initiative „*Choose Non-Violent Defence*“ vorgestellt wurde. Die knapp 30 TeilnehmerInnen des Treffens, VertreterInnen von Religionsgemeinschaften, Friedensorganisationen, aber auch (ehemalige) KommunalvertreterInnen, sollten umreißen, wie ihre Organisationen die Initiative unterstützen könnten (Timesfoundation 2004). Als „Oneness-Initiative“ hat das Konzept von „Choose Non-Violent Defence“ nun auf der Homepage der Times Foundation ein Forum gefunden (www.timesfoundation.india.time.com) Angesprochen sind Individuen und Organisationen als Träger der Veränderung (Jain 2005c).

Das Ziel ist, Gewaltausbrüche zu verhindern und Organisationen in Konflikten darin zu unterstützen, dies auf gewaltlosem Wege zu tun. Im Zentrum steht die Forderung nach einer von der Regierung geführten Arbeitsgruppe, die zu einem Ministerium für gewaltlose Verteidigung führt. Dieses wäre für die Koordinierung, Finanzierung, Verwaltung u. a. zuständig sowie für die Bereitstellung von Ressourcen, die in den Regionen benötigt würden (Timesfoundation 2005). Ein Unterstützungsnetzwerk aus gesellschaftlichen Gruppen, der Aufbau von Kapazitäten durch Training sowie Analyse und Berichterstattung sind die weiteren Elemente dieses Konzepts. Das Unterstützungsnetzwerk soll für eine schnelle Reaktionsfähigkeit bei dem Ausbruch von Gewalt sorgen und sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene agieren können. Seine Mitglieder sollen Individuen, akademische und religiöse Einrichtungen, Regierungsvertreter und weitere Gruppen aus der Zivilgesellschaft umfassen. Das Netzwerk ist nun nicht landesweit organisiert, sondern nach verschiedenen Regionen, die ihre eigenen ExpertInnen und Medien haben. Für die Regionen sind auch die Workshops angedacht, mit denen Fähigkeiten der Konfliktbearbeitung unter Berücksichtigung regionaler Traditionen vermittelt werden sollen. Die Trainings für Trainer sollen darüber hinaus Techniken der Konfliktanalyse, der gewaltlosen Aktion sowie Konfliktprävention enthalten und in den Gemeinschaften in den Regionen die Hoffnung und Fähigkeit stärken, lange währende Probleme bearbeiten zu können. Ein Berichtswesen, das überparteilich ist, soll dazu beitragen, überparteiliche Koalitionen zu schmieden.

Die Initiative von Indu Jain zielt nicht auf die Abschaffung von Militär und bewaffneter Verteidigung. Sie schreibt: „Wir schlagen nicht vor, dass die bewaffneten Kräfte aufgelöst oder das Verteidigungsministerium geschlossen werden. Sie sollten weiter bestehen! Aber während wir unsere Verteidigungseinrichtungen bereithalten, auf externe und interne Bedrohungen zu reagieren, könnten wir es mit einer parallelen und synergetischen Struktur ergänzen. Das würde langfristige Strategien für Frieden bringen, indem gerechte Lösungen für grenzüberschreitende Probleme identifiziert und vorgeschlagen würden, sobald diese auftreten, und sogar schon vorher.“ Diese Truppen der gewaltlosen Verteidigung könnten auch potenziell explosive Situationen innerhalb Indiens entschärfen. Dies sollen die neuen „Shanti Sena“ sein, das neue „Friedenskorps“. Indem sie die Gefahren an Brennpunkten bannen, könnten sie möglicherweise terroristischen Reaktionen vorbeugen (Jain 2005a).

Im Unterschied zu den oben beschriebenen Aktivitäten entwickelt diese Initiative keine gezielte Kampagne oder Handlungsstrategie für Unterdrückte, sondern versucht, spontanen Gewaltausbrüchen auf kommunaler Ebene zu begegnen. Ausbrüche kommunaler Gewalt sind in Indien ein immer wiederkehrendes Phänomen und ein vorrangiges Problem. Der Ansatz, der hier erkennbar wird, versucht, Handlungsfähigkeit in akuten Situationen aufzubauen und mit einer Bildungsoffensive in gewaltloser Konfliktaustragung mittel- bis langfristig die Konfliktkultur in den Regionen konstruktiv zu verändern, interessanterweise indem regionale Traditionen von Konfliktbearbeitung explizit aufgegriffen werden. Über den Umsetzungsgrad dieser ambitionierten Initiative war bislang noch nichts weiter in Erfahrung zu bringen.

Ebene 5: Entwicklung von Konzepten zur praktischen Umsetzung von SV bzw. Inspiration für gesellschaftlichen, positiven Wandel

Die „Schweik Action Wollongong“ in Australien ist eine kleine Aktionsgruppe, die seit 1986 existiert und sich dem Studium und der Förderung von Sozialer Verteidigung verschrieben hat. Im Laufe der letzten Jahre hat sie sich vor allem durch kleine Aufsätze zu speziellen Themen von Sozialer Verteidigung hervorgetan. Es geht ihr beispielsweise darum, wie denn die Kommunikation in einem Widerstandsfall aufrechterhalten werden kann. Zu diesem Zweck stattete die Gruppe dem Postamt in Wollongong einen Besuch ab und interviewte die Angestellten. Während höherrangige Mitarbeitende zu einem Gespräch nicht bereit waren, gaben diejenigen bereitwillig Auskunft, die die Sortierung der Post zu bewerkstelligen hatten. Für sie war es interessant zu sehen, dass sie die eigentlichen ExpertInnen zu dem Thema waren, wie man illegitime Anforderungen wirkungslos verpuffen lassen kann, vor allem wenn man weiß, was mit der Kontrolle bewerkstelligt werden soll (Schweik 1990). Ein anderes Interview-Projekt im Jahr 2000 befasste sich mit feministischem Know-how der Selbstorganisation (Schweik 2001).

Einer der Mitglieder dieser Aktionsgruppe ist der australische Sozialwissenschaftler Dr. Brian Martin, der an der Universität Wollongong „Science, Technology and Society“ lehrt (<http://www.uow.edu.au/arts/sts/bmartin/>). In den letzten Jahren hat er in mehreren Aufsätzen das von Gene Sharp entwickelte Konzept des politischen Jiu-Jitsu verallgemeinert und für unterschiedliche Arten der Auseinandersetzung konkret veranschaulicht. Mit dem politischen Jiu-Jitsu ist gemeint, dass gewaltfreie Aktionen die aggressive Kraft von gewaltsamer Unterdrückung gegen den Aggressor lenken. Alle, die sich mit asiatischen Kampfsportarten vertraut gemacht haben, kennen dieses Prinzip der Kraftumlenkung. Martin hat es für JournalistInnen auf den Umgang mit Zensur übertragen (Jansen/Martin 2004), am niedrigschwelligen Widerstand in Indonesien (Martin/Varney/Vickers 2001), für AktivistInnen auf die Planung von Demonstrationen (Martin 2003) und den Umgang mit Flüchtlingen durch die australische Regierung geprüft. Er schreibt an die Autorin (Martin 2005): „Die verallgemeinerte Version des politischen Jiu-Jitsu ist 'backfire'“ - was mit „Fehlzündung“ wohl ganz gut getroffen wäre, und unter diesem Stichwort sind die Artikel auf der Homepage zugänglich (<http://www.uow.edu.au/arts/sts/bmartin/pubs/backfire.html>). Die „Fehlzündungs-Analyse“ gibt Aktionsgruppen ein gutes Instrument, um wichtige Angriffe auf verwundbare Gruppen zu identifizieren. Gleichzeitig gibt sie eine Orientierung, wie diese Angriffe pariert werden können und der Angriff eine „Fehlzündung“ werden kann (Callaghan/Martin 2004).

Nach den Attentaten des 11. September 2001 und dem Anschlag auf Bali vom 12.10.2002, der besonders viele Australier in den Tod riss, stellte die Schweik Action Wollongong eine Verschlechterung des Klimas für Muslime und Musliminnen in ihrer Heimatstadt fest. Das Papier „Defending Muslims in Wollongong“ (Schweik 2003) fasst die Ergebnisse ihrer Gespräche mit Muslimen und ihre Empfehlungen zusammen.

Der Ausgangs- und Zielpunkt der Schweik Action ist ihr lokales Umfeld, für das sie sehr konkret fragen: Wie verteidigungsfähig ist diese Struktur gegen illegitime Repression? Das Konzept Sozialer Verteidigung dient hier als Stimulus für gesellschaftliche Strukturen, die dezentral und basisdemokratisch organisiert sind. Es reicht aber noch weiter. In einem anderen Essay geht Martin (1995) der utopischen Frage nach, welche Pathologien denn eine Gesellschaft hervorbringen könnte, die direkte Gewalt abgeschafft und Soziale Verteidigung verwirklicht hat. Er kommt zu dem Schluss, dass auch eine solche Gesellschaft ausbeuterisch und unterdrückerisch sein könnte. Vier Bereiche zählt er auf: Überwachungsgesellschaft, gewaltloser Neokolonialismus, gewaltlose Unterdrückung und das Missionarstum Sozialer Verteidigung. Er verwehrt sich gegen die Vorstellung, Soziale Verteidigung könnte zu irgendeinem Zeitpunkt „eingeführt“ werden und macht auf die fundamentalen Veränderungen aufmerksam, die in diesem Prozess alle gefordert sind, wie *„die Demobilisierung aller militärischer Kräfte; Trainings aller Freiwilliger in gewaltloser Aktion; der Wandel des Unterrichts in den Schulen, um die Bedeutung von gewaltloser Aktion zu beto-*

nen; das Aufmöbeln der Kommunikationssysteme um ihr Potenzial für gewaltlosen Widerstand zu maximieren; die Dezentralisierung aller Energiesysteme, mit möglichst großem Anteil an erneuerbaren Energien; die Ermutigung und Unterstützung zum Erlernen der Sprachen möglicher Angreifer; der Neuentwurf von Transport, Landwirtschaft, Wohnen, Wasserversorgung und anderer solcher Systeme, mit dem Ziel, die Selbstständigkeit zu vergrößern; die von jedem erwartete Teilnahme an Training und Simulationen; die Erwartung oder Anforderung aller Führungspersonen von bedeutenden sozialen Organisationen, in gewaltloser Aktion trainiert zu werden; die Transformation des wirtschaftlichen und politischen Systems, um es widerstandsfähiger gegenüber Aggression zu machen (beispielsweise durch den Übergang von einer großkapitalistischen liberalen Demokratie zu gemeinwesen-orientierten, partizipativeren Alternativen)“.

Wieviel Veränderung wirklich notwendig sei, lässt Martin offen. Er plädiert für Bescheidenheit und dafür, dass auch die Veränderungsprozesse Teil von partizipativen Prozessen sein sollten, wenn doch die aktive Beteiligung von vielen Menschen für das Gelingen von Sozialer Verteidigung essentiell sei. Seine Empfehlung geht dahin, bei der Förderung von Sozialer Verteidigung heutzutage die Optionen für zukünftige Kämpfe zur Verbesserung der Gesellschaft offen zu halten.

Dies Beispiel macht deutlich, in welche qualitative Richtung Gesellschaftsentwürfe gehen, die von Überlegungen Sozialer Verteidigung gespeist sind. Grundlegend und umfassend dazu Martin 1993. Brian Martin gehört sicherlich zu denjenigen Praktikern und Forschern, die neue technische Entwicklungen auf ihr Potenzial für die Verbesserung gewaltfreier Aktion und Sozialer Verteidigung abklopfen. Die Möglichkeiten weltweiter Koordinierung und Mobilisierung, die das Internet bietet, hat er zusammen mit Wendy Varney am Beispiel der Kampagne gegen das Multilateral Agreement on Investment (MAI) beschrieben (Varney/Martin 2000b).

Mit einem radikalen basisorientierten Ansatz hat Robert Burrowes Soziale Verteidigung (1996) neu strategisch durchdekliniert. Die zentrale politische Zweckbestimmung von Sozialer Verteidigung ist nach der Rezension von Brian Martin, „die Politik, den Prozess sowie die strukturellen und systemischen Bedingungen zu schaffen, die den menschlichen Bedürfnissen Rechnung tragen“. Indem Burrowes den bedürfnisorientierten Ansatz zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen macht - den Martin eher ablehnt -, entwirft er weniger ein Verteidigungskonzept als eine Philosophie für eine „gewaltlose Revolution“, lässt aber offen, wer die sozialen Träger dieses Prozesses sein könnten und wie sie in die Lage versetzt werden könnten, diesen Prozess erfolgreich zu schultern (Martin 1997).

Ebene 6: Eingang in den wissenschaftstheoretischen Diskurs

Hier ist interessant zu sehen, ob die Konzeptionsentwicklung von Sozialer Verteidigung in der wissenschaftlichen Arbeit breiter als unter den einschlägig Forschenden rezipiert wird. Insbesondere wäre hier wichtig zu beobachten, ob die Grundannahmen über das Wirken von Macht in Gesellschaft von anderen Disziplinen geteilt oder aufgegriffen werden. Aufschlussreich ist hier eine Bibliografie von Bryan Caplan (1994), Wirtschaftsstudent der Princeton University, der den Zusammenbruch der kommunistischen Welt zum Anlass nahm, das Standardbild seiner Zunft zu hinterfragen, wie denn unterdrückerische Regierungen abgeschafft werden könnten. Sein Blick auf andere Gedankenschulen führte ihn zu einer intensiven Recherche der Literatur zum gewaltlosen Widerstand, die er im 16. Jahrhundert mit den ersten Überlegungen zur Rechtfertigung von Widerstand gegen Tyrannei beginnt und mit Literatur zur Sozialen Verteidigung und gewaltlosem Widerstand beendet. Er zieht den Schluss, dass die klassische liberale Schule und die Tradition der Literatur von gewaltlosem Widerstand einander sehr nahe sind und sich mehr als bisher gegenseitig befruchten könnten.

Resümee

Ein erster flüchtiger Rundumblick im Netz des globalen Dorfes brachte bereits überraschend vielfältige Aktivitäten und Initiativen ans Licht, die Sozialer Verteidigung als einem Teilaspekt gewaltloser kollektiver Konfliktaustragung ihren Platz zuweisen. Als ein **Verteidigungskonzept** ist es noch nicht fertig entwickelt und bedarf weiterer Anpassungen, aber auch Ergänzungen und Klärungen. Gleichwohl ist festzuhalten, dass es durchaus Länder gibt, für die klassische Konfliktformation, die Abwehr eines Einmarsches, ein realistisches Bedrohungsszenario ist.

In der Praxis gibt es derzeit keinen Staat, dessen Entscheidungsträger Soziale Verteidigung als eine Alternative zur bisherigen militärgestützten Verteidigung ansehen. Wo es, wie derzeit in Italien, wieder diskutiert wird, wird es als Ergänzung oder als zusätzlicher, paralleler Ansatz verfolgt.

Für den europäischen Kontext wäre es indessen gerade interessant, das Konzept der Sozialen Verteidigung zu nutzen, um eine radikale Alternative zur Militarisierung der EU zu entwerfen. Wenn man Soziale Verteidigung weiterdenkt als ein Verteidigungskonzept, das ohne Gewalt und militärische Mittel als so genannte letzte Mittel auskommen muss, dann ergeben sich hieraus weit reichende Konsequenzen für die Bewertung von Risiken europäischer Politik.

Dies gäbe nicht nur den Initiativen zusätzliche Argumente, die die aktuelle Debatte um die EU-Verfassung zum Anlass für Kritik an der Vernachlässigung ziviler Konfliktbearbeitung nehmen (TTT 2005) bzw. auf eine weiter gehende Abrüstung dringen (Schmid 2004). Wenn Gewalt als letztes Mittel der Politik ausgeschlossen ist, dann bleiben davon auch Wirtschaftsbeziehungen nicht unberücksichtigt. Verknüpfungen zur Globalisierungsdiskussion ergeben sich hierdurch automatisch. Hier scheint das Konzept Sozialer Verteidigung durchaus Anregungen für Reformkräfte liefern zu können, die ein „anderes Europa“ anstreben.

Die größte praktische Relevanz scheint derzeit in dem strategischen Potenzial zu liegen, das die gewaltlose kollektive Konfliktaustragung anbieten kann und das durch gezielte **Beratung und Begleitung von Oppositionsbewegungen** bei ihre Auseinandersetzung um Demokratisierung und Machterwerb zum Tragen kommt. Die Zusammenarbeit der Albert-Einstein-Institution mit der serbischen OTPOR-Bewegung sei hier als exemplarisch unterstrichen. Vielleicht wird hier ein Trend erkennbar, die konzeptionellen Ergebnisse in praktische Beratung umzusetzen, denn die direkte Beratung oder die Übertragung auf konkrete praktische Probleme findet sich auch als **strategische Beratung von Zivilgesellschaften** sowie bei den Ansätzen der **Schweik Action Wolongong** und ihren Basisaktivitäten.

Als ein Ansatz, um **gewaltlose Konfliktaustragung in der Gesellschaft** langfristig und in Ad-Hoc Krisen zu fördern, wird Soziale Verteidigung derzeit in Italien und Indien in zwei ansonsten ganz unterschiedlichen Initiativen genutzt. Hier scheint es vor allem der Ansatz der vertikalen Durchdringung einer Gesellschaft zu sein, der dem Konzept Sozialer Verteidigung zugrunde liegt und es ermöglicht, Strukturbildung auf allen gesellschaftlichen Ebenen sinnvoll miteinander zu verknüpfen.

Was bedeutet dieses vorläufige Bild für die Fortentwicklung Sozialer Verteidigung in Deutschland?

1. Bestandsaufnahme des gewaltlosen Repertoires, das sich in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt hat, und Sichtbarmachen für einen internationalen Diskurs durchführen. In den letzten Jahren ist durch Training, Bildungsarbeit, Kampagnen, Auslandseinsätze, Vernetzungsarbeit u. a. m. das Repertoire gewaltloser Konfliktaustragung beachtlich angewachsen, vermutlich ohne dass es im Ausland wahrgenommen und genutzt werden konnte. Hier nicht zu leisten, aber ein erster Ansatz wäre, die obige Übersicht mit den Handlungsansätzen und Standards zu füllen, die in der Bundesrepublik erarbeitet und erreicht worden sind.

2. Internationalen Austausch organisieren. Noch weiß man viel zu wenig und viel zu wenig Genau-

es, um sich sinnvoll aufeinander beziehen zu können. Ein Diskurs zwischen denen, die zur gewaltlosen kollektiven Machtentfaltung konzeptionell arbeiten, muss erst noch wieder entwickelt werden. Er ist aber nötig, um Doppelarbeit zu vermeiden und zu sinnvollen Arbeitsteilungen zu kommen. Es müssen nicht alle alles machen.

3. Neue konzeptionelle Arbeit leisten, um das Potenzial zu steigern. Der Widerstand im Kosovo hatte, solange er gewaltlos war, zu wenig internationale Beachtung gefunden. Ähnlich ergeht es derzeit vermutlich anderen Bewegungen und gefährdeten Gruppen. Ihren gewaltlosen Kampf - ob Angriff oder Abwehr - beratend zu begleiten, ist das eine, und das ist wichtig. Aber die Erfahrungen aus internationaler Netzwerk- und Kampagnenarbeit lehren, dass manchmal die Bälle um den halben oder ganzen Globus gespielt werden müssen. Wie können die Auseinandersetzungen an der Basis oder in einer bestimmten Konfliktregion durch andere Akteure auf anderen Ebenen aufgegriffen und in ihrer Kraft verstärkt werden? Möglicherweise ist das Potenzial gewaltloser kollektiver Konfliktaustragung noch längst nicht ausgelotet. Möglicherweise kann es noch sehr viel erfolgreicher sein. Und vielleicht ist das die wirksamste Weise, um terroristischer Gewalt den Boden zu entziehen.

Sicherheitspolitische Herausforderungen:

Für eine basisdemokratische, ökologische und soziale Politik mit gewaltfreien Mitteln

Theodor Ebert

Zur Herkunft des Konzeptes „Soziale Verteidigung“

Am Anfang der konzeptionellen Entwicklung und des organisatorischen Aufbaus der Sozialen Verteidigung stand die kritische Auseinandersetzung mit dem traditionellen Pazifismus und Antimilitarismus. Das pazifistische und antimilitaristische Gedankengut und die entsprechenden Organisationen hatten sich in Krisensituationen, die das 20. Jahrhundert prägten, nicht bewährt. Ich denke hier an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und an die Expansion des Faschismus. Nach dem Zweiten Weltkrieg bedurfte es eines neuen Ansatzes. Militärisch Bedrohten musste eine Möglichkeit, sich ohne Waffen zu wehren, angeboten werden, um sie vom Militär als Ultima Ratio der Verteidigung abzubringen. Befördert wurde dieser Denkprozess nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Umstand, dass zum neuen Instrumentarium der militärischen Verteidigung Atomwaffen gehörten und deren Einsatz der Selbstvernichtung gleichkam.

Zukunftsweisend war Gandhis Vorschlag gewesen, schon während des Unabhängigkeitskampfes eine Shanti Sena aufzubauen, damit diese nach dem Ende der englischen Kolonialherrschaft für die innere und äußere Sicherheit Indiens sorgen könne. Bei dieser Shanti Sena, was wörtlich mit „Friedensarmee“ zu übersetzen wäre, war an ein ganz Indien bedeckendes Netzwerk von gewaltfreien Einsatzgruppen gedacht, welche ethnischen und religiösen Konflikten begegnen und auswärtige Aggressoren durch die Ankündigung von gewaltfreiem Widerstand abhalten sollten. Gandhi konnte dieses umfassende Sicherheitskonzept nur in wenigen Aufsätzen skizzieren, aber die Shanti Sena nicht aufbauen. Es blieb auch offen, welche Rolle der Staat beim Aufbau, der Finanzierung, dem Training und dem Einsatz der Shanti Sena spielen sollte. Die Skizzen Gandhis stammen aus der Zeit vor der Unabhängigkeit Indiens und er hoffte, dass andere – auf Grund seiner Anregung – sich an die Arbeit machen würden.

Nur den Einsatz solcher Gruppen bei blutigen Konflikten zwischen Hindus und Moslems hat er erprobt. Dabei spielte sein persönliches Engagement eine ausschlaggebende Rolle. Diese Einsätze erfolgten nicht mit dem Gütesiegel „Shanti Sena“. Was Gandhi ohne vorangehenden Diskurs zur gewaltlosen Verteidigung gegen eine japanische Invasion Indiens vorschlug, war konzeptionell noch zu stark auf die traditionelle Verteidigung von Grenzen und Territorien fixiert. Gene Sharp hat sich damit in seinem Buch „Gandhi as a Political Strategist“ (1979) kritisch auseinandergesetzt.

Gandhis Domäne war der innenpolitische und antikoloniale Einsatz gewaltfreier Aktionen. Was er zur gewaltfreien Verteidigung gegen Aggressoren sagte, blieb rudimentär, und seine indischen Nachfolger haben das indische Militär mit ihren Konzepten einer Shanti Sena nicht herausgefordert. Die Shanti Sena ist als Alternative zum Militär nicht in das öffentliche Bewusstsein Indiens gedrungen. Was Gandhi zu diesem Thema geschrieben hat, wurde von Wolfgang Sternstein in dem Sammelband „Für Pazifisten“ übersetzt und neu herausgegeben.

Dem europäischen Konfliktfeld mehr angepasst waren dann schon die Vorstellungen des Engländerers Stephen King-Hall, der in seinem Buch „Defence in the Nuclear Age“ (dt. „Den Krieg im Frieden gewinnen“, 1958) davon ausging, dass die territoriale Besetzung eines Landes nicht mit der Kontrolle der sozialen Institutionen identisch sein würde und dass überlegene Militärtechnik dem Aggressor bei der Konfrontation mit gewaltlosem Widerstand nichts nütze. Der unbewaffnete, auf Kommunikation angelegte Widerstand lockere die Loyalitätsbindung der Truppen und zivilen Helfer des Aggressors und gefährde dessen Herrschaft auch in seinem Herkunftslande. Bereits die Ankündigung umfangreichen zivilen Widerstands vermöge darum einen abhaltenden Effekt auszuüben, welcher der militärischen Abschreckung vergleichbar sei.

Der amerikanische Soziologe Gene Sharp hat seine Kritik am traditionellen Pazifismus als erster theoretisch gefasst in dem Beitrag „Die gewaltfreie Aktion“ zu dem von E. Krippendorff herausgegebenen Reader „Friedensforschung“ (1968). Sharp hatte nach einem funktionalen Äquivalent zum Militär als letztem Mittel gesucht und es auf der Spur Gandhis in der gewaltfreien Aktion gefunden. Er schrieb das dreibändige enzyklopädische Werk „The Politics of Nonviolent Action“. Er hat es jüngst ergänzt durch „Waging Nonviolent Struggle. 20th Century Practice and 21st Century Potential“ (2005). Sharp wandte die gewaltfreie Aktion auf die Sicherheitspolitik demokratischer Staaten an und kam auf der Spur Gandhis und King-Halls zum Konzept der Sozialen Verteidigung (Civilian Defence). Der Prüfung dieses Konzeptes galt im Jahre 1964 die international besetzte Civilian Defence Study Conference in Oxford, G.B. Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden, herausgegeben von Adam Roberts, in mehreren Sprachen publiziert. (Eine erweiterte deutsche Fassung erschien 1971 unter dem Titel „Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren“.)

Bei Sharp war noch nicht deutlich, wie die Soziale Verteidigung politisch durchgesetzt werden sollte. Er hielt das Konzept der Sozialen Verteidigung für einen Selbstläufer, der keiner speziellen Trägerorganisation bedürfe, sondern als soziale Erfindung von Regierungen aufgegriffen bzw. von begeisterten Bewegungen und ihren Organisationen huckepack genommen werden würde. An diesem Punkt war ich skeptisch und meinte, dass eine Trägerorganisation sowohl für die Propagierung wie auch für die Handhabung notwendig sei. Doch wer sollte dieser Träger sein? Ich neigte zu Experimenten, aber die ersten Versuche, Gandhis Shanti Sena auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, scheiterten. Zu nennen sind hier „Die Freiwilligen“, ein von Nikolaus Koch und Bodo von Manstein entwickeltes Modell, das aber meines Wissens nur einmal in einer eher symbolischen Aktion an der deutsch-deutschen Grenze zum Einsatz kam, und die Stuttgarter „Gewaltfreie Zivilarmee“. Letztere war aus der Stuttgarter Gruppe des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) hervorgegangen und suchte die Anbindung an diesen 5.000 Mitglieder starken Verband. Zu Beginn der 60er Jahre arbeitete sie bei der Organisation der Ostermärsche der Atomwaffengegner mit. Bei der „Gewaltfreien Zivilarmee“ (eine Übersetzung von Shanti Sena ins Deutsche) handelte es sich - anders als der Name vermuten lässt - um keine große Organisation, sondern nur um eine Bezugsgruppe von 12 bis 20 Mitgliedern, die in den Jahren 1961-1964 aktiv waren und einen Informationsdienst „Konsequent. Nachrichten der Aktionsgruppen für gewaltfreien Widerstand“ herausgaben und auch einige direkte Aktionen organisierten. So waren sie die ersten, die 1962 auf der Straße gegen die Inhaftierung der „Spiegel“-Redakteure protestierten. Sie haben sich auch bei einem Staatsbesuch Präsident de Gaulles in Ludwigsburg für die französischen Kriegsdienstverweigerer engagiert.

Die organisatorische Anbindung der „Gewaltfreien Zivilarmee“ an den Verband der Kriegsdienstverweigerer und den Ostermarsch erwies sich als ungenügend. Der Ostermarsch war kein geeignetes Forum für das Erörtern eines alternativen gewaltfreien Verteidigungskonzeptes. Im VK kam es nach anfänglichem Zögern zu einem Diskurs über den gewaltfreien Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik. Dies hatte immerhin zur Folge, dass der VK bei der Okkupation der CSSR durch die Warschauer-Pakt-Staaten sich klar und deutlich für die Reformer und für den zivilen Widerstand der Tschechen und Slowaken gegen die Besatzungsmächte aussprach. Dadurch unterschied er sich deutlich von den westdeutschen Vorfeldorganisationen der DDR, allen voran die Deutsche Friedensunion (DFU). Doch dann geriet der Verband der Kriegsdienstverweigerer in den Sog der Frankfurter APO. Der VK wurde vorübergehend von extremen Kräften, die zumindest in der Dritten Welt revolutionäre Gewalt befürworteten und in der Frankfurter Geschäftsstelle Maschinengewehre reckende Guerilleros plakatierten, übernommen. Diese Kräfte konnten sich aber nicht behaupten, da sie zu einer kontinuierlichen Verbandsarbeit und Interessenvertretung der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht in der Lage waren. Zudem war ihnen gerichtlich untersagt worden, den Gewaltlosigkeitsparagrafen aus der Satzung des Verbandes zu streichen. Der Verband war nach diesem Konflikt innerlich so geschwächt, dass er bald darauf mit der Internationale der Kriegsdienstgegner fusionierte, der auch in pazifistischen Kreisen nachge-

sagt wurde, in einigen Landesverbänden eine große Nähe zur DFU aufzuweisen. Ich war an dieser Fusion nicht mehr beteiligt, habe seit 1968 im Versöhnungsbund mitgearbeitet und seit Herbst 1969 dessen neue Verbandszeitschrift „Gewaltfreie Aktion“ redigiert.

Seit 1964 haben die Friedensforscher unter den Mitgliedern der „Gewaltfreien Zivilarmee“ sich etwa ein Jahrzehnt lang auf die Erforschung des gewaltfreien Widerstands konzentriert, weil sie spürten, dass sie keine präzisen Vorstellungen von der Form und der Wirkung des gewaltfreien Widerstands als Mittel der Verteidigungspolitik hatten. Sie meinten, ohne klare politische Konzepte sei die Propaganda der Tat auch nur eine höhere Art des Indianerspiels, selbst wenn sie sich auf Gandhi oder ein anderes Vorbild der direkten Aktion berufe. Diese Bemühungen um ein neues gewaltfreies Verteidigungskonzept wurden unterstützt von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, die – dank der Fürsprache Carl Friedrich von Weizsäckers – eine neue Studiengruppe „Soziale Verteidigung“ einrichtete. Diese systematische Arbeit war sehr wichtig, weil sie den Begriff der Sozialen Verteidigung mit historischer Erfahrung und mit strategischen und taktischen Konzepten füllte. Wir greifen heute noch auf das zurück, was damals erarbeitet wurde.

Parallel zu diesen Forschungsarbeiten lief das praktische Engagement in der Friedens- und Ökologiebewegung. Ich will diese Geschichte der Entwicklung der Sozialen Verteidigung in Deutschland an dieser Stelle nicht weiter verfolgen. Sie lässt sich nachlesen in meinem Beitrag zu dem von Ulrike C. Wasmuth 1991 herausgegebenen Sammelband „Friedensforschung. Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft“.

Ich mache jetzt einen großen Sprung von der Mitte der 70er Jahre bis in die Mitte der 80er Jahre. Damals begannen bei abebbender Friedensbewegung in den pazifistischen Organisationen und in der neuen Partei „Die Grünen“ die Beratungen über den besten Weg, die Soziale Verteidigung als alternatives Sicherheitskonzept politisch durchzusetzen.

Der Weg zum Bund für Soziale Verteidigung

Auch hier fasse ich die Entwicklung zusammen. 1988 kam es zum Mindener Kongress „Wege zur Sozialen Verteidigung“, und im März 1989 wurde der Bund für Soziale Verteidigung gegründet. Dies geschah meines Erachtens zehn Jahre zu spät. Das Konzept war in den 70er Jahren bereits weit entwickelt. Ich erinnere an den von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler veröffentlichten Sammelband „Demokratische Sicherheitspolitik. Von der territorialen zur sozialen Verteidigung“ (1974). Auch die Friedensbewegung war zur Zeit des Widerstands gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen nicht bereit, sich auf ein eigene Sicherheitsstrategie - basierend auf dem gewaltfreien Widerstand gegen alle militärischen Bedrohungen - zu verständigen, obwohl Tausende von Kriegsdienstverweigerern vor den Prüfungsausschüssen sich auf dieses Konzept beriefen und sich auch die Führungsoffiziere der Bundeswehr damit befassten. Im Banne der Tradition oder unter dem Einfluss der DKP verdrängte ein Teil der Friedensbewegung die Notwendigkeit einer alternativen Sicherheitspolitik und im anderen Teil konkurrierten militärische Defensivkonzepte und die Soziale Verteidigung. Jedenfalls stand der sicherheitspolitische Diskurs nicht im Zentrum des Engagements der Friedensbewegung. Diese konzentrierte sich auf den Versuch, die Stationierung neuer Raketen zu verhindern. Dieses Ziel war der gemeinsame Nenner.

Nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen und dem eher rituellen Zivilen Ungehorsam vor den Toren der Raketenstandorte, vor allem in Mutlangen, sahen die DKP-kritischen, pazifistischen Organisationen ein, dass sie ein eigenes sicherheitspolitisches Programm entwickeln müssten. Dies wurde auch durch den Umstand gefördert, dass die Grünen ihren programmatischen Vorschlag, gewaltfreie Politik treiben zu wollen, mit dem sicherheitspolitischen Programmpunkt „Soziale Verteidigung“ verbanden. Mit Roland Vogt und Petra K. Kelly hatten die Grünen auch zwei Bundestagsabgeordnete, die wussten, was man unter „Sozialer Verteidigung“ zu verstehen hat. Durch ein Hearing der Fraktion der Grünen im Bundestag am 16. Juni 1984 suchten Vogt und Kel-

ly Antworten auf offene Fragen und sie hofften auf diese Weise auch das Konzept in der Fraktion und in der Partei besser zu verankern.¹

Dies ist im erwünschten Umfang nicht gelungen. Doch es war hinreichend klar, dass für den Fall einer rot-grünen Mehrheit die radikaldemokratischen Pazifisten in der Friedensbewegung vor der Frage stehen würden, wie sie ihre sicherheitspolitischen Vorstellungen gegenüber der Bevölkerung, aber auch gegenüber den Parteien im Bundestag wirksam vertreten könnten.

Die Friedensbewegung stand damit vor einer ganz neuen Herausforderung. Tradition hatte in der Friedensbewegung nicht die Entwicklung eines eigenen sicherheitspolitischen Programms, sondern der Protest gegen den Krieg und die Rüstung. Es war neu, dass pazifistische Verbände sich nicht gegen eine Gefahr, sondern für eine sicherheitspolitische Alternative, genannt Soziale Verteidigung, zusammenschlossen.

Wie gesagt, es wäre besser gewesen, dies wäre bereits im Laufe der 70er und nicht erst Ende der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts gelungen. Im Rückblick wissen wir heute, dass die proklamierte Absicht der Grünen, gewaltfreie Politik zu machen, in der Partei nicht ausreichend verankert war und dass es bei den Grünen viele traditionelle Linke gab, die zwar bereits eingesehen hatten, dass Bürgerinitiativen mit gewaltfreien Aktionen viel erreichen können, aber die volle Tragweite des Programms, gewaltfreie Politik zu machen, nicht begriffen hatten und darum auch keine Anstrengungen machten, sich für den Fall der Regierungsbeteiligung auf die dann zu lösenden sicherheitspolitischen Aufgaben vorzubereiten.

Der Prozess des Erlernens gewaltfreier Politik war bei den Grünen gerade erst angelaufen, als mit dem Ende des Warschauer Paktes die militärische Bedrohung, welche die sicherheitspolitische Phantasie der Bundesbürger geprägt hatte, in kürzester Zeit entfiel.

Damit verlor auch die Friedensbewegung ihr Interesse an sicherheitspolitischen Alternativen zum Militär. Sie folgte dem Vorbild einer populären Schweizer Bewegung, die in einer Volksabstimmung die Armee abschaffen wollte, und gab ihrerseits die Parole aus: „BRD ohne Armee“. Das war plausibel angesichts des Umstandes, dass die Wiederbewaffnung Deutschlands einzig und allein mit der Bedrohung durch den Warschauer Pakt begründet worden war.

Aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen

Ab 1990 war Deutschland „nur noch von Freunden umzingelt“, wie Roland Vogt dies ironisch formuliert hat. Ein wichtiger Beweis für die Praxistauglichkeit der Sozialen Verteidigung war 1991 die Abwehr des Staatsstreichs in der Sowjetunion mit Mitteln des zivilen Widerstands. Doch die Kriege um die Aufteilung des zerfallenden Jugoslawien und auch die militärisch ausgetragene Konflikte in einigen Teilen der ehemaligen Sowjetunion haben die Friedensbewegung überrascht. Einen gewissen Auftrieb hatte dem BSV zunächst einmal gegeben, dass die baltischen Staaten ihre Unabhängigkeit gegen den militärischen Druck Russlands mit Aktionsformen verteidigt hatten, in denen Grundformen der Sozialen Verteidigung zu erkennen waren. Eine Gruppe des BSV ist 1992 nach Litauen und Lettland gereist, um zu helfen, diese spontane Erfahrung in ein entsprechendes Verteidigungskonzept zu überführen. Die Impulse dieser Reise erwiesen sich jedoch nicht als nachhaltig. Dass die baltischen Staaten heute Mitglieder der NATO sind, ist das Gegenteil dessen, was der BSV sich erhofft hatte. Doch es ist verständlich, dass diese Länder ohne eine entsprechende soziale Bewegung und ohne theoretischen Vorlauf es sich nicht zutrauten, auf russischen Druck mit dem neuen Konzept der Sozialen Verteidigung zu reagieren. Spontane Praxis ohne Theorie führt nicht zu einer so radikalen Maßnahme, wie sie die einseitige, vollständige Abrüstung und der historische Sprung in die Soziale Verteidigung nun mal darstellen. Ein solcher Sprung muss theo-

¹ Das Hearing wurde verspätet dokumentiert. Das Verteidigungskonzept der Grünen: Soziale Verteidigung. Hearing der Fraktion der Grünen im Bundestag mit Gene Sharp, Adam Roberts, Theodor Ebert, Johan Galtung, Wolfgang Sternstein, Petra Kelly, Roland Vogt, Johan Niezing, Andreas Mailinger u.a. In: Gewaltfreie Aktion, 75/76, 1988, 60 Seiten.

retisch und kulturell vorbereitet werden, so wie Rousseaus „Contrat Sociale“ die Französische Revolution vorbereitet hat – unzureichend, wie man im Rückblick feststellen muss.

Es gab im BSV ein gewisses Gespür dafür, was eigentlich getan werden sollte, und dies galt nicht nur im Blick auf die baltischen Staaten. Wir streckten bis in den Kosovo die Fühler aus. Wir wussten, dass es dort Versuche gab, mit gewaltfreien Methoden den Anspruch der Albaner auf einen autonomen Status zu behaupten.

Doch es fehlte die organisatorische Kraft und auch die jugendliche Begeisterung, das mehr oder weniger als notwendig Erkannte in die Tat umzusetzen. Zu einer solidarischen Außenpolitik war der BSV zu schwach, zumal die Trägerorganisationen keine besonderen Anstrengungen machten, ihre neue Dachorganisation wirklich zu tragen. Der BSV wurde zu einer Friedensorganisation neben anderen. Er war kein Koordinationsorgan, wie dies in der Satzung angelegt war.

Das eigentlich konstruktive Konzept des BSV war in den 90er Jahren der Zivile Friedensdienst - ergänzt um die Arbeit im Balkan Peace Team, die Christine Schweitzer umsichtig und selbstkritisch vorantrieb. Über den Zivilen Friedensdienst hat der BSV sich in vorbildlicher Weise mit der Leitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg verständigt. Ich erinnere mich gerne an die Begegnung der von Roland Vogt geleiteten Gruppe des BSV mit Bischof Martin Kruse und weiteren Mitgliedern der Berliner Kirchenleitung und der dortigen kirchlichen Arbeitsgruppe für Zivilen Friedensdienst.

Das Zukunftsweisende an diesem Konzept war, dass der Zivile Friedensdienst nicht mehr ein-dimensional auf die Soziale Verteidigung des eigenen Landes ausgerichtet war, wenn er diese Dimension auch beinhaltete, sondern zwei weitere Aufgaben anvisierte, erstens die Abwehr extremistischer, gewalttätiger Gruppen im eigenen Lande und zweitens die solidarische Unterstützung gewaltfreier Kräfte im Ausland.

Diese Dreidimensionalität hat der Zivile Friedensdienst verloren, als er 1998 bei Bildung der rot-grünen Koalition dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zugeordnet wurde. Dass nicht mehr erreicht wurde, ist auch wieder ein Zeichen der Schwäche der Friedensbewegung und auch der Kirchen. (Die Leitungen der Kirchen sind heute in erster Linie damit beschäftigt, ihre Finanzprobleme zu lösen und das Vorhandene zu konservieren.)

Vielleicht wäre es anders gekommen, wenn der Zivile Friedensdienst in einer gemeinsamen Anstrengung von Friedensbewegung und Kirchen mit eigenen Modellgruppen gestartet worden wäre, um in den von Rechtsextremisten „national befreiten Gebieten“ für das Gelten der Menschenrechte zu sorgen. Ein dunkelhäutiger Mensch ist des Nachts auf den Straßen Brandenburgs seines Lebens nicht sicher. Die Bearbeitung dieses Problems darf man nicht allein dem Innenministerium und der Polizei überlassen. Es bedarf des zivilen Engagements der Bevölkerung. Dies hat sogar der brandenburgische Innenminister Schönbohm (CDU) betont. Nach der jüngsten Umfrage sympathisieren 12 Prozent der Brandenburger mit dem Rechtsextremismus. Der BSV hat diesem Problem bereits vor zehn Jahren in Potsdam eine eigene Tagung gewidmet. Doch auch diese blieb ohne Folgen. Mein Traum war immer gewesen, dass ein paar hundert Kriegsdienstverweigerer sich zusammenschließen, den Ersatzdienst verweigern und einen eigenen Zivilen Friedensdienst in den „national befreiten Gebieten“ aufbauen und durch ihre Begleitung bedrohter Personen beweisen, wer in Deutschland die Umgangsformen bestimmt.

Es gibt einige zivile Ansätze, mit der Herausforderung durch die Rechtsextremisten umzugehen, und es ist noch nicht zu spät, durch eine Initiative von unten zu zeigen, wie demokratische Sicherheitspolitik funktioniert.

Doch man darf nicht verschweigen: Es gibt auch Linksextremisten, die bei ihren Aktionen den Tod von Polizisten und Zivilisten in Kauf nehmen. Ich gebe nur das Stichwort 1. Mai in Berlin. Und was ich im Wintersemester 1988/89 an meinem eigenen Fachbereich für Politische Wissenschaft von Seiten einer rücksichtslosen Minderheit der Studenten und seitens eines gelähmten Lehrkörpers und einer privatisierenden Mehrheit der Studenten erlebte, war für mich eine

traumatische Erfahrung, die mich ernsthaft an der Fähigkeit unserer Eliten zur Sozialen Verteidigung zweifeln ließ. Das redigierte Tagebuch des Streiksemesters am Otto-Suhr-Institut liegt immer noch unveröffentlicht in meinem Schreibtisch. Wenn du im Treppenhaus deines Instituts in großer Sprayschrift liest „Barschel, Schleyer, Strauß - Ebert such dir was aus!“ und dieser Spruch dann tagelang dort prangt, bis schließlich der Hausmeister die Namen – nur diese – überpinselt, dann fragst du dich: Wer und wo sind denn die Leute, welche in der Bundesrepublik Deutschland die Soziale Verteidigung tragen sollen?

Es gibt auf die Herausforderungen des Rechts- und Linksextremismus einzelne zivile Antworten. Doch von einer landesweiten Bewegung - gewissermaßen einer Sozialen Verteidigung gegen den gewalttätigen Extremismus von Rechts und Links - kann man leider nicht sprechen. Das hängt auch damit zusammen, dass der BSV in seiner Mitgliedschaft bis auf wenige, wichtige Ausnahmen eine Organisation ist, die ihre Basis in den alten Bundesländern hat. Das hat auch zur Folge, dass wir mehr Erfahrung haben mit dem Linksextremismus. Dieser hat an Bedeutung verloren. Unsere größere Kompetenz auf dem Felde des Linksextremismus lässt sich damit erklären, dass unsere soziale Nähe zu den Linksextremisten größer ist als zu den Rechtsextremisten und wir es besser verstehen, argumentativ auf potentiell gewalttätige Gruppen der Linken einzuwirken. Den meisten ist dort allerdings eine sozialistische Revolution gründlich vergangen. Es ist zu offensichtlich, dass sie mit der Arbeitslosigkeit und den Aufgaben der sozialen Sicherung der breiten Masse der Bevölkerung nicht besser umzugehen wissen als die Regierung.

Schwierigkeiten bei der Anpassung der Sozialen Verteidigung an die Situation nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Wenn man als Pazifist im Jahre 2005 über die sicherheitspolitischen Perspektiven Deutschlands sprechen will, steht man vor der Schwierigkeit, dass man seinen Überlegungen keine offiziellen Analysen der Bedrohung der Bundesrepublik zu Grunde legen oder sich kontradiktorisch von einer solchen absetzen kann. Es gibt kein griffiges Feindbild wie in der Zeit vor der Auflösung des Warschauer Paktes. Ich habe den Eindruck, dass das Verteidigungsministerium über keine Bedrohungsanalyse verfügt, mit der die Bundeswehr in ihrer gegenwärtigen Ausstattung und ihrem gegenwärtigen Umfang zu rechtfertigen wäre. Winfried Daim hat in den 60er Jahren mal eine Analyse der Funktion des österreichischen Bundesheeres vorgelegt mit dem treffenden Titel „Analyse einer Illusion“. Daim hatte Recht, aber das österreichische Bundesheer gibt es immer noch. Die Vorstellung, dass man die deutsche Bundeswehr brauche, um eine akute militärische Bedrohung abzuwehren, halte ich für eine Illusion. Doch ob man die Bundeswehr zur Vaterlandsverteidigung braucht oder nicht braucht, ist ziemlich wurst. Die Bundeswehr legitimiert sich mittlerweile zu einem erheblichen Teil durch ihre schiere Existenz und durch die wirtschaftlichen Interessen, die ihrer Abschaffung entgegenstehen. Dass die Freiheit und die Demokratie am Hindukusch und am Horn von Afrika gegen den internationalen Terrorismus zu verteidigen sind, mag ich als bedrohungsanalytischen Ansatz nicht übernehmen. Internationale Hilfe könnten wir bei entsprechendem Einsatz der Mittel mit einem Zivilen Friedensdienst und anderen solidarischen Maßnahmen wahrscheinlich viel effektiver leisten. Und auch dem Terrorismus wäre anders zu begegnen. Mein Mannheimer Vortrag zu diesem Thema befindet sich in den Tagungsunterlagen. Ich setze diesen als bekannt voraus.

Die geläufigen Rechtfertigungen für die Bundeswehr haben meines Erachtens einen weitgehend ideologischen Charakter. Nackte Tatsache ist, dass die deutsche Gesellschaft in den globalen Handel eingebunden und von Rohstofflieferungen - vor allem vom Öl - abhängig ist. Und es ist auch eine unübersehbare Tatsache, dass die globalen Handelsbeziehungen die reichen Industrienationen begünstigen und die Armen benachteiligen. Die Deutschen partizipieren als Volk an diesem Ausbeutungssystem. In dieser Hinsicht könnte man die Bundeswehr damit legitimieren, dass man sagt, gegenüber den Benachteiligten des globalen Kapitalismus sei es vorteilhaft, eine gewis-

se militärische Drohkulisse aufrechtzuerhalten, und dazu leiste die Bundesrepublik im Geleitzug mit den USA einen gewissen Beitrag. Ich denke, dass dies die eigentliche Legitimation der Bundeswehr ist.

Es kann nicht die Aufgabe einer Revision des Konzeptes der Sozialen Verteidigung sein, diese ungerechten Verhältnisse zu verteidigen. Es könnte allerdings sein, dass es im Rahmen dieses ungerechten Systems zu inneren Widersprüchen kommt, die zu einer militärischen Bedrohung der Deutschen und anderer europäischer Nationen führen. Diese Überlegung will ich im Folgenden vertiefen.

Ich stelle an den Anfang das Eingeständnis, dass es mir sehr schwer fällt, ein Szenario zu entwerfen, das nach der Sozialen Verteidigung als angemessenem sicherheitspolitischem Konzept verlangt, und ich nehme an, dass diese Verlegenheit im Bund für Soziale Verteidigung weit verbreitet ist. Wir sind hier zusammgekommen, um uns diese Verlegenheit einzugestehen und zu überlegen, was in der gegenwärtigen Situation zu tun ist. Ich habe mich in den letzten Jahren über die Spendenaufrufe des BSV meist gewundert, weil sie - ich nehme an aus opportunistischen Erwägungen - den Eindruck hervorzurufen oder aufrechtzuerhalten suchten, dass man im BSV genau wisse, wo es in der Sicherheitspolitik langzugehen habe. Offen gestanden, ich weiß dies nicht so genau und was ich hier vorbringe, ist kein geschlossenes Konzept. Es sind einige Gedanken, mit denen ich mich den künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen anzunähern suche. Und ich werde bei dieser Gelegenheit auch fragen, ob einige der aktuellen Herausforderungen, die uns gewissermaßen durch die öffentliche Diskussion aufgedrängt werden, tatsächlich diese Konzentration unserer Aufmerksamkeit verdienen und ob wir sie zum Zentrum unserer sicherheitspolitischen Konzeptionsbildung machen sollten. Mit diesen in ihrer Relevanz zu bezweifelnden aktuellen Herausforderungen meine ich den Rechtsextremismus und den internationalen Terrorismus.

Sucht man ein sicherheitspolitisches Konzept, kommt es auf den richtigen Ansatz an. Man sollte sich jedenfalls nicht zu eilfertig auf eine bestimmte Bedrohungslage, die in der öffentlichen Meinung eine hohe Akzeptanz aufzuweisen hat, einlassen und allein daran seine sicherheitspolitischen Phantasien entfalten.

Zu verteidigen sind Prozesse, nicht erst Errungenschaften

Der Ausgangspunkt meiner Überlegungen zur Sozialen Verteidigung war und ist zunächst einmal ganz generell, dass auch Demokratien, die mit aller Welt in Frieden leben wollen und sich dabei um soziale Gerechtigkeit und solidarische Hilfe für Bedrohte und Benachteiligte bemühen, in Situationen geraten können, in denen ihnen von innen oder außen militärische Gewalt angedroht wird, und dass sie damit rechnen müssen, unterdrückt und ausgebeutet zu werden, sofern sie über keine ausreichenden Methoden der Gegenwehr verfügen.

Nota bene, diese idealen, friedliebenden, hilfsbereiten Demokratien gibt es in der Wirklichkeit nicht. Da haben alle Dreck am Stecken und blicken auf eine fragwürdige Vergangenheit zurück. Dies kann auch eine sehr junge, noch virulente Vergangenheit sein, in welcher diese Demokratien Gewalt angedroht und angewandt haben und Teile der Bevölkerung sich in übler Weise irgendwelcher Privilegien bedient haben. Diese friedliebende, hilfsbereite Demokratie ist aber eine Zielvorstellung, welche die Mehrheit beflügeln kann, sich auf soziale Experimente einzulassen, um dem Ziel ein gutes Stück näher zu kommen. Schon allein diese Experimente können konterrevolutionäre bzw. konterreformistische gewaltsame Interventionen auslösen. Ich erinnere an die Situation in der CSSR im Jahre 1968. Der „Sozialismus mit einem menschlichen Gesicht“ war dort erst eine Zielvorstellung, noch keine etablierte soziale Realität. Und bereits in dieser Situation erwies es sich als notwendig, mit gewaltfreiem Widerstand einer militärischen Intervention entgegenzutreten. Diese Konstellation kann in Zukunft wieder auftreten. Das heißt, es kann notwendig werden, eine konkrete Utopie, das Modell einer neuen Gesellschaftsordnung in statu nascendi - also im Augenblick des Entstehens - bereits zu verteidigen.

Ich warne also vor einer Vorstellung der Sozialen Verteidigung, die von einem viele Generationen währenden, langsamen und stetigen Aufbau der Zivilgesellschaft ausgeht, um dann eines Tages erfreut feststellen zu können: Jetzt sind wir reif für die Soziale Verteidigung!

Die Schwierigkeit bei der Konzeptionsbildung besteht darin, dass man die Soziale Verteidigung schon in einem Augenblick braucht, in dem die idealen Voraussetzungen ihrer Anwendung noch nicht gegeben sind.

Geboren im Jahre 1937 bin ich in einem Staate aufgewachsen, der es darauf angelegt hatte, andere Staaten Europas seinem Herrschaftsbereich einzuverleiben und einen Teil der Bevölkerung in den beherrschten Gebieten systematisch zu vernichten. Und dieses faschistische System konkurrierte nicht nur mit dem demokratisch-kapitalistischen System Westeuropas und der USA, sondern auch mit dem staatssozialistischen System Osteuropas, das in seiner stalinistischen, totalitären Ausprägung auch über Leichen ging - und zwar in enormen Massen.

Der Rückblick auf diese historische Erfahrungen hat Konfliktforscher wie Gene Sharp, Adam Roberts und mich davon abgehalten, nur nach den idealen Bedingungen für den gewaltfreien Widerstand gegen Besatzungsmächte zu fragen, sondern zu untersuchen, wie der gewaltlose Widerstand in den Staaten ausgesehen hat, in denen die Menschen sich mit ihren demokratischen Institutionen und ihren sozialen Errungenschaften so weit identifizierten, dass sie meinten, etwas Verteidigungswertes zu besitzen. Ideale Bedingungen wird es auch in Zukunft für die Soziale Verteidigung nicht geben. Je mehr Vorbereitungen man trifft, desto besser. Doch es wird wahrscheinlich auch in Zukunft gelten, im Rahmen des aktuell Möglichen den optimalen gewaltfreien Widerstand zu entfalten.

Es hat im Zweiten Weltkrieg an vielen Stellen gewaltlosen Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und ihre Kollaborateure gegeben. Dieser ist an keiner Stelle zu einer selbständigen, pazifistischen Verteidigungsdoktrin ausformuliert worden. Die Aktion drängt nur selten zur Theorie. Die Theoriebildung erfolgt meist erst mit Verspätung. Hegel hat dies poetisch formuliert, als er sagte, dass die Eule der Minerva erst in der Abenddämmerung ihre Flügel ausbreite.

Wir sind hier – ideengeschichtlich gesprochen – bei Tageslicht zusammengekommen, weil wir annehmen, dass Theoriebildung dazu dienen kann, uns auf Künftiges vorzubereiten. Hinter der Suche nach einem Konzept der Sozialen Verteidigung steht die Vorstellung, dass das Vorhandensein einer gewaltfreien Verteidigungsdoktrin die Menschen befähigen wird, sich rechtzeitig auf den gewaltfreien Widerstand gegen einen Aggressor einzuüben. Damit kann man nicht früh genug anfangen.

Zur Bedeutung der Parteinahme im Ost-West-Konflikt

Nachdem die faschistischen Regime von den Alliierten militärisch besiegt worden waren, kam es zwischen den Siegern zu einer ideologischen, wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenzsituation. Deren Erscheinungsform war in Europa der Kalte Krieg. An den Rändern der Herrschaftsbereiche kam es auch zu Stellvertreterkriegen.

In diesem Konflikt der politischen und wirtschaftlichen Systeme standen die westdeutschen Pazifisten dem westlichen Kapitalismus kritisch gegenüber, aber im östlichen Sozialismus sahen sie (mehrheitlich) keine Alternative, da dieser „real existierende Sozialismus“ unlösbar mit diktatorischen Formen der Durchsetzung verbunden zu sein schien und zudem mit dem Stalinismus und militärischen Interventionen schwer belastet und in seiner offenbaren Erscheinungsformen sehr militaristisch war.

In dem Konflikt zwischen dem westlichen und dem östlichen System schien das westliche System aufgrund seiner demokratischen Institutionen und einer gewissen Rechtssicherheit das geringere Übel und möglicherweise das lern- und reformfähigere zu sein. Bei aller Kritik am aktuellen Regierungshandeln konnten wir uns vorstellen, uns mit den in der Verfassung verankerten Grund-

rechten und den zugehörigen Institutionen, also mit der so genannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu identifizieren und sie bei ernsthafter Bedrohung mittels gewaltfreiem Widerstand zu verteidigen.

Das Ende des Warschauer Paktes hatte eine völlig neue sicherheitspolitische Situation zur Folge. Es gab keine Militärmacht mehr, die Deutschland im Falle einseitiger Abrüstung bedrohte. Das Haupthindernis für die einseitige Abrüstung Deutschlands stellten nun die USA dar, die militärische Stützpunkte in Deutschland aufrechterhielten und von Deutschland erwarteten, dass es die amerikanische Außenpolitik militärisch unterstütze. Nur im Falle des offensichtlich völkerrechtswidrigen Irak-Krieges ist es Deutschland im Verein mit Frankreich gelungen, sich dieser militärischen Unterstützung der USA zu entziehen. Aber an anderen Stellen beteiligt sich Deutschland an dem von den USA geführten so genannten Krieg gegen den Terror.

Nach meiner Einschätzung lehnt die Mehrheit der Deutschen offenbare Interventionskriege ab und sie ist auch skeptisch gegenüber humanitär begründeten militärischen Interventionen wie im Kosovo, aber sie will es sich trotz aller Kritik an der Bush-Administration mit den USA nicht verderben. Darum ist es außerordentlich schwer, eine Bewegung für eine einseitige Abrüstung Deutschlands in Gang zu bringen und für die Sicherheit die Umstellung auf Soziale Verteidigung zu empfehlen. Es ist auch gar nicht möglich, einen potentiellen Aggressor zu benennen, zumal eine Mehrheit der Bevölkerung sich in wirtschaftlicher Hinsicht als Partner der USA bei der Durchsetzung der Profitinteressen der Industriestaaten gegenüber den armen Ländern der Erde sieht. Es gibt hier zwar innere Widersprüche, die sich aus wirtschaftlicher Konkurrenz, anderen Prioritäten bei der Außenpolitik und ökologischen Bedenken ergeben, aber diese Widersprüche führen aller Wahrscheinlichkeit nach zu keiner Eskalation, welche die USA oder seine Verbündeten zu potentiellen Invasoren werden ließen, die man mittels Sozialer Verteidigung abwehren müsste. Die besondere Situation im deutschen Verhältnis zu den USA ist darüber hinaus, dass die USA in Deutschland militärisch präsent sind und von Deutschland aus operieren. Dass sie in den nächsten Jahren die Hälfte ihrer Truppen aus Deutschland abziehen und in anderen Ländern stationieren wollen, hat verschiedene Gründe. Im Blick auf die politische Handlungsfreiheit Deutschlands braucht man dies nicht zu bedauern, aber dieser Teilabzug macht uns auch noch nicht souverän. Wir bleiben in die NATO eingebunden und in dieser Organisation haben die USA ohnehin das Sagen. Dazu kommt, dass die Europäische Union sich mehr und mehr zur eigenständigen und Deutschland ihrerseits einbindenden Militärmacht entwickelt.

Die USA oder ihre Verbündeten brauchen in Deutschland nicht militärisch zu intervenieren, weil politischer und wirtschaftlicher Druck genügen, einen Umschwung der politischen Meinung in Deutschland zu bewirken und eine US-konforme neue Regierung verfassungskonform zu installieren. Es ist ohnehin anzunehmen, dass die rot-grüne Bundesregierung bei den nächsten Bundestagswahlen durch eine konservative, noch kapitalfreundlichere Regierung abgelöst werden wird. Und diese neue Regierung wird sich gegenüber dem amerikanischen Imperialismus noch konformistischer verhalten als die gegenwärtige.

Wenn man die Lage so einschätzt, dann gibt es in Deutschland zwar einen wachsenden Bedarf für radikale Opposition gegen den amerikanischen Imperialismus und seine europäischen Mitprofiteure, aber es gibt in näherer Zukunft keine Chance, die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes für einen Kurs der einseitigen Abrüstung und der Umstellung der Sicherheitspolitik auf Soziale Verteidigung zu gewinnen. Das ist traurig, aber als einer der Hauptbetreiber der Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung meine ich dies um der Wahrhaftigkeit willen aussprechen zu müssen.

Resignieren will ich aber nicht, weil ich die gegenwärtige Entwicklung für verhängnisvoll halte und weil ich mich gegenüber künftigen Generationen verpflichtet fühle, mittel- und langfristig das zu betreiben, was kurzfristig wahrscheinlich nicht durchzusetzen sein wird.

Auf der Suche nach einem plausiblen Szenario

Unser Hauptproblem als Konstrukteure einer Sozialen Verteidigung für Deutschland bzw. Europa ist, dass die Soziale Verteidigung eine gewisse Interesseneinheit der sich Verteidigenden voraussetzt. Wenn man an die Situation Norwegens im Zweiten Weltkrieg oder an die Situation der CSSR im Jahre 1968 denkt, dann weiß man, was Interesseneinheit eines Volkes im Rahmen der Sozialen Verteidigung bedeutet. Doch blickt man auf das heutige Deutschland, dann muss man doch fragen: Was ist das für ein Interesse, das die Mehrheit des deutschen Volkes veranlassen könnte, die militärische Sicherheitspolitik abzulehnen und sich auf den zivilen Widerstand vorzubereiten?

Im Moment glaubt die Mehrheit der Bevölkerung, im Großen und Ganzen so weitermachen zu können wie bisher. Sie meint, dass einige Reformen, die großspurige Titel erhalten, aber der Mehrheit nicht sonderlich wehtun, das bisherige, einigermaßen bequeme Dasein sichern könnten. Dass mehr als fünf Millionen Menschen ohne bezahlte Arbeit und weitere Millionen mit ökologisch nicht zu verantwortendem Verschwendungskonsum befasst sind, ist zwar schlimm, aber Regierung und Opposition sind sich ja darin einig, dass es keine Systemalternative gibt, und beide propagieren unisono, dass im Rahmen dieses verdammten Systems eine Wendung zum Besseren bevorstehe, wenn man nur ihr das Regieren und die Wirtschaftspolitik anvertraue. Und die Menschen sehen auch keine Alternative zu diesem Spiel, obwohl ihr Vertrauen in diese Versprechungen rapide schwindet. Eine Alternative ist nicht einmal skizzenhaft erkennbar.

Und doch muss sich jeder von uns irgendwie positionieren. Oder soll man Wahlen boykottieren? Die Wahlbeteiligung ist seit der Wende von 1989 gesunken. Das ist ein Zeichen der Desillusionierung. Und doch hoffe ich sogar auf einen Wiederanstieg der Wahlbeteiligung. Wahlabstinenz nützt erfahrungsgemäß den Konservativen. SPD und Grüne sind für mich immer noch das geringere Übel als CDU/CSU und FDP. Einiges Vernünftige hat die rot-grüne Koalition auch zustande gebracht. Ich wünsche mir eine echte Alternative, aber diese wird es nicht geben ohne eine entsprechende neue soziale Bewegung.

Die Proteste gegen den Sozialabbau, die sich mit dem Stichwort Hartz IV verbinden, sind ein Signal für Unzufriedenheit, und diese kommt in Proteststimmen oder Wahlenthaltung zum Ausdruck. Doch Proteststimmen und solche Stimmen anlockende Parolen machen noch keine neue Politik. Links von SPD und Grünen vermisste ich eine verlässliche gewaltfreie Sicherheitspolitik, auch wenn ich froh bin, dass es ein paar Abgeordnete gibt, welche der Militarisierung der Europäischen Union und der Vorstellung von Verteidigungsminister Struck widersprechen, dass die Freiheit am Hindukuch zu verteidigen und der Bombenzielwurf in der Kyritz-Ruppiner Heide zu üben sei.

Das Hauptproblem der Linken sehe ich darin, dass ihr arbeitsmarktpolitisches Konzept einer weiteren Staatsverschuldung nicht tragfähig ist. Die knappe Arbeit muss auf andere Weise gerechter verteilt werden. Ich vermag ein entsprechendes Konzept weder bei der PDS, noch bei den ehemaligen Sozialdemokraten der WASG zu erkennen. Und doch habe ich eine gewisse Sympathie für Oskar Lafontaine, weil ich nicht vergessen habe, dass er 1983 in Mutlangen bei den Protesten gegen die neuen Mittelstreckenraketen dabei war, sich sogar für die Soziale Verteidigung ausgesprochen und 1999 den Kosovo-Krieg abgelehnt hat. Das unterscheidet ihn vorteilhaft von Gerhard Schröder, an dessen Lernfähigkeit zu glauben mir schwer fällt, insbesondere im Blick auf die Waffenexporte der rot-grünen Regierung. Ich halte es zwar für unwahrscheinlich, dass die Volksrepublik China Taiwan angreifen will, denn die Erfahrungen mit der interessengeleiteten Zurückhaltung gegenüber Hongkong sprechen dagegen. Dass jedoch ein sozialdemokratischer Bundeskanzler für die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber China eintritt, ist moralisch fast genau so verwerflich wie die Bereitschaft von CDU-Politikern, sich von Rüstungslobbyisten bestechen lassen. Wenn Schröder den chinesischen Diktatoren entgegenkommt, wirtschaftet er zwar nicht in die eigene Tasche, aber er hofft, dass die Rüstungsexporte der Industrie Gewinne und den in dieser Industrie Beschäftigten Arbeit und ihm und seiner Partei dann Wählerstimmen verschaffen und die Macht erhalten werden. Das ist Politik nach der Maxime: Der Zweck rechtfertigt die Mittel.

Ich bin nicht der Einzige, dem diese Art, Politik zu machen, zum Himmel stinkt. An vielen Stellen und auf mehreren Politikfeldern wird wahrgenommen, dass die inneren Widersprüche unseres politischen und wirtschaftlichen Systems wachsen. Noch gibt es keine erschütternden Krisen, aber es gibt einige Trends, die größere Krisen sehr wahrscheinlich machen. Ich bin auf dem Felde der ökonomischen Analyse kein Spezialist; doch ich mache mir eben wie andere Zeitungsleser und Beobachter des Wirtschaftslebens ein Bild der ökonomischen Lage. Trotz dieser eingeschränkten Kompetenz, die sich auch an meinem stotternden Umgang mit ökonomischer Terminologie zeigt, kann ich nicht umhin, zu meinen Vorstellungen der wirtschaftlichen Lage einiges anzudeuten. Ich begründe mein Dilettieren auf dem Gebiet der Ökonomie und insbesondere der Arbeitsmarktpolitik folgendermaßen: Nur vor dem Hintergrund der Prognosen zum Anwachsen der Widersprüche innerhalb des bestehenden Systems darf es als wahrscheinlich gelten, dass ein neuer Bedarf für eine Soziale Verteidigung gegen eine militärische Restauration des bisherigen Systems entstehen wird.

Rechtsextremismus und Terrorismus als Feindbilder?

Mancher mag jetzt denken: Das ist mir zu dialektisch. Doch simpler habe ich es nicht. Gewiss, es wäre einfacher, wenn ich jetzt sagen könnte: Das ist der Feind und gegen dessen Aggression ist der zivile Widerstand vorzubereiten. Das hätte man 1937 in den Niederlanden tun können, als dort die erste Broschüre zur „pazifistischen Volksverteidigung“ erschien, deren Schicksal Gernot Jochheim in seiner Dissertation aufgezeichnet hat. Da konnte man sagen: Der expansive deutsche Faschismus ist der Feind, und jetzt gilt es, sich auf den zivilen Widerstand gegen eine faschistische Okkupation der Niederlande vorzubereiten.

Doch so klar ist der Fall jetzt eben nicht. Immerhin, es gibt zwei Feinde, die man benennen kann und die eine Einübung von zivilem Widerstand gegen Gewalttäter plausibel erscheinen lassen. Mit beiden Themen haben sich Pazifisten nach der außenpolitischen Wende der 90er Jahre auch bereits befasst und auch ich habe dazu Aufsätze geschrieben. Da ging es zum einen um die Abwehr des Rechts- und des Linksextremismus und zum anderen ging es um die Gefahr des internationalen Terrorismus.

Notabene, diese Überlegungen zur Sozialen Verteidigung gegen den Rechts- und Linksextremismus und zur Sozialen Verteidigung gegen den Terrorismus sind es wert, zur Kenntnis genommen zu werden. Man sollte diese Überlegungen und auch die praktische Einübung des zivilen Engagements weiter verfolgen. Doch soll sich der BSV auf diesen Feldern engagieren? Und wie sollte dies aussehen?

Ich will die Gefahren des Rechtsextremismus und des Terrorismus nicht bagatellisieren. (Beim Linksextremismus neige ich aber aufgrund eigener Erfahrungen zu der Einschätzung, dass sich dieser mit den vorhandenen Bordmitteln ohne ein spezielles Konzept der Sozialen Verteidigung abwehren lässt.) Der Rechtsextremismus und der Terrorismus sind zwar Gefahren, welche die Fantasie der Menschen in Deutschland heutzutage beschäftigen, und es ist darum auch unausweichlich, sich auf diese Herausforderungen einzulassen, doch ich glaube nicht, dass diese Herausforderungen die eigentlichen Gefahren sind, die uns dazu bewegen werden, die Soziale Verteidigung an die Stelle des Militärs zu setzen.

Das zivile Engagement ist nicht unwichtig bei der Abwehr des Rechtsextremismus und beim Austrocknen der Gewässer, in denen sich Terroristen wie Fische bewegen könnten. Doch es sieht so aus, als ob auch Polizei und Justiz im Verein mit spontanen Formen der Zivilcourage in der Lage wären, diese Gefahren abzuwehren. Das mag an einzelnen Orten anders sein. Ich kann mir schon vorstellen, dass der BSV oder Gruppen des Zivilen Friedensdienstes auf die rechtsextremistische Herausforderung eines sozusagen „national befreiten Gebietes“ reagieren und demonstrieren, wie man einer solchen Entwicklung begegnen kann. Es ist vorstellbar, dass man auf diese Weise mit Hilfe der Medien auch das Gedankengut der Sozialen Verteidigung (zumindest partiell)

vermitteln kann, aber ich zweifle daran, dass es auf diese Weise gelingen wird, die Soziale Verteidigung als Alternative zum Militär im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Doch auch dann, wenn dies nicht gelingt, ist es an und für sich sinnvoll, „national befreite Gebiete“ wieder gewaltfrei zu zivilisieren.

Doch wir sollten nicht darauf bauen, die Existenzberechtigung der Sozialen Verteidigung bzw. die Notwendigkeit ihrer Entwicklung mit dem Hinweis auf den Rechtsextremismus und den Terrorismus zu rechtfertigen. In beiden sehe ich nur „Nebenkriegsschauplätze“. Es sind aktuelle Herausforderungen, aber mittelfristig und langfristig bilden der Rechtsextremismus à la NPD und der Terrorismus der Al Kaida keine Gefahren, auf deren Abwehr die Pazifisten sich konzentrieren sollten. Bei der Abwehr dieser Gefahren können wir zwar mitmischen, aber wahrscheinlich werden wir bei diesen Bemühungen doch nur unter „ferner liefen“ bleiben.

Die bevorstehende „Kulturrevolution“ und ihre Verteidigung

Was aber dann? Ich sagte vorhin: Wir dürfen es nicht so simpel angehen und nach einem sofort erkennbaren und bereits jetzt allgemein verständlichen Feindbild fragen. Ich sagte: Wir müssen das Problem dialektisch angehen, d. h. wir müssen nach den inneren Widersprüchen einer Situation fragen und überlegen, welche Widersprüche sich so verschärfen könnten, dass eine revolutionäre Situation entsteht und ein wirklich neuer Versuch der Krisenbewältigung unternommen werden muss.

Bei einer solchen Prognose gibt es sehr viele Unbekannte. In der deutschen Gesellschaft bzw. der Weltgesellschaft gibt es mehrere innere Widersprüche und es ist schwer vorherzusagen, welche sich als erste zuspitzen und welche dann den Umschlag herbeiführen werden. Und wir wissen auch nicht, welche sozialen Träger diese Zuspitzung der Widersprüche finden wird und wie diese sozialen Träger sich organisieren werden. Doch eines wissen wir aus der Dialektik von Revolutionen: Es besteht immer die Gefahr, dass die restaurativen Kräfte zur militärischen Gewalt oder zu anderen Formen der Gewalt greifen, um den revolutionären Prozess zu stoppen und die Revolutionäre in eine gewaltsame Auseinandersetzung zu verwickeln. Und kommt es dann zu gewaltsamen Versuchen, sich gegen die Konterrevolution bzw. Konterreform zu verteidigen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die systemverändernden Kräfte ihr revolutionäres Profil verlieren, gewissermaßen die Farbe wechseln, wie es der Roten Armee in der Auseinandersetzung mit der Konterrevolution der Weißgardisten ergangen ist.

Es gab bei den Gründern der Grünen einige Politiker mit basisdemokratischer Erfahrung, welche - von der APO herkommend - mit ihrer Vorstellung gewaltfreier Politik und ökologischer und sozialer Strukturreformen die Vorstellung verbanden, dass konterrevolutionären Interventionen mit Sozialer Verteidigung zu begegnen sei. Diese Politiker hatten wahrscheinlich die Hoffnung, dass die Ökologie- und Friedensbewegung viel kräftiger auftreten würde, als es dann tatsächlich der Fall war. Angesichts ihrer geringen Wählerzahl haben die Grünen relativ viel erreicht, aber der Anpassungsdruck war auch enorm, so dass vom ursprünglichen Elan jetzt nicht mehr viel übrig ist. Es besteht für das Establishment gar keine Notwendigkeit, sich gewaltsam gegen grünen Reformeifer zu wehren.

Doch man sollte diese Erfahrung der Anpassung der Grünen an das Bestehende jetzt nicht einfach mit Häme bedenken, sondern man müsste mal überlegen: Was würde denn passieren, wenn eine neue soziale Bewegung kräftiger ausfiele als die studentische APO und die anschließende Ökologie- und die Friedensbewegung? Was würde geschehen, wenn eine wirklich breite, basisdemokratische Volksbewegung ein neues gesellschaftspolitisches Modell erproben wollte? Man kann dieser Spekulation bzw. diesem Szenario mit dem Einwand begegnen, dass dies eine Utopie sei. Doch so ganz utopisch scheint mir dies nicht zu sein, weil die nicht-autoritären Verhaltensmuster und die Fähigkeit, sich zu Bewegungen zu organisieren, in Deutschland in den vergangenen 60 Jahren erheblich zugenommen haben. Da ist aus gegebenem Anlass schon ein Umschlag von Quantität in Qualität vorstellbar.

Ich weiß nicht, ob das Gelernte ausreicht für eine wirklich breite und nachhaltige Bewegung, aber so ganz utopisch scheint mir der Gedanke an eine Graswurzelrevolution nicht zu sein. Ich war als Politologe jahrzehntelang damit befasst, soziale Bewegungen zu beobachten und zu beschreiben. Es ist meinen Kollegen und mir noch nie gelungen, eine soziale Bewegung vorherzusagen. Diese Bewegungen kamen immer als Überraschungen. Das mag für meine Zunft blamabel sein, aber dies ist auch ein gewisser Trost in Zeiten, in denen Bewegungen von Journalisten im Interesse ihrer Auftraggeber totgesagt oder klein geredet werden.

Doch ich gebe zu: Ich weiß nicht, welches die nächste soziale Bewegung ist, die sich noch unbeachtet und verkannt zurzeit irgendwo aufbaut. Ich habe zwar einige Vermutungen zum Thema dieser Bewegung, aber ich kann das soziale Modell nicht benennen, das ihr den Namen geben wird. Früher sprach man vom demokratischen Sozialismus. Doch es lag nicht allein an der diktatorischen Steuerung, dass die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sich nicht bewährt hat. Unter dem Banner des „demokratischen Sozialismus“ werden die Massen sich wahrscheinlich in nächster Zeit nicht bewegen, aber ich denke doch, dass einige der Ideen des demokratischen Sozialismus weiter wirken werden. Ich denke hier an Vorstellungen, wie sie von Ossip K. Flechtheim und Fritz Vilmar in der Zeit vor der so genannten Wende, die ja in wirtschaftspolitischer Hinsicht gar keine Wende war, entwickelt wurden. Nach 1990 war nur der Begriff „demokratischer Sozialismus“ verbraucht, aber nicht die in ihm steckenden Ideen.

Mir ist nicht deutlich, wie wir Staat und Wirtschaft in Zukunft organisieren müssen, damit die ökologischen und kulturellen Belange der breiten Bürgerschaft gewahrt werden und die Arbeit und die Einkommen gerechter verteilt werden, als dies zur Zeit der Fall ist. Doch der augenblickliche Zustand ist in alarmierender Weise unbefriedigend. Die ökologischen Gefahren wachsen. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Die Bildungschancen entsprechen nicht dem Bildungsbedürfnis. Es gibt immer weniger Arbeitsplätze, und es ist völlig aussichtslos, im Rahmen des liberalen, globalisierten Wirtschaftens in Deutschland ausreichend neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Zahl der Arbeitslosen wird also weiter steigen. Hinzu kommt, dass der gestiegenen Lebenserwartung keine befriedigenden Systeme der Tätigkeit und der Versorgung im Alter entsprechen.

Was entspricht Gandhis „Hind Swaraj“ im Deutschen?

Bevor ich über Soziale Verteidigung spreche, müsste ich jetzt über die Alternative zum gegenwärtigen System sprechen. Gandhi nannte dies immer das konstruktive Programm und ein solches wollte er vorlegen, bevor er zum gewaltfreien Aufstand gegen das englische Kolonialregime aufrief. Haben wir ein solches konstruktives Programm, das Gandhis Vorstellung von „Hind Swaraj“ (Indische Selbstherrschaft) entspricht?

In den 70er Jahren hat Joseph Huber im Rotbuch-Verlag ein Büchlein veröffentlicht mit dem Titel „Die Alternativen der Alternativbewegung“. Das besondere Interesse Hubers galt der Zukunft der Arbeit. Er hat die wachsende Arbeitslosigkeit vorhergesagt und er hat es auch nicht als wünschenswert erachtet, eine laufende Steigerung des Bruttosozialprodukts zu erzielen. Dies würde die ökologische Katastrophe nur beschleunigen. Darin war er sich mit Herbert Gruhl und dessen Einschätzung in „Ein Planet wird geplündert“ einig. Was der Club of Rome in „Die Grenzen des Wachstums“ und Gruhl kritisierten, ist nicht überholt; es wurde und wird nur verdrängt. Die größte Nation der Erde wird zurzeit von einem Präsidenten und seinen Buddies regiert, welche die Warnungen des Club of Rome nicht kapiert haben, aber sich in ihrer Borniertheit und Rücksichtslosigkeit mit der Mehrheit ihrer Wähler einig wissen.

Joseph Huber hat zwischen bezahlter Arbeit und Eigenarbeit unterschieden. Wenn ich meine Tomaten im Garten selbst ziehe und nicht bei Aldi kaufe, dann ist dies Eigenarbeit. Diese Kleingärtner Tomaten erscheinen nicht im Bruttosozialprodukt und haben doch für den Kleingärtner einen Gebrauchswert, der dem Tauschwert der Aldi-Tomaten entspricht. Wenn ich ein Haushaltsgerät selbst repariere, statt bei Karstadt ein Neues zu kaufen, ist dies auch kein Beitrag zum Brut-

tosozialprodukt. Selbst gezogene Tomate und selbst repariertes Haushaltsgerät tragen zur Qualität meines Lebens bei. Die Eigenarbeit schafft bzw. konserviert Werte und Güter, die nicht bezahlt werden müssen. Doch die unbezahlte Eigenarbeit muss tatsächlich geleistet werden, um diese Lebensqualität zu erzielen.

Ein Nebeneffekt dieser Eigenarbeit ist in der Regel die Schonung der Umwelt und meist auch ein vielseitigeres, kommunikativeres Leben in Nachbarschaften. Damit dies aber in großem Maßstab funktionieren kann, müssen entsprechende Rahmenbedingungen - auch mit Hilfe des Gesetzgebers und der Regierung - geschaffen werden.

Es ist notwendig, die knappe, bezahlte Arbeit so zu verteilen, dass mehr Menschen als bisher die Möglichkeit haben, Geld zu verdienen. Ein Beispiel: Es ist ein Unding, die Arbeitszeit für Lehrer zu erhöhen und eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit anzustreben, aber gleichzeitig fertig ausgebildete junge Lehrer nicht einzustellen. Passender ist es, arbeitslosen Lehrern Zweidrittelstellen anzubieten. Davon kann man auch leben. Die gerechtere Verteilung der knappen Arbeit im Öffentlichen Dienst - und dies ist ein großer Bereich, in dem die Gesetze des Marktes nur eingeschränkt gelten - hätte zur Folge, dass die gegenwärtigen und künftigen Arbeitsplatzbesitzer ein geringeres Einkommen, dafür aber mehr Zeit für unbezahlte Eigenarbeit hätten. Ein solch neuer Umgang mit der Arbeit wird den Betroffenen dann zu vermitteln sein, wenn sie diesen Zugewinn an Zeit und die damit verbundene Möglichkeit zur Eigenarbeit als ein kulturelles und ökologisches Plus zu begreifen vermögen. Damit dies geschieht, muss ein Kulturkampf geführt werden, bei dem die Vertreter dieser Richtung konkurrieren mit den Vertretern der Kultur der käuflichen Güter, die den Wert des Menschen auf seine Fähigkeit, käufliche Güter zu produzieren und zu konsumieren, reduzieren.

Wichtig ist, dass diese Konsumverweigerung und das eigenwillige Streben nach neuen kulturellen Gütern nicht allein von den Arbeitslosen ausgeht, sondern von denen, welche Arbeitsplatzbesitzer sind oder über ein größeres Geldvermögen verfügen. Die scheinbar vom kapitalistischen System Begünstigten sollten sich als Erste weigern, das Goldene Kalb anzubeten und auf Teufel komm raus im kapitalistischen System zu konkurrieren. Damit die Interessen der Konsumverweigerer und kulturellen Eigenarbeiter aber auch berücksichtigt werden - z. B. im Bildungswesen - müssen sie politisch vertreten werden. Das ist zurzeit nicht im ausreichenden Maße der Fall. Wenn der entsprechende Druck von der Basis erfolgt, werden die vorhandenen Parteien diese Interessen zu integrieren suchen. Wenn der Basisdruck groß ist, aber die Parteien sich als lernunfähig erweisen sollten, wie dies zum Beispiel bei der SPD in Sachen Atomenergie in den 70er Jahren der Fall war, dann wird es sich zeigen, ob eine neue Partei weiterhelfen kann. Nach meiner Einschätzung werden die Grünen nach dem Ausscheiden aus der Regierung vor der Frage stehen, ob sie den Anschluss an die sozialen Bewegungen wieder gewinnen und sich erneuern können. Diese Möglichkeit kann man nicht ausschließen, aber angesichts der geringen Mitgliederzahl der Grünen ist es fraglich, ob im Zuge einer neuen basisdemokratischen Bewegung genügend Menschen bereit wären, mit erneuerten Konzepten in die Grünen einzutreten. Diese Frage wird sich dann auch den anderen linken Parteien stellen.

Da es hier aber um Sicherheitspolitik geht, genügt es für die Suche nach einem Szenario, das die Fähigkeit zur Sozialen Verteidigung verlangt, dass ich eine breite kulturelle Bewegung für eine gerechtere und ökologisch eingepasste Verteilung der Arbeit und entsprechende Produkte annehme. Ich stelle mir vor, dass es in Deutschland und in anderen Staaten Europas zu einer Kulturrevolution kommt, die den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaft das Geschäft verdirbt. Diese werden wahrscheinlich alle Register ziehen, um diese Kulturrevolution zu diffamieren.² Extreme

² Der Begriff „Kulturrevolution“ ist durch Maos Gebrauch und durch den Umstand, dass viele Linke in Europa die chinesische Handhabung ignorierten, schwer belastet. Vielleicht sollte man nach einem anderen Begriff suchen. Vorläufig will ich an ihm festhalten, weil er andeutet, dass es hier nicht wie in den sozialistischen Revolutionen um eine Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sondern um eine neue, ökologisch und sozial verantwortete Einstellung zu Produktion und Konsum geht, wobei noch offen ist, wie man diese zweckdienlich organisiert. Aufschlussreich für die Rezeption der maoistischen „Kulturrevolution“ in der studentischen APO sind die mit vielen Zitaten angereicherten Erinnerungen Gretchen Dutschkes: Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke. Eine Biografie, Köln 1996, S. 108 ff.

Kräfte werden überlegen, ob auch militärische Mittel in Frage kommen, diese Bewegung zu unterdrücken.

Kulturrevolution und Soziale Verteidigung

Der Gedanke an eine solche Kulturrevolution ist nicht neu. Man findet Ansätze bei Herbert Marcuses Idee der großen Weigerung. Solche Überlegungen haben auch eine gewisse Rolle gespielt in der APO, in der Ökologie- und Friedensbewegung und bei den Grünen bis in die 80er Jahre. Ein Rückschlag erfolgte mit der Wende des Jahres 1989/90. Die kulturrevolutionären Hemmungen, die in Westdeutschland gegenüber dem Konsumdenken und dem damit verbundenen Raubbau an den natürlichen Ressourcen aufgebaut worden waren, brachen zusammen unter dem Ansturm der Welle der verständlichen Konsumbedürfnisse der früheren DDR-Bürger. Und dieses Konsumbedürfnis fand in Westdeutschland sein Pendant in dem haltlosen Versprechen, dass wir alle demnächst ein einig Volk von glücklichen Konsumenten sein würden und dass die Vereinigung zu starken Wachstumsimpulsen führen würde.

Nun sehen wir, dass dies nicht funktioniert. Der Staat hat das Geld, das er jetzt für die Bildung braucht, für Straßenbau und ABM-Scheinbeschäftigungen, für Subventionen und für andere konsumstabilisierende Maßnahmen ausgegeben. Es wird deutlich, dass Deutschland so nicht weiterwirtschaften kann. Das einzige, was im Moment noch floriert, ist der Export. Es fragt sich, wie lange dies noch gut geht, und dass an diesem Export auch Rüstungsgüter beteiligt sind, habe ich bereits erwähnt.

Mein Fazit aus dieser Skizze ist, dass uns eine Kulturrevolution ins Haus steht und diese mit erheblichen innen- und außenpolitischen Spannungen verbunden sein dürfte. Der Mangel einer solchen skizzenhaften Beschreibung einer Kulturrevolution ist, dass in ihnen der revolutionäre Prozess nur angedeutet werden kann: Zum einen, es gibt lebenswerte und praktikable Alternativen zum gegenwärtigen System; und zum anderen, das gegenwärtige politische und wirtschaftliche System ist in sich höchst widersprüchlich, und wahrscheinlich werden Krisen auftauchen, welche die Menschen nach Alternativen suchen lassen und sie wieder experimentierfreudig machen.

Wenn solche Alternativen von Massen ergriffen werden, wird dies wahrscheinlich vom bisherigen System Privilegierte tangieren und nicht allein diese, sondern auch viele abhängig Arbeitende, welche sich von den Innovationen bedroht sehen. Zu den lautstarken, bisweilen sogar handgreiflichen Gegnern der AKW-Kritik gehörten die in dieser Industrie Tätigen. Darum muss man auch damit rechnen, dass legal durchgesetzte Veränderungen auf konterreformistische Aktivitäten, die auch gewaltsamer Natur sein können, stoßen. Dann wird das Problem sein, ob und wie diese konstruktiven Alternativen gegen gewaltsame Zugriffe von innen oder außen mit gewaltfreien Mitteln verteidigt werden.

Wahrscheinlich wird sich diese Kulturrevolution auch das Militär zum Gegner machen, denn zu dieser Kulturrevolution werden sicher auch die Kritik an der militärischen Sicherheitspolitik und die Forderung nach Konversion des Militärischen ins Zivile gehören. Das wird auf Seiten der Besitzenden und der an sie Gebundenen zu Existenzängsten führen. Die Veränderer werden versuchen müssen, diese Ängste durch konstruktive Programme abzubauen, doch es besteht die Gefahr, dass es im Rahmen dieses kulturellen Umstellungsprozesses auch zu gewaltsamen Interventionen und Repressionsversuchen kommen wird. Und die Repressionsversuche werden auch die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung finden. Wenn zum Beispiel ein Militärstandort geschlossen wird, dann lassen sich die damit verbundenen zivilen Beschäftigungsverhältnisse nicht so einfach durch andere Beschäftigungsverhältnisse ersetzen. Jedenfalls wäre es wichtig, diese Probleme im Voraus zu bedenken, um nach Möglichkeit etwas Passendes vorzubereiten.

Ich denke, dass ich die Szenarien der gewaltsamen Interventionen in den Veränderungsprozess hier noch nicht im Einzelnen auszumalen brauche. Im BSV wird man sich wahrscheinlich zunächst einmal fragen, ob man sich gedanklich überhaupt auf die mittelfristige Wahrscheinlichkeit einer solchen Kulturrevolution einstellen und entsprechend vorbereiten will.

Eine andere Möglichkeit wäre ja, dass der BSV - im Rahmen eines breitestmöglichen Konsenses mit den von Bundeskanzler Schröder beschworenen Gutwilligen – die Gegner der Sozialen Verteidigung im Rechtsextremismus und dem Internationalen Terrorismus sieht. Diese Auffassung könnte man auch mit guten Argumenten vertreten. Wenn der BSV diesen Kurs verfolgen wollte, würde ich mich nicht dagegen stemmen. Man muss ja die genannten Gefahren auf jeden Fall im Auge behalten.

Doch ich ziehe es vor, die konkrete Utopie einer Kulturrevolution meinem Szenario einer künftigen Sicherheitspolitik zu Grunde zu legen.

Zur künftigen Rolle des Bundes für Soziale Verteidigung

Abschließend will ich noch die Frage anschnitten, welche Rolle der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) in Zukunft in der Friedensbewegung spielen soll. Als er gegründet wurde, hatte er die Aufgabe, die Friedensverbände bei der Erforschung und Einübung der Sozialen Verteidigung zu koordinieren. Nach außen sollte er gegenüber den Medien und der Politik als Sprachrohr und Lobbyist des neuen Verteidigungskonzepts auftreten. Nach meiner Erinnerung hat der BSV diese Aufgabe in den beiden ersten Jahren seiner Existenz zuversichtlich und mit Aplomb verfolgt. Der Einsatz von Petra Kelly und Roland Vogt in den Gremien der Grünen war dabei eine wichtige Hilfe. Auch in der Ära Tempel war der BSV bei der Gestaltung und Propagierung des Zivilen Friedensdienstes noch eine nützliche und profilierte Einrichtung. Später hatte ich den Eindruck, dass der BSV sich zwar noch mit interessanten Themen des Pazifismus befasst, aber in der Öffentlichkeit kaum mehr als Vertreter eines alternativen Sicherheitskonzeptes in Erscheinung tritt. Es fehlte ein griffiges Konzept und es fehlten die Ansprechpartner auf der politischen Ebene. Auch die angeblichen Trägerorganisationen des BSV nahmen diese Funktion nicht mehr wahr. Der BSV war keine Koordinierungsstelle mehr und eine Lobbytätigkeit fand auch kaum noch statt. Es ist nicht sinnvoll, hier irgendjemand Versäumnisse vorzuwerfen. Die Verhältnisse waren nicht günstig. Die Mitglieder und Förderer des BSV hielten es aber - und dies ist erstaunlich und löblich genug - für wichtig, den BSV am Leben zu erhalten, damit er bei einem allgemein erkennbar werdenden Bedarf wirksam für ein alternatives, gewaltfreies Sicherheitskonzept eintreten kann.

Ich sehe die Aufgabe des BSV in nächster Zeit in erster Linie darin, erneut über Sicherheitspolitik mit gewaltfreien Mitteln zu reden, damit deutlich wird: Die Pazifisten haben nicht resigniert und sie haben sich mit der militärgestützten Außenpolitik nicht abgefunden. Wir müssen zeigen, was Soziale Verteidigung leisten kann und bei welchen Gelegenheiten man sie in Zukunft brauchen wird. Kurz gesagt: Wir müssen Flagge zeigen für eine alternative Sicherheitspolitik, auch wenn man uns zunächst für Dogmatiker und Spinner - sprich Gesinnungsethiker - halten wird.

Diese Beschäftigung mit alternativer, gewaltfreier Sicherheitspolitik hat zwei Blickrichtungen. Sie wird im Blick auf vergangene Konfliktlagen diskutieren müssen, was eine vorbereitete Soziale Verteidigung hätte leisten können und was improvisierter ziviler Widerstand tatsächlich bereits geleistet hat. Zu dieser Blickrichtung wird die Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden, einen Wettbewerb ausschreiben. Da soll im Blick auf den Zweiten Weltkrieg gewissermaßen „nachgekartet“ werden. Ich halte dies für eine großartige Idee und ich denke, dass man mit den Ergebnissen dieses Wettbewerbs auch eine Tagung veranstalten könnte.

Im Blick auf die Zukunft halte ich es für wichtig, dass wir wahrscheinliche Szenarien der Sozialen Verteidigung entwickeln und dann auch mal durchspielen. Es haben sich seit der Entwicklung der Strategie und Taktik der Sozialen Verteidigung vor rund 40 Jahren doch eine ganze Reihe von Veränderungen in der Produktion und in der Kommunikation ergeben, die von uns bedacht werden müssen. Als ich die ersten Aufsätze über die Strategie und Taktik der Sozialen Verteidigung schrieb, gab es noch keine PCs und keine E-Mails, und statt der vielen Handys gab es nur einige wenige Walkie-Talkies. Und die Wirtschaftsströme waren auch weit weniger globalisiert als heutzutage.

Doch es sind inzwischen auch wertvolle Erfahrungen gesammelt worden im Trainieren und im massenhaften Widerstand gegen Diktaturen. Es wäre wahrscheinlich sinnvoll, mal wieder eine Studiengruppe „Soziale Verteidigung“ zu bilden, wie sie in der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler von 1967 bis 1974 bestanden hat. Ich hoffe, dass unserer Studientag dazu einen Impuls geben wird.

Bei der Vorbereitung auf diesen Studientag hat sich bereits gezeigt, dass außerhalb Deutschlands und der Europäischen Union schon in naher Zukunft Bedarf für Konzepte des zivilen Widerstands gegen einheimische Diktaturen oder auswärtige Interventen bestehen, wobei es häufig gar nicht so einfach ist, zwischen Auswärtigen und Einheimischen zu unterscheiden ist, weil Minderheiten mit den Interventen sympathisieren oder diese gar gerufen haben.

Das Beste wäre, wenn eine Diktatur mit Hilfe eines gewaltfreien Aufstandes überwunden werden könnte und die Aufständischen für den Fall ihres Erfolges bereits die Abschaffung der Armee und die Umstellung auf Soziale Verteidigung ins Auge gefasst und vorbereitet hätten. Damit dies gelingen kann, bedarf es der Begleitung solcher Aufstände durch Gruppierungen, die solche Konzepte der Umstellung auf Soziale Verteidigung in petto haben bzw. parallel zum gewaltfreien Aufstand auch ausarbeiten können. Ich kann jetzt die Länder, die dafür in Frage kommen, nicht benennen, aber ich halte es grundsätzlich für wichtig, dass in Zukunft gewaltfreie Aufstände von vornherein mit dem Konzept einer Umstellung auf Soziale Verteidigung verbunden werden. Und dazu könnte der Bund für Soziale Verteidigung einen Beitrag leisten. Es gibt in Deutschland auf diesem Gebiet ein beträchtliches Know-how. Warum sollen wir Deutschen immer nur Werkzeugmaschinen, Triebwagen und Waffen exportieren und nicht auch mal die Strategie der Sozialen Verteidigung? Doch darauf müssen wir uns vorbereiten. Einige Papiere, die für diese Tagung geschrieben wurden, deuten in diese Richtung.

Die Glaubwürdigkeit solchen Exportgutes hängt sicher auch daran, dass wir die Umstellung auf die Soziale Verteidigung in Deutschland und Europa nicht aus dem Auge verlieren. Ich denke, dass der BSV und seine Trägerorganisationen wieder verstärkt diskutieren sollten, wie sie die Zukunft einer deutschen und europäischen Sicherheitspolitik mit gewaltfreien Mitteln sehen. Jedenfalls sehe ich die Aufgabe dieses Studientags in der Auferweckung und nicht in der Beerdigung des Konzepts der Sozialen Verteidigung.

Nachdenken über Soziale Verteidigung im Kontext internationaler Kriege

Christine Schweitzer

Einführung

Soziale Verteidigung ist ein Konzept des gewaltfreien Widerstandes, das für bestimmte Situationen, vor allem für Verteidigung gegen militärische Übergriffe eines anderen Landes auf das eigene oder zur Abwehr eines Staatsstreichs, entwickelt wurde. So lautet die herkömmliche Definition.³

Es hat vor allem in den achtziger Jahren eine sehr lebhaft Diskussions darüber stattgefunden, ob der Begriff nicht so ausgeweitet werden müsse, dass er jeden gewaltfreien Widerstand umfasse, auch in innergesellschaftlichen Zusammenhängen. Doch mir erscheint es sinnvoller, sowohl vom Begriff („Verteidigung“) wie von der Entstehungsgeschichte dieses Begriffes her, Soziale Verteidigung als Begriff für einen bestimmten, einen „Sonderfall“ von gewaltfreiem Widerstand bzw. gewaltfreier Aktion zu bewahren.⁴ Ob eine Abgrenzung zu dem, was Theodor Ebert als „gewaltfreien Aufstand“ definiert hat⁵, so grundsätzlich beibehalten werden kann, möchte ich hingegen in Frage stellen, da es Fälle gibt, wo solche gewaltfreien Aufstände als verspätete Formen der Verteidigung gegen eine militärische Besatzung angesehen werden können (z. B. Tibet).

Der Begriff der Sozialen Verteidigung wurde seit Ende der 50er Jahre von einer Gruppe von FriedensforscherInnen (u. a. Stephen King-Hall, Gene Sharp, Adam Roberts, April Carter und Theodor Ebert) geprägt, die nach einer alternativen, nichtmilitärischen Form der Verteidigung gegenüber der von ihnen zunächst unhinterfragt angenommenen Bedrohung durch den Warschauer Vertrag suchten.⁶ Nur allmählich änderten sich die Bedrohungsanalysen, die sie ihren Arbeiten zugrunde legten, bezogen Staatsstrieche und später die Möglichkeit einer Intervention ehemals befreundeter Staaten mit ein.⁷ Parallel zu ihrer Arbeit wurde seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre das Konzept verstärkt von gewaltfreien AktivistInnen rezipiert und in die eigene Argumentation integriert. Dabei gerieten der staatsorientierte Bezugsrahmen und die angestrebten Wege der Durchsetzung von Sozialer Verteidigung zunehmend unter Kritik.⁸

In den neunziger Jahren wendeten die FriedensforscherInnen ihr Interesse zunehmend osteuropäischen Staaten zu⁹. Doch von wenigen Ausnahmen¹⁰ abgesehen, ließ das Interesse mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation zumindest hier in Europa stark nach.

³ „Soziale Verteidigung nennt man die gewaltfreie aktive Verteidigung eines Volkes gegen einen militärischen Angriff von außen oder einen Staatsstreich von Putschisten“ (Battke 1979).

⁴ Damit rücke ich auch von meiner eigenen Definition vom Anfang der 90er Jahre ab, wo ich dafür stritt, Soziale Verteidigung als gewaltfreie Verteidigung der Lebensweise und des Selbstbestimmungsrechts von Völkern gegen militärische und andere Bedrohungen der physischen und/oder kulturellen Existenz anzusehen, also andere, nichtmilitärische Bedrohungen miteinzubeziehen. Siehe Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.) 1989.

⁵ Ebert 1981.

⁶ Wenig beachtet blieben ähnliche Konzepte, die sowohl in Europa wie in Indien bereits in den 30er Jahren entworfen worden waren, u. a. von Richard Gregg, Bart de Liegt, Kenneth Boulding, Mohandas K. Gandhi. Siehe u. a. Martin 1993: 8 f.

⁷ Zum Beispiel Theodor Ebert: „Bedrohungsanalyse: Keine ökopazifistische Wende ohne Konservativen Backlash.“ in: Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.) 1989: 97.

⁸ Vergleiche z. B. Sondernummer „Soziale Verteidigung“ der Graswurzelrevolution, 3. Auflage 1988 und Martin et. al. 1991.

⁹ Vgl.: Sharp 2005 sowie Gene Sharp, *Self-Reliant Defense. Without Bankruptcy or War*, Cambridge: The Albert Einstein Institution, 1992 und Steven Huxley, „Lessons from the Baltics“, in: *Civilian-based Defense: News and Opinion*, Vol. 7, Aug. 1992, No. 6. In Slowenien wurde ein Konzept gewaltfreier Verteidigung von örtlichen Friedensforschern kurz vor Sommer 1991 dem slowenischen Präsidenten vorgelegt: Marko Hren/Nace Kalin, *Active Global Peace Security System*, (Manuskript), 1991.

¹⁰ Mitte der neunziger Jahre publizierte Robert J. Burrowes (1996) eine interessante Studie über die Strategie von Sozialer Verteidigung. Kurz danach erschien die eher dem konservativen Konzept von Sozialer Verteidigung zuneigende Publikation zweier französischer Friedensforscher (Marichez/Olagne 1998), und in allerjüngster Zeit (2003/2004) gibt die derzeit noch andauernde Arbeit einer Studiengruppe in Italien (Centro di Studi de Defesa Civile, Antonino Drago; Francesco Tullio und andere) zur Anwendbarkeit von Sozialer Verteidigung auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus.

In diesem Aufsatz soll es nicht um neue Bedrohungen und mögliche Anwendungsfelder von Sozialer Verteidigung gehen, sondern darum, die Relevanz der Konzepte der Sozialen Verteidigung für die Szenarien internationaler, d. h. zwischenstaatlicher Kriege und bewaffneter Konflikte zu diskutieren.

Internationale Konfliktszenarien

Das Konzept der Sozialen Verteidigung wurde vorwiegend für ein bestimmtes Bedrohungsszenario entworfen: Die Vorstellung, dass ein fremder Staat bzw. Staatenblock militärisch angreift, ein Land besetzt und dauerhaft seiner politischen Kontrolle zu unterwerfen sucht¹¹, sei es, um einen Regimewechsel herbeizuführen oder diesen zu verhindern. Dies war das Szenario des Kalten Krieges („Die Russen kommen“).

Die Zahl internationaler Kriege ist in den letzten Jahrzehnten extrem zurückgegangen¹², was nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in den neunziger Jahren manche AutorInnen dazu verleitete, davon auszugehen, dass es in Zukunft wohl nur noch interne Kriege, sog. ‚Bürgerkriege‘ geben werde.¹³ Doch hat sich inzwischen herausgestellt, dass dies eine Fehleinschätzung war und es durchaus, wenngleich zahlenmäßig in einer Minderheit, internationale Kriege weiterhin gibt. Sie haben sich nur ein neues Deckmäntelchen umgehängt und heißen heute gewöhnlich ‚Intervention‘. Die jüngsten Beispiele sind die Kriege der NATO gegen Afghanistan und der US-geführten ‚Koalition der Willigen‘ gegen den Irak. Und wenn man sich umschaute, welche internationalen Konflikte das Potenzial haben, sich zu einem Krieg auszuweiten, so muss man nicht nur an weitere Präventivkrieg-Szenarien aus der Liste der von den USA als ‚Schurkenstaaten‘ titulierten Staaten denken, sondern auch an verschiedene Konflikte in den Nachfolgeländern der ehemaligen Sowjetunion, an China - Taiwan und verschiedene afrikanische Länder.

Nun sind politische Kontrolle oder Regimewechsel natürlich nicht die einzigen denkbaren Ziele eines internationalen Krieges. Die schlichte Besitznahme von Land als Besiedlungsraum, zur Ausbeutung von Rohstoffen oder zur Errichtung von Militärbasen sind andere mögliche Ziele internationaler Kriege. Die Bedeutung der Frage nach dem Bedrohungsszenario liegt in der angenommenen Wirkungsweise von Sozialer Verteidigung begründet. Bei allen Unterschieden in den Konzepten von Sharp, Ebert, Boserup/Mack oder Burrowes haben sie alle die Prämisse gemein, dass ein Angreifer die Kooperation der Bevölkerung des angegriffenen Landes benötigt. Ihm diese Kooperation zu entziehen und damit das Erreichen seiner eigentlichen Kriegsziele – für die die militärische Besatzung nur ein Mittel zum Zweck ist – unmöglich zu machen, ist der Kerngedanke der Sozialen Verteidigung.¹⁴

¹¹ Diesem Szenario entsprach auch die Bedrohungsanalyse in den baltischen Ländern, die Anfang der neunziger Jahre Interesse an Sozialer Verteidigung zeigten.

¹² Sezessionskriege, die eigentlich eine Form innerstaatlicher Kriege sind, aber um die Abspaltung eines Territoriums ausgetragen werden, sollen dabei am Rande mit berücksichtigt werden, weil sie anders als bei ‚echten‘ Bürgerkriegen durch das Vorhandensein abgegrenzter territorialer und politischer Einheiten gekennzeichnet sind.

Die Zahl internationaler kriegerischer Konflikte ist dabei gegenüber früheren Zeiten stark zurückgegangen. Die Hamburger Arbeitsstelle für Kriegsursachenforschung hat für 2003 eine Liste von insgesamt 40 Kriegen und bewaffneten Konflikten veröffentlicht. Davon waren nur zwei internationale Kriege (Afghanistan und Irak). Siehe www.akuf.de.

¹³ Siehe z. B. die Diskussionen in Debiel/Nuscheler 1996.

¹⁴ Die Methoden von Sozialer Verteidigung (bzw. von Gewaltfreiheit allgemein) lassen sich in drei Kategorien einteilen:

a) Methoden, die der Schaffung und Stärkung des Zusammenhalts der Aktiven gelten (siehe z. B. Boserup/Mack 1980). Eine wichtige Aufgabe in gewaltfreien Auseinandersetzungen ist, die Widerstandskraft zu erhalten, die Mobilisierung zu erhöhen und ein Zusammenbrechen des Widerstandes so zu verhindern. Hierzu gehören symbolische Maßnahmen, die den AktivistInnen deutlich machen, wie viele ihrer Meinung sind (z. B. das Heraushängen von Bett-Tüchern während des 2. Golfkrieges 1991 oder das Tragen von Buttons), Protestmärsche und Ähnliches.

b) Methoden, die das Konfliktverhalten ändern, besonders die den Gegner daran hindern sollen, Gewalt anzuwenden. Dabei wird gewöhnlich nicht nur auf das Verhalten, sondern auch auf die Einstellung des Gegners eingewirkt. Hierbei wird i. d. R. angenom-

Doch welche Rolle spielt die einheimische Bevölkerung, wenn es um begrenzte Ziele wie die Errichtung von Militärbasen, die Beseitigung terroristischer Netzwerke oder die Ausbeutung von Rohstoffen geht? Hier scheint die übliche Strategie des Aggressors zu sein, es zunächst mit wirtschaftlicher Erpressung zu versuchen, und wenn das nicht gelingt, dann durch verdeckte (geheimdienstliche) Aktionen einen Regierungswechsel herbeizuführen, um mit der neuen Regierung entsprechende Verträge abzuschließen.¹⁵ Unmittelbare Zusammenarbeit wird nur von einer kleinen Elite benötigt - die große Masse der Bevölkerung bleibt gewöhnlich Zuschauerin. Allerdings zeigt die wachsende Zahl gewaltfreier Aufstände gegen korrupte Regimes – von den Philippinen 1986 bis zur Ukraine 2004 -, dass es durchaus Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstandes in solchen Konfliktkonstellationen gibt.

Anders sieht es bei dem letzten Szenario aus: Die Eroberung eines Landes, um es für die Besiedlung durch eigene Bevölkerung zu öffnen, mag zwar heute anders als in der Zeit der Eroberung Amerikas und Australiens und der frühen Kolonialzeit selten sein, doch das Beispiel des deutschen Angriffs auf Osteuropa vor gerade mal 66 Jahren zeigt deutlich, dass auch die moderne Zeit solche Kriege kennt. Wo kann in einer solchen Situation, die ohne massenhafte Vertreibung und/oder Genozid unvorstellbar ist, „Nichtzusammenarbeit“ ihren Platz finden? In der Weigerung zu fliehen und dem Versuch, alles zu tun, das dem Angreifer einen Genozid so schwer wie möglich macht, in der Hoffnung, dass dessen Entschlossenheit angesichts des unbewaffneten Widerstandes schnell genug erodiert, bevor er sein Ziel erreicht hat? Theoretisch mag dies zwar denkbar erscheinen, aber die Erfahrungen des letzten Jahrhunderts lassen hier wenig Raum für Optimismus.

Bevor Soziale Verteidigung als eine Option jedoch hier verworfen wird – was auch hieße, dass die Vorhaltung militärischer Mittel als Ultima Ratio für solche Fälle notwendig bleibt - sollte gefragt werden, ob es nicht Instrumente gibt, die in der klassischen Literatur über Soziale Verteidigung wenig oder nicht berücksichtigt wurden, die aber in solchen Fällen die Chancen gewaltfreien Widerstandes erhöhen würden. Ich denke hier an erster Linie an die Instrumente der gewaltfreien Intervention, d. h. des Eingreifens durch AktivistInnen aus anderen Ländern. Dass die Anwesenheit internationaler BeobachterInnen Gewalt verhindern kann, lehrt die Erfahrung der Arbeit von Peace Brigades International und anderen internationalen Gruppen seit vielen Jahren. Der Versuch, solche Ansätze auf die Verhinderung von Kriegen zu übertragen, ist hingegen bislang stets gescheitert bzw. wirkungslos geblieben, wie u. a. Moser-Puangsuwan und Weber in ihrem Sammelband überzeugend darstellen.¹⁶ Doch muss darauf hingewiesen werden, dass zum einen die Methoden der gewaltfreien Intervention bestenfalls ansatzweise entwickelt und u. a. aus Ressourcen Gründen bislang zumeist nur mit einer sehr kleinen Zahl von Aktiven durchgeführt wurden, und zum anderen es eigentlich kein Beispiel gibt, in dem eine gewaltfreie Intervention von außen und gewaltfreier Widerstand von innen zusammentrafen.¹⁷ Vielleicht wäre denkbar, dass ein Instru-

men, dass es gewisse Hemmschwellen der Gewaltanwendung gegenüber einem unbewaffneten Gegner gibt, zumal wenn die internationale Reaktion (Reaktion externer Parteien) mit berücksichtigt wird. Das Argument „Und wenn sie dann eine Atombombe werfen“ scheint daher empirisch wenig haltbar zu sein. Andererseits weisen alle VertreterInnen von gewaltfreier Aktion immer darauf hin, dass die eigene Gewaltlosigkeit keine Garantie für Sicherheit darstellt und zumindest in begrenzter Form mit Gewalt gerechnet werden muss.

c) Methoden, die die gegnerische Partei von ihren Zielen abzubringen sucht (also gerichtet auf den Konflikthalt). Hierzu gehört vor allem Nicht-Zusammenarbeit (von Boykott über Streiks, Steuerverweigerung, Ungehorsam bis hin zu Theodor Eberts „Dynamischer Weiterarbeit ohne Kollaboration“.

Gene Sharp unterschied ursprünglich drei, später vier Mechanismen, wie gewaltfreie Aktion zum Erfolg führen kann:

- Konversion, d. h. die Überzeugung des Gegners;

- „Akkomodation“, das Einlenken des Gegners ohne dessen innere Überzeugung - Zwang; - Desintegration des Systems.

¹⁵ Siehe Perkins 2004 für einen eindrücklichen Bericht eines Insiders.

¹⁶ Siehe Moser-Puangsuwan/Weber (Hrsg.) 2000; Schweitzer et al 2001.

¹⁷ Der Widerstand in den palästinensischen Gebieten kann wohl kaum hierunter gefasst werden, auch wenn die Partner der International Solidarity Movements und ähnlicher Gruppen palästinensische (oftmals Splitter-) Gruppen sind, die sich selbst der Gewaltlosigkeit verpflichtet fühlen.

mentarium, das gewaltfreie Intervention in größerem Maßstabe möglich macht, wie es z. B. die internationale NRO Nonviolent Peaceforce¹⁸ vorhat, diese Effektivitätslücke der Sozialen Verteidigung schließen könnte. Dieses Thema soll hier aber nicht weiter verfolgt werden, da es Gegenstand eines anderen Vortrages des Seminars ist, für das dieser Aufsatz geschrieben wurde.

Über die Realitätstauglichkeit von Sozialer Verteidigung

Zunächst einmal muss festgehalten werden: Auch vor 1989 war Soziale Verteidigung eine Utopie. Die Chancen, dass eine Regierung bereit gewesen wäre, abzurüsten und stattdessen Soziale Verteidigung systematisch vorzubereiten, oder dass eine Bevölkerung dies geschlossen fordern und in die eigene Hand nehmen würde, waren damals nicht höher als heute. Die einzigen realen Fälle, in denen Regierungen zumindest ansatzweise über solche Alternativen nachdachten oder sie sogar in einem Falle (Litauen) als Element in ihre Verteidigungskonzeption integrierten, sind in kleinen, militärisch relativ oder völlig machtlosen Ländern wie den baltischen Staaten zu finden.¹⁹

Ein anderes Bild entsteht hingegen, wenn man sich die doch recht große Zahl von Fällen zivilen Widerstandes anschaut. Es gehören dazu die als klassische Vorläufer von praktizierter Sozialer Verteidigung angesehenen Fälle wie der erfolgreiche Widerstand gegen den Kapp-Putsch und einige Jahre später der Ruhrkampf nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland, der indische Befreiungskampf, Prag 1968 sowie jüngere Fälle wie die Philippinen 1986, Serbien 2000 oder jüngst die Ukraine. Sie sind Hinweis darauf, dass Soziale Verteidigung halt doch kein völlig unrealistisches Konzept ist.

Oft haben Aufsätze über Soziale Verteidigung mit einem solchen Satz geendet: mit dem Hinweis auf reale ‚prototypische‘ Beispiele, die belegen sollen, dass Soziale Verteidigung eine reale Utopie sei. Aber damit würde man es sich zu einfach machen, denn die folgenden zwei Fragen blieben unangesprochen:

1. Was würde es für eine Gesellschaft bedeuten, sich auf Soziale Verteidigung systematisch vorzubereiten, sei es mit oder ohne²⁰ Anleitung durch die Regierung? Was würde geschehen, wenn plötzlich durch Strukturmaßnahmen, Massentrainings, Schulungen in Betrieben und Behörden usw. die größtmögliche Zahl von BürgerInnen auf die Abwehr einer militärischen Aggression vorbereitet würde? Da, wo ein solches Bedrohungsszenario nicht realistisch ist (was für ganz Westeuropa gilt), würde ein Bedrohungsgefühl entweder künstlich geschaffen oder – wohl wahrscheinlicher – würden die entsprechenden Versuche einer ‚Umrüstung‘ scheitern, weil die meisten Menschen sich ihr – nach Ansicht der Autorin zu Recht – verweigern würden. Die Erinnerung an den Totalitarismus des osteuropäischen sozialistischen Systems sollte hier Warnung genug sein. Und würde sie da, wo eine solche Bedrohung durchaus real ist - z. B. Taiwan oder Iran -, nicht leicht den Charakter einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung bekommen und den Angriff geradezu provozieren, den abzuhalten sie antritt?

Aus diesen Gründen sollte bei der Propagierung von Sozialer Verteidigung nach Ermessen der Autorin das Schwergewicht auf Abrüstung, nicht auf den Aufbau von Sozialer Verteidigung gelegt werden, denn Abrüstung bedeutet Verringerung des Drohpotenzials und damit ein Zurückschrauben von Eskalationsspiralen. Soziale Verteidigung ist immer auch ein Konzept der Entmilitarisierung und der Überwindung des Krieges gewesen. Dabei setzte es nicht auf Verträge und Abkommen oder auf die Schaffung eines Welt-Regimes, sondern auf notfalls auch einseitiges gewaltfreies Handeln. Diese Grundidee ist heute so aktuell wie immer, und sie ist eine Idee, die Soziale Verteidigung, gewaltfreier Widerstand und gewaltfreie Intervention miteinander teilen.

¹⁸ www.nonviolentpeaceforce.org.

¹⁹ Dies bestätigt einmal wieder die von der Autorin an anderer Stelle vertretene These, dass Gewaltfreiheit, nicht Gewalt das letzte Mittel ist.

²⁰ Letzteres Konzept vertritt vor allem der Australier Brian Martin.

2. Es gehört zu der Verantwortung von Regierungen, für alle realistischen Bedrohungsszenarien vorzuplanen. Sofern eine Antwort nicht in der Propagierung von Mix-Konzepten²¹ von militärischer und gewaltfreier Verteidigung gesucht wird, müsste zunächst glaubhaft nachgewiesen werden, dass Soziale Verteidigung für alle denkbaren Bedrohungsszenarien, wie sie heute in der Diskussion um den erweiterten Sicherheitsbegriff vorgetragen werden²², eine Antwort darstellen kann. Auch wenn für die Mehrheit der z. B. in den Strategiepapieren der USA und der EU benannten Bedrohungen festzuhalten ist, dass es hier nicht gilt, gewaltfreie Alternativen zu militärischen Einsätzen zu entwickeln, sondern den Sicherheitsbegriff (die angebliche Bedrohung) in Frage zu stellen und andere Maßnahmen, etwa der Herstellung ökonomischer Gerechtigkeit, umweltgerechten und nachhaltigen Wirtschaftens und der Gewaltprävention zu entwickeln: Wie oben dargestellt, gilt es kritische Fragen selbst zu den Anwendungsmöglichkeiten in den klassischen Szenarien der Sozialen Verteidigung zu stellen.

Aus diesen beiden Gründen scheint es der Autorin vorrangig wichtig, die Lücken in den Konzepten der Sozialen Verteidigung und anderen Formen gewaltfreier Konfliktaustragung zu schließen, was sowohl durch Studien erfolgreicher Beispiele gewaltfreien Widerstandes geschehen kann wie dadurch, dass in neuen Projekten die Reichweite gewaltfreien Handelns ausgeweitet wird. Die Realitätstauglichkeit von solch radikalen Konzepten wie vollständiger Abrüstung und Gewaltfreiheit ist nur durch eine erfolgreiche Praxis zu steigern. Wir kennen heute die Grenzen der Gewaltfreiheit nicht, wohl aber die Grenzen von Gewalt und Krieg.

²¹ Für eine Diskussion solcher in der Vergangenheit vorgeschlagener Konzepte siehe: Ebert, Theodor: Ziviler Widerstand - mix oder pur? Zur Kontroverse zwischen Militärstrategen und Friedensforschern über die Zukunft wehrhafter Neutralität, in: Ebert 1981, Bd. 2: 73-103.

²² Siehe z. B. Schweitzer 2000.

Terrorismus und Soziale Verteidigung

Francesco Tullio

Einleitung

Wie, mit welchen Kosten und in welcher Zeitspanne wird es möglich sein, aus dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt auszubrechen? Dies sind zentrale Fragestellungen beim Thema Sicherheit.

Die Sicherheit jeglicher sozialen und politischen Gemeinschaft, auch vor dem Terrorismus und dem, was der Terrorismus ausdrückt, wird nur in einem globalen und multidimensionalen Projekt ermöglicht werden.²³ Eine „systemische“ Sichtweise und eine offene dialektische Einstellung innerhalb einer demokratischen Logik geben mehr Möglichkeiten, um den Weg einer funktionsfähigen Sicherheitspolitik für die Gemeinschaften und die Menschen einzuschlagen.

Die Soziale Verteidigung muss sich mit zwei Aspekten befassen:

1. Mit der demokratischen, kulturellen und spirituellen Entwicklung, die uns aus der Rache und Machtlogik heraus und hin zu einer Kultur der konkreten Konflikttransformation führen kann. Es geht hier um langfristige Programme zur Redimensionierung der ökonomischen Habgier zugunsten einer harmonischeren, völker- und umweltfreundlicheren ökonomisch-ökologischen Entwicklung. Dies beinhaltet mitunter innerliches und kollektives Wachstum sowie gegenseitiges Zuhören und Respektieren (Kommunikationsstrategien).
2. Mit den taktischen und strategischen Aspekten der konkreten Abwehr von echten, unmittelbaren Gewalttaten und von Organisationen, die in verschiedenen Ländern Terrorakte und Terrorstrategien planen, durchführen oder ermöglichen. Gegenüber konkreten, echten Gefahren muss auch eine kurz- und mittelfristige Absicherung geschaffen werden. Es geht hier also um effizientes Handeln mit genauen und festgelegten Verteidigungsprogrammen, die ja nicht das Erreichen der langfristigen Ziele von Punkt 1 abwarten können, aber die mit diesen Zielen und Prinzipien kohärent sein müssen.

Im Folgenden werde ich mich zuerst mit dem Begriff des Terrorismus befassen und mit der problematischen Beziehung zwischen Institutionen und Gewalt und ihren vielfältig konditionierten Arbeitsrichtungen und Lösungsversuchen. Diese Diskussion ist verflochten mit den psychosozialen Aspekten der Konflikttransformation, der Sicherheit und der Verteidigung, die ich in den folgenden Kapiteln anspreche. Danach werde ich einige operative Ansätze und Initiativen vorstellen, welche die taktischen und strategischen Aspekte der Sozialen Verteidigung betreffen.

Der Begriff des Terrorismus

Unter Terrorismus verstehe ich eine politische Strategie, die durch geplante und gezielte Gewaltausübung gekennzeichnet ist. Spezifisch am Terrorismus ist, dass die Gewalt nicht zur Kontrolle von Gütern oder wichtigen geostrategischen Positionen oder Diensten (z. B. Kommunikations- oder Transportstrukturen) genutzt wird. Das Wirkungsziel dieser Gewaltstrategie ist stattdessen vorwiegend symbolischen Charakters und richtet sich gegen den psychosozialen Zusammenhalt einer als „gegnerisch“ und „entgegengesetzt“ identifizierten Gruppe. Es wäre somit Absicht des Terrorismus, durch Chaos die moralische Einheit einer Gruppe zu schwächen, zu verletzen und zu zerstören. Sein letztlisches Ziel wäre der Wechsel des Systems oder der führenden Schicht.²⁴ Terrorismus hat also mit psychologischer Kriegsführung zu tun.

²³ Siehe dazu: Tullio 2001; Buzan 1991.

²⁴ Gemäß der radikalen Gegner des Kapitalismus und/oder autoritärer und rigider Formen der Macht ist das letztlische Ziel des Terrorismus, der von Seiten dieser dominierenden Gruppen in Gang gesetzt wird, nicht das eines Wandels, sondern der Bewahrung von

Nach meinem Verständnis bezieht sich das Wort Terrorismus (etymologisch vom lateinischen terror) auf das subjektive Empfinden des Schreckens, der maßlosen Furcht. Die Maßlosigkeit der Furcht hat mit der Existenz- und mit der Todesangst zu tun, mit der Schwierigkeit, mit dem eigenen Ende und der Vergänglichkeit des Lebens umzugehen.

Biologische und psychosoziale Faktoren der Gewalt

In einem engen Verhältnis zu dieser Todesangst stehen die verschiedenen möglichen biologischen Reaktionen auf die Gefahr: 1. Paralyse, 2. Aktivierung und Flucht und 3. Aktivierung und Aggression. Die dazugehörigen emotionalen Aspekte sind vorwiegend: 1. Hilflosigkeit, Einsamkeit 2. Angst, Verwirrung und 3. überzogene Selbstsicherheit und Wut. Eine vierte Reaktionsweise kann sich nur in abgeklärten psychischen Zuständen durchsetzen, nämlich 4. die Aktivierung mit Selbstbehauptung (oder gutartige Aggressivität, wie sie Erich Fromm nannte), das heißt reagieren und in die Welt vortreten, nicht um sie und die Mitmenschen zu zerstören, sondern um mit ihr und ihnen zu interagieren. Diese vierte Reaktionsweise beruht auf emotionalem Gleichgewicht.

Mein Ansatz beleuchtet die Entwicklungs- und Diffusionsmechanismen der Gewalt und weist auf die enge psychische Verwandtschaft von Terrorismus und Krieg, auf die gemeinsamen Wurzeln des Aggressions- und Vernichtungsinstinktes und der innerlichen Verzweiflung hin.²⁵

Terrorakte, insbesondere wenn sie mit sozialpolitischen und ökonomischen Krisen gekoppelt sind, erinnern an und dramatisieren die Möglichkeit des eigenen Todes und erwecken in verschiedenen Menschen persönliche Reaktionsweisen, die übrigens auch im gleichen Individuum zu verschiedenen Zeiten und Phasen verschieden sein können: 1. Traurigkeit und Verzweiflung, 2. physische oder psychischen Flucht, Abstand und 3. aktive Aggression. Durch die spontane oder geplante Aktivierung der Menschen, die zur dritten Gruppe gehören, die also zum Beispiel Vergeltung suchen, wird die Gewalt fortgesetzt und vergrößert. Die Gesellschaft destabilisiert sich.

Der Terrorismus beruht also auf der Verflechtung von verschiedenen Faktoren. Die zwei wichtigeren emotionalen Aspekte, die ich hier angehe, sind Todesangst und Destruktionszwang.

Der Destruktionszwang kann in den einzelnen Menschen zwei Formen annehmen: das vulkanische, impulsive, zum Teil in sich selbst bekämpfende Vernichtungsbedürfnis von einigen, der zynische Hass und die kalte Planung der Vernichtungsakte von anderen. Diese zwei verschiedene Seinsweisen spielen dann in den konkreten Vernichtungsakten zusammen.

Es geht also nicht nur um objektive Gegebenheiten, sondern auch um Wahrnehmungs- und Reaktionsmuster, um subjektives Empfinden, um persönliche und kollektive Aufarbeitung von Aggressionslust, Gewaltneigung, Angst und Panik.

Die Widerspiegelung der Gewalt und die „Verwaltung“ der Todesangst

Der Terrorismus zielt darauf, einen Prozess der Selbstzersetzung der Einheit der entgegengesetzten Gruppe anzukurbeln, indem er eine Kette von emotionalen Reaktionen und funktionalen Aktivitäten in Gang setzt. Diese können zu einem Teufelskreis der Gewalt und Selbstvernichtung und

Privilegien und Macht. Diese Debatte verdient eine gewisse Beachtung. Dennoch ist die oft gehörte Aussage, dass die westlichen herrschenden Klassen durch die Geheimdienste den Terrorismus zu ihrem Vorteil lenken, eine vereinfachende und kontraproduktive Behauptung, die einigen komplexen Mechanismen nicht Rechnung trägt und es schwierig macht, einen effektiven antiterroristischen Kurs einzuschlagen. Weiter unten verfolge ich diesen Gedanken weiter. Ob nun das Ziel die Veränderung oder die Beibehaltung des Status quo ist, Tatsache ist, dass der Terrorismus sucht, Chaos und den Zusammenbruch der moralischen Einheit einer Gruppe zu provozieren. Doch in dem Fall, dass die Hypothese der radikalen Oppositionsgruppen stimmen würde, würde der Versuch der privilegierten Gruppen, die Einheit zu zerstören, den Sinn haben, funktionalere Grenzen zu ziehen, um Platz für die Verfolgung ihrer eigenen Interessen zu gewinnen. Die Massen würden einer unsicheren und gewaltsameren Arena überlassen.

²⁵ Siehe dazu auch Kapitel 3 in Tullio (Hrsg.) 2002.

zu einer Vertiefung der bestehenden Krise führen, vor allem wenn die Notwendigkeit der Redimensionierung eines allzu schnell laufenden und ungeplanten Wachstums der Gesellschaft und der Zivilisation verpasst wird.

Der Terrorismus enthält nicht nur eine Nachricht eines echten individuellen, konkreten und aktuellen Todes, sondern auch das Versprechen eines weiter gehenden, allgemeineren Todes. Dieses Versprechen, diese Voraussage kann als Auslöser einer sich selbst verwirklichenden Prophezeiung wirken, als Auslöser des Selbsterfüllungsprozesses der Todesangst. Es ist eine tief sitzende Angst der Menschen, die der Terrorismus zu wecken versucht. Es ist ja kein Zufall, dass oft der Terrorismus durch sich selbst opfernde suizidale Menschen wirkt, da diese Leute ihre Angst bis zum Letzten verneinen und sie in heroisches Verhalten übersetzen.

Die „Verwaltung“ der Todesangst kann auch andere Formen annehmen und zu einer Konflikttransformation führen. Was jedoch in den USA geschehen ist, scheint in der vom Terrorismus erwünschten Richtung zu gehen.

Die terroristischen Angriffe auf die USA des 11. September haben in der Bevölkerung und der amerikanischen Führung die Angst vor Desintegration ausgelöst. Die gewaltsame Reaktion der Vergeltung schien emotional und, gemäß einiger Beobachter, durch interne Probleme diktiert. Als solche interne Probleme können wir das Gefühl der Desorientierung und der Ohnmacht dieser US-Führung benennen, die, nicht wissend, wie sie das Problem wirklich angehen sollte, das Bedürfnis spürte zu handeln, irgendwie zu handeln, beispielhaft zu handeln. So waren es fünf Monate, in denen eine gigantische und scheinbar, aus militärischer Sicht, effiziente Militäroperation in Bewegung gesetzt wurde. Aber es fehlte ein adäquates – reifes und mit den demokratischen Prinzipien kohärentes – Programm der Krisenbewältigung, der Angst und der eigenen Aggressivität und es fehlte ein adäquates Programm der Lenkung insbesondere der irakischen Gesellschaft am Ende der Militäroperation.

Der Mangel an Planung und die Unfähigkeit zur Voraussicht führen zur derzeit zeitlich unbestimmten Fortführung der Militäroperation. Das vorhersehbare Aufbrechen neuer Fronten wird sich verbinden mit einem größerem Risiko der Desintegration der Herrschaft der USA über die Welt und der Rückentwicklung der westlichen Gesellschaft. Die unangemessene Reaktion auf einen Angriff, schwer wiegend, aber letztlich doch begrenzt wie, es die Luftangriffe des 11. Septembers waren, haben eine noch größere Gefahr heraufbeschworen. Nach Franco Fornari (1970) steht hinter dieser übertriebenen Reaktion die Todesangst, und nach meiner Meinung auch das Nicht-Sehen-Wollen der Grenzen einer umweltunverträglichen Entwicklung. Diese Todesangst ist ein Hebel, den die Terroristen bewusst ausnutzen, um ihr Ziel des totalen Zusammenbruchs zu erreichen. Es folgt daraus, dass die amerikanische Reaktion ein essenzieller Teil des Prozesses der Zerstörung unserer Gesellschaft und der amerikanischen Weltherrschaft ist.

Anstelle einer Phase des Abwartens und der Reflexion, anstatt über die Umstrukturierung der Gesellschaft und ihre Redimensionierung nachzudenken und sie in die Wege zu leiten, anstatt die tiefen Wurzeln des Unwohlsein anzugehen, welches einen Teil der Menschheit dazu führt, sich die Schlacht zu wünschen und dazu selbst mit dem Terrorismus in seinen verschiedenen Formen einverstanden zu sein, würde jener Prozess der Selbstzerstörung durch einen totalen Clash erleichtert.

Wenn man diese kollektive, zum Teil unbewusste Angst und Aggressionsneigung anders bearbeiten kann, wird man eher im Stande sein, die gewalttätigen Strategien anderer Seiten zu stoppen und einen grundlegenden Beitrag für eine wirkungsvolle Sicherheits- und antiterroristische Politik zu liefern.

Terrorismus und Gegenterrorismus

Die meisten PolitikwissenschaftlerInnen konzentrieren sich auf „objektive“ Analysen und werten die persönlichen und kollektiven Empfindungsebenen, die psychosozialen Mechanismen ab. In einigen Fällen werden diese Aspekte als vorgegeben und als etwas, das in einem passiven soziale Körper zu verwalten ist, hingenommen, und nicht als etwas, das sich in einem partizipatorischen demokratischen Vorgehen entwickeln kann und muss.

Das antiterroristische Handeln kann nämlich zwei entgegengesetzte Folgen haben: 1. die Abgrenzung des Terrorismus durch die aktive Immunisierung und Isolation von Seiten der Gesellschaft und deren Institutionen oder 2. seine Verbreitung in anderen Formen der kollektiven Gewaltausübung.

Die Unterschiede in den Konzepten des Terrorismus erscheinen spitzfindig, aber sie sind deutlich, wenn man sich den unterschiedlichen Visionen der Beziehungen zwischen Terrorismus und Antiterrorismus und zwischen Terrorismus und den Institutionen stellt. Melody Divine, die Assistentin eines US Kongressmitglieds, hat auf folgende Ziele des Terrorismus hingewiesen²⁶:

- Durch die absichtliche Schaffung und Ausbeutung von Furcht versuchen Terroristen, politischen Wandel zu schaffen.
- Terroristen versuchen, das Vertrauen der Bevölkerung in die politische Führung ihres ‚Ziel‘-Landes zu erschüttern.
- Durch die psychologische Wirkung suchen sie, ein weiteres Publikum zu erschrecken und einzuschüchtern, sei dies eine religiöse oder ethnische Gruppe, eine Nation und deren Führung oder die internationale Gemeinschaft als Ganze.
- Terroristen benutzen die Medien, um Wirkung / Einfluss und Legitimität zu erreichen.

Diese Definitionslinien stellen alle terroristischen Akte als durchdacht und planmäßig dar. Das Problem ist, dass es auch Gewaltakte gibt, die nicht in einem rationalen Sinne geplant sind, sondern von anderen Mechanismen herrühren und trotzdem als Terrorakte klassifiziert werden.²⁷ Jene Unfähigkeit, andere Formen von Gewalt zu erkennen und die Tendenz, alles als Terrorismus anzusehen, führt nur dazu, die Fronten zu verhärten, und stammt von der Angst und der Panik her.

Auch Noam Chomsky²⁸ meint, dass die aktuelle Bush-Regierung durch Furcht charakterisiert

²⁶ Quelle: Vortrag auf dem Treffen über „Terroristische Drohungen in Süd Ost Europa“, Fakultät für Zivile Verteidigung Belgrad, 27 April 2005.

²⁷ Viele gewaltsame Aktionen sollen nicht dem Umsturz der internationalen politischen Macht dienen, sondern sind eher das Resultat von purer destruktiver Emotion, eines impulsiven, emotionalen Handelns, (siehe die kommenden Kapitel). Sie wollen zerstören um zu zerstören, sind Gesten der Verzweiflung und der puren Aggression. Oder sie sind unerfahrene und unreife Versuche, die realen Probleme des Fehlens von Demokratie oder deren Missbrauch in manchen Ländern anzugehen, darunter auch in mit den USA alliierten Ländern. Manche Taten, die von den Regierungen als terroristisch eingestuft werden, sind nicht Resultat einer politischen Strategie, sind nicht dazu gedacht, durch Einschüchterung Destabilisierung und Wandel herbeizuführen, sondern sind schlicht Akte des Protestes. Manchmal werden in die terroristische Schublade auch Akte getan, die nicht einmal gewaltsam sind, sondern nur versuchen, Opposition zu organisieren. Es ist deshalb erforderlich, dass die Institutionen abgestuft und effektiv reagieren, nicht kontraproduktiv, sei es auf die eine oder andere Form von gewaltsamer Aktion, sei es auf wirklich terroristische Aktionen wie auf solche, die fälschlich als terroristisch eingestuft wurden. Der demokratische Staat muss außerdem bedenken, ob die diffuse Angst vor Terroristen genutzt wird, um Wandel oder die Bewahrung des Status quo zu bewirken, wenn der Terror nämlich von nicht demokratischen Sektoren der dominanten Staaten ausgeht. Der demokratische Staat müsste auch bedenken, welche anderen Emotionen Protestaktionen, wenn auch illegitime Protestaktionen, hervorrufen. Die Reaktion auf den Terror muss den Werten der westlichen Welt entsprechen, sie muss sowohl entschlossen wie angemessen und rechtzeitig sein und die Menschenrechte respektieren. Sie muss auch angemessen sein, damit das Chaos, das der Terrorismus sucht, nicht für Unterdrückung genutzt wird, die den demokratischen Prinzipien widerspricht. Unangemessene Reaktionen von Seiten der Demokratie entstehen aus dem Mitwirken von zwei verschiedenen Kräften innerhalb der Gesellschaft: 1. Undemokratische, interessengeleitete, zynische Kräfte innerhalb des Westens selber, die nach der gleichen Logik wie der Terrorismus funktionieren und diesen weiter anheizen, und 2. solche, die allein aus der Panik resultieren und dadurch sowohl die Überheblichkeit der Zyniker wie die kontraproduktiven Reaktionen befördern.

²⁸ Chomsky/Halparin 2004.

sei. Sie sei durch den Angriff des 11. September 2001 erzeugt worden.²⁹ Chomsky meint weiter, dass die Furcht nach diesem Auslöser bewusst genährt wurde, und er beschreibt sie als die Waffe einer Außenpolitik, die sich mit nobler Rhetorik verkleidet und ökonomische Interessen verfolgt. Die Furcht wäre demnach das Werkzeug der Mächtigen, um von der Tatsache ungelöster „innerer“³⁰ Probleme abzulenken.

Chomsky stellt fest, dass „Terrorismus“ immer nur zur Beschreibung von Handlungen anderer benutzt wird. Das Wort wird jetzt auch dazu verwendet, die Unmenschlichkeit, die Unwürdigkeit, die Schuld des anderen zu unterstreichen und somit das eigene Rechthaben und die eigene Integrität zu unterstreichen. Demnach würde der Terrorismus als Werkzeug der psychologischen Propaganda verwendet.

Wenn man die unterschiedlichen Theorien über den Terrorismus vergleicht, so gibt es einen beinahe einmütigen Konsens darüber, dass Terrorismus auf Angst basiert, und dass er mit politischer Kontrolle und mit psychologischer Wirkung zu tun hat. Im Gegensatz dazu gibt es verschiedene Meinungen in Bezug auf die Verantwortung und jene Entscheidungen, die zur Angst und zum Risiko der Destabilisierung führen. Es gibt keine Übereinstimmung in Bezug auf die Rollen der Institutionen bei der Entstehung der Gewalt und der terroristischen Strategie.

Es gibt oft gegenseitige Anschuldigungen, die sich auf die für die Gesellschaft grundlegenden und Zusammenhalt bildenden Werte beziehen. Was für manche antiterroristische Aktionen der Verteidigung der Gemeinschaft sind, sind für andere die ersten terroristischen Akte und die wahre Ursache für die Wut von Individuen und Gruppen. Was manche „Terrorismus“ und „antiterroristische Operationen“ nennen, ist für andere „Krieg“ und noch genauer ein (wesentliches) Element in der Vergeltungsspirale.

Einige allgemeinere Charakteristiken des Phänomens können der Arbeit von Friedensforschern entnommen werden.

Johan Galtung meint, dass Terrorismus (ausgehend von nichtstaatlichen Akteuren) und Staatsterrorismus (Staaten als Akteure) die folgenden gemeinsamen Züge hätten³¹:

- Sie verwenden Gewalt für politische Zwecke, um einem Konflikt ein Ende zu setzen.
- Sie schlagen zu, beschädigen und verletzen auch Menschen, die nicht direkt in Kampfhandlungen verwickelt sind.
- Sie sollen Panik und Terror verbreiten, was den Feind zur Kapitulation zwingen soll.
- Sie enthalten einen Überraschungseffekt in der Wahl des Wer, Wem, Wo, Wann.
- Sie entziehen die Verantwortlichen der Vergeltung und der Gefangenschaft.

Ein wichtiges Element, um einen inneren dysfunktionalen Widerspruch mit der westlichen Gesellschaft zu vermeiden, ist meiner Meinung nach zu verstehen, ob die Mechanismen, die von diesen demokratischen Staaten in Gang gesetzt werden, stets wohlüberlegt sind oder durch andere Faktoren diktiert werden. In der Tat riskieren generalisierte Schuldzuweisungen, wenngleich sie auf starken Gründen basieren, die Situation nur durch Polarisierung zu verschlechtern und somit gewaltsame Reaktionen durch Mitglieder jener Institutionen zu begünstigen, die eigentlich noch der Vernunft zugänglich wären.

²⁹ Ich behaupte, dass sie nicht erzeugt, sondern erweckt wurde!

³⁰ In der italienischen Übersetzung, aus der ich diesen Gedanken von Chomsky habe, geht nicht hervor, ob das Wort „interni“ nur für die innenpolitische oder auch für die persönliche innerliche Dimension verwendet wird.

³¹ Johan Galtung, *Uscire dal circolo vizioso tra terrorismo e terrorismo di Stato: alcune condizioni psicologiche*. (Aus dem Teufelskreis von Terrorismus und Staatsterrorismus ausbrechen: einige psychologische Bedingungen). Vortrag am 25 August 2002 in Chicago bei der Übergabe des Morton Deutsch Preises für die *Conflict resolution*, während des 110. Kongresses der „American Psychological Association“ Peace Division. Der Vortrag wurde von der Zeitschrift *Satyagraha* vom Englischen ins Italienische übersetzt. Die hier zitierten Aussagen sind von mir aus dem Italienischen ins Deutsche übersetzt worden.

Das emotional-impulsive Denken und die kollektive Pathologie

Sind sich die Gruppen, die Terrorismus durchführen oder fördern, und auch jene, die dem Projekt eines „humanitären Krieges“ nachgehen, all der Implikationen dessen, was sie tun, völlig bewusst? Sind jene Gruppen nicht nur gekennzeichnet durch unklare Werte, sondern durch das, was Galtung das „emotional - impulsive Denken“ („mente viscerele“) genannt hat?³² Dieser Wissenschaftler behauptet, dass unter bestimmten Umständen der rationale Verstand verstumme und die Gruppe durch ein fundamentalistisches „emotional - impulsives Denken“ geleitet werde, mit all seiner Unreife, seinen Stereotypen und seinen Metaphern: „Die drei K (Krise, Komplexität und Konsens) sind besonders wichtig, da sie gewissermaßen einen Schalter umlegen. Wenn Dringlichkeit besteht, das Thema komplex ist, voll von Ungewissheit, und trotzdem der Druck da ist, Konsens herzustellen, dann sind die Personen mit Kommandorollen darauf nicht vorbereitet. Das emotional-impulsive Denken übernimmt das Kommando und daraus entsteht das, was zu tun ist: Terrorismus (des Staates).“³³

Ein anderes Merkmal der Tendenz zum Terrorismus wurde von Galtung in dem zusammengefasst, was er das Programm DMA-ART³⁴ nennt. Mit diesem Begriff charakterisiert er den religiösen oder ideologischen Fundamentalismus, sei es von arabischen Wahhabiten oder von puritanischen Amerikanern. Das DMA-Syndrom ist auch als „Polarisation“ bekannt und kann in vielen Konflikten angetroffen werden. Fundamentalismus wäre eine permanente Vor-Polarisierung. D steht für dualistisch, für die Teilung der Welt in Wir und Sie, bei der es keine neutralen Parteien gibt. M steht für manichäisch: wir sind auf der Seite Gottes, die anderen auf der Seite des Teufels. Und A steht für apokalyptisch: Es kann nur ein einzig mögliches Ende geben, die letzte Schlacht.

Das ART-Syndrom lässt sich gut in den extremen Varianten der drei abrahamitischen Religionen (Judentum, Christentum und Islam) beobachten. A steht für Auserwähltsein, für ein Volk, das von Gott auserwählt wurde und für ein heiliges oder versprochenes Land. R bedeutet Ruhm – eine ruhmreiche Vergangenheit oder Zukunft. T steht für Trauma, ein Volk, das unter der permanenten Wirkung eines posttraumatischen Syndroms leidet.

Das DMA-Syndrom hängt zusammen mit Narzissmus, der in der Überzeugung besteht, von Gott ausgewählt und ruhmreich zu sein, und mit Paranoia, die verbunden ist mit geleugneter Angst und Aggressivität, mit der Unfähigkeit, mit dem Trauma umzugehen, mit der Perzeption der Bedrohung und letztlich mit der Tatsache, dass, in einer systemischen Sicht, die Bedrohung unbewusst erleichtert und vom eigenen Verhalten hervorgerufen wird. Dies stellt für Galtung eine tiefgehende kollektive Pathologie dar, die auf der Ebene des Individuums unerträglich ist, aber als Gläubigkeit und Patriotismus auf der kollektiven Ebene Anerkennung findet.³⁵

Diese „pathologischen“ Aspekte der „kollektiven Persönlichkeit“, wie sie Galtung nennt, werden in den schon erwähnten Konzepten über die psychosozialen Dimensionen von Konflikt und Gewalt aufgegriffen. Paranoia zum Beispiel, so weiß man, bedeutet nicht nur die Unfähigkeit, ein Trauma zu bewältigen, sondern ist mit Angst verbunden, und, wenn es einen Übergang zum Handeln gibt, dann auch mit Entladung von angestauter Aggression. Insbesondere macht eine paranoide Tendenz es schwieriger, die Dimension und Herkunft einer Bedrohung wahrzunehmen. So entsteht das Risiko, eine gewaltsame und unmoralische Aggression der Gruppen, die den 11. September produziert haben, als die wahre Gefahr zu sehen, und dagegen die Schwäche und Verletzlichkeit der Gesellschaft und die eigenen inadäquate Reaktion als Hauptrisikofaktoren zu vernach-

³² Das emotional-impulsive Denken ist, meinen Forschungen zufolge, auch bei einigen Leuten zu finden, die Führungspositionen innehaben, und charakterisiert durch unbewusste destruktive Aggressivität (Gewalt) und unermessliche Angst vor der Gefahr der Auslöschung, eine Angst die negiert und substituiert wird durch irgendwelche rigide Formen von Kult und /oder Mythos.

³³ Galtung a.a.O., S. 32.

³⁴ DMA = Dualistisch-manichäisch-apokalyptisch; ART = Auserwählt durch Gott-Ruhm-Trauma).

³⁵ Mit diesem Aspekt befasste ich mich in meiner Psychiatrie-Doktorarbeit, „La guerra come fenomeno psicopatologico“, Katholische Universität Rom, 1973.

lässigen. Wie im ersten Abschnitt schon angedeutet, rufen die Reaktion und der widerspiegelnde Charakter der Gewalt neue Bedrohungen und Zerstörungen hervor.

Es gibt eine geschichtliche Stratifizierung der psycho(analytischen) sozialen Probleme und der zeitgemäßen Lösungen, die mit unserer „Zivilisiertheit“ verbunden werden. Mit ihnen befasse ich mich im übernächsten Abschnitt. Zuerst werde ich einige andere psychosoziale Aspekte von Konflikten, Sicherheit und Verteidigung ansprechen.

Das psychosoziale Verständnis von Konflikt, Sicherheit und Verteidigung

Um Friedensstrategien im Rahmen der Sozialen Verteidigung zu entwickeln, ist es meiner Meinung nach von zentraler Bedeutung, auch psychologische und sozialpsychische Angst- und Sicherheitsgefühle weiter zu erforschen.³⁶

Folgende Fragen scheinen mir von Bedeutung:

1. Wie bildet und gestaltet sich dieser subjektive Aspekt des Terrors? Ist das Chaos wirklich nur die Folge des Wiederauftauchens der verdrängten Furcht und der anderen Seite der Medaille, des Aktions- und Destruktionszwanges?
2. Welche Rolle spielt die Anfälligkeit gegenüber dem Terrorismus? Wie ist es möglich, dass Terrorstrategien zum Chaos und zur Destabilisierung führen können?
3. Was verstehen wir unter Sicherheit?
4. Welche Beziehung besteht zwischen Angst, Flucht (auch im Sinne von Nicht-sehen-wollen, Probleme Nicht-angehen-wollen) und Aggression?
5. Welche Beziehung besteht zwischen subjektiv persönlichen und „subjektiv kollektiven“ Emotionen? Was verbindet den Anführer und die Masse auf phänomenologischer und emotionaler Ebene?
6. Welche Beziehung besteht zwischen psycho-sozialen und politisch-ökonomischen Aspekten der Krisen?
7. Wie können wir individuelle und kollektive Antikörper gegen Angst, Flucht und Aggression bilden, also Selbstbehauptung erzeugen?³⁷

Eine weitgehende Diskussion dieser Fragen ist hier nicht möglich. Einige von ihnen habe ich schon in den vorherigen Kapiteln herausgearbeitet. Ich werde weitere grundlegende Punkte andeuten. Für die folgenden Überlegungen gelten die nachstehenden Grundannahmen:

1. Die Gefühle von Unsicherheit und Angst sind Konzepte, die sich unvermeidlich auf eine subjektive Wurzel zurückbeziehen. Jene Dimensionen reflektieren sich in den Institutionen und sozialen Verfahren der Konfliktbewältigung sowohl im Inneren der Kollektivität wie in den Beziehungen mit ihrer Umwelt.³⁸
2. Es gibt einen Zusammenhang zwischen Mikro- und Makrokonflikten und zwischen psychologischen, ökonomischen und (sicherheits)politischen Aspekten der Sicherheit. Es besteht also auch eine Beziehung zwischen den Bedürfnissen, Werten und individuellen Herangehensweisen in Bezug auf die Entscheidung, welcher Entwicklungsweg gewählt wird, auf der einen Seite und den internationalen Konflikten auf der anderen Seite. Es gibt einen Zusammenhang

³⁶ Zu diesem Punkt siehe Kühner 2003 und die beiden Aufsätze „La concezione psicosociale die conflitti“ und „Conflitti e comunicazione“ in Tullio 2002. Die in Tullio 2002 publizierte Untersuchung wurde vom italienischen Außenministerium in Auftrag gegeben und bezahlt.

³⁷ Selbstbehauptung (Assertivität) bedeutet eine positive Aggressivität – Erich Fromm sagt „gutartige Aggressivität“ –, eine in erwachsenen Persönlichkeitsstrukturen integrierte Aggressivität, die nicht verwendet wird, um die anderen zu zerstören, sondern um kooperativ an der Welt teilzuhaben.

³⁸ Siehe Mentzos 1988.

zwischen inneren Spannungen (persönliche Unbefriedigung und soziale Unzufriedenheit), der Art und Weise, wie eine Krise angegangen wird, Ausgeglichenheit (vor allem im emotionalen Sinne) und Reife des Geistes, Machtlosigkeit oder Wut in ihren verschiedenen Schattierungen sowie bekanntem Verhalten wie Aggression und persönliche oder kollektive Rache auf der einen Seite und der Stabilität oder Instabilität auf nationaler, internationaler und Umweltebene auf der anderen.

3. Diese verschiedenen Dimensionen beeinflussen sich gegenseitig. Es ist eine Entscheidung, sie in einer systematischen Sichtweise anzugehen, in einem komplexen, kreisförmigen Modell, und nicht in einem einfachen linearen Ursache-Wirkungs-Beziehungs-Modell.
4. Politik ist das Ergebnis eines komplexen Prozesses, der auch jenen persönlichen Dimensionen angemessene Beachtung schenken muss. Das Verständnis der Beziehungsdynamiken und der individuellen und kollektiven Persönlichkeiten, die in Konflikt verwickelt sind, ist nützlich, um ungelöste Knoten zu identifizieren, um Interventionsstrategien zu konstruieren und um die effizienteste Kommunikationsweise herauszufiltern, die fallweise angewendet werden muss, um aus der Krise herauszukommen. Dieses Wissen ist als solches neutral. Es kann genauso verwendet werden für Zwecke persönlicher Bereicherung und Ehrgeizes wie für das gemeinsame Wohl.
5. Eine Politik, die sich als demokratisch versteht, kann per Definition keine manipulativen Kommunikationsformen gegenüber ihren eigenen BürgerInnen anwenden und kann keine vertikale innere Struktur und rein repressive Programme verfolgen. Sie muss ehrliche Kommunikation mit ihren BürgerInnen und denen, mit denen sie in Wettbewerb liegt, ihren Gegnern und ihren potenziellen Feinden, bevorzugen, weil ein Wettbewerb ohne Grenzen unvermeidlicherweise in einen Krieg mündet.³⁹ So muss sie die Kooperation mindestens ebenso sehr wie den Wettbewerb unterstützen und den Respekt gegenüber anderen Völkern fördern, was eine emotionale kollektive Reifung, eine Entwicklung der Kompetenzen und der Instrumente der konstruktiven Konfliktbearbeitung bedeutet.

Die Formen der Reibung von menschlichen Gruppen sind komplexer Natur und entstammen der Interaktion aus ökonomischen, kulturellen und psychologischen Faktoren. Vom psychosozialen Gesichtspunkt der Konflikttheorie her verflochten sich verschiedene Faktoren in den Individuen und Gruppen⁴⁰:

- Sowohl biologisch wie kulturell bedingte kollektive Charakterzüge der verschiedenen Völker: Mitunter individuelle und kollektive Angst und Feindseligkeit, emotionale Rache und Gewaltbedürfnisse, Dummheit und Kurzsichtigkeit.
- Der Wettbewerb um knappe Ressourcen oder Güter: Mitunter die Habgier und die zynische Berechnung der Vorteile in einer chaotischen allgemeinen Situation des Kampfes.
- Das Bedürfnis der Individuen, sich mit einer Gruppe oder einem Glauben zu identifizieren, das ihrem Leben einen transzendenten Sinn gibt.
- Die menschliche Tendenz, zu externalisieren, auf andere die Verantwortung für Impulse und unerwünschte Intentionen zu projizieren.
- Eine seltsame Tendenz, sich mit Führern zu identifizieren, sich vertreten zu lassen oder sich zu unterwerfen, die die unzivilisiertesten Neigungen der Individuen im Namen von Sicherheit

³⁹ Simone Weil: "Einerseits tut Krieg nichts anderes als jenen anderen Krieg fortsetzen, der sich 'Konkurrenz' nennt, auf der anderen Seite ist das ökonomische Leben aktuell auf einen künftigen Krieg hin orientiert."

⁴⁰ Diese Punkte stammen aus einer Aufzählung von J.E. Mack (1990), „The Enemy system“, in Volkan, Julius and Montville, The psychodynamics of International Relationships, Lexington:Lexington Books. Ich habe sie zum Teil verändert und in einem Kapitel in Tullio 2002 verwendet. Siehe auch mein noch nicht veröffentlichtes Buch „Guerra ed emozioni“ [Krieg und Emotion].

oder des nationalen Interesses ausnutzen. In unserer geschichtlichen Periode geht die kollektive Anhäufung dieser Anfälligkeit über die Massenkommunikationsmedien, die, mit bestimmten Grenzen, sie fördern oder behindern können.

- Ein letzter Gesichtspunkt, der bedacht werden muss, ist das Studium jener Glaubenssysteme einer Gruppe⁴¹, die besonders gefährlich werden, wenn sie rigide werden, sich jedem Wandel widersetzen und vor allem von einem intensiven Gefühl der Gruppe begleitet werden, Opfer irgendeines Unrechtes geworden zu sein.

Die Weise, wie die Schwierigkeit, die Spannung und die Angst zum Beispiel vor dem Terrorismus wahrgenommen und ihr entgegnet werden kann, ist eine menschliche Manifestierung des einzelnen Individuums, die auf folgenden Punkten basiert:

- Seinen Überzeugungen (kognitive Ebene)
- seinem Verhalten (Verhaltensebene)
- seiner Art und Weise, mit Emotionen innerlich umzugehen (emotionale und psychodynamische Ebene)
- seiner ‚Ladung‘ (energetische Ebene).

Es gibt einen Zusammenhang zwischen den Arten und Weisen, in denen die Mitglieder einer Gesellschaft mit innerpsychischen, interpersonalen und gruppeninternen Konflikten umgehen. Diese Dimensionen werden in den Institutionen und sozialen Weisen der Regelung von innergesellschaftlichen und internationalen Konflikten reflektiert.⁴² Sie finden sich wieder in den Entscheidungen, die in der Außenpolitik getroffen werden und in der Weise, wie Konflikte mit einer anderen Gesellschaft angegangen werden.⁴³

Die Art und Weise, in der wir persönliche und soziale Konflikte angehen, bestimmt somit die Verwirklichung einer Gesellschaft, die auf Gerechtigkeit und Demokratie beruht - so wie die Art, in denen die Gesellschaften Konflikte behandeln, die Realisierung eines gleichgewichtigen Welt-systems determiniert.

Einige Überlegungen zum Sicherheitsbegriff und dazugehörigen Verhaltensweisen

Dieses Kapitel will dazu beitragen, zwei Implikationen oder Akzente von Sicherheit ins Licht zu rücken. Der erste ist die „Sicherung“ von erzielten Vorteilen, der zweite das Gefühl von diffuser Angst, die ihre Wurzeln in der Angst der Individuen hat. Dies sind Prozesse, die zu verschiedenen Maßen in den unterschiedlichen Individuen verflochten und vermischt sind.

Die Angst vor ansteckenden Krankheiten und vor der Auflösung der eigenen kollektiven Identität angesichts von Massenströmen von Migranten⁴⁴ sind Zeichen einer diffusen Ängstlichkeit, die Auswirkungen auf die Wahl der Verteidigungsformen hat.

Die andauernden Warnungen vor Terrorismus, vor Gewalt in den Stadtteilen und den Familien, Umweltkatastrophen, Gefahren der Rezession und der Arbeitslosigkeit, die durch die Massenmedien verbreitet und von beträchtlichen Teilen der Bevölkerung erfahren werden, weisen auf die Notwendigkeit einer Analyse der subjektiven Dimension der Wahrnehmung von Sicherheit/Unsicherheit und der Reaktion auf solche echten oder angenommenen Probleme hin. Diese Analyse ist unabdingbar für die Schaffung einer adäquaten schützenden und transformierenden Reaktion.

⁴¹ Siehe Gutlove 1992.

⁴² Siehe dazu Tullio 2002, Mentzos 1988 und Kühner 2003.

⁴³ Siehe Fornari Franco a.a.O.

⁴⁴ Für andere Kulturen besteht die Angst gegenüber dem aggressiven Expansionismus der technokratischen, konsumistischen und individual-demokratischen Neigung der jetzigen Entwicklung.

Der Begriff der Sicherheit wird nun mit vielen Implikationen verwendet. Neben dem Schutz der physischen Integrität und der historischen Identität bezieht er sich oft auf die politisch-ökonomische Sicherheit eines komplexen System, in dem ebenfalls materielle Vorteile bewahrt werden können.

Die Sicherheit im Inneren einer gemeinsamen und einmütigen internationalen Ordnung zu garantieren, könnte bedeuten, jene Vorteile zumindest zum Teil so zu verteilen, dass die Menschen weniger Streit, Hass und Ungerechtigkeit erfahren. Dazu ist es erforderlich, einen Punkt des Gleichgewichtes im Respekt der vielfältigen Kulturen und Werte zu finden.

Doch manche „Mächtigen“ der Welt tendieren dazu, Sicherheit für sich selbst zu garantieren, ohne sich mit der „Teilung“ mit anderen Lebewesen zu beschäftigen. In Zeiten der kriegerischen Polarisierung wie jener, in der wir leben, bedeutet dies, dass die Geizigsten und vom System am besten Geschützten nur mit jenen teilen, die die entschlossensten und arrogantesten Repräsentanten der anderen Kultur sind und entweder mächtige Alliierte oder eine noch größere Gefahr darstellen können. Die Moderaten, die Fatalistischen oder Ohnmächtigen stellen kein Problem für die „starken“ Mächte dar, solange nicht jemand sich selbst zum Champion ernennt, wie es die terroristische Ideologie zu tun sucht, und die, somit in ihrem Namen, das ganze eigene akkumulierte Gewaltpotenzial gegen die zentralen Institutionen, ihre Symbole und ihre Nutzer richtet.

Die Selbstmordattentäter haben eine völlig andere Sicht von Sicherheit. Sie messen ihrem individuellen Leben keinen Wert bei, sondern befinden sich in einem Kampf gegen die Bedrohung ihrer kulturellen Identität. Auf der psychiatrischen Ebene, wenn wir dem psychoanalytischen Ansatz folgen, können wir die Hypothese formulieren, dass es sich im Kern um maskierte Probleme der individuellen Identität mit dem Konzept der kollektiven, kulturellen und/oder religiösen Identität handelt. Doch lässt mich diese Hypothese letztlich sehr kalt. Ich glaube, dass wir es mit einem unterschiedlichen Konzept von Sicherheit zu tun haben, das das einzelne Leben transzendiert und deshalb erlaubt, es für einen kollektiven Glauben zu opfern. Es handelt sich ohne Zweifel um Subjekte, die bereit sind, ihr Leben zu opfern, und dabei zeigen sie eine große Entschlossenheit. Nach der gewöhnlichen Interpretation der westlichen Weltsicht zeigt die Berufung zum Märtyrer und zum Heldentum eine persönliche Lösung für das Bedürfnis nach Sicherheit und für die Todesangst auf, in dem Sinne, dass diese völlig zu Gunsten des Versprechens eines zukünftigen Lebens und der Wertschätzung ihrer Herkunftsgruppe ignoriert werden. Es würde dahinter auch ein Anteil von Verzweiflung und ein tiefes Verlangen nach Anerkennung liegen, das für einen westlichen Menschen schwer zu verstehen ist.

Eine, wenn auch teilweise unbewusste, Unterstützung für die Aktionen von Selbstmordattentätern kommt in gewisser Weise von der Erfahrung vieler BürgerInnen in der weniger entwickelten Welt, Menschen verschiedenen Persönlichkeitstypus, die nicht jene Berufung zum Märtyrer und Verachtung des persönlichen Lebens fühlen, aber eine große unterdrückte Wut gegen das westliche Entwicklungsmodell und insbesondere gegen die USA haben. Zum Beispiel diejenigen, die den Wunsch nach materiellem Reichtum erlebt haben, wie es das dominante ökonomisch technologische Informationssystem allen versprochen hat, und von dem sie sich enttäuscht fühlen und wütend sind. Die Ressourcen sind begrenzt. Der Reichtum kann nicht überall ankommen, und viele Länder sehen sich mehr Schwierigkeiten und Katastrophen als je zuvor gegenüber. Ihre Sicherheit ist geringer, die Lebenserwartung hat abgenommen. Dies ist einer der Gründe für den Angriff auf die Erste Welt. Zu dem Impuls, sich zu retten, mischt sich die Hoffnung, dass, wenn der Reichtum nicht in den Ursprungsländern ankommt, man doch vielleicht etwas davon in Europa erobern kann. Wenn Mohammed nicht zum Berg kommt, geht der Berg zu Mohammed.

Dieses Versprechen der Wohlfahrt kann nicht dem schon bestehenden Reichtum hinzugefügt werden, die Grenzen der Entwicklung verbinden sich mit den Grenzen des Reichtums. Die Versprechen könnten nur dann zumindest teilweise realisiert werden, wenn die schon reiche Welt etwas von ihren Vorteilen abgäbe. Es scheint im Übrigen, dass in der Zwischenzeit die Reichen ei-

nen größeren Prozentsatz der Einnahmen und komplexen Vorteile des internationalen Handels an sich gerissen haben.

Eine Neuverhandlung könnte eine Zustimmung für das internationale System der Völker und Kategorien, die heute unbefriedigt sind, bedeuten und so die Unterstützung der Gewalt der Extremisten veröden lassen.⁴⁵

Eine andere Alternative ist die Bewahrung eines hohen Einkommens für wenige, d. h. die materiellen Vorteile für diejenigen, die schon welche erzielt haben, zu schützen oder zu erhöhen und weiterhin Versprechungen einzugehen für jene, die das System, so wie es sich jetzt profiliert, tragen und die anderen missachten (z. B. die paramilitärischen Organisationen Südamerikas). Diese Option wird durch einige Faktoren des Charakters und der Psyche eines Teiles der privilegierten Bevölkerung unterstützt: Den Optimismus, eine eigene bessere Zukunft zu haben und den Feind zu besiegen, den Glauben an das System, das Desinteresse an den anderen.

In dem Moment, wo die Krise offensichtlich wird, enthüllen sich, über diesem Optimismus und diese Überheblichkeit und Frechheit jener hinaus, die sich gut in dieses System der Entwicklung eingepasst haben, zwei emotionale Wertsysteme und Motive, die den Präventivkrieg unterstützen: Der erste ist der Ansatz, sich bewusst in einen Kampf für die Privilegien zu begeben. Dies ist die Einstellung des Alles-Riskierens, auch die Kosten des Kampfes zu tragen in der Überzeugung, dass es besser ist, ab sofort entschlossen oder sogar brutal zu sein. Dieser Typ der emotionalen Prävalenz findet sich in kompetitiven, aggressiven, auch arroganten, rigiden Persönlichkeiten.⁴⁶

Der andere emotionale Wert kommt von denjenigen, die nicht diese kriegerische Haltung repräsentieren und sogar sich bereit zeigen würden, diesen Lebensstil, die Produktivität und das Bruttosozialprodukt zu reduzieren. Sie müssen von denen, die gute oder böse Methoden befürworten, überzeugt werden, am Kampf teilzunehmen. Die Bedrohung durch den Terrorismus ist eines jener exzellenten Argumente, um sie in die Strategie der Prävention miteinzubeziehen. Dies ist die Position jener, die aus Angst oder Scheu dazu gebracht werden, der Wahl zuzustimmen, die die Mächtigen getroffen haben. Diese Entscheidungen können mehr und mehr zu der Affirmation der eigenen Herkunftsgruppe (nicht notwendigerweise national, aber ideologisch und ökonomisch) führen. Diejenigen, die diesem Typ angehören, hoffen immer, dass die Entscheidung nicht wahr gemacht werden muss, dass es bei der Drohung oder einem demonstrativen Akt bleibt. Doch wenn sie dann in der echten Katastrophe die echten Toten sehen, können sie sich noch für eine Abwendung von der gewählten Strategie entscheiden. Daher kommt die Sorge der Mächtigen betreffs der öffentlichen Meinung über riskante Missionen. Aber es gibt auch den Willen von einigen Programmatikern, einen Punkt zu erreichen, wo eine Umkehr nicht mehr möglich ist.

Die erste emotionale Position scheint bei der Bevölkerung Europas in der Minderheit zu sein, und auch in den USA, zumindest heute. Sie ist eher zu beobachten in jenen Schichten der Bevölkerung, die zu einem aktiven aggressiven Ansatz, zum Wettbewerb, zur Führung, zur Erreichung von Kontroll- und Machtpositionen trainiert sind, um die eigenen Ziele zu erreichen, so in einigen Kreisen der bewaffneten Institutionen, der Polizei, der neuen oder alten Aufsteiger der New Economy oder der frustrierten Schichten.

Aber auch die Strategie der präventiven Verteidigung, wie die radikal andere Strategie der Sozialen Verteidigung und der Prävention von Konflikten braucht in einem noch formal demokratischen Staat Bestätigung durch die anderen Teile der Bevölkerung. Die Befürworter der präventiven Abwehr neigen dazu, sich diktatorisch durchzusetzen und rasch - auch präventiv - zu handeln. Wir neigen hingegen dazu, die anderen konstruktiv mit einbeziehen. Wir müssen ihnen zuhören können und jene respektieren, die nicht wie wir denken. Wir müssen aber auch auf Effizienz und Ef-

⁴⁵ Fini 2002.

⁴⁶ Diese Einstellung zeigt sich nicht nur, wo Privilegien bewahrt werden, sondern, mit einigen Unterschieden, auch dort, wo die Unterworfenen sind.

fektivität achten, nicht nur auf die schönen oder abstrakten Werte, nicht nur auf die ethischen Prinzipien. Wir müssen einen Kompromiss finden, der nicht die absolut beste Lösung für uns ist, aber die beste Lösung, die erreicht werden kann.

Die Verflechtung zwischen Institutionen und Gewalt

Nach der Tragödie des 11. September 2001 erscheint ein beinahe einstimmiger roter Faden in der öffentlichen Diskussion: Es handele sich um ein traumatisches Ereignis, eine Bedrohung durch Terrorismus, ein Bedürfnis nach Sicherheit, ein Bedürfnis nach Verteidigung.

Es ist wenig untersucht, durch welche Mechanismen sich die Furcht bei Menschen ausbreitet und zur sozialen Destabilisierung führt. Auch sind in pazifistischen Kreisen die Mechanismen der individuellen Gewalt und der Organisation von Gewalt durch die Institutionen wenig bekannt. Ist es möglich, für die Entwicklung der Bürger in einem zivilen Sinne, für eine reife Verarbeitung von Aggressivität der Einzelnen und der Gemeinschaft zu arbeiten, die eine Verfeinerung jener Institutionen nach sich brächte?

Die Institutionen sind das Ergebnis einer historischen Stratifizierung - einer fortschreitenden Anpassung und einer sukzessiven Sedimentation - von Problemen, Konzepten und Lösungen. Sie beinhalten und reflektieren die (In)-Kohärenz und die Widersprüche, die Leidenschaften und die (Un)Reife der Gemeinschaft. Es ist möglich, sie zu verbessern oder zu verschlechtern, aber es ist nicht möglich, ihren Zusammenhang mit dem emotionalen Unterbewusstsein der Bevölkerung und mit der intrapsychischen und interpersonalen Art der Konfliktaustragung und der unbewussten Gefühle, die die einzelnen Menschen in den Institutionen unvermeidlich in ihrer Arbeit reflektieren, zu beseitigen. Es ist auch nicht möglich, neue Lösungen zu finden, ohne den Prozess der Veränderung dieser emotionalen Ausstattung bei den Einzelnen und in der Bevölkerung zu durchlaufen.

Die Institutionen von Sicherheit und von Verteidigung wurden entwickelt und differenziert, um das Kollektiv gegen verschiedene reale Gefahren zu bewahren und zu schützen. Die Psychoanalyse hat hervorgehoben, dass die Institutionen auch dazu dienen, den BürgerInnen eine gemeinsame Identifikation zu erlauben und verschiedene andere psychologische Probleme zu bearbeiten. Franco Fornari z. B. zeigt, wie die Institutionen der Verteidigung auch die psychosoziale Funktion haben, die Bevölkerung vor der Angst vor dem eigenen Tod und der Desintegration zu schützen – also vor tiefen existenziellen und ungelösten Ängsten.⁴⁷

Wir alle haben seit unserer Kindheit die Risiken unserer eigenen Desintegration gespürt und haben gelernt, mit jener Angst auf viele verschiedene Weisen umzugehen, einige davon effizienter, andere weniger. Wenn sich reale Gefahren zeigen oder wir über potenzielle Risiken nachdenken, wachen unsere Ängste wieder auf und machen es noch schwieriger, zu einer distanzierten Bewertung der Situation zu gelangen. Das Risiko, in einem Autounfall zu sterben, ist für uns hier im Westen sicherlich viel größer als jenes, in einen terroristischen Angriff verwickelt zu werden, dennoch ängstigt uns jene letztere Möglichkeit viel mehr. Ein großer Teil der Bevölkerung fühlt sich danach wieder beruhigt, wenn die Institutionen sichtbar sind und Vorsorge treffen.

Fornari zeigt außerdem, wie die Aggressivität der einzelnen Bürger vom Staat verwaltet, kontrolliert und eventuell kanalisiert wird. Der junge Mann mit einem übermäßigen Drang nach Gewalt wird zuerst eingeladen, die Staatsregeln zu akzeptieren, aber dann gezwungen, eventuell durch Militär und Polizei, sich ihnen zu unterwerfen. Somit gehorcht er, und er hält sich zurück vor Übertreibungen, kontrolliert die eigene innere Spannung und Aggressionslust, ob mit guter oder mit schlechter Miene.⁴⁸ Der entwickelte Konsens kann verschiedene Formen annehmen: Wie

⁴⁷ Fornari 1970.

⁴⁸ Die Tatsache, dass die Kontrolle auf dem Autoritarismus und der Bedrohung beruht und die Spannungen des Individuums, die er in einer noch größeren Gewalt freilassen kann, komprimiert, ist ein Problem, das ich hier nicht behandle. Ebenso wenig beschäftige ich mich damit, welche Rolle die bewusste Nutzung jenes Mechanismus zum Beispiel in der Ausbildung von vielen Spezialeinheiten, z. B. den amerikanischen *Marines*, spielt.

es zum Beispiel in dem Film „Clockwork Orange“ gezeigt wird, wird eine Bande von jugendlichen Rowdies von der Polizei zerschlagen, nachdem sie schreckliche Akte der Gewalt begangen hat. Einer der Jugendlichen wendet sich von der Gewalt nach einer Hirnoperation ab, aber ein anderer tritt dieser selben Polizei bei.

Eine jener Implikationen dieser Kontrolle durch den Staat ist die Ausarbeitung und Erzwingung von Regeln des zivilen Zusammenlebens; und so werden Quoten von unausgedrückter, angesparter Aggression von den einzelnen Bürgern beim Staat wie in einer Bank angelegt und dort kapitalisiert, monopolisiert und schließlich nuklearisiert.⁴⁹

Die wissenschaftlich-industriellen und kommerziellen Systeme tragen zu diesem historischen sozialen Prozess bei. Wenn in der Tat die Wissenschaftler neue Methoden finden, die Kräfte der Natur zu nutzen, dann beschäftigt sich das aktuelle System der Sicherheit der Gesellschaft sofort damit, dass diese Neuheiten nicht in die Hände skrupelloser Menschen oder eines anderen Macht-systems fallen.

Um dies zu tun, muss das System die Prozesse der Schaffung und Verteilung jener neuen Instrumente regulieren.

Gleichzeitig sind die Menschen der Forschung und Produktion, d. h. die Wissenschaftler, die Ingenieure und die Industriellen miteinander verbündet, um in der dominanten Logik des Wettbewerbes aus ihrer Arbeit den größten Vorteil für sich selber zu ziehen. Diese Logik erfordert immerhin doch die maximale mögliche Kooperation auf der Ebene der spezifischen Arbeitsgruppen. Deshalb muss der Staat in seine Berechnungen ihre Wünsche, Erwartungen, Kompetenzen, Erfordernisse miteinbeziehen und dann auch die anderer Akteure, die sich auf der Bühne zeigen, nämlich die Kaufleute und ihre potenziellen und realen Kunden. Mit anderen Worten: Der Staat muss mit der wissenschaftlich-industriellen Lobby und mit dem Markt rechnen.

Es handelt sich um ein Gleichgewicht, das immer prekär ist. Es ist nicht nur von Habsucht oder Nicht-Habsucht, Egoismus oder Gemeinsinn, und der Verantwortlichkeit oder Unverantwortlichkeit aller interessierten Parteien geprägt, sondern auch von jenen intrapsychischen Dynamiken jener Funktionäre des Staates, die sich fragen könnten: „Aber wenn dieser Industrielle oder dieser Händler so viel damit verdient, da es so viele Leute gibt, die die neue Waffe kaufen wollen, warum muss ich so viel weniger verdienen und bin zudem viel mehr in Gefahr?“

Stavros Mentzos hat gezeigt, wie die Abwehrinstitutionen in sich die intrapsychischen und zwischenmenschlichen Verteidigungsmechanismen der Bürger aufnehmen und davon konditioniert sind.⁵⁰ Diese Abwehrinstitutionen erspüren und spiegeln deshalb das neurotische Potenzial wider, das bei den BürgerInnen und in der Gesellschaft vorhanden ist. Mit anderen Worten, wenn in einer Gesellschaft die Spannung steigt und die Kontrollmechanismen nicht mehr effizient sind, garantieren sie nicht mehr das soziale Gleichgewicht, das zuvor zwischen den kollektiven Interessen und den materialistischen und narzisstischen Privilegien der verschiedenen Parteien geschaffen wurden, und so kommt es zu einer Phase der Instabilität.⁵¹

Die Mechanismen des Managements und der Kontrolle der angesparten Aggression beginnen zu wackeln, es wird für die Institutionen immer schwieriger, das Gleichgewicht der sozialen Dynamiken zu bewahren. Immer mehr BürgerInnen eignen sich ihren Anteil an der Gewalt wieder an und setzen sie in Momenten des Verlustes von Kontrolle wieder ein. (Dies sieht man in den Erklä-

⁴⁹ Der Ausdruck „Nuklearisierung“ bedeutet die Transformation des zerstörerischen humanen und sozialen Potentials in nukleare Waffen. Das Konzept ist nicht unbedingt und unmittelbar verständlich. Fornari benutzt es, um die Tatsache auszudrücken, dass die Aggressivität fortgesetzt, enthalten, formuliert und ausgedrückt wird auf der höchsten Ebene der wissenschaftlichen, industriellen und institutionellen Organisation. Die nukleare Macht wäre somit die Formulierung und die Einschränkung des angesparten Gewaltpotentials, immer auf der Kippe stehend zwischen Zurückgehalten-Werden und der Gefahr ihres Einsatzes.

⁵⁰ Mentzos 1988.

⁵¹ Zu diesem Vorschlag siehe die Diskussion zwischen Einstein und Freud, 1932. Sie wurde in Italien publiziert in: S. Freud, *Perché la guerra? Carteggio con Einstein*, Boringhieri, Torino, 1975; und kommentiert in dem Artikel von F. Tullio *L'aggressività cullata dalle Istituzioni* in der monographischen Ausgabe „Medicina in guerra“ Janus, (bioethische Zeitschrift), Zadig Verlag, Roma nr. 5, 2002.

rungen und Episoden des „Sich-selbst-Gerechtigkeit-verschaffens“.) Oder dies geschieht in einer geplanteren Art und Weise, um ihre Interessen der Beherrschung der anderen Mitbürger zu verfolgen. (Dies gilt zum Beispiel für die mafiösen Organisationen; aber man mag auch an die Probleme des Mobbing in Unternehmen, des Bully-tums in Schulen, der Demütigungen in den Kasernen denken.)

Der Staat mag versuchen, Ordnung und Recht mit spezifischen - gerechten oder ungerechten, legitimen oder illegitimen, effizienten und ineffizienten, demokratischen oder autoritären - Projekten, Strategien und Interventionen wiederherzustellen. Ein Problem in diesem Kontext ist die Tendenz hin zu einem progressiven Verlust von Konsens auf der Seite des Staates, so dass er in Versuchung geraten kann, die gleichen Strategien auf der Basis von Drohung, Repression und des Machtmissbrauches gegenüber den eigenen BürgerInnen anzuwenden. Es sind Strategien, die eingeschlafen, die aber innerhalb des zuvor bestehenden sozialen Gleichgewichts nie endgültig niedergeschlagen worden waren.

Hier kann jemand den Wunsch bekommen, autoritäre Strategien aufzuzwingen, die auf der Drohung mit oder der Anwendung von Zwang und Gewalt beruhen. Der Staat kann es auf folgende Weisen tun:

1. Die offene Entscheidung der politischen Vertreter, auch der demokratisch gewählten, zum Beispiel autoritäre Gesetze zu erlassen oder einen Krieg zu erklären, der die Aggression der Jugend gegen einen äußeren Feind lenkt, und zu neuen „lebenswichtigen“ Räumen zu führen, zu neuen Eroberungen, wo das bestehende aggressive und expansive Potenzial entwickelt werden kann.
2. Die politischen Repräsentanten können sich entscheiden, zu Geheimoperationen des Staates zu greifen, die möglicherweise sogar die bestehende Ordnung und Prinzipien nicht respektieren. Sie können zum Beispiel eine terroristische Serie von Aktionen ausnutzen, sie begünstigen oder gar organisieren, die die Furcht in der Bevölkerung vergrößern, und so bewirken, dass Entscheidungen gefällt werden, die anderenfalls keine angemessene Zustimmung von der Bevölkerung erfahren hätten und dadurch erlauben, die Situation unter den neuen schwierigen Bedingungen zu kontrollieren.
3. Manchmal sind es Segmente der Institutionen, die unter diesen Bedingungen der Instabilität Strategien und Aktionen in Gang setzen, die bedingt sind durch ihre Unfähigkeit, dem eigenen Drang zu Gewalt zu widerstehen, den sie danach auch rational rechtfertigen.

Der Staat kann aber auch Regeln der Nicht-Verwicklung in die kriegstreibenden und autoritären Entscheidungen erlassen, Formeln der Fernhaltung von der Logik des reziproken Terrors, Wege der Suche und Implementierung besseren Managements der individuellen und kollektiven Aggressivität. Der Staat oder seine Komponenten können durchaus interne Programme des Wachstums und der Transformation von freier und struktureller Gewalt ausarbeiten, also auch der Transformation jener Gewalt, die von seinen Bürgern angespart und in dem Staat selber wie in einer Bank deponiert worden ist.

All dies ist nicht einfach und es hat auch wenig abgesicherte Resultate. Doch wir müssen uns bewusst werden, dass all dies bereits geschieht, dass der Staat schon diese Anstrengungen unternimmt, aber dass er gleichzeitig an einem taktischen Plan der konkreten Verteidigung gegenüber den verschiedenen Aggressionen, die von ihm selbst und von seinen Bürgern erfahren werden, arbeiten muss. Er muss es in einer Situation tun, die auf einem dominanten, unbestrittenen und unglücklicherweise perversen Wettbewerb zwischen den politischen Parteien beruht, zum Beispiel zwischen links und rechts stehenden Parteien. Er muss es tun trotz der verdächtigen und manchmal nicht-kooperativen Haltung der PazifistInnen und trotz der Lücken, Übertreibungen, Fehler, Unreife und der Anwesenheit von nicht-adäquaten Funktionären, wie es sich bei der Verletzung der demokratischen Regeln und der Menschenrechte zeigte - zum Beispiel in dem Fall des ernststen Kontrollverlustes in den Kasernen von Bolzaneto in Genua zum Zeitpunkt des Treffens der G8.

Die demokratische Konsolidierung des Staates

Viele Gegner und auch PazifistInnen denken, dass die gesamte Struktur des Staates auf die Verwendung von Terrorismus und Gewalt hin ausgerichtet ist, der Verfolgung von spezifischen und illegitimen Interessen dient und eine Eskalation von Konflikt nutzt.

Diese Sichtweise ist begrenzt und führt in die Irre. Die primäre Funktion – vorgeblich wie real – des Staates ist nicht die private Verfolgung von Interessen durch trickreiche und illegale Strategien. Stattdessen ist der Staat selber charakterisiert durch das Geflecht von Legalität und Gewalt.

Die Tatsache sollte nicht unbeachtet bleiben, dass der Staat nicht unbedingt in der Lage ist, Pläne einer Konflikteskalation durch einen äußeren Feind und/oder einer bestehenden inneren Komponente zu kontrollieren, sei es, dass es sich bei dieser Komponente um eine demokratisch gewählte führende Gruppe oder eine Gruppe, die sich von den Geheimdiensten oder der Führung der Streitkräfte abgespalten hat, handelt.

Der Staat ist in der Tat aus verschiedenen Gründen desorientiert und gelähmt:

1. durch die Krise und ihre Eskalation selbst;
2. durch die eigenen internen Widersprüche, einschließlich der privaten Interessen (ökonomischer und oft narzisstischer Art) eines Teils seiner Vertreter.
3. Ein weiterer fundamentaler Beitrag zu der Dysfunktion des Staates kommt von der „bisher unvermeidlichen“ Kollusion mit den instinktiven und emotionalen Trieben, die zuvor beschrieben wurden und die zu der Widerspiegelung der Gewalt beitragen – zu Angst und Lähmung auf der einen Seite, Streben nach Zerstörung und der Neigung zum Handeln auf der anderen.⁵²

Man denke an die Geschehnisse in Genua, einer eingeschlossenen Stadt zum Zeitpunkt des G 8-Treffens. Die Angst und die Erregung hatte sich unter den Polizeikräften bei der Vorhersage von Auseinandersetzungen verbreitet, wobei die Pazifisten dies gar nicht richtig wahrgenommen hatten. Dies führte zu den unerwarteten und ungerechtfertigten Übergriffen, zu Rache an den Gefangenen in den Kasernen. Die Geschehnisse von Genua können wahrscheinlich als ein typischer Fall des Auftretens des emotional-triebhaften Handelns dargestellt werden, wo, vor dem Hintergrund zweideutiger Anweisungen und einem verwirrten und kriegerischen Klima, einige – von beiden Seiten – die Möglichkeit erkannten, ihre eigenen Frustrationen abzulassen. Diese Tatsache - oder diese Interpretation - befreit den Staat nicht von der Pflicht, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, aber sollte ihn auch dazu bringen, sich Fragen bezüglich der eigenen Struktur, der zweideutigen Anweisungen und dem Gewicht des triebhaften Handelns auf der eigenen Seite zu stellen.

Wenn man annehmen will, dass es im Inneren des Staates einige identifizierbare Subjekte gibt, die Terrorismus und die Eskalation von Gewalt planen (was nicht immer und überall wahr ist), würden sich diese jedenfalls verfassungswidrig verhalten (wenigstens gemäß der italienischen Verfassung). Es würde sich um geheime Gruppen handeln, die fähig sind, Gewalt zu planen und einzusetzen (entweder die eigene Gewalt oder die anderer), aber auch die Widersprüche im Inneren des Staates und seiner Institutionen und die Schwäche jener demokratischen Funktionäre, die im Gegenteil die Menschenrechte respektieren, auszunutzen.

Die Theorie des Präventivkrieges, die kriegstreibende Propaganda mit der semantischen Mystifikation des ‘humanitären Krieges’ hat die Rolle, die Meinungen zu verwirren und an die Logik des Terrors und an seiner ideologischen Unterstützung anzunähern. Aber die Ausschaltung der ter-

⁵² Der Ausdruck „Kollusion“ (con – ludere, mit-spielen) bedeutet, dass diese individuellen emotionalen Aspekte und die dahinterliegenden psychischen Konfliktneigungen mit diesen Entscheidungen im Einklang sind und unterstützen, die letztlich die Gewalt fördern.

roristischen Strategie kann verfolgt werden, indem diese unbewussten Kollusionen ans Tageslicht gebracht werden und machbare Alternativen geschaffen werden, wobei unpräzise und vorurteilsbedingte Schuldzuschreibung an den Staat und seine Institutionen allgemein vermieden werden müssen.

Man muss nebenbei auch die Konzepte von Zwangsmacht (*forza*) und Gewalt (*violenza*) unterscheiden. Ich behaupte, dass Zwangsmacht, auch physische, in manchen Situationen unvermeidlich ist, aber ich unterscheide zwischen ihr und Gewalt. Bei der Zwangsmacht geht es darum, das gewaltsame Handeln eines anderen zu stoppen, wenn es keine andere Alternative gibt – wenn zum Beispiel jemand in Begriff steht, ein Kind zu töten, und ich falle ihm in den Arm, dann verwende ich solche Zwangsmacht! Gewalt hingegen hat einen rächenden Charakter, ist ein Missbrauch von Zwangsmacht, steht außerhalb von Respekt und der Suche nach Dialog und Gerechtigkeit. Unsere Zustimmung zu jeder Maßnahme gegen die Organisationen, die den Terrorismus fördern und unterstützen, erlaubt uns ohne Ausnahmen, die gleiche Standfestigkeit gegenüber dem Handeln der Sicherheitskräfte und den unbedingten Respekt für die Menschenrechte einzufordern, inklusive des Respekts vor der Würde des einzelnen Bürgers, der Vorannahme der Unschuld jedes Akteurs, und in jedem Falle freundlichen, korrekten Verhaltens gegenüber jedem Festgenommenen, Häftling, Verhörten, von der Polizei Durchsuchten, vom Gericht unter die Lupe Genommenen etc.

Die Widersprüche im Inneren des Staates sind nicht einheitlich und nicht alle sind sich ihrer auf dieselbe Weise bewusst. Daher sollte die Position mancher kritischer Intellektueller, so sehr ihre Position auch auf verständlichen Argumenten beruht, nicht zu Polarisierung und kontraproduktiver Wirkung führen.

Jene Offiziellen, die nicht die terroristische Strategie und die Brutalität als solche unterstützen und im Gegensatz dazu verschiedene Formen der Lösung für Krisen und Konflikt suchen, sollten in der Zivilgesellschaft eine starke Unterstützung finden bei ihrem Bemühen, das illegale und inadäquate Verhalten auch im Staat selber zu stoppen.

Einige Implikationen für die Soziale Verteidigung

Alles Handeln, das sich um die Entwicklung von Instrumenten und organisatorischen Netzen der Verteidigung dreht, dient daher, unter einem objektiven und realen Gesichtspunkte, dazu, die Uneinigkeit mit eventuellen Invasoren oder auch mit Gruppen, die undemokratische Aktionen entwickeln wie die Mafia und Camorra, zu antizipieren und zu gewinnen. Von einem subjektiven und psychosozialen Gesichtspunkt her dienen sie dazu, auf die Angst vor dem Tod und die in der Kindheit angelegten Sorgen des Menschen eine Antwort zu finden, wie auch dazu, die überströmende Aggression im Inneren des Landes zu bewältigen.

Die Möglichkeit eines inneren oder äußeren Feindes ist sicherlich einer der Faktoren, die die Todesangst mobilisieren und auf die die Gemeinschaft eine Antwort braucht. Das Problem heißt daher hier nicht, jene Institutionen niederzureißen, die unverzichtbare Mechanismen für das Funktionieren menschlicher Gruppen sind. Der Punkt ist, sie flexibel, anpassbar, lebendig und funktional zu machen und sie an den Werten der Demokratie und der Gleichwertigkeit zu orientieren, nicht nur an den Interessen der materiellen Entwicklung.⁵³

Die Emotionen, die Krieg zu Grunde liegen, beziehungsweise Aggression und Angst, können zu furchtlosem Fanatismus oder einem ängstlichen, passiven Protest-Pazifismus hin entwickelt werden (dies gilt nicht für den Pazifismus von Gandhi und Martin Luther King), oder sie können sich in ein realistisches und funktionales Verteidigungsprojekt einfügen.

Die Bewusstmachung und die Erarbeitung der Todesangst in ihren verschiedenen Formen, die

⁵³ Siehe zu diesem Punkt die Untersuchung *La difesa civile ed il progetto Caschi Bianchi* a.a.O.

dem Verteidigungssystem zu Grunde liegen, kann dazu beitragen, die Institutionen effektiver und effizienter zu machen und sie von nutzlosen Zwängen, von neurotischen Arrangements, von paranoiden Projektionen, die riskieren, einen Feind auch dort zu schaffen, wo er nicht existiert, zu befreien.

Solche Lösungen zu entwickeln, eine glaubhafte Strategie der Antwort auf verschiedene gewaltsame Bedrohungen, darunter auch den Terrorismus, festzulegen und die Überwindung von Phasen der Krise ohne Rückgriff auf Gewalt zu ermöglichen, stellt somit ein komplexes Problem dar.

Die zivile unbewaffnete und gewaltfreie Verteidigung kann zu diesem Kurs beitragen, mit allen Kräften der organisierten Zivilgesellschaft, die zur Verfügung stehen, ebenso mit verschiedenen politischen Richtungen. Hier sollten diese politischen Ausrichtungen sich nicht polarisieren und diese gemeinsame Notwendigkeit blockieren.

Dies hier Gesagte gilt auch für die bewaffneten Kräfte. Ohne Dialog mit ihnen kann kein Ausweg aus der Gewalt gefunden werden. Im Gegenteil, dies ist die delikateste und gefährlichste Aufgabe, die sie haben, nämlich der Umgang mit der Zwangsmacht gegen die Gewalt, ohne auf diese Gewalt zurückzufallen.

Die Soziale Verteidigung sollte auch die Transformation von Gewalt und zerstörerischer Aggression in Selbstbehauptung und die Fähigkeit, auf der Welt zu stehen, ohne seine Macht zu missbrauchen oder sich missbrauchen zu lassen, fördern.

Und schließlich gehört zur Sozialen Verteidigung auch die Promotion und die Schaffung von demokratischen Weltinstitutionen und die Verteidigung von Bevölkerungen in Krisengebieten durch friedliche Interventionen der Prävention und des Dazwischenstellens.

Übersetzt ins Deutsche von Christine Schweitzer und Francesco Tullio.

Gewaltfreiheit im afrikanischen Kontext

Emanuel Matondo

Manche haben mich gefragt, warum ich durch Europa reise. Es ist eine Rundreise mit einem Vortrag über Afrika zum Thema „Das andere Afrika – Widerstand gegen Krieg, Korruption und Unterdrückung“. Dazu gibt es auch eine Broschüre. Diese Broschüre wurde von drei verschiedenen Organisationen gemacht, eine aus Frankreich und zwei aus Deutschland, wobei wir aus Deutschland eine deutsche und eine angolische Organisation haben, die daran beteiligt sind. Es sind Organisationen, die auch alle Mitglieder der „War-Resisters International“ sind, also der „Internationalen der Kriegsdienstverweigerer“. Ich vertrete meine Organisation bei „War-Resisters“ und bin dort Mitglied im Internationalen Rat⁵⁴.

Wir haben uns Gedanken gemacht, was wir angesichts von Schreckensmeldungen über den afrikanischen Kontinent tun können. Es leben ja dort nicht nur Krieger und resignierte Menschen, sondern auch mutige Bürgerinnen und Bürger. Gewaltfreiheit ist auch eine afrikanische Tradition, was aber nicht oft erwähnt wird.

Es hat in unserer antikolonialen Widerstandsgeschichte immer wieder gewaltfreie Gruppen gegeben, die sich ohne Waffen den Kolonialherren widersetzen. Dies wurde aber nicht wirklich bearbeitet. Sogar in unseren eigenen Geschichtsbüchern werden diese Gruppen nicht erwähnt und bis heute in manchen Regionen ignoriert. In Zentralafrika - im Kongo und Angola - gab es allein drei gewaltfreie Organisationen. Ihre Führungsleute waren charismatische, protestantische Kirchenprediger, die aus der organisierten Kirche ausgetreten waren, weil sie auch dort mit dem Rassismus der westlichen Kirche konfrontiert wurden, der den Grundsätzen der Nächstenliebe widerspricht. Diese Kirchenleute haben dann ihre eigene charismatische Bewegung gegründet, die später zu einem gewaltfreien Widerstand gegen die Kolonialherren wurde. Leider findet man auch diese Kirchen oder Bewegungen kaum in Büchern oder Vorträgen von Soziologen Afrikas. Von hier in Europa ganz zu schweigen.

Ich will über dieses Afrika sprechen, ein Afrika, das sich wirklich etwas anderes wünscht. Ich will hier zwei Länder ansprechen: Angola und Kenia. Warum diese beiden Länder? Weil man dort Beispiele findet, die sich direkt mit gewaltfreien Aktionen verbinden lassen, aber auch, weil diese Länder mehr oder weniger gleiche Schicksale erlebten und erleben: Diktatur, Korruption, Ausbeutung und fremde Einflüsse.

Was heißt es, im Kontext von Krieg und Bürgerkrieg gewaltfreien Widerstand zu leisten? Dem oft gepredigten Demokratisierungsansatz möchte ich entgegenhalten: Ich bezweifle, ob der Dialog mit Militärs über Demokratie und die Bildung demokratischer Institutionen überhaupt funktionieren kann, zumal das Militär in manchen Regionen der Welt, zum Teil auch hier, eine Institution ist, in der Demokratie klein geschrieben wird oder erst gar nicht ins Konzept passt. Daher weiß ich nicht, ob Dialog mit dem Militär wirklich überall eingesetzt werden kann, wenn das Militär Teil eines ausbeuterischen und repressiven Apparats ist.

Angola

Ich habe schon ein Problem, wenn die Militärs nur die Sprache der Gewalt verstehen und diese ist klar und deutlich, das kann ich auch in meinem Land erkennen. Meine Organisation war zum Beispiel sehr aktiv dabei, die beiden Haupt-Kriegsgegner Angolas wieder an den Verhandlungstisch zu bringen. Es war im Jahr 2001, als der Krieg eskalierte. Da haben wir einen Dialog initiiert. Ich

⁵⁴ Das ist die von den Mitgliedsorganisationen gewählte Vertretung der Sektionen.

war selbst daran beteiligt und habe ein Konzept geschrieben und die strategischen Ansätze erarbeitet, was Lobby-Arbeit und die Beeinflussung externer Akteure betrifft, und die Möglichkeiten, zur Konflikt-Deeskalation beizutragen. Ich habe dabei erlebt, wie sich die Militärs in eine Position hineinbegeben, aber nicht bereit sind, einen Schritt zurückzutreten. Die angolanischen Militärs haben uns selbst gesagt, dass sie sich in eine Sackgasse begeben hätten. Wir haben die Kanäle aufgebaut, sogar mit den Rebellen der Unità, weil ich mit dem Rebellenchef Kontakt hatte, im Ausland natürlich, um zu diskutieren, wo wir zusammenkommen könnten. Er sah ein, dass sie sich in einer Sackgasse befanden, war aber nicht bereit, zum Beispiel einen einseitigen Waffenstillstand auszurufen oder den Weg einer politischen Hoffnung zu gehen. Da beriefen sie sich auf einmal auf die Verteidigung: „Was ist, wenn ich jetzt den Schritt gehe, dann werde ich vernichtet.“

Es kam also ein Argument nach dem anderen, obwohl sie alle sagten, ja, wir haben eine menschliche Tragödie in Angola, ja, müssen wir doch einen Weg finden. Die haben sogar eingesehen, dass sie Personalprobleme hatten, weil in unserer Geschichte noch nie so viele Menschen den Kriegsdienst verweigert hatten. Die jungen Menschen wollten nicht mehr als Kanonenfutter missbraucht werden. Die Armee hatte große Schwierigkeiten. Wir hatten mit Militärs zu tun, die ihre eigenen Interessen verfolgten, und mit einer Rebellengruppe, die eigene Interessen verfolgte, und zwar insbesondere dies eine, die ökonomische Macht durch die Kontrolle der Diamantenausbeutung aufrechtzuerhalten. Und die Regierung brauchte die Öleinnahmen, um an der Macht zu bleiben.

Es ist sehr schwierig, unter solchen Umständen aus dem Kreis der Gewalt herauszukommen. Da haben wir einiges gelernt, zum Beispiel, dass gewaltfreier Widerstand dann funktioniert, wenn man verschiedene Stränge parallel verfolgt, also gewaltfreier Widerstand begleitet von politischer Aktion wie verstärkter Lobbyarbeit, dazu im In- wie Ausland ökonomische, diplomatische oder politische Sanktionen fordern. All dies zusammen kann dann zur Entspannung führen, oder die Kriegsparteien, die Kriegswilligen, die ich Militaristen oder Bellizisten nennen kann, zu einer Waffenniederlegung zwingen.

Zur Zeit würde ich die Situation in Angola als sehr gefährlich bezeichnen. Man gibt einerseits soziale Fragen und andererseits die Weiterführung des Krieges in einer extraterritorialen Provinz Angolas mit Namen Cabinda, wo der Krieg unter Ausschluss der internationalen Öffentlichkeit weitergeht und aus der 60% des angolanischen Öls kommt. Angola hat letztes Jahr im August eine Fördermenge von 1 Mio. Barrel pro Tag überschritten und diese Provinz spielt eine sehr große Rolle für das Land. Die angolanische Armee besteht auf einer militärischen Lösung. Wir haben es nun dort mit einer sozialen Bewegung zu tun, die aktiven Widerstand mit Massenprotesten leistet.

Die Organisation, die dies federführend koordiniert, heißt übersetzt Civil Rights Association. Diese Organisation versucht, die Leute zu mobilisieren, damit sie auf die Straße gehen, sowohl gegen den andauernden Krieg als auch gegen die Ausbeutung der Ressourcen. Es ist wirklich sehr bemerkenswert, denn diese Region ist abgekoppelt von Angola, sie ist wirklich außerhalb des Landes und wie eine Insel, aber was dort passiert, haben wir noch nie in Angola gehabt. Diese Organisation wurde erst letztes Jahr gegründet, im Januar, mit sehr vielen Schwierigkeiten. Aber es ist ihr gelungen, die Menschen so zu mobilisieren, dass sogar Militärs vor Ort in Panik geraten sind. Sie wissen nicht mehr, wie sie mit so einer Situation umgehen sollen, denn zum ersten Mal in unserer Militärgeschichte sind sie mit einer Kraft konfrontiert, die ohne Waffen dasteht. Das heißt, sie wissen gar nicht, sollen sie schießen oder nicht. Wir sehen manchmal, dass sogar die Polizei diese Demos friedlich begleitet und wenn die Armee oder bewaffnete Kräfte intervenieren würden, dass die Polizei sich dazwischen stellt. Also eine sehr interessante Konstellation. Zuletzt hatte diese Organisation 120.000 Leute auf die Straße geschickt. In einer Provinz leben 250.000 bis 300.000 Einwohner, also ging fast die Hälfte dieser Provinz auf die Straße, um gegen diesen andauernden Krieg zu protestieren, aber auch gegen Chevron-Exaco.

Chevron-Texaco herrscht in Cabinda mit, hat sogar eine eigene Stadt in der Stadt und der Provinz, mit Stacheldraht geschützt und mit Landminen, trotz Verbot. In diese kleine Stadt, „Little America“ genannt, dürfen wir Einheimische nicht eindringen, es ist nur zugänglich für Reiche. Nachts sieht man den Unterschied zwischen Arm und Reich. In ganz Cabinda gibt es zwar keinen Strom, aber man sieht, wie schön Amerika ist, mitten in dieser Insel der Armen.

Dazu kommt noch die Umweltzerstörung und -verschmutzung. Wir haben jetzt in Cabinda mit einer Ölpest zu kämpfen, so dass sich unsere Fischerei vor zwei oder drei Wochen bankrott erklären musste, weil es keine Fische mehr gibt oder sie alle vergiftet sind. Dagegen kämpfen sie also jetzt.

Im Dezember letztes Jahr ging diese Organisation noch mit 30.000 bis 60.000 Menschen auf die Straße. Nun versprechen sie, auch weiter auf die Straße zu gehen, um das Militär in der Provinz loszuwerden. Wir haben in Cabinda ein Verhältnis von einem Soldaten auf zehn Einwohner und die angolansische Armee stockt ihre Zahl immer wieder auf, so dass wir dort 40.000 – 45.000 Soldaten haben, die wirklich fast alle Dörfer besetzt haben. Überall sind die Militärs in der Überzahl im Vergleich zur Zivilbevölkerung, auch indem sie manche Dörfer aufgelöst haben und die Zivilisten dann in kontrollierte Zonen gebracht haben, wo sie jede Bewegung kontrollieren können. So gar die UN-Menschenrechtskommission sagt, dass die Militärpräsenz ein Problem geworden ist, so dass die Menschen jetzt auch in anderen Regionen versuchen, Widerstand zu leisten und zu sagen: nein, die Militärs bzw. der Einfluss der Militärs muss verringert werden in ganz Angola, weil wir es auch in einer anderen Provinz, einer Diamantprovinz, mit Militärs zu tun haben, die Diamantvorkommen kontrollieren.

Die Leute an der Spitze haben es sich aufgeteilt: der Präsident und seine politische Clique beanspruchen die Öleinnahmen, während die Diamanteinnahmen den Generälen zugesprochen wurden. Dort sind die Menschen mit privaten Sicherheitsfirmen konfrontiert, die im Auftrag dieser Generäle diese harte, repressive Politik zur Entrechtung der Menschen durchführen. Es ist eine sehr heikle Situation, weil wir in Angola in fast jeder Provinz nur Generäle als Gouverneure haben. Ich würde sogar von der „Republik der Generäle“ sprechen wollen. Die meisten dieser Generäle sind Kriegsverbrecher. Wenn man ihre Biografie liest, merkt man, dass sie schon in den 70er/80er Jahren schwere Verbrechen begangen haben. Sie wurden dann auch immer wieder befördert, und ich frage, was ist denn so ein Militär? Wenn das heißt, damit zu leben, dass sie immer noch die Führung dieser militärischen Institution bilden dürfen, dann stelle ich die ganze Institution in Frage. Ich sage, ich traue keinen Leuten, die vom Frieden reden, aber trotzdem Waffen tragen. Da gibt es immer wieder Interessen, und zwar die eigenen. Deswegen wird auch im Moment in Angola diskutiert, welche Wege wir gehen müssen, damit der Einfluss der Militärs geschwächt wird.

Kenia

Zu Kenia will ich noch kurz etwas sagen. Kenia ist ein Beispiel gewesen, wo durch eine gewaltfreie Revolution ein Regierungswechsel stattgefunden hat. „Ein dritter Weg ohne Uniform“ habe ich dies in einer deutschen Wochenzeitung genannt. Das ist der Weg, den Kenia gegangen ist, trotz Provokationen. Kenia hat unter Daniel Arap Moi mehr als 25 Jahre lang eine harte Diktatur gehabt. Und an einem Punkt in der kenianischen Geschichte haben die Leute gesagt: Stopp! Wir müssen eine Koalition gegen die Diktatur bilden, um sie dann auch ablösen zu können. Aber es war wirklich ein langwieriger Prozess. Wangari Maathai, die Friedensnobelpreisträgerin, ist federführend gewesen, dass es zur Bildung dieser Zivilgesellschaft und der gewaltfreien Bewegung gekommen ist, indem sie schon 1977 nach ihrem Studium in den USA diese Grün-Gürtel-Bewegung gegründet hat. So hat sie praktisch die ganze Gesellschaft mit dieser Baumpflanzaktion vorbereitet, obwohl die ja zunächst als unnützlich abgetan, später aber doch anerkannt wurde. Man merkt an diesem

Prozess aber auch, dass sie mit dieser Baumpflanzaktion auch die Diktatur direkt konfrontiert hat, weil diese Diktatur von Klientelismus, Vetternwirtschaft und Enteignungen geprägt war. Wollte der Diktator eine Landfläche beschlagnahmen und an seine Günstlinge verteilen, dann hat sie sich widersetzt, mit Erfolg. Es gibt drei solche Beispiele, wo sie sich gewaltfrei durchgesetzt hat gegen die Beschlagnahme von Landflächen oder Parks. Sogar einige große Immobilienprojekte in Kenia wurden gestoppt durch solche Aktionen, trotz der Gewalt, die von Seiten der Diktatur kam.

Zum Verhängnis für die Diktatur wurden im Jahr 1998 einige Frauen, die vor dem Geheimdienstgefängnis demonstrierten und dort eine Mahnwache abhielten. Das war wirklich sehr belästigend, wenn Touristen kamen, dort vorbeiliefen und mit den Frauen sprachen, aber diese Frauen wollten nichts anderes als ihre spurlos verschwundenen Kinder wiedersehen. Die Diktatur nahm ihnen das übel, so dass sie 1998 eine Aufstandsbekämpfungseinheit schickte. Diese Frauen sahen harmlos aus und zur eigenen Abwehr haben sie sich dann entblößt. Sie haben gesagt, weil es junge Männer sind, die kommen, müssen wir uns entblößen. Das haben sie auch getan. Es waren alte Frauen, eine große Gruppe. Das hat damit zu tun, dass es in unserer Kultur ein Tabu gibt: Männer dürfen nackte ältere Frauen nicht ansehen. Diese jungen Männer sind trotzdem auf die Frauen losgegangen. Ich glaube, das ist zum Fluch für die Diktatur geworden. Es gab eine Prügelorgie und einige von den Frauen wurden krankenhaureif geschlagen. Danach entstand eine Studentenbewegung. Es gab drei Tage lange Studentenausschreitungen, und Kenia hätte beinahe einen Bürgerkrieg erlebt. Es gab Unruhen im ganzen Land und daraus bildete sich ein Selbstbewusstsein, das dann die Zivilgesellschaft bewegte, ein Bündnis zu gründen, um gegen diese diktatorische Macht zusammenzutreten. Das hat den Weg bis zum Wahlsieg für die Opposition Ende 2002 bereitet.

Man merkte, dass während dieser Zeit die Parlamentarier selbstbewusster wurden. Sie haben Verfassungsreformen vorangetrieben, viele Reformen zu Gunsten einer Zivilgesellschaft durchgeführt und auch das Wahlrecht geändert, was dann auch wirklich Moi geschwächt und nach und nach isoliert hat, bis man dann diesen Wahlsieg bekam. Nur Moi hatte geglaubt, er würde weiter an der Macht bleiben, denn er hatte weiter korrumpiert. Während seiner Wahlkampagne hat er das geschickt gemacht, er hat getarnte Veranstaltungen organisiert, wo er dann Geld oder Güter verteilen ließ. Die Zivilgesellschaft war so gut vorbereitet und hatte schon lange eine landesweite Kampagne geführt, so dass die Leute bei diesen Veranstaltungen sehr klar und deutlich sagten: wir nehmen zwar eure Butter, eure Korruptionsgüter an, aber wir wählen euch ab!

Soziale Verteidigung und gewaltfreie Intervention – zwei Konzepte am Beginn einer neuen Freundschaft?

Renate Wanie

Aufgabenstellung

Wie kann die Verbindung zwischen dem Konzept von Sozialer Verteidigung und dem, was als „gewaltfreie Intervention von Externen“ theoretisch entwickelt und praktisch erfahren wurde, hergestellt werden?

Diese Verbindung möchte ich auf zwei Ebenen herausarbeiten. Auf einer abstrakten begrifflichen Ebene und auf der Ebene der Instrumente. Auf der ersten Ebene lautet die Frage: Wie lassen sich die theoretischen Konzepte von Sozialer Verteidigung und gewaltfreier Intervention miteinander verbinden? Und auf der zweiten Ebene steht die Kompatibilität der Instrumente von Sozialer Verteidigung und gewaltfreier Intervention zur Debatte. Über die Verbindung mit gewaltfreier Intervention, so die These, erhält das Konzept der Sozialen Verteidigung eine neue, veränderte Relevanz und die Potenziale der gewaltfreien Intervention können verstärkt für die Weiterentwicklung der Sozialen Verteidigung wahrgenommen werden.

Wo also liegen die die Möglichkeiten der Verknüpfung zwischen Sozialer Verteidigung und gewaltfreier Intervention? Ehe wir uns dieser Frage widmen, soll zunächst geklärt werden, welches Verständnis von Intervention in der Friedensbewegung weit verbreitet ist und was wir unter Intervention verstehen. Im Anschluss daran gilt es, den Unterschied zwischen gewaltfreier Intervention und ziviler Intervention als zwei in der Debatte konkurrierende, oft gleichgesetzte Konzepte herauszuarbeiten.

Auch frage ich nach den Legitimationsgrundlagen von gewaltfreier Intervention und den Kriterien für ihren Einsatz. Dabei werde ich zeigen, dass beide Konzepte - Soziale Verteidigung und gewaltfreie Intervention - gemeinsame Grundlagen besitzen, ja für Soziale Verteidigung die Chance der zeitgemäßen „Verbesserung“ besteht, indem die Praxis von gewaltfreier Intervention mit ihr verknüpft wird. Abschließen möchte ich mit ersten Überlegungen zu den Instrumentarien der gewaltfreien Intervention, die für eine Stärkung sowie eine Weiterentwicklung der Sozialen Verteidigung für die Praxis förderlich sein könnten.

Veränderungen in den 80er und 90er Jahren

Seitdem wir uns zuletzt in den 80er Jahren intensiver mit dem Konzept von Sozialer Verteidigung beschäftigt haben, hat sich in der Diskussion über die politische Konfliktbearbeitung einiges verändert. Für den begrenzten Kontext meiner Fragestellung ist folgende Weiterentwicklung von Bedeutung: In den 90er Jahren stellt die intensive Beschäftigung mit dem Konzept der Zivilen Konfliktbearbeitung eine der großen Innovationen auf Seiten der Friedensbewegung und der Friedensforschung dar, und als Teilbereich davon ihre Beschäftigung mit gewaltfreien Interventionen in Theorie und Praxis. Als praktische Konsequenz entstanden z. B. der Zivile Friedensdienst und diverse Peace-Teams mit den dazugehörigen Ausbildungsprogrammen und ersten Erfahrungen bei Auslandseinsätzen sowie Anfang der Jahrtausendwende die Nonviolent-Peaceforce, die Einsätze im großen Maßstab anstrebt.

Verständnis von Sozialer Verteidigung

Nach der Auffassung von Jochheim ist Soziale Verteidigung ein Konzept, mit dem sich eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewalt-

samen Staatsstreich von innen schützen kann (Jochheim 1988:12). Ziel ist es, die Integrität einer Gesellschaft zu bewahren. Das heißt, es geht um die Verteidigung der Institutionen und Werte der Zivilgesellschaft. Mit den Mitteln gewaltfreier Aktion leisten die betroffenen Menschen in den gesellschaftlichen Einrichtungen Widerstand.

Dem Konzept der Sozialen Verteidigung werden die Grundsätze und Wirkungsweisen der gewaltfreien Konfliktaustragung zu Grunde gelegt. Soziale Verteidigung wird für jene Konfliktsituationen benutzt, „in denen gesellschaftliche Verhältnisse mit gewaltfreien Mitteln gegen Versuche illegaler Machtergreifung und demokratischen Abbaus von innen und / oder außen verteidigt werden sollen“ (Jochheim 1988:9).

Jochheim nennt drei grundlegende Merkmale von Sozialer Verteidigung, die sich auch in den Konzeptionen von Ebert, Sharp und Galtung wiederfinden.

1. Die „Betonung des Charakters der **Alternative** zur herkömmlichen Verteidigung mit militärischen Mitteln,
2. die Einführung eines auf Gewaltlosigkeit beruhenden **neuen Machtbegriffs** als Kontrast zu einer auf Gewaltmitteln beruhenden Macht- und Sicherheitspolitik und
3. die Abkehr von Gedanken der Territorialverteidigung und die Hinwendung zur Erhaltung von Lebensformen, sozialen Institutionen (...) und qua definitionem den eindeutigen **Verteidigungscharakter**“ (ebd.).

Mit dem Fall der Mauer und dem Wegfall der direkten militärischen Bedrohung Mitteleuropas brach die Debatte über Konzepte und mögliche Umsetzungsmöglichkeiten von Sozialer Verteidigung fast völlig ab. Mit den Konflikten der 90er Jahre drängten sich in der Friedensbewegung andere Themen in den Vordergrund. Eine dieser neuen Fragen war die nach der Berechtigung von Interventionen, ein Thema, das für das Verhältnis von Sozialer Verteidigung und gewaltfreier Intervention von zentraler Bedeutung ist.

Verständnis von Intervention

Diskussion der Intervention in der Friedensbewegung

Auf dem Hintergrund der Kriege auf dem Balkan und der fortschreitenden Globalisierungsprozesse in den neunziger Jahren kam es zu einer Re-Legitimierung von Rüstung und Militär, häufig unter dem Vorwand, Menschenrechte zu schützen. Eine Remilitarisierung der Außenpolitik war festzustellen. Militärische Interventionen nahmen zu. Fast unwidersprochen wurden militärische Mittel als „letztes Mittel“ hingenommen. Ausgestattet mit dem Adjektiv „humanitär“ erhielt die militärische Intervention wieder breite Akzeptanz.

Im Kontext dieser Entwicklung wurde der Begriff der Intervention in Teilen der Friedensszene generell kritisiert und als verpönt angesehen. „Intervention“ wurde und wird schnell mit militärischem Vorgehen oder auch mit einem „kolonialisierten Frieden“ assoziiert. Zur sprachlichen Verwirrung trug die im Krieg gegen Jugoslawien erstmals durchgeführte militärische NATO-Intervention bei, die, mit dem Adjektiv „humanitär“ versehen, eine breite Diskussion auslöste. Bei dieser Begriffsverwendung werden scheinbar moralische Maßstäbe angelegt. Diese dienen zur Durchsetzung politisch-militärischer Interessen und zur Rechtfertigung gewaltsamer Einmischung. Eine wirkliche humanitäre Hilfe versteht sich dagegen als unpolitisch, weil ihr Ziel darin besteht, Menschen in Not zu helfen.

Aber auch andere Formen der Einmischungen spielen bei der vorbelasteten Begriffsverwendung „Intervention“ eine bedeutende Rolle. Erinnert werden soll hier an die problematische Geschichte der Nord-Süd-Beziehungen, besonders an die koloniale Herrschaft der EuropäerInnen im 19. und 20. Jahrhundert. Militärisch abgesichert, beinhaltete diese Intervention Ausbeutung, Unterdrückung und Vertreibung bis hin zum Völkermord.

Doch eine sprachliche Tabuisierung des Begriffs „Intervention“ in der Friedensbewegung geht am Problem vorbei und droht die eigenen Handlungsmöglichkeiten einzuschränken. Die Friedensbewegung ist immer wieder darauf angewiesen, von außen in Konflikte zu intervenieren, um z. B. zivilgesellschaftliche Kräfte, die einen Krieg verhindern oder zu seiner Beendigung beitragen, zu unterstützen. So ist auch im Fall von Sozialer Verteidigung Solidarität mit den Menschen im gewaltfreien Widerstand gegen eine militärische Besetzung und für den Erhalt von Menschenrechten nicht ohne Einmischung zu haben. Doch was verstehen wir unter „gewaltfreier Intervention“ in Abgrenzung der kolonialistischen und / oder militärischen?

Begriffsklärung „Intervention“

Der Politologe Czempiel formuliert: „Unter Intervention ist jede Beeinflussung eines Herrschaftssystems von außen zu verstehen, egal, ob sie gewaltfrei oder gewaltsam vorgenommen wird“ (Czempiel 1994: 402, zit. n. Schweitzer 1998: 3). Dieser Begriff ist für unsere Aufgabenstellung zu weit gefasst. Thematisch näher an den Fragestellungen im Kontext von Sozialer Verteidigung sind wir, wenn wir uns auf die Überlegungen von Schweitzer beziehen. Von „Konfliktinterventionen im internationalen Umfeld“ spricht Schweitzer, „wenn von solchen Interventionen die Rede sein soll, die vorgenommen werden, um als externe Partei einen Konflikt in einem anderen als dem eigenen Herrschaftssystem zu beeinflussen“ (Schweitzer 1998: 3).

Von den dreizehn „vielleicht am besten als taktisch zu bezeichnende Zielen oder Zwecken“, die Schweitzer aufführt, denen sich Interventionsmethoden zuordnen lassen (Schweitzer 1998: 3)⁵⁵, lassen sich drei mit den Zielen und den Formen des Widerstands der Sozialen Verteidigung verbinden, mit denen die bestehenden „gesellschaftlichen Verhältnisse mit gewaltfreien Mitteln gegen Versuche illegaler Machtergreifung und demokratischen Abbaus von innen und / oder außen verteidigt werden sollen“.

1. Menschenrechte schützen.
2. Opfer von Macht und Gewalt schützen.
3. Umdenken bzw. Einlenken einer oder aller Konfliktparteien bewirken.

Und ich füge hinzu:

4. Parteilich die unterlegene Konfliktpartei stärken, die sich gewaltfrei gegen den Angreifer verteidigt.

Bei der Sozialen Verteidigung im Fall einer militärischen Besetzung entsteht zunächst ein großes Ungleichgewicht der Machtverteilung zwischen den Konfliktparteien. Für eine gewaltfreie Intervention bedeutet diese Situation, parteilich die Unterlegenen zu stärken. Die vier aufgeführten taktischen Ziele entsprechen im Kern der Haltung/Philosophie der Gewaltfreiheit und lassen sich mit der Sozialen Verteidigung und ihren Grundlagen verknüpfen.

Unterschied zwischen ziviler und gewaltfreier Intervention

Ehe wir näher auf die Verbindung von gewaltfreier Intervention und Sozialer Verteidigung eingehen, soll zunächst eine Unterscheidung zwischen gewaltfreier Intervention und ziviler Intervention vorgenommen werden - zwei Begriffe, die häufig synonym verwendet werden, aber meines Erachtens Unterschiedliches bezeichnen.

⁵⁵ Einer Konfliktpartei zum Sieg verhelfen, Modus der Konfliktaustragung verändern, Umsetzung von Vereinbarungen garantieren, Aufbau von Zivilgesellschaft, unterstützen, mächtige Dritte zum Eingreifen von Maßnahmen bewegen, eigene Staatsbürger schützen, strategische und / oder wirtschaftliche Interessen sichern, Anhänger/Mitglieder für die eigene Sache/Glauben gewinnen, soziale/ökonomische Struktur verändern.

Verständnis von ziviler Intervention

Eine verbreitete Vorstellung von vielen Autoren/-innen ist, dass „zivile Intervention“ mit Zivilgesellschaft gleichzusetzen ist und damit die Tätigkeit von Akteuren wie Nichtregierungsorganisationen, z. B. Kirchen, Entwicklungshilfe- oder Umweltorganisationen bezeichnet. Schweitzer warnt vor dieser vagen Begriffsverwendung. Nichtregierungsorganisationen haben „oftmals eigene oder parteiliche Interessen, die (...) denen von Regierungen (und Konzernen) in keinster Weise nachstehen“ (Schweitzer 1998: 4 f.).

Häufig wird „zivil“ als Gegensatz zu „militärisch“ verstanden. Dann wären alle Interventionen „zivil“, bei denen kein Militär eingesetzt wird. Der bloße Verzicht auf Militär besagt aber nicht, dass die Intervention gewaltlos oder gewaltfrei vonstatten geht. Eine zivile Intervention schließt die Anwendung bestimmter Zwangsmittel, z. B. ökonomische Sanktionen, nicht aus.

Selbst für Aktivitäten des Militärs ist die Bezeichnung „zivile Einsätze“ oder in der Mischung „zivil-militärische Interventionen“ zu finden, so etwa für die Einsätze der Bundeswehr in Afghanistan oder im Kosovo. Dabei verschwimmen jedoch die Grenzen zwischen dem Zivilen und dem Militärischen immer mehr und für eingreifende Aktivitäten der Friedensbewegung, die auf gewaltfreies Handeln setzt, wird der Begriff „zivil“ noch weniger brauchbar. Der Begriff des „Zivilen“ wird zu umfassend eingesetzt, als dass er für eine Intervention auf der Grundlage von Gewaltfreiheit verwendet werden kann.

Verständnis von gewaltfreier Intervention

Von gewaltfreien Interventionen spricht Schweitzer, wenn sie auf folgende gewählte Strategien abzielen:

1. Wenn das Ziel der Intervention die Bearbeitung des Konfliktes unter der Berücksichtigung der Interessen aller Konfliktseiten oder
 - die Unterstützung einer Partei ist, die für eine solche Konfliktbearbeitung und / oder
 - Verteidigung der Menschenrechte und Herstellung von Gerechtigkeit eintritt und wenn
2. dabei auf den Einsatz von tödlicher Gewalt, sei sie direkter physischer oder struktureller Art, verzichtet wird (Schweitzer 1998: 5).

Im Konfliktfall, in der eine Seite Soziale Verteidigung einsetzt, kann die „Berücksichtigung der Interessen aller Konfliktseiten“ keine Zielsetzung sein. Denn das würde bedeuten, auch den militärisch intervenierenden Aggressor in seinen Interessen zu stützen. Auch die Bezeichnung „zivile Intervention“ reicht nicht für die Situation von Sozialer Verteidigung aus, deren Kernelemente gewaltfreie Widerstandsformen beinhalten. Eindeutiger ist hier die Definition „gewaltfrei“, die den Verzicht auf den Einsatz von Gewalt „gewaltfrei“ sowie die parteiliche Unterstützung der Konfliktseite im gewaltfreien Widerstand gegen den Aggressor von außen explizit formuliert. In der Abgrenzung zum Militärischen und der Hinwendung zu zivilen Mitteln ohne Gewalteininsatz werde ich im Folgenden die „gewaltfreie zivile Intervention“ verwenden.

Zur Legitimation gewaltfreier Intervention

Weshalb aber überhaupt eine Einmischung? Anderenorts habe ich argumentiert: „Einmischung ist eine notwendige Konsequenz des weltgesellschaftlichen Zusammenhangs, in dem wir unser Handeln einbetten wollen. Wenn Demokratie- und Antikriegsbewegungen im Ausland bei NGOs oder auch bei Regierungen Unterstützung suchen, fordern sie zu einer externen Einmischung in die inneren Angelegenheiten auf. Hierbei wird die allgemeine internationale Praxis der Anwendung absoluter Staatensouveränität mehr und mehr in Frage gestellt“ (Wanie 2000: 88).

Viele Parallelen zur friedenspolitischen Intervention gibt es bei der humanitären Hilfe, handelt sie doch auf der Grundlage von menschenrechtlich begründeten Prinzipien. Zwar stellt die humanitäre Hilfe mit dem politischen Regulativ des humanitären Völkerrechts auch ein eigenes Politikfeld dar, indem staatliche wie nichtstaatliche Akteure dafür Sorge tragen, dass Hilfe effektiv geleistet werden kann. Aber die humanitäre Hilfe an sich ist unpolitisch. Nach dem Verhaltenskodex der Internationalen „Rotkreuz- und Halbmondbewegung“ sind die Opfer das primäre Ziel, das heißt Menschen in Not zu helfen. Und nur so ist ihre Einmischung zu legitimieren. Der hochkomplexe friedenspolitische Einsatz dagegen ist im politischen Feld der ZKB angesiedelt.

Doch was macht eine Einmischung legitim? Der springende Punkt ist: Die Interventionen geschehen nicht immer mit der Zustimmung der sich in einem Konflikt befindlichen Menschen. Gewaltfreiheit setzt aber Absprache mit den Betroffenen voraus. So soll z. B. ein ziviler Friedensdienst nicht von sich aus aktiv werden, sondern ausdrücklich auf Einladung und im Einverständnis mit den vom Konflikt betroffenen Menschen vor Ort. Diese müssen die von ihnen benötigte Unterstützung von außen entsprechend ihrem Bedarf mitdefinieren können.

Das muss auch für die externe Einmischung im Fall einer Sozialen Verteidigung in einem anderen Land gelten. Die Partizipation jener gesellschaftlichen Kräfte, die unterstützt werden sollen, sind ein Schlüssel bei diesen Bemühungen. Um Risiken des Scheiterns und unerwünschte Folgen des eigenen Tuns zu verringern, ist es wesentlich, auch nach Kriterien für eine gewaltfreie zivile Intervention zu fragen.

Kriterien für eine gewaltfreie zivile Intervention im Falle von Sozialer Verteidigung

Soll eine gewaltfreie Intervention z. B. nicht zu einem verkappten Friedenskolonialismus verkommen, müssen Kriterien formuliert werden. Auf der Grundlage der von mir herausgearbeiteten Kriterien für die gewaltfreie Intervention in Krisen und Konfliktgebieten durch den ZFD (Wanie 2000: 90) schlage ich in Bezug auf eine gewaltfreie Intervention im Fall von Sozialer Verteidigung folgende modifizierte Kriterien vor:

1. Das Konzept einer gewaltfreien Intervention ist als internationales Projekt zu verstehen, gestützt auf menschenrechtliche Prinzipien und Gewaltfreiheit.
2. Eine gewaltfreie Intervention soll nur auf Wunsch und in Absprache mit den Betroffenen zustande kommen, auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt sein und in Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort und den lokalen Organisationen durchgeführt werden.
3. Der Einsatz soll international zusammengesetzt sein.
4. Die Sensibilität für die Konfliktsituation und den gesellschaftlich-kulturellen Kontext der Konfliktparteien, auf die von außen eingewirkt werden soll, muss bereits vor einem konkreten Einsatz geschärft werden.
5. Die Intervention muss in eine politische Diskussion eingebettet sein, die das Konfliktpotenzial globaler Abhängigkeiten sowie die Gewaltträchtigkeit hiesiger Gesellschaftsstrukturen ins Bewusstsein eines breiten Publikums rückt.

Die genannten Kriterien bilden die Grundlage für eine gewaltfreie zivile Intervention als externe Dritte im Fall von Sozialer Verteidigung unter der Berücksichtigung der jeweiligen Konfliktsituation.

Verknüpfung von Sozialer Verteidigung und gewaltfreier Intervention?

Gemeinsame Grundlagen der gewaltfreien zivilen Intervention und der Sozialen Verteidigung?

In ihrem Einladungstext zum Studientag (2005) weist Schweitzer auf eine Prämisse hin, die - bei allen Unterschieden in den Konzepten beispielsweise von Sharp oder Ebert – alle gemein haben:

Ein Angreifer benötigt die Kooperation der Bevölkerung des angegriffenen Landes. So ist auch für den Widerstand während einer Sozialen Verteidigung in allen Konzeptionen kennzeichnend, dass Gehorsam und Zusammenarbeit mit den Besatzern verweigert werden. Bei der Frage nach den konkreten Möglichkeiten, wie die Aktivitäten der Sozialen Verteidigung mit den Instrumenten der gewaltfreien Intervention verknüpft werden können, spielen drei Verhaltensweisen für die Widerstandsstrategien im Konzept der Sozialen Verteidigung eine wesentliche Rolle.

Formen von widerstandsorientierten Verhaltensweisen:

- Nichtzusammenarbeit
- direkte Gehorsamsverweigerung
- dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration

Methoden, um die gegnerische Seite von ihren Zielen abzubringen:

- Konfrontationstaktiken
- Methoden der gewaltfreien Aktion, die öffentliche Konfrontationen herausfordern.

In diesen Widerstandsformen liegt das gewaltfreie Machtpotenzial des Konzeptes der Sozialen Verteidigung. Sie sind ein Kontrast und zugleich Alternative zu der herkömmlichen Macht- und Sicherheitspolitik, die militärische Gewalt als letztes Mittel einsetzt. Die Wirkungsweise liegt bei den gewaltfreien Aktionsmethoden.

Instrumentarien und Verfahren gewaltfreier ziviler Intervention nehmen ohne Anwendung von Gewaltmitteln Einfluss auf eine Konfliktsituation. Gemeinsam ist beiden Konzepten die bewusste Anwendung von gewaltlosen Mitteln.

Mit dem Konzept der Sozialen Verteidigung werden die gesellschaftlichen Werte und Lebensformen des besetzten Landes verteidigt. Eine parteilich orientierte gewaltfreie Intervention zielt darauf ab, die Akteure zu stärken, die mit gewaltlosen Strategien die Wiederherstellung von gerechten Strukturen schaffen möchten. Gemeinsame Basis sind die Menschenrechte und die Philosophie der Gewaltfreiheit, die auf verletzende und tötende Gewalt verzichtet. Die Menschenrechte sind die Grundlage für jegliches gewaltfreies Handeln in politischen Konflikten.

Worin unterscheiden sich die Strategien der Sozialen Verteidigung und der gewaltfreien Intervention? Bei der Sozialen Verteidigung gehen die Widerstandsaktivitäten von der Gesamtheit der betroffenen zivilen Gesellschaft im eigenen Land aus, während bei der gewaltfreien Intervention eine externe dritte Kraft jene Konfliktpartei in einem anderen Land unterstützt, die für die Verteidigung der Menschenrechte und den Erhalt demokratischer Strukturen eintritt. Bei dem einen Konzept steht die Verteidigung eigener Werte im Zentrum des Handelns, bei dem anderen die Einmischung für den Erhalt von Grundwerten.

Gewaltfreie Intervention im Fall von Sozialer Verteidigung

Auf der gemeinsamen Grundlage der Gewaltfreiheit und der Menschenrechte mit dem Ziel, zivile gerechte Gesellschaftsstrukturen herzustellen, sind die Konzepte der Sozialen Verteidigung und der gewaltfreien Intervention kompatibel. Bei einer gewaltfreien Intervention durch Externe im Konfliktfall mit Sozialer Verteidigung ist das Ziel, der Seite eine Unterstützung zu geben, die sich mit gewaltfreien Mitteln gegen den gewaltvollen Aggressor von außen verteidigt und sich für die Wiederherstellung von gerechten Strukturen in ihrem Land einsetzt.

In solch einem Konflikt extremen Ungleichgewichts ist es die Aufgabe der externen dritten Partei, explizit parteilich die zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken, die sich gewaltfrei dem Aggressor widersetzen, um ihm die Kontrolle über das Land zu entziehen und ihn zum Rückzug zu bewegen. Unter der Voraussetzung, dass die lokalen gesellschaftlichen Kräfte externe internationale Unterstützung anfragen und eine Absprache über die Art der Unterstützung stattfindet, kann diese Intervention als legitim bezeichnet werden.

In Anlehnung an Schweitzer kann im Fall von Sozialer Verteidigung von einer gewaltfreien zivilen Intervention gesprochen werden, wenn drei Strategien die Basis bilden:

1. Das Ziel der Intervention ist die Unterstützung der Konfliktpartei, die für die Verteidigung der Menschenrechte und die Herstellung von Gerechtigkeit eintritt.
2. Unterstützt wird die Konfliktpartei, die gewaltfreien Widerstand leistet.
3. Bei dem Einsatz wird auf verletzend und tödliche Gewalt verzichtet, sei sie direkter physischer oder struktureller Art.

Worin liegen die Chancen, das Konzept der Sozialen Verteidigung mit der gewaltfreien Intervention zu „verbessern“?

Nach Semelin ist „die allgemeine Dynamik des Widerstands (...) eine Selbsterhaltung. Sie beginnt mit der Verweigerung; widerstehen heißt zunächst mal, nicht zu resignieren“ (Semelin 1995: 59), und auch, sich nicht zu ergeben. In dieser Situation stärkt schon allein eine solidarische Botschaft von auswärts. Mit solch einer Ermutigung als psychologischer Grundlage und im Zusammenspiel mit den Widerstand unterstützenden gewaltfreien Interventionsformen durch Externe erfahren die betroffenen Akteure eine große Stärkung. Die Kombination von lokalen gewaltfreien Widerstandsmethoden und den gewaltfreien zivilen Formen einer Intervention könnte sich zu einer machtvollen Doppelstrategie entwickeln und ein Kosten-Gewinn-Kalkül ins Spiel bringen mit dem Ziel, dem politischen Gegner den durch die Besetzung erwarteten Gewinn streitig zu machen und ihn zum Rückzug zu bewegen. Ein weiteres Potenzial liegt auf der Akteursebene: in der Kooperation der sich im Widerstand befindenden Akteure im bedrohten Land mit den externen, idealerweise internationalen Unterstützer/-innen. Die Chancen steigen, den politischen Raum über die Landesgrenzen hinaus zu erweitern und die internationale Öffentlichkeit zu erreichen.

Anders als bei der zivilen Konfliktbearbeitung stehen nicht die Deeskalation und die Unterstützung beim Aufbau von demokratischen zivilen Gesellschaftsstrukturen im Mittelpunkt der Interventionsstrategien. Es geht bei dieser Konstellation um die externe Unterstützung eines Widerstands mit eskalierendem Charakter, die Verteidigung bestehender demokratischer Gesellschaftsverhältnisse und der Integrität einer Gesellschaft. Neu ist in dieser Kombination Soziale Verteidigung/gewaltfreie Intervention die strategische Unterstützung von Widerstand mit eskalierender Wirkung.

In allen Konfliktphasen gehört ein wesentliches Element gewaltfreier Politik zu beiden Konzepten: der Dialog - die Herstellung wie auch die kontinuierliche Aufrechterhaltung der Kommunikation mit allen Seiten im Konflikt ebenso wie mit der internationalen Öffentlichkeit.

In den genannten Konstellationen liegt eine große Chance, das Konzept der Sozialen Verteidigung zu verbessern, das heißt zu erweitern und damit die Chancen für den gewaltfreien Widerstand im Fall von Sozialer Verteidigung zu erhöhen.

Zwei Konzepte am Beginn einer neuen Freundschaft? Nur bei der Umsetzung der konzeptionellen Ideen in die Praxis wird sich die potenzielle Freundschaft zeigen.

Instrumentarien der gewaltfreien zivilen Intervention zur Stärkung der Strategien im Konzept der Sozialen Verteidigung

Ziel ist die Unterstützung der Konfliktseite, die sich gewaltfrei gegen die militärische Besatzung ihres Landes verteidigt.

Voraussetzungen für einen Einsatz

Grundsätzlich müssen sich die Strategien nach dem Situationszusammenhang richten. Das heißt, dass der Entscheidung für eine Unterstützungsstrategie eine Analyse vorausgeht wie auch die Klä-

rung des Zieles der gewaltfreien Intervention. Auf eine weitere wesentliche Vorüberlegung bei einer geplanten gewaltfreien Intervention weist auch das folgende Zitat aus einer Veröffentlichung aus dem Jahr 2002 hin. Sie teilte die wichtigsten Ergebnisse einer umfassenden Machbarkeitsstudie mit, die vor der Gründung der Nonviolent-Peaceforce (NP) durchgeführt wurde:

„Die Menschen in Krisengebieten müssen sich selbst die Bedingungen für Frieden schaffen. Alle Aktionen der NP müssen eng mit denen der lokalen Partner verbunden sein.“ (www.nonviolent-peaceforce.de)

Für eine gewaltfreie zivile Intervention sind bereits eine große Anzahl von vielfältigen Instrumentarien vorhanden und auch erprobt – jedoch noch nicht ausreichend evaluiert - z. B. durch die Praxis der Shanti Sena, World Peace Brigades, Peace Brigades International, des Balkan Peace Teams, des Zivilen Friedensdienstes und schließlich durch die kurze Praxis der im Jahr 2002 gegründeten Nonviolent-Peaceforce für den Einsatz in großem Maßstab.

Eine der Voraussetzungen für einen internationalen Einsatz ist, dass ein „Pool von Fachleuten aus unterschiedlichen Kulturen trainier(en)t und unterhalten“ wird (Schweitzer: 2004). Das gilt auch für den speziellen Einsatz für den Fall von Sozialer Verteidigung.

Vor den Überlegungen zu den Instrumentarien soll hier noch einmal gefragt werden: Was soll mit einer gewaltfreien Intervention unterstützt werden? Unterstützt werden sollen die Entwicklung und Stärkung der lokalen Fähigkeiten im gewaltfreien Widerstand, dessen Grundausrichtung auf der Verweigerung von Gehorsam und Zusammenarbeit liegt und auf der Herstellung von internationaler Öffentlichkeit beruht. Unterschieden werden sollen die Aktivitäten im besetzten Land und die Aktivitäten von Externen im Ausland.

Um welche Konfliktsituation handelt es sich? Bei der nachfolgenden Zusammenstellung beziehe ich mich auf eine Situation, in der eine Gesellschaft Soziale Verteidigung gegen eine militärische Intervention von außen praktiziert. Es sind erste Überlegungen, die sich auf die genannten drei wesentlichen Widerstandsformen im Konzept der Sozialen Verteidigung beziehen.

Aktivitäten des gewaltfreien Widerstandes und der gewaltfreien Intervention

a) Aktivitäten im besetzten Land

Hauptakteure: gesamte Zivilbevölkerung und Regierung im besetzten Land sowie externe NGOs, internationale Organisationen, Regierungen in anderen Ländern.

Nichtzusammenarbeit

Ziel: Hemmschwellen aufbauen, die vom Einsatz von Gewalt abhalten sollen.

- Methoden des Widerstands: z. B: Boykott, Arbeitsniederlegungen
- Methoden der Intervention: internationale Präsenz, Monitoring, Trainings

Dynamische Weiterarbeit ohne Kollaboration

Ziel: die gegnerische Seite von ihren Zielen abbringen und dadurch die gegnerische Kontrolle über die sozialen Strukturen erschweren (z. B. bestehende Verwaltungsstrukturen verteidigen und in Funktion halten, Schädigung der Infrastruktur vermeiden).

- Methoden des Widerstands: Weiterarbeit nach den praktizierten Maßstäben vor der militärischen Intervention, z. B. in Rundfunksendern, Verwaltungen
- Methoden der Intervention: internationale Präsenz in den Institutionen, Monitoring, Unterstützung bei der Sicherung der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung, Trainings zum Einüben von Ungehorsam

Konfrontationstaktiken

Ziel: öffentliche Konfrontation mit der gegnerischen Besatzungsmacht, internationale Aufmerk-

samkeit erhöhen, dadurch Druck organisieren auf die Regierung der Besatzer. Internationale Partner des Aggressors erreichen, damit sie sich der Kritik an der Intervention anschließen bzw. drohen, ihre Unterstützung zurückzuziehen. Auch Regierungen, die Aggressor sind, sind empfänglich für die internationale Meinung.

- Methoden: gewaltfreie direkte Aktionen

- Methoden der Intervention: z. B. vorbereitende Trainings, internationale Präsenz und Monitoring bei der Durchführung von direkten Aktionen durch die Einheimischen, Begleitung z. B. auch bei Gesprächen mit Soldaten, die über die Vorstellungen der Bevölkerung informiert werden sollen etc.

b) Aktivitäten außerhalb des besetzten Landes

Akteure: Soziale Bewegungen, NGOs, Bevölkerung, Regierungen.

- Unterstützung bei der Opposition im Land der Aggressoren suchen

- Medien gewinnen für die Berichterstattung über die Situation im besetzten Land (bisher war es einfacher, bei einer militärischen Intervention Medien zu gewinnen als bei einer scheinbar weniger spektakulären gewaltfreien zivilen Intervention, z. B. in Palästina)

- Vermittlung organisieren, Hinzuziehen externer einflussreicher dritter Parteien

- Interdependenz in mehreren internationalen Beziehungen nutzen: z.B. die Abhängigkeit von Warenexport im Land des Aggressors. Politischen Forderungen Nachdruck verleihen durch positive oder negative Sanktionen (z. B. durch Boykottmaßnahmen), im Land des Aggressors die Kosten hochtreiben

- Aufnahme einer Exilregierung etc.

Zusammenfassung in sechs Thesen

1. Das Konzept der Sozialen Verteidigung erhält durch die militärgestützte Interventionspolitik in den Globalisierungsprozessen eine neue Relevanz.
2. Dort, wo Soziale Verteidigung stattfindet, kann sie hilfreich durch eine gewaltfreie Intervention durch Externe unterstützt werden.
3. Gewaltfreie Intervention ist nach bestimmten Annahmen legitim und mit den Grundsätzen der Sozialen Verteidigung kompatibel.
4. Gewaltfreie Interventionen können im Fall von Sozialer Verteidigung zur Unterstützung der Aktivitäten im betroffenen Land selbst und außerhalb des Landes eingesetzt werden.
5. Von besonderer Bedeutung im Falle von Sozialer Verteidigung ist die externe Unterstützung von eskalierenden Maßnahmen.
6. Die Instrumentarien für eine gewaltfreie zivile Intervention im Fall von Sozialer Verteidigung sind nicht neu. Sie wurden im Kontext der zivilen gewaltfreien Konfliktbearbeitung in den letzten 15 Jahren entwickelt. Neu ist die Verbindung zur Sozialen Verteidigung.

Durch gewaltfreie Aktion in innenpolitischen Konflikten zur Sozialen Verteidigung

Wolfgang Sternstein

Es gibt ein Naturgesetz, dass nämlich eine Sache nur durch die Mittel verteidigt werden kann, durch die sie erworben wurde. Eine durch Gewalt erworbene Sache kann nur durch Gewalt verteidigt werden. Eine durch Wahrheit erworbene Sache dagegen kann nur durch Wahrheit verteidigt werden.

M. K. Gandhi

Mein Referat ist autobiografisch angelegt, was – wie sich zeigen wird – zugleich einen Erkenntnisweg beschreibt.

Ich beginne mit einer Kritik des Pazifismus, die zugleich eine Selbstkritik ist, denn ich begann meine Laufbahn als gewaltfreier Aktivist als Kriegsdienstverweigerer. Schon damals - man schrieb das Jahr 1961- genügte mir das bloße Neinsagen zu Krieg und Gewalt nicht. Ich spürte instinktiv, dass die Verneinung von etwas Bestehendem von dem, was wir verneinen, abhängig bleibt. In jeder Verneinung steckt latent eine Bejahung, in jeder Bejahung latent eine Verneinung. Sigmund Freud hat diese Dialektik am Beispiel der Gefühlsbeziehungen untersucht und festgestellt: In jeder Liebesbeziehung ist eine Hassbeziehung verborgen und umgekehrt, weshalb wir uns nicht wundern sollten, wenn das eine in das andere umschlägt. Freud nannte dieses Phänomen die „Ambivalenz der Gefühlsbeziehungen“. Das Gleiche gilt für die Beziehung zwischen Pazifisten und Bellizisten, wobei die Ersteren den Krieg entschieden ablehnen, während die Letzteren ihn als letztes Mittel der politischen Konfliktaustragung ebenso entschieden bejahen.

Beide, Pazifisten und Bellizisten, sind in dieser Beziehung wie in einem Käfig gefangen. Der Käfig hat eine Tür, die ins Freie führt. Man muss aber wissen, wie sie sich öffnen lässt. Das Zauberwort, das „Sesam-öffne-dich“, das sie aufschließt, heißt: Gewaltfreiheit. Anders ausgedrückt: Wir brauchen eine konstruktive Alternative zur Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung und diese Alternative ist die gewaltfreie Aktion. Sie ist nicht weniger universal als die Gewalt, das heißt, sie ist auf Konflikte jeder Größe und Intensität anwendbar, angefangen bei persönlichen Konflikten, wie sie jede und jeder von uns kennt, bis zu nationalen und internationalen Konflikten, die gewöhnlich, nachdem alle anderen Mittel versagt haben, durch Terror, Aufstand, Bürgerkrieg oder Krieg ausgetragen werden. Die Gewaltfreiheit teilt mit der Gewalt zwar den universalen Charakter, sie unterscheidet sich von ihr in einem Punkt jedoch grundlegend. Während die Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung untauglich, ja kontraproduktiv ist, wenn es darum geht, den Konflikt im Interesse aller Beteiligten zu lösen, gilt für die Gewaltfreiheit das Umgekehrte. Sie ist untauglich, ja schädlich, wenn es darum geht, fremde Länder oder Märkte zu erobern, Völker zu unterjochen, Macht zu erwerben und Besitz anzuhäufen. Wir müssen folglich ehrlich werden im Hinblick auf unsere Ziele, denn daraus ergeben sich glasklar die Mittel, die zu ihrer Erreichung eingesetzt werden müssen. Auf diesen untrennbaren Zusammenhang zwischen Mittel und Zweck, Weg und Ziel hat Gandhi immer wieder hingewiesen.

Aus dieser Analyse ergibt sich für viele europäische Pazifisten eine überaus schmerzliche Erkenntnis. Der deutsche und europäische Pazifismus hat darin versagt, dass er sich im bloßen Neinsagen zum Krieg erschöpfte, statt eine konstruktive Alternative zu Krieg und Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung zu entwickeln und anzuwenden. Mehr noch, es war gar nicht nötig, diese Alternative selbst zu entwickeln, denn sie lag in den Schriften Gandhis, Kings und anderer vor. Man hätte sie nur anzuwenden brauchen. Selbstverständlich gilt auch hier, dass jede Konfliktsituation

eine eigene schöpferische Problemlösung erfordert. Man darf folglich nicht mechanisch eine Aktionsmethode auf eine andere Situation übertragen. Doch das ist im Grunde selbstverständlich. Gandhi hat ganz bewusst kein „Lehrbuch der gewaltfreien Aktion“ verfasst, sondern Erfahrungsberichte geschrieben, die die Leser ermutigen sollten, ihre eigenen Erfahrungen beim „Experimentieren“ mit der Wahrheit und der Gewaltfreiheit zu sammeln.

Es ist meines Erachtens auch überflüssig, wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen, um die Wirksamkeit der gewaltfreien Aktion zu beweisen. Dieser Beweis ist längst erbracht. Das Gebot der Stunde lautet vielmehr, das Prinzip und die Methoden der Gewaltfreiheit in konkreten Konflikten auf allen gesellschaftlichen Ebenen anzuwenden! Das kann gar nicht nachdrücklich genug betont werden.

So wie ich schon früh in der Gewaltfreiheit eine konstruktive Alternative zur Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung erkannte, so erkannte ich in der Sozialen Verteidigung eine konstruktive Alternative zur militärischen Verteidigung als Mittel zur Austragung von Konflikten auf nationaler und internationaler Ebene.

Neben der Kriegsdienstverweigerung gab es noch eine weitere Erkenntnis, die mich nach einer konstruktiven Alternative zur militärischen Verteidigung suchen ließ, die Tatsache nämlich, dass im Atomzeitalter die militärische Verteidigung zunehmend selbstmörderisch geworden ist, da sie im Kriegsfall all das zu zerstören droht, was verteidigt werden soll. Das Argument derer, die an der militärischen Verteidigung festhielten, die nukleare Abschreckung verhindere zuverlässig den Atomkrieg, überzeugte mich nicht, denn Abschreckung wirkt, wie die Erfahrung lehrt, niemals hundertprozentig. Das Konzept der militärischen Verteidigung war folglich durch die immense Steigerung der Zerstörungskraft von Waffen in eine Sackgasse geraten. Das haben auch kluge Militärs, wie der Engländer Stephen King-Hall (Den Krieg im Frieden gewinnen. Hamburg 1958) oder neuerdings der Oberkommandierende der amerikanischen Atomstreitkräfte in den Jahren 1991-94, General George Lee Butler, erkannt (dazu: „Zwölf Minuten, um über das Schicksal der Menschheit zu entscheiden“, Frankfurter Rundschau 1.9.99, S. 9). Es war daher kein Wunder, dass die Soziale Verteidigung gleich mehrmals „erfunden“ wurde: in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts von holländischen Pazifisten, Anarchisten und Sozialisten (dazu: Jochheim: Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung. Haag und Herchen, Frankfurt 1977), in den vierziger Jahren von Gandhi, sodann von Stephen King-Hall in den Fünfzigern und schließlich im Kreis um Theodor Ebert in den Sechzigern.

Wenn Soziale Verteidigung eine Idee war, deren Zeit gekommen schien, weshalb wurde sie bis heute nirgends verwirklicht? Ist sie doch gerade für kleine Staaten, die militärisch gegenüber mächtigen Nachbarstaaten ohnehin keine Chance haben, die ideale Verteidigungsform. Diese Frage beschäftigte mich in zunehmendem Maße. Die Antwort, die ich schließlich fand, lautete: Das Konzept der Sozialen Verteidigung kann in einer modernen Industriegesellschaft mit ihrer extremen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit und ihrem teils wirtschaftlichen, teils politisch-militärischen Expansionsdrang nicht verwirklicht werden, denn es setzt eine Gesellschaft aus relativ kleinen, weitgehend selbst verwalteten und unabhängigen Einheiten voraus. Eine derartige Gesellschaft kann nur das Ergebnis einer generationenlangen Umgestaltung mit den Methoden der gewaltlosen Aktion sein. Anders ausgedrückt, Soziale Verteidigung ist der „Maßanzug“ für die Verteidigungsbedürfnisse einer gewaltlosen Gesellschaft, d. h. einer Gesellschaft, die es gelernt hat, Konflikte auf allen Ebenen mit gewaltlosen Mitteln auszutragen. Eine solche Gesellschaft ist noch nirgends auf der Erde in reiner Form verwirklicht. Einige Stammesgesellschaften und religiöse Gemeinschaften kamen ihr aber schon sehr nahe.

Muss das Konzept deshalb als „utopisch“ in den Abfalleimer der Geschichte geworfen werden? Keineswegs. Es ist mittlerweile so weit erforscht, dass seine grundsätzliche Tauglichkeit und Realisierbarkeit als erwiesen gelten kann, was nicht heißen soll, es werde stets erfolgreich sein. Das hieße zu viel verlangen, denn die militärische Verteidigung kann diese Forderung ebenso wenig erfüllen.

Wir sollten uns deshalb darauf konzentrieren, die Voraussetzungen für ihre Einführung zu schaffen, indem wir die gewaltlose Aktion als Methode der Konfliktaustragung auf allen gesellschaftlichen Ebenen praktizieren. Soziale Verteidigung ist demzufolge das Dach eines Gebäudes, dessen Fundament in der Fähigkeit möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger besteht, Konflikte gewaltlos zu lösen.

Damit will ich nicht sagen: Vergesst die Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Verteidigung und werft euch mit Leidenschaft auf lokale und regionale Konfliktfelder! Ich finde die Parallele zu einem Hausbau ganz fruchtbar. Ein Architekt, der den Auftrag erhält, ein Haus zu bauen, muss als erstes in Absprache mit dem Bauherrn einen ziemlich genauen Plan anfertigen. Er muss wissen, wie viele Stockwerke das Haus haben wird, damit er die Fundamente so auslegen kann, dass sie das Gebäude tragen. Dieser „Bauplan“ ist die Einführung der gewaltfreien Aktion auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen. Er liegt in seinen wesentlichen Teilen vor. Nun geht es darum, die gesellschaftlichen Fundamente zu legen für ein Gebäude, das eines Tages das Dach der Sozialen Verteidigung tragen soll. Konkret heißt das, möglichst viele Menschen in der Kunst auszubilden, Konflikte im privaten und öffentlichen Bereich mit gewaltfreier Aktion zu lösen und sie mit dem ihr zugrunde liegenden Prinzip der Gewaltfreiheit vertraut zu machen. Ich schlage deshalb vor, staatsunabhängige Friedensgruppen zu schaffen, die in den folgenden Konfliktfeldern tätig werden:

- persönliche Konflikte,
- Atomwaffen, Rüstungsproduktion und -export,
- Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit bei uns und weltweit,
- Organisation von Langzeitarbeitslosen,
- Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Für mich ist gewaltfreie Aktion folglich zuvörderst ein Projekt der Selbsterziehung und der Erziehung zur Gewaltfreiheit. Sie ist eine volkspädagogische Aufgabe ersten Ranges. Natürlich ist es gut, darauf zu verweisen, wie das Dach aussehen soll, doch halte ich es für verfehlt, schon jetzt mit dem Bau des Daches anzufangen bzw. zu erwarten, dass andere auf unsere Empfehlung hin mit dem Bau des Daches beginnen. Ein dringendes Erfordernis ist deshalb eine Broschüre oder ein Buch, welches das Konzept für ein nichtakademisches Publikum verständlich und ansprechend darstellt. Gernot Jochheims und Theodor Eberts Arbeiten sind verdienstvoll, erfüllen diese Forderung aber meines Erachtens noch nicht.

In der Forschung zur Sozialen Verteidigung haben sich im Laufe der Jahre zwei Schulen herausgebildet. Die eine wird hauptsächlich durch Gene Sharp, Adam Roberts und Theodor Ebert repräsentiert. Ich habe sie gelegentlich die „großen Drei“ genannt, weil jeder von ihnen bedeutende Beiträge zur Sozialen Verteidigung geleistet hat. Damit sollen die Unterschiede in ihrer jeweiligen Theorie und Praxis nicht verwischt werden. Insbesondere Theodor Ebert hat sich immer wieder darum bemüht, gesellschaftliche Ansatzpunkte für die Soziale Verteidigung zu finden, z. B. bei Kriegsdienstverweigerer-Verbänden, Versöhnungsbund, Evangelischer Kirche, Jungsozialisten, sozialen Bewegungen und Grünen.

Die andere Schule wird hauptsächlich von niederländischen und skandinavischen Forschern gebildet, von Johan Niezing, Gustaav Geeraerts, Johan Galtung, Andrew Mack und Anders Bose-rup, um nur einige Namen zu nennen. Was mich betrifft, so gehörte ich anfangs zur erstgenannten Schule, näherte mich aber im Laufe der Zeit mehr und mehr der letzteren an.

Die „großen Drei“ der Sozialen Verteidigungsforschung gehen von einem funktionalen Ansatz aus. Die militärische Verteidigung erfüllt ihrer Meinung nach eine lebenswichtige Funktion, und zwar die, eine Nation gegen bewaffnete Angriffe von außen (Intervention, Invasion, Terrorismus) oder von innen (Staatsstreich, Putsch, bewaffneter Aufstand, Terrorismus) zu verteidigen. Pazifis-

mus, Antimilitarismus und Anarchismus sind ihrer Meinung nach zur Erfolglosigkeit verdammt, solange sie für diese Funktion keine überzeugende Alternative anzubieten haben. Für die „großen Drei“ ist die Soziale Verteidigung eine solche Alternative. Folglich bemühen sie sich, sie den Politikern und Militärs als das bessere, wirksamere und angesichts der atomaren Bedrohung einzig vernünftige Verteidigungskonzept zu „verkaufen“. Nach ihrer Vorstellung erfolgt ihre Einführung von Staats wegen, also von oben her. Die Rekruten werden nach der gesetzlichen Einführung des neuen Verteidigungskonzepts in sozialer statt in militärischer Verteidigung ausgebildet, zumindest aber steht ihnen die Möglichkeit der Wahl zwischen einer militärischen oder einer gewaltlosen Ausbildung offen.

Es wäre ungerecht, den „großen Drei“ zu unterstellen, sie sähen die wirtschaftlichen, sozialen politischen und geistigen Implikationen der Soziale Verteidigung nicht. Für sie handelt es sich weniger um unerlässliche Voraussetzungen für ihre Einführung, als um erwünschte Nebenwirkungen während und nach ihrer Einführung.

Leider haben ihnen die Politiker und Militärs das Konzept, ungeachtet seiner unbestreitbaren Vorzüge, nicht abgekauft. Das liegt nicht allein an mangelnder Einsicht, an Feigheit oder an Standesinteressen. Das Konzept hat in ihren Augen entscheidende Schwächen: Es ist außerstande, die Versorgung eines Industriestaates mit preiswerten Rohstoffen zu gewährleisten sowie die Transportwege und den Zugang zu Märkten zu sichern.

Militärische Verteidigung ist stets ambivalent. Sie taugt zum Angriff und zur Verteidigung. Ich bekenne, ich bin in der Zeit des Kalten Krieges auf die Propagandalüge hereingefallen, die NATO sei ein reines Verteidigungsbündnis. Das war sie mitnichten. Von Anfang an und gegen Ende immer deutlicher verfolgte die NATO eine Offensivstrategie, nämlich die Sowjetunion und die Warschauer-Pakt-Staaten totzurüsten. Dieses Kriegsziel wurde erreicht. Daher der Triumph der neokonservativen Politiker und Militärs. Sie sehen nur ihren Sieg im Kalten Krieg, nach dem Preis dieses vierzigjährigen Krieges fragen sie nicht. In Wahrheit war der Kalte Krieg der kostspieligste und verlustreichste Krieg in der Menschheitsgeschichte, denkt man an die Millionen, die an Hunger, Unterernährung und vermeidbaren Krankheiten zugrunde gingen, weil das Geld in die Rüstung floss, von der Umweltvergiftung durch Radioaktivität ganz zu schweigen.

Wir haben den regierenden Politikern und den Militärs die Soziale Verteidigung als das bessere, ja als das im Atomzeitalter moralisch allein vertretbare Verteidigungskonzept angeboten, weil wir auf ihre Propaganda hereingefallen sind. Die meisten Politiker hielten uns wohl für ziemlich naiv, weil wir ihren Propagandalügen auf den Leim gingen.

Heute wird der aggressive Charakter des Militärs umstandslos zugegeben. Die USA nutzen es, um weltweit ihre Interessen durchzusetzen. Die Europäische Union folgt dem amerikanischen Beispiel mit einer gewissen Schamfrist. Die Bundeswehr wird zu einer weltweit einsetzbaren Eingreiftruppe umgebaut (siehe die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“). Ein einfaches Gedankenexperiment genügt, um sich das klar zu machen. Gesetzt den Fall, terroristische Organisationen hätten sich das Ziel gesetzt, weltweit Ölquellen, Pipelines, Raffinerien und Tanker anzugreifen, um auf diese Weise die Lebensader der Industrieländer, die Ölversorgung, zu treffen. Sollte der Benzinpreis als Folge davon auf das Doppelte oder Dreifache ansteigen, würden wahrscheinlich 90 bis 95 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der Bundesrepublik für eine bewaffnete Intervention plädieren, um die Versorgung des Landes mit billigem Rohöl sicherzustellen. Soziale Verteidigung kann das nicht leisten, daran führt kein Weg vorbei, wobei man natürlich darüber streiten kann, ob das ein Nachteil oder ein Vorteil des Konzepts ist. Dessen ungeachtet ist das Konzept damit selbst für diejenigen Politiker und Militärs, die bereit sind, unkonventionelle Wege zu gehen, erledigt. Auch wenn Soziale Verteidigung in einer solchen Situation kurzfristig keine Alternative anbieten kann, so ist ihr Konzept langfristig zweifellos das bessere. Es lautet: Weg vom Öl, Umsteuern auf rationelle Energienutzung, regenerative Energiequellen u. a. Fazit: Wir müssen, denke ich, nüchtern zur Kenntnis nehmen: Die Industriestaaten, wie sie heute sind, brauchen das Militär,

einschließlich der Atomwaffen, um ihren Reichtum gegen die berechtigten Ansprüche der Armen, denen er geraubt wurde und wird, zu verteidigen.

Hinzu kommt ein zweites Argument: Johan Galtung hielt in den siebziger Jahren einen Vortrag über Soziale Verteidigung vor schwedischen Offizieren. In der anschließenden Diskussion meldete sich ein Offizier zu Wort und sagte: „Herr Professor, das Konzept ist interessant. Als Verteidigungskonzept könnte es sogar funktionieren. Doch Sie haben etwas Entscheidendes vergessen.“ „Was denn?“, fragte Galtung irritiert, denn ein Professor hört es nicht gern, wenn man ihm sagt, er habe etwas Entscheidendes vergessen. „Die Methoden des zivilen Widerstands, die Verweigerung der Zusammenarbeit in Form von Streik, Boykott, Dienstverweigerung und des zivilen Ungehorsams, lassen sich auch gegen die Mächtigen in Wirtschaft und Politik im eigenen Land einsetzen. Politiker und Wirtschaftsführer erkennen das. Deshalb werden sie das Konzept ablehnen.“ Das hatte Galtung tatsächlich nicht bedacht. Auch hier stellt sich wieder die Frage, ob das nicht eher ein Vorteil als ein Nachteil des Konzepts ist.

Der funktionale Ansatz der „großen Drei“ wurde aber nicht nur von außen kritisiert, sofern man ihr Konzept überhaupt zur Kenntnis zu nehmen geruhte. Es wurde auch aus den Reihen der Sozialen Verteidigungsforscher kritisiert. Die Soziale Verteidigung, so argumentierten die niederländischen und skandinavischen Wissenschaftler, kann nicht – vereinfacht ausgedrückt – wie ein Stein aus dem sozialen Gebäude herausgenommen und durch den Stein Soziale Verteidigung ersetzt werden. Das jeweilige Verteidigungskonzept steht vielmehr in einer organischen Verbindung mit dem Ganzen der Gesellschaft. Ist der Unterschied zum gesellschaftlichen „Organismus“ zu groß, so wird es wie ein fremdes Organ abgestoßen mit tödlichen Konsequenzen. Mit anderen Worten, nur eine weitgehend gewaltlose Gesellschaft kann sozial verteidigt werden. Umgekehrt gilt: Eine auf Gewalt- und Ausbeutungsstrukturen gegründete Gesellschaft kann sich nur militärisch verteidigen und ihre weltweiten Interessen sichern. Gandhi hat diesen Sachverhalt in die Worte gefasst, die ich meinem Beitrag vorangestellt habe:

„Es gibt ein Naturgesetz, dass nämlich eine Sache nur durch die Mittel erhalten werden kann, durch die sie erworben wurde. Eine durch Gewalt erworbene Sache kann nur durch Gewalt erhalten werden, eine durch Wahrheit (Gewaltfreiheit) erworbene Sache hingegen kann nur durch Wahrheit (Gewaltfreiheit) erhalten werden.“

Um die Soziale Verteidigung einführen zu können, muss die Gesellschaft folglich erst in Richtung auf Gewaltfreiheit umgestaltet werden. Das heißt, gewaltfreie Aktion als Mittel der Konfliktlösung muss sich in persönlichen, wie in gesellschaftlichen Konflikten bewähren oder sie ist nichts wert. In diesen Konflikten verändern sich sowohl die Menschen als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Menschen werden freier, mutiger, selbstbewusster und verantwortungsvoller, die Gesellschaft wird friedlicher, demokratischer, sozial gerechter, nachhaltiger und ökologischer. Auf eine Formel gebracht: Durch gewaltlose Aktion in innenpolitischen Konflikten führt der Weg zur Sozialen Verteidigung. So lautet denn auch der Titel eines programmatischen Aufsatzes, den ich für die Brüsseler Konferenz über Soziale Verteidigung im Jahre 1976 schrieb.

Soziale Verteidigung kann demzufolge nicht von oben her eingeführt, sie kann nur von unten her im Laufe eines jahrzehntelangen Prozesses aufgebaut werden. Die Adressaten des Sozialen Verteidigungskonzepts sind nicht die Regierungen und Militärs, sondern die Bürgerinnen und Bürger eines Landes. Sie gilt es, mit der gewaltlosen Aktion als Methode der Konfliktlösung vertraut zu machen und sie darin auszubilden. Je mehr Menschen sie in ihren persönlichen Beziehungen erfolgreich anzuwenden lernen, desto eher werden sie bereit sein, ihr zuzutrauen, auch Konflikte auf lokaler, regionaler, nationaler und schließlich internationaler Ebene zu lösen.

Man kann die beiden hier charakterisierten Schulen auch nach ihrem Ansatz unterscheiden: Die Schule der „großen Drei“ verfolgt einen *funktionalen* Ansatz, die Schule der Niederländer und Skandinavier, der ich mich zugehörig fühle, verfolgt einen *integralen* oder *organischen* Ansatz.

Ungeachtet meiner Wertschätzung für die „großen Drei“ war mein Interesse fortan darauf ausgerichtet, mit anderen zusammen die gewaltlose Aktion als Methode der Konfliktaustragung zu propagieren und zu praktizieren, um auf diese Weise die Grundlagen für eine Soziale Verteidigung zu schaffen. Wer mehr darüber erfahren will, sei auf meine Autobiografie verwiesen, die in Anlehnung an ein großes Vorbild den Untertitel tragen könnte: Die Geschichte meiner Experimente mit der Gewaltfreiheit.

Realpolitiker aller Parteien werden einwenden: Wozu eine Vorbereitung auf Soziale Verteidigung, die frühestens in ein paar Jahrzehnten verwirklicht werden kann? Und überhaupt, geht die Entwicklung auf dem Gebiet der Militärtechnik nicht in eine ganz andere Richtung? Ganze Heere von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Industriellen und Arbeitern sind mit nichts anderem beschäftigt, als mit der Erfindung und Herstellung noch raffinierterer Tötungsinstrumente. Das soll nicht bestritten werden. Dennoch, es lohnt sich, mit der Einübung gewaltloser Konfliktaustragungsverfahren zu beginnen, denn der Erfolg ist unmittelbar und konkret. Jeder Mensch hat Konflikte. Sie gewaltlos zu lösen, bringt ihm unmittelbaren Gewinn. Er braucht nicht auf eine ferne Zukunft zu warten. Im Übrigen sollte es nicht gelingen, die gewaltlosen Aktionsmethoden in Konflikten jedweder Art anzuwenden und auf diese Weise das Gewaltpotenzial in der Welt zu vermindern oder wenigstens nicht zu vergrößern, ist die Menschheit verloren. Das einzusehen, sollte gerade Realpolitikern nicht schwer fallen.

Die Weltwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung ist das Ergebnis eines halben Jahrtausends Kolonial- und Wirtschaftsgeschichte. Sie ist ein System struktureller Gewalt par excellence. Es kann selbstverständlich nur durch Gewaltandrohung und -anwendung aufrechterhalten werden. Wir sind heute in Gefahr, der Lügenpropaganda von den positiven Seiten der Globalisierung auf den Leim zu gehen, so wie wir zur Zeit des Kalten Krieges der Lügenpropaganda von der NATO als Verteidigungsbündnis auf den Leim gingen. Natürlich gibt es Globalisierungsgewinner. Zu ihnen gehören auch einige von uns. Das ist wie beim Lotto: Wer zu den Gewinnern gehört, findet Lotto toll, wer zu den Verlierern gehört, findet es nicht so toll, hofft aber darauf, beim nächsten Mal zu den Gewinnern zu gehören. Ein objektiver Beobachter freilich findet Lotto unvernünftig und unmoralisch, weil es den wenigen gibt und den vielen nimmt. Das ist Kapitalismus pur. So funktioniert das System. So funktioniert die globalisierte Weltwirtschaft. Die bekannten Gegenargumente halten einer kritischen Prüfung nicht stand. Die Gehälter der Manager und die Gewinne der Shareholder explodieren, weil man Arbeitskräfte entlässt und die Firmen in Billiglohn- und Niedrigsteuerländer verlagert, wo sie nur noch ein Zehntel kosten. Die Konsequenz: Ein Millionenheer von Arbeitslosen und ein nicht mehr finanzierbares Sozialsystem in den Industrieländern einerseits, und kleine Sektoren der Volkswirtschaft in Indien, China und anderswo, die aber in dem Maße, wie der Lebensstandard und damit die Löhne steigen, ihre Arbeitsplätze an noch billigere „Standorte“ verlieren andererseits. Deshalb widerspreche ich der These, die Weltwirtschaft sei ambivalent, sie begünstige auch die friedliche Kooperation, es gebe große wechselseitige Abhängigkeiten und eine Kooperationsdividende.

Es hat in der Bundesrepublik seit ihrem Bestehen einige hunderttausend Kriegsdienstverweigerer gegeben. Die meisten von ihnen haben einen Ersatzdienst im sozialen Bereich geleistet. Das ist nicht wenig. Es liegt mir fern, sie dafür zu tadeln. Im Gegenteil. Es ist meines Erachtens unvergleichlich viel besser, Menschen zu helfen, am Leben zu bleiben, als sich dafür ausbilden zu lassen, sie zu töten. Aber, das muss auch gesagt werden, es genügt nicht. Solange es beim Neinsagen zu Krieg und Gewalt bleibt, wird der europäische Pazifismus nie mehr als eine respektable gesellschaftliche Randerscheinung sein. Was wir brauchen, sind Menschen, die sich zusammenschließen, um gemeinsam auf diesem Felde tätig zu werden. In jedem Dorf, in jeder Stadt könnte und sollte es eine gewaltfreie Basisgruppe geben (Gandhi nannte sie Shanti Sena, was soviel wie Friedensbrigade heißt; wem das zu militaristisch klingt, darf auch Friedensgruppe sagen), die aus nebenberuflichen und einem, höchstens zwei hauptberuflichen Aktivisten besteht. Diese Friedens-

gruppen würden auf individuellen und lokalen Konfliktfeldern tätig werden. Ich bin sicher, die Arbeit würde ihnen so schnell nicht ausgehen. Natürlich wäre es wünschenswert, dass sich solche erfahrenen Friedensgruppen bei größeren gesellschaftlichen Konflikten wie umweltzerstörenden Großprojekten, Atomanlagen und Atomwaffen und selbstverständlich auch bei Widerstandsaktionen gegen verfassungs- und völkerrechtswidrige Militäreinsätze zusammenschließen, um gewaltfreie Aktionen und Kampagnen durchzuführen. Möglich wäre das schon, daran zweifle ich nicht, wir müssen es nur wirklich wollen.

Ist nicht der Zivile Friedensdienst (ZFD) die Erfüllung meiner Forderung? Es fällt mir nicht leicht, hier zu widersprechen. Zweifellos ist der ZFD, selbst wenn er vom Staat finanziert wird, nichts Verdammenswertes. Seine Funktion besteht im Wesentlichen darin, das Porzellan zusammen zukehren und, soweit möglich, zu kitten, das Militäreinsätze zerschlagen haben. Das ist nicht zu verurteilen und diejenigen, die das machen wollen, sollen es tun und dafür ein staatliches Gehalt in Empfang nehmen. Die Shanti Sena, die mir vorschwebt, ist freilich etwas anderes. Zu ihren elementaren Grundsätzen gehört ihre Unabhängigkeit vom Staat, was gleichbedeutend ist mit dem Verzicht auf „Staatsknete“. Die gibt es nämlich nur für Leute, die auf Kritik an den staatlichen Macht- und Gewaltapparaten verzichten und sich im Rahmen einer zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) in eine Militärstrategie einbinden lassen, sozusagen als eine Art sozialer Rot-Kreuz-Organisation. Den Befürwortern einer Sozialen Verteidigung ging es indes nicht um eine Ergänzung, sondern um einen Ersatz der militärischen durch eine Soziale Verteidigung.

Letztes Argument: Der ZFD könnte doch so etwas wie ein Durchgangsstadium auf dem Weg zu einer Sozialen Verteidigung sein. Ich fürchte, dieser Weg führt in die Irre und nicht ans Ziel, denn aus der Abhängigkeit vom Staat gibt es kein Entrinnen. In dem Augenblick, wo die Kritik an der Militarisierung unserer Gesellschaft mit Entschiedenheit vorgetragen wird, werden die „verantwortlichen Politiker“ kurzerhand den Geldhahn zudrehen. Dann bricht die ganze Organisation zusammen. Eine Shanti Sena, sofern sie ernsthaft angestrebt wird, hätte eine große Zukunft, doch nur, wenn sie ihre Unabhängigkeit vom Staat hütet wie ihren Augapfel.

Fazit: Im Zuge meiner Beschäftigung mit Sozialer Verteidigung erschloss sich mir ein tieferes Verständnis dieses Verteidigungskonzepts. Ich begriff Soziale Verteidigung nicht länger als Gegensatzbegriff zur militärischen Verteidigung, sondern als Gegensatzbegriff zum sozialen Angriff. *Sozialer Angriff* bezeichnet den gewaltlosen Kampf für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und Menschenrechte, *Soziale Verteidigung* hingegen die gewaltlose Verteidigung des Erreichten.

Vorschlag für eine Kampagne zur Umrüstung Deutschlands

Gibt es Empfehlungen, die ich dem BSV mit auf den Weg geben will? Ich mache mir keine Illusionen über das, was der Bund leisten will und kann. Nichtsdestotrotz empfehle ich, die im Folgenden skizzierte *Kampagne einer Umrüstung der BRD auf Soziale Verteidigung* ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

1. Phase:

Destruktiv: Abzug der noch auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen mit dem Slogan: *Eine atomwaffenfreie Bundesrepublik als unser Beitrag zu einer atomwaffenfreien Welt*. Verzicht auf die „nukleare Teilhabe der Bundesrepublik“. Atomwaffen- wird aus der europäischen Einigungsbewegung? Deutschland sollte sich ihr nicht verweigern, vielmehr eine Führungsrolle anstreben auf dem Weg, Europa zu einer Zivilmacht auszubauen, was es seinem Ursprung nach ja auch sein wollte.

Konstruktiv: In dieser Phase wird die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktaustragung von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern erworben. Aufbau eines Netzwerkes aus Shanti-Sena-Gruppen. Nach außen: aktive Friedens- und Entwicklungspolitik. Was Verzicht ins Grundgesetz. Festhalten am Atomausstieg im zivilen Bereich.
Veranschlagter Zeitraum: 5-10 Jahre.

2. Phase:

Destruktiv: Abzug der amerikanischen Militäreinrichtungen aus Deutschland inklusive des EU-COM bei Stuttgart. (Eine Ausdünnung der amerikanischen Militärpräsenz von 65.000 US-Soldaten auf ca. 40.000 ist ohnehin geplant.) Kampf gegen die Rüstungsindustrie und den Waffenexport.

Konstruktiv: Weiterer Aufbau des Netzwerkes aus Shanti-Sena-Gruppen. Zusätzlich: Einsatz auf innenpolitischen Konfliktfeldern, wie z. B. Langzeitarbeitslosigkeit, Extremismus und religiösem Fundamentalismus, Fremdenfeindlichkeit. Zusammenarbeit mit Friedensorganisationen und emanzipativen sozialen Bewegungen. (Vieles davon kann, sofern die Kräfte dafür reichen, auch schon in Phase 1 begonnen werden.)

Veranschlagter Zeitraum: 15-20 Jahre.

3. Phase:

Destruktiv: Abbau der Offensivwaffen der Bundeswehr und Aufbau einer Friedenstruppe, die dem UN-Generalsekretär unterstellt ist. Weiterer Abbau der Rüstungswirtschaft. Kritik an Industrialismus und Globalisierung. Veranschlagter Zeitraum: 20-30 Jahre

Konstruktiv: Reform des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik. Neue Prioritätensetzung: Statt Wirtschaftswachstum Ausgleich zwischen Reich und Arm, Mächtig und Machtlos, Hoch und Niedrig. Verminderung der außenwirtschaftlichen Abhängigkeit durch Verwirklichung eines alternativen Energie-, Verkehrs-, Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Politikkonzepts. Angebot konstruktiver Konfliktlösung bei internationalen Konflikten (Friedensforscher und Friedensarbeiter). Mit der Verbreitung solcher Ideen und ihrer Verwirklichung kann selbstverständlich auch schon früher begonnen werden.

4. Phase:

Destruktiv: Beseitigung der noch vorhandenen Gewaltstrukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.

Konstruktiv: Offizieller Übergang zu einer Sozialen Verteidigung. Einsatz von Shanti-Sena-Gruppen bei internationalen Konflikten.

Veranschlagter Zeitraum: 30-40 Jahre.

Orientierung statt Angst – Was die Beschäftigung mit dem Konzept Sozialer Verteidigung heute bringen kann

Berthold Keunecke

Das Konzept der Sozialen Verteidigung versucht, eine gewaltfreie Methodik zu entwickeln, um auf das menschliche Sicherheitsbedürfnis einzugehen, ohne in den Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt einzutreten. Es ist in erster Linie für den Nationalstaat entwickelt worden. Für die Effektivität dieser Methodik ist aber eine dezentral organisierte Gesellschaft wichtig – mit der Umstellung auf Soziale Verteidigung muss sich eine Gesellschaft tief greifend verändern. So beschreibt dieses Konzept sowohl Ziel wie auch Methodik der Gewaltfreiheit und kann so Energien für gesellschaftlichen Wandel freisetzen. Dieser Blick auf die Energien, die Menschen beeinflussen, auf ihre Haltungen, Gefühle und Bedürfnisse, soll die folgenden Gedanken leiten.

Der Nationalstaat des 21. Jhts. erfüllt das Bedürfnis nach Sicherheit nicht mehr

Sicherheit ist ein Bedürfnis, das nur kollektiv erfüllt werden kann. Ein Unsicherheitsgefühl lässt mich automatisch nach der Hilfe der eigenen Gruppe schauen. Das Kollektiv, in dem heute in diesem Bereich vor allem gedacht wird, ist der Nationalstaat. Während dieser in den vielen anderen Bereichen seine Aufgaben abgibt (von der Trinkwasserversorgung über Gesundheitsfragen bis zur Verkehrspolitik), werden seine Kompetenzen beim Thema Sicherheit tendenziell ausgeweitet, sei es in der Verteidigungspolitik, was die Ausweitung des Sicherheitsbegriffes nach den neueren Verteidigungspolitischen Richtlinien betrifft, sei es bei der Inneren Sicherheit, die von verschärfter staatlicher Kontrolle geprägt ist. Die Zuschreibung der Kompetenz in Sicherheitsfragen an den Nationalstaat ist jedoch nicht selbstverständlich. Sie beruht auf dem staatlichen Gewaltmonopol, das seinen historischen Sinn hat. Wenn Sicherheit aber nicht auf der Möglichkeit zur Gewaltanwendung fußt, dann können andere Kollektive effektiver sein.

Die Konzepte der nationalstaatlichen Sicherheit weisen heute gravierende Lücken auf. Das liegt an ihrer Fokussierung auf Gewalt und der faktischen Aushöhlung der Idee des Gewaltmonopols. Gegen die Privatisierung von Gewalt und den transnationalen Terrorismus sind die traditionellen Möglichkeiten begrenzt. Der Irakkrieg zeigt die Sackgasse, in der sich das Militär heute befindet, besonders deutlich: Die Gewalt fördert den Widerstand, anstatt ihn zu brechen. Die finanzielle und psychische Belastung wird für das Militär unberechenbar hoch. Es wird inzwischen als „unumstritten“ angesehen, dass schon die „Absicht, Sicherheit durch militärische Mittel zu erreichen, Unsicherheit hervorrufen und eine Eskalation zum Krieg bewirken kann“.⁵⁶

Das Unsicherheitsgefühl vieler Menschen wächst mit jedem Gewaltakt – in weit geringerem Masse, aber auch dann, wenn er von dem „eigenen“ Militär durchgeführt wird, da die Gegengewalt vorzusehen ist. Außerdem wird das Unsicherheitsgefühl durch wirtschaftliche Ängste und durch das Zerschneiden traditioneller Bindungen geschürt – das Militär kann hier keinerlei Antwort geben, und auch innenpolitisch ist das Gewaltmonopol dabei machtlos.

Es zeichnet direkte Gewalt aus, dass sie hilflos macht und Ohnmachtsgefühle erzeugt. Das gilt ähnlich auch für die strukturelle Gewalt. Hier wie da machen Menschen jedoch die Erfahrung, dass die Beteiligung an sozialen Bewegungen, der Zusammenschluss mit anderen Opfern von Gewalt und gewaltfreie Gegenwehr zu neuem Mut und zu neuen Perspektiven führt. Für viele Menschen ist das Bedürfnis nach Sicherheit, das durch Gewaltakte verletzt wird, der Ausgangspunkt für politisches Engagement. In solchem Engagement für eine lebenswerte und menschliche Zukunft kann

⁵⁶ Lexikon der Internationalen Politik, München 1997, S. 462 - zitiert nach Birgit Weinbrenner, Menschliche Sicherheit für alle? In: „Frieden denken – Frieden machen“, Amt für MÖWe der Ev. Kirche v. Westfalen, Dortmund 2005 (www.moewe-westfalen.de), S. 39-45.

die Angst vor der Zukunft überwunden werden. Die AktivistInnen erleben dabei, dass Solidarität ihnen ein größeres Sicherheitsgefühl geben kann als das vom Nationalstaat versprochene.

Dazu kommt, dass der Nationalstaat im Zuge der Globalisierung immer weiter geschwächt wird. Die Großkonzerne und Großtechnologien prägen das politische Bild, das von wachsender struktureller und auch direkter Gewalt geprägt ist. Dass ein „Weiter-so“ eine sichere Zukunft eröffnet, wird nur noch von wenigen Menschen geglaubt.

„Menschliche Sicherheit“ kann also, soweit das Versagen der bisherigen „Sicherheitspolitik“ deutlich wird, von anderen Kollektiven gewährleistet werden.

Das individuelle Bedürfnis nach Sicherheit ist nur in einer menschlichen und zukunftsfähigen Gesellschaft zu erfüllen

In der immer stärker individualisierten Gesellschaft wächst die Frage und das Verlangen nach der individuellen Sicherheit. Ein individueller Mensch hat allerdings ein viel ganzheitlicheres Sicherheitsbedürfnis als der Nationalstaat. Persönliche, insbesondere wirtschaftliche Not und Zukunftsangst prägen ihn besonders. In einem Bericht des „United Nation Development Program“ von 1994 wird dementsprechend ein Konzept der „menschlichen Sicherheit“ entwickelt, welches die individuelle „Freiheit von Furcht und Freiheit von Not“⁵⁷ in den Mittelpunkt stellt. Solche ein Konzept zielt auf die Gewährleistung von sicherem Einkommen, sicherer Nahrung, sicherer Gesundheit und Umwelt, Sicherheit vor gewaltsamen Übergriffen und Sicherheit der Gemeinschaft.

Seit den 70er Jahren ist deutlich geworden, dass unser gegenwärtiges politisches und wirtschaftliches System diesen Anforderungen nicht gerecht werden kann. In dieser Zeit sind in den Industrieländern viele Initiativen entstanden, die sich als Teil einer gesamtgesellschaftlichen „Neuen Sozialen Bewegung“ verstanden und meist noch verstehen. In der Ökologie-, Frauen-, Friedens- und Bürgerrechtsbewegung wurden oft sehr konkrete Projekte gegründet, die auf Nachhaltigkeit angelegt waren. Ökobaubetriebe stehen neben gemeinschaftlichen Wohnprojekten, ökologische Energieerzeugung neben kulturellen Einrichtungen und Selbsthilfegruppen. Ihr zu Beginn hoher politischer Anspruch auf Veränderung der Gesamtgesellschaft wurde meist auf „Sparflamme“ zurückgefahren, ist aber selten ganz untergegangen. Ein meist nicht klar definiertes Bild einer „gerechten, partizipatorischen und zukunftsfähigen Gesellschaft“⁵⁸ stand und steht im Hintergrund. Das Bedürfnis nach Sicherheit wird hier ganz anders als in der staatlichen Politik in den Blick genommen. Die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Umweltbewahrung werden eng zusammengesehen⁵⁹, das Engagement in einem der Bereiche wird einem gesamtgesellschaftlichen Prozess zugeordnet. So war es vielen Menschen möglich, in ihren Projekten Kollektive zu finden, die ihnen ein neues und ganzheitlicheres Sicherheitsgefühl vermitteln konnten – soweit sie erfolgreich waren. Ich denke an wirtschaftliche Projekte von landwirtschaftlichen Initiativen und handwerklichen Kollektiven bis hin zu sozialen Institutionen wie Frauenhäusern oder Kinderläden. Die hier neu entstandenen Identitäten und das andere Sicherheitsgefühl sollte bewahrt und ausgebaut werden, denn die so entstandenen Inseln der Nachhaltigkeit können eine Grundlage für eine zukünftige Gesellschaft darstellen, welche die Bedürfnisse nach wirtschaftlicher und psychischer Sicherheit befriedigt.

Dazu müssen sie ausgebaut, sozial und wirtschaftlich vernetzt und gegen Probleme gefestigt werden – Projekte wie Tauschringe und Regionalgeldinitiativen versuchen solche Vernetzung in wirtschaftlicher Sicht; ein sozialer Ansatz ist z. B. die „Lokale Agenda 21“.

⁵⁷ UNDP- Bericht, zitiert nach B. Weinbrenner, S. 42. (Siehe auch: www.humansecurity-chs.org)

⁵⁸ Nach dem Sprachgebrauch im Weltkirchenrat und in der ökumenischen Bewegung der 70er Jahre.

⁵⁹ Indikatoren dafür sind der „konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ im kirchlichen Raum und der „Agenda-Prozess“ (insbesondere die Projekte der Lokalen Agenda) nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio.

Die Inseln der Nachhaltigkeit können auf zwei Arten zu gesellschaftsprägenden Institutionen werden: Durch stetiges Erstarken oder durch Katastrophe der vorhandenen Systeme. Der erstere Prozess liegt im Interesse der Projekte selbst, der letztere braucht die Vorbereitung auf einen nicht-vorhersehbaren Prozess. Dabei kann das Konzept der Sozialen Verteidigung eine wichtige Rolle einnehmen, weil es die Methodik der Verteidigung von Inseln der Nachhaltigkeit darstellt.

Das Konzept der Sozialen Verteidigung beschreibt sowohl das Zielbild wie auch den Weg zu einer menschlichen und zukunftsfähigen Gesellschaft

Das Soziale-Verteidigungs-Konzept stellt für eine jede Gesellschaft die gewaltfreie Methodik als „Ultima Ratio“⁶⁰ dar, macht aber auch klar, dass eine effektive Nutzung dieser Methodik eine Gesellschaftsstruktur erfordert, die von möglichst starker Dezentralität in Politik und Wirtschaft geprägt ist. Außerdem ist die Bereitschaft der Gesellschaftsmitglieder zum Engagement nötig. Damit wird das Zielbild einer Gesellschaftsform beschrieben, das zukunftsfähiger ist als die der heutigen westlichen Demokratie mit ihrem Wirtschaftsliberalismuskonzept.

Die Ausformulierung eines solchen Gesellschaftsbildes wurde schon manches Mal versucht. Das Konzept der Sozialen Verteidigung wird in der Auswertung solcher Entwürfe auf die Möglichkeiten der Dezentralisierung und der Partizipation in den Strukturen und die ethische Begründbarkeit der Strukturen achten: Eine auf Gewaltfreiheit aufbauende Gesellschaft braucht hohe ethische Werte und Strukturen, die verteidigungswert und verteidigbar sind. Damit wäre eine der noch zu beantwortenden Fragen beschrieben: Wie sieht eine Gesellschaft aus, die sich optimal auf Soziale Verteidigung vorbereitet hat?

In groben Konturen ist das Bild einer solchen auf Gewaltfreiheit fußenden Gesellschaft klar: Es gibt dort selbst bestimmte und überblickbare Größen in der politischen Entscheidungsfindung, wie die Bürgerrechtsbewegungen sie beschreiben und wie es manchmal in der Kommunalpolitik gefordert wird, und die Wirtschaft ist so dezentralisiert, dass sie von möglichen Aggressoren nicht leicht usurpiert werden kann – Stichworte wären hier die dezentrale Energieversorgung (Windräder, Sonnenenergie, dezentrale kleine Heizkraftwerke), aber auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Regionen, wie sie z. B. die Regionalgeldinitiativen anstreben.

All diese muss noch genauer ausformuliert werden. Die Arbeit an einem solchen Zukunftsbild stellt einen Prozess der Utopieentwicklung dar, der neue Aktionsenergien freisetzen kann. Solche Energien sind angesichts grassierender Ohnmachtsgefühle und Resignation sehr wichtig.

Die eigentliche Stärke des Konzeptes der Sozialen Verteidigung liegt jedoch in der Methodenbeschreibung gewaltfreien Kampfes. Wenn der Nationalstaat nicht mehr die Institution, die Sicherheit vermittelt, sein kann, werden über kurz oder lang andere und kleinere Kollektive an seine Stelle treten. Die Überschaubarkeit - also mangelnde Anonymität - solcher Minigesellschaften geben den Vorteil, dass das gegenseitige Engagement größer sein kann. Überall da, wo ein Baustein der neuen Gesellschaft erstellt werden konnte, können gewaltfreie Methoden greifen, um ihn zu schützen.

In den Neuen Sozialen Bewegungen wurden die gewaltfreien Methoden erarbeitet und ausprobiert, die für das Soziale-Verteidigungs-Konzept auf eine konkrete Bedrohungssituation hin systematisiert wurden. Diese Bedrohungsanalyse müsste für die heutigen Sicherheitsbedürfnisse neu gefasst werden – welche Entwicklungen befürchten die Menschen, die in neuen Kollektiven ihr Sicherheitsbedürfnis decken wollen, und welche Methoden können diese Kollektive stärken, wenn sie bedroht werden?

Da die Bedrohungen schon aktuell immer wieder erfahrbar werden, im finanziellen Konkurrenzkampf wie in Auseinandersetzungen mit Behörden, werden die Methoden auch immer schon

⁶⁰ Nach Christine Schweitzer, Tagung „Pazifismus heute“.

ausprobiert. Das Konzept der Sozialen Verteidigung kann sie weiter systematisieren und ihre Erfolgsmöglichkeiten beschreiben, kann aus der Vereinzelung in der Verarbeitung von Misserfolgs-erlebnissen herausführen. Damit kann das Konzept der Sozialen Verteidigung konkrete Bedeutung für den Überlebenskampf einzelner Projekte gewinnen und hierin seine Praxistauglichkeit testen.

Die Spannung zwischen dem „Schon-jetzt“, dem Einüben der Methodik, und dem „Noch-nicht“ der gesamtgesellschaftlichen Umsetzung des Konzeptes kann fruchtbar gemacht werden – als Motivation und konkrete Hoffnung

In unserer Gesellschaft wird vielfach die wachsende Politikmüdigkeit beklagt, die zu einem guten Teil in Ohnmachtsgefühlen wurzelt. Gleichzeitig wird von Berufspolitikern immer wieder herausgestellt, es gäbe im jeweiligen konkreten Fall keine Entscheidungsalternativen. Oft ist dieses „TINA- Syndrom“⁶¹ beschrieben worden, das die Alternativlosigkeit einer bestimmten Politik akzeptiert. Es ist also nötig, neue Wege zu finden, gerade Einzelnen wieder politische Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Wenn das Konzept der Sozialen Verteidigung eine Zukunftshoffnung und gleichzeitig eine Methodik zur Lösung aktueller Konflikterfahrungen beschreibt, erfüllt es diese Notwendigkeit. Es kann Mut und gleichzeitig Wegweisung für politisches Engagement geben. Dieses Engagement wird sich jedoch nicht in den alten zentral-demokratischen Strukturen, sondern eher im Aufbau von dezentralen Projekten und Kollektiven zeigen.

Das Empowerment und die Politisierung von Aktiven besteht darin, dass ein Gesamtkonzept für viele einzelne Projekte den größeren Zusammenhang darstellt und die Erfolge und Misserfolge auf der einen Seite für die andere nutzbar macht. Die Methodenbeschreibung der Sozialen Verteidigung würde in einem kontinuierlichen Erfahrungsprozess ausgearbeitet und weiterentwickelt; das Zukunftsbild wäre veränderbar und so auf die Gegenwart bezogen.

Wenn es stimmt, dass unser gegenwärtiges Gesellschaftskonzept, das auf Wirtschaftswachstum und dem Gedanken an den bewaffneten Nationalstaat fußt, nicht zukunftsfähig ist, dann ist es nötig, sich mit dem Prozess der Ablösung dieses Konzeptes zu befassen.

Wünschenswert ist ein langsamer Übergang zu einer menschlichen und nachhaltigen Gesellschaft. Dieser kann nur so gedacht werden, dass die gerecht-partizipatorischen Kräfte erstarken und die zentralistischen langsam ablösen. Dabei könnte das Konzept der Sozialen Verteidigung eine Zielrichtung und seine Methoden eine Praxisanleitung geben.

Wird dieser langsame Übergang nicht möglich, ist mit Bruchentwicklungen und gesellschaftlichen Katastrophen zu rechnen. Für diesen Fall ist es für die Kollektive, die sich regional und sozial behaupten wollen, nötig, sich mit der Methodik der Konfliktbearbeitung für so einen Fall auseinander zu setzen. Diese Auseinandersetzung kann dabei die Entwicklung auch beschleunigen, weil das Vertrauen in den Status-quo sinkt. Der Prozess der gedanklichen Ablösung vom jetzigen Gesellschaftskonzept würde beschleunigt. Wenn Einzelne sich mit dem Szenario einer zusammenbrechenden Gesellschaftsstruktur beschäftigen, werden sie schauen, wie sie ihre materiellen und sozialen Bedürfnisse sichern können – sie würden sich zum Teil stärker in entsprechenden selbstversorgenden Projekten engagieren. Die Angst vor einem Zusammenbruch, die normalerweise vor der Auseinandersetzung mit solchen Fragen abhält, könnte durch die Hoffnung auf eine gewaltfreien Gesellschaft in Aktivität umgesetzt werden. In diesem Fall hätte die Arbeit am Soziale-Verteidigungs-Konzept selbst schon die Funktion der Gesellschaftsentwicklung.

In jedem Fall ist es nötig, das Ziel und die Methodik der Soziale Verteidigung eng miteinander verflochten zu halten: Der Weg ist das Ziel.

⁶¹ Der besonders von Margaret Thatcher geprägte Satz „There is no alternative“ wird als Kürzel TINA von D. Sölle und anderen GlobalisierungskritikerInnen gebraucht, um das Krankheitsbild einer Politik im Neoliberalismus zu beschreiben, das von einer Mischung aus Arroganz und Unfähigkeit bestimmt ist.

Arbeitsfragen für die kommende Zeit wären die entsprechenden Fragestellungen:

1. Wie sieht eine Gesellschaft aus, die sich optimal auf Soziale Verteidigung vorbereitet hat?
2. Welche Entwicklungen befürchten die Menschen, die in neuen Kollektiven ihr Sicherheitsbedürfnis decken wollen?
3. Welche Methoden können diese Kollektive stärken, wenn sie bedroht werden?

Noch genauer ausgearbeitet werden sollte auch, welche sozialpsychologischen Wirkungen die Diskussion von Zusammenbruchs-Szenarien und dem Umschwung zu einer gewaltfreien und dezentralen Gesellschaft mit Blick auf die Ängste und Hoffnungen der Menschen haben kann.

Gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus

Theodor Ebert

Der agitatorische Terror in Konkurrenz zur gewaltfreien Aktion

Als Thema meines Vortrags habe ich den Veranstaltern vorgeschlagen: „Gewaltfreie Politik in Zeiten des Terrorismus“. Bei der Ausarbeitung fragte ich mich: Was rechtfertigt denn, von einer Zeit des Terrorismus zu sprechen? Terroranschläge gab es früher auch schon. Als ich vor vierzig Jahren meine Dissertation schrieb zum Thema „Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg“, war konzeptionell das Konkurrenzunternehmen der Guerillakrieg, und zu diesem gehörte am Anfang der so genannte „agitatorische Terror“. Dieser war auch eine Form des politischen Diskurses, wenn auch eine extrem gewalttätige. Mit Hilfe von Anschlägen wollten im Aufbau befindliche Guerillaorganisationen auf sich und ihr Programm aufmerksam machen.

Hat der agitatorische Terror heute eine neue Qualität? Von einer „Zeit des Terrorismus“ dürfte ich doch nur sprechen, wenn der Terror nicht nur ein Phänomen in einer frühen Phase von Guerillakriegen ist. Der Terrorismus müsste eine oder gar die bezeichnende Form der nationalen und internationalen Konfliktaustragung selbst sein.

Nach längerem Nachdenken habe ich mich entschlossen, das Thema meines Vortrags zu präzisieren. Ich will reden über „Gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus“. Ich will dabei unter Terrorismus diejenigen Anschläge verstehen, die gemeinhin mit dem Namen Al Kaida verbunden werden. Es handelt sich dabei um einen neuartigen, internationalen, fundamentalistischen Terrorismus. In den arabischen Ländern versucht der islamische Fundamentalismus die - aus seiner Sicht - durch westliche Einflüsse verdorbene innere Ordnung der moslemischen Gesellschaft wiederherzustellen und in den jeweiligen Ländern an die Macht zu kommen. Der Terror in den westlichen Gesellschaften hat das Ziel, den Kampf in das Lager der eigentlichen Feinde, in die Zentren dieser satanischen westlichen Zivilisation, zu tragen und sie spektakulär zu schädigen und dabei durch die Methode des Selbstmordattentats die eigene Glaubensgewissheit zu beweisen.

Eine solche Verwendung terroristischer Methoden ist neu. Früher waren die Terroranschläge auch spektakulär, aber es waren doch Randerscheinungen im Rahmen von Konflikten, die vornehmlich mit konventionellen Waffen oder auch mit Methoden der gewaltlosen Aktion ausgetragen wurden. Auch im Rahmen des indischen Kampfes gegen die englische Kolonialherrschaft kam es zu Terroranschlägen. Gandhi hat sie verurteilt und sich mit seiner harten Linie im Indian National Congress auch durchgesetzt, obgleich einige Attentäter durchaus populär waren. Die indischen Massen, soweit sie überhaupt informiert waren, sahen in ihnen Märtyrer. Ihr Ansehen war vergleichbar dem palästinensischer Selbstmordattentäter.

Bei ethno-nationalistischen Untergrundorganisationen wie der ETA im Baskenland hat sich der Terror dann bereits von der Vorstellung, eine Vorstufe des Guerillakrieges zu sein, gelöst und ist zum selbstständigen Druckmittel geworden. Ähnliches galt für die IRA in Irland. Auch die Terroranschläge palästinensischer Extremisten erfolgen nicht mehr im Rahmen eines strategischen Konzeptes, das in späteren Phasen den Übergang zum Guerillakrieg mit dem Ziel eines militärischen Endsieges über Israel vorsieht, wobei man im Moment ohnehin den Eindruck hat, dass Terror und Gegenterror nicht mehr strategisch begründet, sondern als Vergeltungsmaßnahmen für die jeweiligen Schläge der anderen Seite gerechtfertigt werden. Der Terror wird so zur sich selbst legitimierenden Methode.

Es wurde von vielen amerikanischen und europäischen Kommentatoren behauptet, dass mit den Anschlägen auf die Twin Towers in New York am 11. September 2001 ein neues Zeitalter der Konfliktaustragung begonnen habe. Wenn man nur auf das Medienspektakel, die Zahl der Toten und die materiellen Schäden achtet, dann wäre diese Einschätzung noch nicht zwingend. Die Funkti-

onsfähigkeit der großflächigen Millionenstadt New York wurde durch diesen Anschlag nicht entscheidend getroffen. Der Eingriff war weniger tief greifend als der eines Bombardements im Zweiten Weltkrieg, und die Schäden waren geringer als diejenigen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl oder manchen Erdbebens. Die Bedeutung der Anschläge vom 11. September 2001 sehe ich darin, dass hier eine neue Art der Konfliktaustragung sich anmeldet, die traditionelle Formen der Kriegführung ablöst.

Die militärische Überlegenheit der USA ist deutlich. Es gibt keine Macht der Erde, die sich mit dieser Supermacht anlegen könnte oder wollte. Die Räson der Staaten gebietet, sich auf keinen Krieg gegen einen anderen Industriestaat einzulassen. Ein konventioneller oder atomarer Krieg würde moderne Staaten als lebensfähige Industriegesellschaften vernichten. In dieser Situation konnte die Supermacht USA ihre militärische Überlegenheit in der Luft und auch am Boden nutzen, um ihre Vorstellungen von Demokratie und Freiheit einigen Staaten, die in den Augen der US-Regierung „Schurkenstaaten“ darstellten, zu oktroyieren. Präsident Bush hat diese amerikanische Option jetzt bei seiner zweiten Amtseinführung erneut unterstrichen. Wie dieser Oktroi funktioniert, konnte man in den Kriegen gegen den Irak, gegen das Taliban-Regime in Afghanistan und beim Krieg gegen Restjugoslawien im Kosovokonflikt beobachten.

Wohin führt uns der Krieg gegen den Terror?

Die militärischen Drohungen der Regierung Bush haben sich als glaubhaft erwiesen und es ist damit zu rechnen, dass Bush und seine neue Außenministerin Condoleezza Rice den militärischen Luftangriff auch gegenüber dem Iran als Fortsetzung der Diplomatie unter Einmischung anderer Mittel begreifen werden. In den USA wird dies als „Krieg gegen den Terror“ verstanden. Obwohl die deutsche Regierung sich am Irak-Krieg direkt nicht beteiligt hat, sind wir doch im Rahmen der Nato in vielfältiger Weise in das amerikanische Konzept der Terrorbekämpfung eingebunden – in Afghanistan und am Horn von Afrika mit der Bundesmarine. Und ich nehme auch an, dass bei einem Regierungswechsel in Berlin eine neue CDU-FDP-Regierung sich amerikanischen Aufforderungen, sich in die militärische Koalition der Demokratien gegen die Schurkenstaaten einzureihen, nicht ernsthaft widersetzen würde. Zumindest die Äußerungen Schäubles, des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, lassen sich so interpretieren.

Man darf zwar das Konfliktverständnis von Roger Köppel, Chefredakteur der „Welt“, nicht mit dem einer künftigen CDU-FDP-Regierung identifizieren, aber man darf doch annehmen, dass Köppel für eine erhebliche Zahl von Mitgliedern unserer derzeitigen parlamentarischen Opposition spricht. Ich zitiere aus einem Artikel vor Bushs Wiederwahl: „Der Irakkrieg war immer mehr als die Summe seiner hilflosen Rechtfertigungen. Er war ein Exempel, das die Supermacht statuierte, um nach ihrer Demütigung durch ein paar moslemische Studenten die Aura des Schreckens wiederzugewinnen, die jede Ordnungsmacht benötigt, um als solche anerkannt zu werden. (...) In diesem Krieg (...) enthüllte sich zum Entsetzen seiner euro-amerikanischen Gegner der gewalttätige Kern, ohne den auch die westliche Zivilisation nicht auskommt, wenn sie ihre Fähigkeit erhalten will, sich gegen ihre Feinde zu behaupten. Eine friedliche Ordnung wird nicht durch Verträge und internationale Organisationen hergestellt. Ordnung setzt Gewalt voraus, die andere Gewalt verdrängt.“

Mit den „paar moslemischen Studenten“ meinte Köppel die Attentäter des 11. September 2001. Sie waren nur mit Teppichmessern bewaffnet, und doch verstanden sie es, eine Supermacht so zu provozieren, dass deren Außenminister George Powell in einem großen Auftritt in den Vereinten Nationen – die Fernsehaugen der Welt auf sich gerichtet – diesen Völkern in einer Riesenshow die Existenz von Massenvernichtungsmitteln im Irak zu beweisen suchte, um anschließend das Völkerrecht zu missachten und einen Krieg mit unabsehbaren Folgen zu beginnen, suggerierend, dass die USA und ihre Verbündeten mit dem Krieg gegen das diktatorische Regime von Saddam Hus-

sein auch einen Schlag gegen den internationalen Terrorismus führten und dass dies ein Mittel sei, um im mittleren Osten die Demokratie auszubreiten.

Die Ultima Ratio der rebellischen Gewalt

Eine Supermacht zu einem solchen Verhalten zu provozieren, ist eine schauerliche Leistung. Die Terroranschläge des 11. September sind für das Konfliktverhalten zu Beginn des 21. Jahrhunderts prägend, weil sie ein Monopol zu halten scheinen. Sie sind gewissermaßen die Ultima Ratio der rebellischen Gewalt. Die Terroranschläge zeigen, dass eine militärische Supermacht und ihre Verbündeten auch dann noch verwundbar sind, wenn sie mit herkömmlichen militärischen Mitteln nicht mehr bekämpft werden können und ein Saddam Hussein und seine Propagandisten sich mit ihren Sprüchen von der „Mutter der Schlachten“ als lächerliche Großmäuler erweisen, wobei man vor dem zweiten Irakkrieg bereits beobachten konnte, dass Saddam Hussein sich weniger Illusionen machte.

Die terroristischen Kampftechniken sind im Unterschied zu früheren Zeiten so konfliktprägend, weil die Irakkriege gezeigt haben, wie aussichtslos es ist, sich den USA mit konventionellen, militärischen Kampfmitteln zu stellen. Die US-Regierung steht jetzt wahrscheinlich auf dem Standpunkt, dass sie sich gezielte, militärische Schläge gegen den Iran leisten kann, ohne eine militärische Antwort fürchten zu müssen. In dieser Konstellation gewinnt der internationale Terrorismus vom Typ Al Kaida immer größere Bedeutung. Er wird vielen als das einzige Mittel erscheinen, sich gegen diese Übermacht noch zur Wehr zu setzen. Je stärker die USA ihre militärische Überlegenheit demonstrieren werden, desto plausibler wird den Feinden der westlichen Zivilisation der Terrorismus erscheinen.

Deutschland wird sich aus diesem Konflikt mit den international operierenden Terrororganisationen nicht heraushalten können. Ich sehe im Sichheraushalten auch nicht die richtige Zielsetzung. Ich würde zwar nicht von „uneingeschränkter Solidarität“ reden, wie dies Bundeskanzler Schröder nach dem 11. September 2001 getan hat, aber es ist nicht zu leugnen, dass wir auch betroffen sind und dass es eine Appeasement-Politik gegenüber den Terroristen nicht geben kann. Es ist nicht zu bestreiten, dass auch unsere Gesellschaft und die Bürger unseres Staates zu Zielen von Terroranschlägen werden können. Ich erinnere an den Anschlag im Touristenzentrum Djerba. Es ist deutlich, dass auch die sozialdemokratischen Minister für Inneres und Verteidigung ihre Ressorts immer stärker unter dem Gesichtspunkt der Bekämpfung des internationalen Terrorismus leiten.

Die Friedensbewegung und die Herausforderung durch den Terrorismus

Dies bedeutet, dass die Friedensbewegung sich mit der Herausforderung durch den internationalen Terrorismus befassen muss. Dies geschieht auch, nachdem man begriffen hat, dass es nicht genügt, im Rahmen traditioneller pazifistischer und anarchistischer Kritik die Staaten als die eigentlichen und die allergrößten Terroristen zu denunzieren bzw. zu entlarven. Diese traditionellen kritischen Analysen mögen zwar ihre Berechtigung haben, aber mit ihnen ist in der Öffentlichkeit kein Blumentopf zu gewinnen. Die Bürger haben eben vor den Terroristen mehr Angst als vor den eigenen staatlichen Organen und sind darum mehr oder weniger bereit, sich an staatlichen Abwehrmaßnahmen zu beteiligen. Und Erhard Eppler hat – zumindest im Blick auf Afrika – auch Recht, wenn er formuliert: „Im 20. Jahrhundert gingen Gewalt und Terror vor allem von Staaten aus. Im 21. Jahrhundert werden Gewalt und Terror vor allem da entbunden, wo der Staat verfällt.“⁶²

Es ist bemerkenswert, dass unter der Redaktion von Christine Schweitzer, die seit etwa 20 Jahren in der Friedensbewegung arbeitet, im Dezember 2004 ein Heft der Zeitschrift „Friedensforum“ mit der Schwerpunktfrage „Herausforderung Terrorismus?“ erschienen ist. Das Thema wurde in

⁶² E. Eppler: Friedensarbeit im 21. Jahrhundert. In: Frankfurter Rundschau, 8.12.2004.

enzyklopädischer Breite behandelt und es kamen unterschiedliche Einschätzungen zu Wort. Es ist spannend zu beobachten, wie hier in der Friedensbewegung ein echter Diskurs stattfindet und ohne Tabus gefragt wird: Was ist zu tun? Gewiss, es werden gewaltfreie Antworten gesucht, aber es werden nicht einfach Parolen ausgegeben vom Typus „BRD ohne Armee“, worüber ich mich zu Beginn der 90er Jahre manchmal geärgert habe, weil so getan wurde, als ob alles ganz einfach sei, wenn man sich an die pazifistischen Patentrezepte halten würde.

Es ist zwar richtig, dass wir heute für die Abwehr einer Bedrohung Deutschlands durch andere Staaten keine Armee mehr brauchen, weil wir nur noch von befreundeten Staaten quasi „umzingelt“ sind. Es ist auch außerordentlich fragwürdig, unter enormen Kosten eine Eingreiftruppe aufzubauen, die zur Durchsetzung der Menschenrechte global intervenieren kann. Man muss fragen, ob nicht mit geringeren Kosten für die Menschenrechte, für die Abwehr des Terrorismus und für humanitäre Aufgaben – wie z. B. die Katastrophenhilfe – mehr getan werden könnte, wenn man die Mittel nicht in das Militär und seine Ausrüstung, sondern in zivile Organisationen stecken würde, die für die Krisenintervention maßgeschneidert sind. Ich finde es zwar nicht schlecht, dass ein Lazarettschiff der Bundeswehr nach Indonesien fährt, um dort mit seinen Ärzten und 41 Betten den Opfern der Flutkatastrophe zu helfen. Das ist besser, als wenn dieses Schiff in einem deutschen Hafen liegen würde, aber ich bin ziemlich sicher, dass man ärztliche Hilfe in Katastrophenfällen ohne ein solches Lazarettschiff viel billiger organisieren kann. Ich finde es auch gut, wenn die Bundeswehr bei Hochwasserkatastrophen in Deutschland hilft, aber es gäbe andere Organisationsformen, um solche Aufgaben billiger und vielleicht sogar noch effizienter zu erledigen.

Es ist wichtig, dass man nicht einfach davon ausgeht: Die Bundeswehr und die NATO haben wir nun mal, und nun wollen wir sehen, was wir mit ihr noch anfangen können. Dieses Festhalten an fragwürdigen Organisationen führt zu solch verquerten Diskussionen wie derjenigen um die Abschaffung bzw. Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht wird wahrscheinlich nicht aufrechtzuerhalten sein, aber in ihrer Abschaffung würde ich nur einen sehr fragwürdigen Sieg für das demokratische Prinzip des solidarischen Zusammenhalts in Fragen der Bedrohung des Gemeinwesens sehen. Ich bin Kriegsdienstverweigerer und insofern nicht daran interessiert, dass möglichst viele junge Männer das Waffenhandwerk erlernen, aber mein demokratisches Ideal lässt es mir erstrebenswert erscheinen, dass alle Männer und alle Frauen eines Staates es lernen, wie sie sich im Bedrohungsfalle zu verhalten haben und wie man sich zu solidarischen Gruppen verbinden kann, um in Not Geratenen zu helfen. Dies halte ich grundsätzlich für möglich, wenn man es zum Staatsziel erklärt und zum Beispiel einen Zivilen Friedensdienst aufbaut und schon in der Schule darauf achtet, dass die gewaltfreie Konfliktbearbeitung im Alltag gelernt und geübt wird.⁶³

Ich sage dies vorweg, weil man in der Sicherheitspolitik leicht in verquere Diskussionen gerät, wenn man überholte Institutionen für sakrosankt erklärt, statt sich zu überlegen, ob man die Aufgaben, welche diese Institutionen in unbefriedigender Weise erfüllen, nicht durch andere, neu zu schaffende Institutionen billiger und besser bearbeiten könnte. Es ist ein Topos in der deutschen sicherheitspolitischen Diskussion – und mir ist dieser Topos besonders in den Gremien der Evangelischen Kirche begegnet, in denen ich jahrzehntelang mitgearbeitet habe: Das Militär ist nur die ultima ratio, wenn alle anderen diplomatischen und wirtschaftspolitischen Mittel versagt haben. Ich halte diese Argumentation für irreführend. Wenn man das Militär als allerletztes Mittel parat haben möchte, dann muss man eben doch alles tun, um es optimal auszustatten. Und dies ist nicht nur teurer als eine wirklich gewaltfreie Politik. Das Militär als so genannte Ultima Ratio fördert darüber hinaus die Tendenz, sich in seinen Fantasien der Konfliktbearbeitung ständig mit diesem letzten Mittel zu befassen.

⁶³ In diesem Zusammenhang begrüße ich es, dass gewaltfreie Politik an der Universität Mannheim ein Thema der Lehre und Forschung ist. Mein Kollege Egbert Jahn hat mir das Programm seines Hauptseminars im Sommersemester 2004 „Gewaltfreie Politik im internationalen System“ gemailt. Das war mir ein Trost, nachdem mein eigener Lehrstuhl nach meiner Pensionierung den Berliner Sparzwängen zum Opfer gefallen ist.

Ich habe in Bürgerinitiativen die Erfahrung gemacht, dass es vorteilhaft war, sich von vornherein auf gewaltfreie Methoden festzulegen. Man sparte sich dann diese „nervenden“ Gewaltdiskussionen. Durch das prophylaktische Ausscheiden von gewaltsamen Methoden wurde konstruktive Fantasie freigesetzt für die Entwicklung von gewaltfreien Aktionsformen. Analog könnte in der Sicherheitspolitik ein radikales Ausscheiden von militärischen Kampfformen dazu führen, dass neue Wege gefunden und erprobt werden, Konflikte zu bearbeiten. Diese Möglichkeit will ich heute Abend an dem – ich gebe zu – außerordentlich schwierigen Fall des Umgangs mit dem internationalen Terrorismus untersuchen.

Ich habe ein Gutteil meines Berufslebens als Konfliktforscher darauf verwandt, nach gewaltfreien Alternativen zur militärischen Verteidigung gegen auswärtige Aggressoren und Staatsstreich zu forschen. Ich habe das Konzept der gewaltfreien sozialen, statt territorialen Verteidigung entwickelt. Darüber will ich heute Abend nicht sprechen, weil diese Bedrohungslagen zurzeit in Deutschland nicht akut sind.

Akut ist im Moment eine andere Frage: Wie verhalten wir uns gegenüber der Gefahr des internationalen Terrorismus? Unter „wir“ verstehe ich Regierungen und Völker in der Europäischen Union, und speziell denke ich bei „wir“ an uns Deutsche und im noch engeren Sinne an die deutsche Friedensbewegung. Ich meine schon, dass es auch auf die Herausforderung durch den Terrorismus eine gewaltfreie Antwort gibt. Doch wir haben sie noch nicht parat. Wir müssen sie entwickeln. Doch ich denke, dass es ähnlich wie beim Konzept der Sozialen Verteidigung sinnvoll ist, nach einer Lösung des Problems zu suchen, die strukturell gewaltfrei ist, also eine militärische Ultima Ratio nicht mehr vorsieht. Was also wäre gewaltfreie Politik in Zeiten des internationalen Terrorismus?

Als die Grünen vor 25 Jahren gegründet wurden, hatten sie erklärt, sie wollten ihre Politik mit gewaltfreien Mitteln machen. Sie konnten sich bei dieser - zugegeben vollmundigen, aber doch auch aufregenden - Erklärung nur an der damaligen Definition von „gewaltfrei“ orientieren. Es war glasklar, dass gewaltfreie Politik militärische Mittel ausschloss. Doch gewaltfreie Politik erforderte dann auch mehr als die Einsicht von ehemaligen Straßenkämpfern, dass Steine zu werfen nichts bringt. Wenn man gewaltfreie Politik machen will, dann muss man sein Instrumentarium kennen und entwickeln, die gewaltfreie Strategie studieren und die entsprechenden Verhaltensweisen einüben. Da wurde über all den verbalen Auseinandersetzungen zwischen Fundis und Realos sehr viel versäumt. Ich will jetzt den Entwicklungsprozess der Grünen und der anderen Parteien und auch der sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt ihres Umgangs mit dem Konzept der gewaltfreien Politik hier nicht vorführen, obwohl dies nützlich wäre, um zu erkennen, was erreicht und was versäumt wurde. Doch dies würde mich jetzt zu lange aufhalten.

Ansätze gewaltfreier Politik

Ich werde versuchsweise annehmen, dass es in Deutschland bei relevanten Teilen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentanten einen solchen Willen, gewaltfreie Politik zu machen, zumindest ansatzweise gibt. Eine solche Annahme ist deswegen nicht utopisch, weil es in Deutschland eine latente und je nach Konstellation auch virulente Friedensbewegung gibt und weil auch unsere Politiker manchmal sich so verhalten, dass man den Eindruck gewinnen könnte, dass sie gewaltfreie Politik machen wollen. In der Ablehnung des Angriffs auf den Irak war sich die Mehrheit der Deutschen mit ihrer Regierung einig und die Solidarität mit den Opfern der Flutkatastrophe und der Aufbau eines Warnsystems vor Tsunamis passen auch vorzüglich zu einer gewaltfreien Politik. Doch es gibt auch viele andere Aspekte der Regierungspolitik, die man nicht als gewaltfrei bezeichnen kann. Ich erinnere an den sich steigenden Rüstungsexport – auch auf dem Gebiet der Kleinwaffen. Und es kann eben leicht passieren, dass die gewalttätigen Züge der Politik die Ober-

hand gewinnen und eine Eigendynamik entfalten, die uns an der Seite der Regierung zu Kombattanten im so genannten Krieg gegen den Terror machen.

Wir können zwar noch hoffen, dass es in Afghanistan nicht zu einer Verschärfung der Terroranschläge wie im Irak kommt, aber auszuschließen ist dies nicht – und dann geraten wir leicht in den Sog der Vergeltungsmentalität und der Eskalation der wechselseitigen Maßnahmen. Es gibt hier eine Eigendynamik des Militärischen und des Antiterrorkampfes, vor der es einem nur grausen kann. Amerikanische Soldaten sind wahrscheinlich von Haus aus nicht grausamer als Deutsche. Die Folterszenen von Abu Ghraib sind Teil des Systems des militärischen Antiterrorkampfes. Dass man vor amerikanischen Militärgerichten jetzt nur die Folterknechte, aber nicht die Folterherren zur Verantwortung zieht, ist ein Skandal und bezeichnend für die Heuchelei im Krieg gegen Terror.

Doch man sollte sich keine Illusionen machen. Die Missachtung der Menschenwürde im Krieg gegen den Terror ist der militärischen Methode inhärent.

Werfen wir einen Blick zurück. Die Franzosen sind zweifellos eine Kulturnation, aber in der Auseinandersetzung mit den algerischen Guerilleros haben sich ihre Soldaten mit Billigung der Vorgesetzten entsetzlich verhalten. Sie haben gefoltert und gemordet. Und niemand wird behaupten, dass die Bundeswehr vor Vergleichbarem gefeit wäre, wenn ähnlich wie im Irak hunderte deutscher Soldaten zu Opfern terroristischer Selbstmordattentate würden. Man hat das Problem erkannt, aber ich glaube nicht, dass man es bei einer Belastungsprobe durch terroristische Anschläge in den Griff bekommen wird, es sei denn man denkt rechtzeitig über ganz andere Methoden der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus nach.

Aber denken wir jetzt nicht nur an Afghanistan. Wie würden sich die zivilen Deutschen verhalten, wenn es in Deutschland zu Terrorakten von Moslem-Extremisten käme? Käme es dann nicht zu Anschlägen auf Moscheen? Wären Kopftuchträgerinnen ihres Lebens sicher? Wir haben doch jetzt bereits einen gewalttätigen Rechtsextremismus in Deutschland. Da werden Menschen totgeschlagen wegen ihrer Hautfarbe oder weil sie „Russen“ sind, also noch nicht integrierte Russlanddeutsche. Die Opfer waren bisher allesamt Leute, von denen überhaupt keine terroristische Gefahr ausging, und trotzdem wurden sie verfolgt und erschlagen. Was wird erst geschehen, wenn es Anhaltspunkte gibt, dass bestimmte Gruppen mit wirklichen Terroristen sympathisieren oder gar kooperieren? Wir haben das warnende Beispiel der Anschläge auf Moscheen in den Niederlanden vor Augen – als Reaktion auf die Ermordung des Filmemachers van Gogh.

Die Falle: Eskalation der Abwehrmaßnahmen

In einem vergleichbaren – begrenzten Fall – könnte man wahrscheinlich auch in Deutschland eine Eskalation der Gewalttaten noch vermeiden. Aber was geschieht, wenn es zu einem großen Anschlag kommt und dieser mit hiesigen – tatsächlichen oder angeblichen – Moslem-Extremisten in Verbindung gebracht wird? Das neueste Rezept, Islamisten aus Deutschland auszuweisen, scheint mir keine Lösung zu sein. Sie ändert die Gesinnung der Ausgewiesenen nicht und sie sind wahrscheinlich im Ausland nicht weniger gefährlich. Und es ist im Übrigen auch zu bezweifeln, dass man die Richtigen erwischt. Mit der Vorstellung, dass sich in Deutschland so genannte Schläfer aufhalten, kann man den Generalverdacht gegen fast alle Muslime richten. Der bayrische Innenminister hat schon eine Liste von auszuweisenden Islamisten parat. Es ist doch merkwürdig, dass es ausgerechnet in Bayern die meisten Islamisten geben soll. Meine Generation fühlt sich da unwillkürlich an den Radikalenerlass erinnert, den Willy Brandt im Rückblick nicht gerade als Geniestreich empfunden hat.

Doch ich will mich jetzt nicht lange mit dem aufhalten, was man alles falsch machen kann, sondern nach den Grundsätzen einer gewaltfreien Strategie gegen den Terrorismus fragen. Wer eine Strategie sucht, muss zunächst die Situation und seinen Gegner verstehen und die eigenen Kräfte

einschätzen. Man muss nach den Ursachen der Konflikte und den Motiven der Terroristen fragen. Man wird diese letzten Endes in Ungerechtigkeiten und Demütigungen finden. Diese tief liegenden Ursachen muss man zu beseitigen und eine Eskalation von Terror und Vergeltung zu verhindern suchen. Doch wahrscheinlich wird dies kurzfristig nicht in dem Ausmaß gelingen, dass die Terroristen vollständig von ihren Anschlägen ablassen. Es bedarf also auch der direkten Vorkehrungen gegen Anschläge.

Bei allem Sinn für selbstkritische Ursachenforschung werden wahrscheinlich einige Vorstellungen der Terroristen radikal abzulehnen sein, insbesondere wenn diese im Gegensatz zu den Menschenrechten stehen, also zum Beispiel Frauen oder andere Religionen diskriminieren. Das Hauptproblem bei der Überwindung des Terrorismus besteht aber darin, dass die vom Terrorismus bedrohten Kollektive in der Regel aus Personen bestehen, die in ihrer Mehrheit dazu neigen, die ungerechten Positionen beizubehalten oder ihre Privilegien gar noch zu erweitern. Wer sie dabei stört, kann selbst zum Feind erklärt und zum Abschuss freigegeben werden. Diese Erfahrung musste die amerikanische Bürgerrechtsbewegung mit der Ermordung Martin Luther Kings machen. Konservative Politiker denken in der Regel über die Ursachen des Terrorismus nicht öffentlich nach oder sie reduzieren diese auf den religiösen Fanatismus, der aber eher ein Symptom ist als eine Ursache.

Dies bedeutet, dass die wirksamste Strategie der Überwindung des Terrorismus nicht kollektiv verfolgt werden kann, sondern vielmehr die Einsichtigen - auf sich allein gestellt bzw. in wechselnden Koalitionen - für mehr Gerechtigkeit zu sorgen haben. Dies ist das größte Handicap bei der Abwehr des Terrorismus und beim Vermeiden von Fehlern.

Der größte Fehler, den man machen kann, ist es, auf Terror mit Vergeltungsschlägen gegen vermeintliche oder tatsächliche Terroristen und deren angebliche oder tatsächliche Sympathisanten zu antworten und die Rechte der eigenen Bürger und der Ausländer in Deutschland im Interesse der Gefahrenabwehr einzuschränken. Vergeltungsschläge schrecken die Terroristen nicht ab, sondern rekrutieren nur neue Fanatiker. Vergeltungsschläge kommen nur dem Rachebedürfnis von Angehörigen der Opfer entgegen. Wie Terror und staatlicher Gegenterror sich wechselseitig steigern, lässt sich im Konflikt der israelischen Regierung mit den terroristischen Palästinenserorganisationen beobachten.

Die Lehren der Trauerfeier im Yankee-Stadion

Das Bestreben der gewaltfreien Pazifisten muss es sein, zur Trauer um den Verlust der Opfer des Terrorismus beizutragen und die Anteilnahme an der Trauer um wertvolle Menschen auch in das Lager der potenziellen Sympathisanten der Terroranschläge zu tragen. Nach dem 11. September 2001 gab es solche Sympathiebekundungen für die Opfer der Anschläge auch von muslimischer Seite, und diese waren besonders wichtig zur Korrektur des Feindbildes.

Ich will erinnern an die große Trauerfeier für die Opfer des Anschlags auf das World Trade Center noch im September 2001 im Yankee-Stadion in New York. Meine Familie hat wie Millionen Deutsche die New Yorker Trauerfeier im Yankee-Stadion am Fernsehgerät verfolgt. Amerika gedachte der Toten unter den Trümmern des World Trade Centers und die Welt trauerte mit den Bürgern von New York und Washington. Muslimische Geistliche trugen Suren aus dem Koran vor und baten um Gottes Segen für ihre Heimat. Schwarze Amerikaner sangen ihre Hymne „We shall overcome“ und der schwarze Pfarrer Forbes von der River Side Church zitierte kraftvoll und eindringlich die Seligpreisungen des Bergpredigers „Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen“.

Ich selbst war mit Freunden aus dem Internationalen Versöhnungsbund im Sommer des Jahres 2001 auf den Spuren Martin Luther Kings durch die USA gereist. Einige von uns waren auf die Aussichtsplattform der Twin Towers hochgefahren. Wir hätten also auch unter den Opfern eines

solchen Angriffs sein können. Auf unserer Amerikareise hatten wir an einem Gottesdienst in der River Side Church teilgenommen - im Gedanken an die berühmte Predigt Martin Luther Kings in dieser Kirche. King hatte 1967 - trotz der Warnungen vieler Weggefährten in der Bürgerrechtsbewegung - gegen die amerikanische Intervention in Vietnam gepredigt. Er hatte damals den prophetischen Satz gesprochen: Die Bomben, die wir über Vietnam abwerfen, werden in Amerikas Städten explodieren. Er dachte zunächst ganz praktisch an die Kosten des Krieges und die darum fehlenden Mittel im Kampf gegen die Armut in Amerika und in der Welt. Doch rückblickend scheint es mir, dass er auch in dem Sinne Recht behalten hat, dass die in den 90er Jahren fortgesetzten Demonstrationen amerikanischer militärischer Überlegenheit jetzt diese einerseits wütigen, andererseits präzise kalkulierten Anschläge provoziert haben.

Die Botschaft der Trauerfeier im Yankee Stadion war: Amerika lässt sich nicht terrorisieren. Aus dem, was dort gesprochen, gesungen und gebetet wurde, ließ sich der Schluss ziehen: Nun macht Amerika sich wieder an die Arbeit, es macht sich wieder an die Verwirklichung des amerikanischen Traums, zu dem neben dem Streben nach Glück für die Amerikaner auch das Streben nach Gerechtigkeit und Menschenwürde für alle Bewohner dieser Erde gehört.

Wahrscheinlich hätte den Auftrag zur Verwirklichung dieses Traumes Martin Luther King den Amerikanern mit auf den Heimweg gegeben, wenn er noch gelebt hätte, ja wenn er 1968 nicht ermordet worden wäre, weil er zu intensiv für die Gleichstellung aller Amerikaner, gegen die Armut in Amerika und in der Welt und gegen die Intervention in Vietnam agitiert hätte.

Big Stick – die imperialistische Politik des großen Knüppels

Das ungute Gefühl, das mich während der Trauerfeier immer wieder beschlich, rührte von dem Gedanken her: Während die New Yorker hier um ihre Toten trauern, und gemeinsam singen „We shall live in peace“ und den Segen Gottes für Amerika erbitten, wird auf den Flugzeugträgern der Angriff auf Afghanistan vorbereitet. Und die Montagszeitungen publizierten auch tatsächlich neben den Bildern von der Trauerfeier ein Luftbild des Flugzeugträgers Theodore Roosevelt. Auf der Startfläche in großen Buchstaben die beiden ominösen Worte „Big Stick“, anknüpfend an Teddy Roosevelts „Speak softly and carry a big stick“. Sprich sanft, doch habe den dicken Knüppel zur Hand!

Die deutschen Kommentatoren taten sich im September 2001 noch einiges darauf zugute, die Besonnenheit von Präsident Bush zu loben - und sie verdrängten darüber, dass er das ominöse Wort „Kreuzzug“ für sein Vorgehen verwendet und sich des Jägervokabulars bedient hatte. Mein Bochumer Kollege Professor Hans-Eckehard Bahr, ein Theologe, der in Chicago mit Martin Luther King zusammengearbeitet hat, sieht das Fatale darin, dass Präsident Bush ein apokalyptisches Weltbild hat, in dem die Guten gegen die Bösen kämpfen. Dazu passt auch die Vorstellung, dass es so genannte Schurkenstaaten gibt. Dieses apokalyptische Weltbild verbindet sich eng mit amerikanischen Wirtschaftsinteressen. Die „Politik des großen Knüppels“ war und ist Inbegriff der aggressiven imperialistischen Tradition in der amerikanischen Außenpolitik. Wer im September 2001 auf dieses Wort zurückgriff, beging aus psychologischer Sicht eine Torheit ersten Ranges. Er beraubte die aufrichtig sanften Töne der Trauerfeier ihrer inneren Wahrheit. We shall overcome, das Verlesen der Bergpredigt und das Entsenden von Flugzeugträgern passen unmöglich zusammen. Da muss man sich entscheiden.

Es war keineswegs so, dass die Anschläge vom 11. September 2001 in der arabischen Welt Begeisterung ausgelöst hätten. Als Jassir Arafat für die Opfer des Terroranschlags von New York demonstrativ Blut spendete, war dies auch ein Schlag gegen den Terrorismus, auch wenn manche darin nur hilflosen Opportunismus erblicken mochten. Arafat distanzierte sich damit von den Terroristen, auch wenn er nicht die Macht hatte, vergleichbare Attentäter in seinem Einflussbereich festzunehmen und vor Gericht zu stellen. Wenn einflussreiche Muslime sich in der ganzen Welt

von Selbstmordattentaten distanzieren und über diesen religiösen Wahnsinn das Notwendige öffentlich und bei den internen Beratungen sagen, dann ist dies das beste Mittel, Selbstmordattentaten zu begegnen. Das ist wirksamer als alle technischen Vorsichtsmaßnahmen auf Flughäfen und anderswo.

Aus einem noch im September 2001 in der Presse veröffentlichten ‚Leitfaden‘ bzw. geistlichen Anweisung der islamischen Attentäter ging deutlich hervor, dass diese sich einbildeten, etwas ganz und gar Gottgefälliges zu tun, und dass sie meinten, unmittelbar nach dem Attentat beginne für sie „das glückliche Leben“ und „der unendliche Reichtum mit den Propheten, Jüngern und Märtyrern und den guten Leuten“. Die wichtigste Frage bei der Terrorbekämpfung ist: Was kann in den Attentätern den Zweifel daran wecken, dass sie mit ihren Anschlägen Gottes Willen gehorchen?

Das Primat des Demotivierens der potenziellen Attentäter

Die Sicherheitsmaßnahmen der Innenminister machen den fanatischen Terroristen das Handeln schwerer, aber solche Abwehrmaßnahmen treffen diese nicht in ihren Überzeugungen bzw. Wahnvorstellungen. Diese Sicherheitsvorkehrungen sind nur neue Herausforderungen für die offenbar reichlich vorhandene technische Intelligenz der Attentäter. Sie werden immer neue Wege finden, ihre Terroranschläge durchzuführen - und die Möglichkeiten sind unerschöpflich.

Lassen potenzielle Attentäter sich durch Militärschläge beeindrucken? Imponiert ihnen die Demonstration überlegener militärischer Macht? Sicher nicht! Es steigert ihre Wut! Ihr ohnehin beleidigtes Selbstwertgefühl verlangt dann geradezu nach neuen Attentaten.

Unsere Industriegesellschaften sind enorm störanfällig. Mit geringem Aufwand lassen sich Katastrophen bewerkstelligen. Wenn man mit dem Intercity von Berlin nach Mannheim rast, dann kann man sich ja mal überlegen: Was würde passieren, wenn unmittelbar vor oder gar in einem der vielen Tunnel in Nordhessen ein Betonklotz auf dem Gleis läge. Einerseits furchtbar, andererseits einfach zu bewerkstelligen - und fast gar nicht zu verhindern. Zu Attentätern können auch Menschen werden, die in keinem Lager in Afghanistan für raffinierte Anschläge ausgebildet wurden. Und die schrecklichste Vorstellung ist für mich: Unsere Atomkraftwerke sind stationäre Atombomben im terroristischen Zugriffsbereich.

Ich bin zwar ein Gegner des Atomstroms, aber jetzt aus Angst vor Terroranschlägen von heute auf morgen die Atomkraftwerke abzuschalten, hielte ich auch nicht für angemessen. Wir befinden uns in Europa noch auf einer relativ niedrigen Eskalationsstufe der terroristischen Anschläge. Noch ist das Ziel der Terroristen nicht, größtmögliche Schäden zu verursachen. Wir haben es also noch in der Hand, die Eskalation auszubremsen. Wir können wahrscheinlich nicht verhindern, dass es zu weiteren Anschlägen nach dem Muster der bisherigen Attentate des Al-Kaida-Netzwerkes kommen wird. Das ist zwar schlimm genug, aber es ist noch auszuhalten. Man darf sich aber nicht in die Falle der Überreaktionen und der Gegenschläge locken lassen.

Indische Erfahrungen

Als ich 1997 sechs Wochen lang auf den Spuren Gandhis durch Indien reiste, nutzte ich die Gelegenheit, um einige Gandhianer, die sich als Mitglieder der von Gandhi angeregten Shanti Sena verstanden, nach ihren Verhaltensweisen im Falle von Anschlägen und von drohenden oder bereits ausgebrochenen Pogromen zu fragen. Unter der Shanti Sena – wörtlich übersetzt heißt das Friedensarmee – hat man ein Netzwerk von lokalen gewaltfreien Aktionsgruppen zu verstehen. Als Durchreisender vermag ich über die gegenwärtige Effizienz der Shanti Sena keine Aussagen zu machen, zumal ja die Verhinderung von Mord und Totschlag keine Schlagzeilen macht und wir in Europa nur erfahren, wenn mal wieder Hindus und Muslime sich wechselseitig umgebracht haben. Dabei sind allerdings die muslimische und die christliche Minderheit besonders gefährdet.

Der Hindu-Nationalismus ist eine ernste Gefahr. Meine Gesprächspartner haben solche Pogrome und die verhängnisvolle Rolle der hindunationalistischen Presse geschildert. Da wurde zum Beispiel in einem solchen Hetzblatt berichtet, wie Muslime Hindufrauen die Brüste abgeschnitten hätten usw. Wenn ein solches Pogrom droht oder bereits begonnen hat, ist die erste Maßnahme der Shanti Sena, dass sie zu einem interreligiösen Gebet einlädt. Das hat mich verblüfft und ich habe mich gefragt: Muss man da nicht ein bisschen mehr tun als beten? Allmählich habe ich dann begriffen, dass die Einladung zu einem gemeinsamen Gebet eine gute Idee ist – besonders bei Konflikten, die religiös legitimiert werden. Und diese Shanti Sainiks hatten im Übrigen keine Hemmungen, Gebete der verschiedenen Religionen miteinander zu kombinieren. Sie üben diese Gebetspraxis in den gandhistischen Ashrams seit Jahrzehnten. Das Vaterunser ist auch ein Bestandteil der Gebetsfolge.

Diese Gebetsversammlungen sind offen und sie wirken integrierend. Es bleibt dann nicht beim Beten. Es folgt die Verständigung über die Konfliktsituation. Die Shanti Sainiks begeben sich vor Ort, um Bedrohte zu retten und Verletzte zu bergen. Hindus nehmen Moslems bei sich auf. Pogrome werden meist durch Gerüchte ausgelöst. Die Shanti Sainiks gingen zu der betreffenden Zeitung und sagten, sie hätten Hinduärzte dabei und würden den armen Hindufrauen gerne helfen. Wo die denn wären. Es stellte sich heraus: Die Schauerstory mit den abgeschnittenen Brüsten war eine reine Erfindung.

Zu dem schlimmsten Pogrom kam es vor wenigen Jahren, als in einem mit Hindupilgern besetzten Zug auf der Fahrt Feuer ausbrach und viele verbrannten. Das Feuer wurde Moslems zur Last gelegt. Wahrscheinlich waren aber Paraffin-Kocher außer Kontrolle geraten. Viele Moslems wurden massakriert und Frauen vergewaltigt, bevor der Fall geklärt werden konnte. Ich weiß nicht, was die Shanti Sena in dieser Situation vermochte. Ich fürchte, dass sie auf diese große Welle der Gewalttaten, gegen welche die Polizei nicht vorging, nicht ausreichend vorbereitet war. Bei großen Pogromen genügen auch nicht einige wenige besonnene Gandhianer. Da hängt der Erfolg einer gewaltfreien Intervention auch davon ab, ob eine ausreichende Zahl von ausgebildeten Personen abrufbereit vorhanden ist.

Doch die Methode, sich als allererstes zu einem interreligiösen Gebet zu versammeln und dabei darauf zu achten, dass Vertreter der angeblich verfeindeten Gruppen beteiligt sind, finde ich nach wie vor – zumindest im Ansatz – ganz ausgezeichnet. Man stelle sich vor, dass nach Anschlägen oder Vergeltungsschlägen in Israel oder in den besetzten Gebieten nicht weitere Schläge angekündigt würden, sondern sich Israelis und Palästinenser im Gebet und in Trauer versammeln und dieser Toten gedenken würden. Ich habe hier besonders den vorhersehbaren ersten Anschlag nach der Amtseinführung von Palästinenserpräsident Abbas an einem Grenzübergang im Auge. Dabei sind ja Juden und Palästinenser gemeinsam umgekommen.

Ich weiß natürlich auch, dass gemeinsames Trauern sich nicht einfach machen lässt. Es kommt mir auf die Richtung an: Wichtig ist, dass die Trauer um Menschen, um wertvolle, unersetzbare Menschen, die noch lange hätten leben sollen, immer stärker in den Vordergrund gerückt wird. Den Anhängern der Terroristen muss deutlich werden, dass den Anschlägen Menschen zum Opfer fielen, die keine Bösewichter waren, keine Schurken, sondern einfach Menschen, die von ihren Mitmenschen – trotz mancher Fehler – geliebt wurden. Und auch bei den Selbstmordattentätern muss deutlich werden, wie verblendet es ist, sein Leben für eine Wahnidee zu opfern. Es muss für die Eltern, gerade auch für die Mütter, eine repressionsfreie Möglichkeit geschaffen werden, öffentlich zu sagen, was sie vom Martyrium ihrer Kinder halten.

In Ansätzen gibt es solch solidarisches Zusammenstehen und Überwinden der Grenzen der Religionszugehörigkeit auch in Deutschland. Nach Brandanschlägen auf Ausländerheime und von Türken betriebene Gaststätten und von Türken bewohnte Häuser hat es neben den großen offiziellen Kundgebungen auch öffentliche Mahnwachen und Schweigekreise gegeben. Ich habe einen solchen Schweigekreis einmal in Bad Windsheim, einer fränkischen Kleinstadt, miterlebt. Meine

Frau stammt aus diesem Ort und ich kenne dort einige Menschen. Was mich überraschte, war dass viele in Windsheim lebende Türken zu dem Schweigekreis kamen und an dem anschließenden Gottesdienst in der Stadtkirche St. Kilian wie selbstverständlich teilnahmen. Doch so selbstverständlich ist dies in einer fränkischen Kleinstadt gerade nicht. Ich glaube, diese Türken waren zum ersten Mal in dieser Kirche. Warum sollten Deutsche nach einem Anschlag gegen Türken nicht auch mal mit ihnen zum Gebet in eine Moschee kommen? Dies muss allerdings angebahnt und eingeübt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass es bei Parallelgesellschaften bleibt.

Albert Camus: Der Mensch in der Revolte

Beim Konflikt mit dem Terrorismus und denjenigen, die meinen, ihm den Krieg erklären zu können, geht es auch um eine weltanschauliche Auseinandersetzung. Es geht um das Humane im Menschen. Ich war zunächst überrascht, in dem Terrorismus-Heft des „Friedensforums“ als letzten Beitrag einen Auszug aus Albert Camus' „Der Mensch in der Revolte“ zu finden. Ich will diesen Auszug hier jetzt nicht referieren. Ich will nur ein paar Sätze zitieren, die einerseits darauf hinweisen, dass man mit politischem Mord keine menschliche Welt schaffen kann, und andererseits andeuten, dass in der verzweifelten Bereitschaft zum Selbstmord des Attentäters auch ein Stück Einsicht in die Unmöglichkeit steckt, mit diesem Mittel etwas Gutes zu bewirken. „... es geht darum zu entscheiden, ob es möglich ist, ... jemanden zu töten, dessen Ähnlichkeit mit uns wir eben festgestellt und dessen Identität wir bestätigt haben... Wenn ein einzelner Mensch tatsächlich getötet wird, verliert der Revoltierende gewissermaßen das Recht, von der Gemeinschaft der Menschen zu sprechen... Sobald der Rebell zuschlägt, schneidet er die Welt entzwei. ... Er kann sagen, einige oder fast alle seien mit ihm. Aber wenn ein einziges Wesen in der unersetzlichen Welt der Brüderlichkeit fehlt, ist sie entvölkert... Der Revoltierende kann sich nur auf eine Weise mit der mörderischen Tat versöhnen, wenn er sich zu ihr hinreißen ließ: durch die Hinnahme seines eigenen Todes.“

Man macht es sich wahrscheinlich zu einfach, wenn man davon ausgeht, dass Selbstmordattentäter dies nur in der so simplen wie sicheren Erwartung tun, auf schnellstem Wege ins Paradies zu gelangen, und dass sie sicher sind, etwas Gottgefälliges zu tun. Man erfährt ja aus den Medien fast nichts über die Motive von Terroristen und es gilt ja fast als unanständig, sich für diese Terroristen als Menschen zu interessieren. Und doch ist es wichtig, dass wir dies in einem kritisch-sympathisierenden Sinne tun. Nur so gewinnen wir die Möglichkeit, auf sie und die Menschen in ihrer Umgebung einzuwirken.

Nun haben wahrscheinlich die wenigsten von uns direkten Kontakt zu Moslems oder gar zu potenziellen Terroristen. Es geht mir an dieser Stelle um die Grundregel, dass Terrorismus am wirksamsten von denjenigen verhindert werden kann, die zum persönlichen Umfeld der Terroristen gehören. Und ein solches Umfeld hat jeder dieser Terroristen, zumindest in der Zeit seiner Rekrutierung für eine solche Organisation. Am besten ist es sicher, wenn die Kandidaten in ihrem Umfeld auf Menschen treffen, welche Erfahrung haben im gewaltfreien Kampf gegen Ungerechtigkeiten und Demütigungen. Damit ist es in bestimmten Ländern nicht gut bestellt. Unter den Palästinensern und den Israelis gibt es nicht viele Nachwuchsgandhis, aber trotzdem ist jeder Versuch, beim Protest auf die gewaltfreien Alternativen zum Terror hinzuweisen, bedeutsam, und manches wird vielleicht auch im Fernkurs gelernt. Auch in der deutschen Friedensbewegung hat man - und das waren ganz wenige - von Gandhi nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst nur Aufsätze aus den 20er Jahren gelesen. Doch dass der linksextreme Terrorismus sich in Deutschland nicht ausbreiten konnte und die RAF sich isolierte, hat meines Erachtens auch daran gelegen, dass es seit Anfang der 60er Jahre im linken Milieu eine wachsende Zahl von artikulationsfähigen Vertretern der gewaltfreien Aktion gab, die mit Argument und Tat zeigen konnten, wie man mit gewaltfreien Methoden mehr erreichen kann als mit den Methoden der Stadtguerilla.

Erfahrungen im Umgang mit deutschen Terroristen

Ich denke, dass in dieser Hinsicht auch die Aktionsforschung und die Lehre von der gewaltfreien Politik an den deutschen Hochschulen einiges bewirkt hat. Ich habe am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität nach der Ermordung von Arbeitgeberpräsident Schleyer einen Kurs angeboten zum Thema „Die zivile Linke zwischen Konterreform und Stadtguerilla“. An diesem Kurs haben auch Kandidaten teilgenommen, die sich noch nicht darüber im Klaren waren, ob sie auf Dauer zur zivilen Linken gehören wollten. Solche Orientierung suchenden Studenten sind mir an der Universität – mehr oder weniger offen - immer wieder begegnet. Nicht alle waren zu überzeugen. Und ich habe mich des Öfteren gefragt, ob ich in meinem Engagement für soziale Gerechtigkeit nicht zu furchtsam war. Peter Grottian und Wolf-Dieter Narr waren da mutiger als ich. Und doch wage ich die Aussage, dass linke Hochschullehrer mit ihren Argumenten und auch durch ihr politisches Engagement dazu beigetragen haben, dass terroristische Methoden sich im linken Milieu nicht ausgebreitet haben – und unsereiner war dann besonders froh, wenn ehemalige Terroristen öffentlich bekundeten, dass sie terroristische Methoden heute für verkehrt halten und sich für gewaltfreie Methoden einsetzen. Es kommt schon vor, dass ein Saulus zum Paulus wird, wenn man ihm eine neue Chance gibt. Ein ehemaliges Mitglied der RAF arbeitet heute im Auftrag des Forums Ziviler Friedensdienst im Kosovo. Ich kann mir gut vorstellen, dass auch Palästinenser, die heute Selbstmordattentate befürworten oder gar unterstützen, sich mittelfristig umstimmen lassen.

Die wichtigste Maßnahme zur Abwehr von Terroranschlägen ist es, bei den potenziellen Attentätern die inneren Hemmungen gegen Selbstmordattentate zu stärken, statt diese seelischen Hemmungen mit dem großen Knüppel, dem big stick, zu zertrümmern.

Wie weit kooperieren mit staatlichen Antiterror-Programmen?

Es gibt nur die Möglichkeit, einseitig aus dem Reaktionsschema, Gewalt mit Gewalt zu beantworten, auszusteigen. Man sollte dies bedingungslos und einseitig tun. Auf jeden Fall funktioniert es am schnellsten, wenn man ankündigt, dass man ab sofort bei seiner gewaltfreien Strategie bleiben wird, egal, was die andere Seite macht bzw. was deren unkontrollierbare, politische Parteigänger tun werden. Das konsequente einseitige Aussteigen aus dem Gewaltzyklus war die Strategie, die Gandhi und Nehru in Indien beim Kampf gegen den Kolonialismus verfolgten. Nehru hat dies folgendermaßen formuliert: „Die Engländer wissen, dass wir eine gewaltfreie Strategie verfolgen, und dass wir dabei bleiben werden.“

Zur Solidarität mit den Opfern von Terroranschlägen gehört, dass man den Terror ohne Wenn und Aber als Verbrechen verurteilt. Da darf es keine „klammheimliche Freude“ oder irgendwelche kuriosen Aussagen über den ästhetischen Reiz von Anschlägen auf Symbole wie das World Trade Center oder das Pentagon geben. Terror darf überhaupt nicht gerechtfertigt werden. Bei der deutschen Linken hat es zu lange gedauert, bis sie die Methoden der RAF klar und deutlich als verbrecherisch gekennzeichnet und die Hungerstreiks gegen die Isolationshaft als Methode, Nachwuchs zu rekrutieren, durchschaut und entsprechend reagiert hat. Wenn man sich vom Terrorismus unmissverständlich distanziert, dann lassen sich rechtswidrige staatliche Unterdrückungsmethoden gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen Terroristen umso glaubwürdiger anprangern, zum Beispiel im Blick auf das Gefangenenlager von Guantanamo.

Doch wie weit sollte die Friedensbewegung mit rechtsstaatlichen Programmen zur Abwehr der Terroristen kooperieren? Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die sinnvoll sind oder denen man sich zumindest nicht entziehen kann. Ich denke hier an die Personenkontrolle vor dem Einsteigen in Flugzeuge oder vor dem Betreten von Versammlungsräumen, in denen mit Anschlägen zu rechnen ist. Erzbischof Romero wurde durch eine offen stehende Kirchentür von einem Auto aus erschossen und Martin Luther King auf einem Balkon. So einfach darf man es Attentätern nicht machen, aber ein umfassender Personenschutz ist im Rahmen gewaltfreier Politik nicht möglich. Man

kann besonders gefährdete Personen begleiten. Die Peace Brigades International haben dies mit Erfolg praktiziert. Europäische und amerikanische Freiwillige begleiteten von Todesschwadronen bedrohte lateinamerikanische Bürgerrechtler. Doch in zugespitzten Situationen muss man es ertragen, dass auch gewaltfreie Politiker ermordet werden. Das sind dann schlimme Verluste, aber die gewaltfreie Politik als solche ist damit nicht zu treffen.

Das Risiko, solche Verluste zu erleiden, ist gewaltsamen Schutzvorkehrungen vorzuziehen. Ich selbst habe mich mal auf polizeilichen Personenschutz eingelassen, als meine Familie von Rechts-extremisten bedroht wurde. Der demonstrative, nächtliche Polizeischutz vor unserem Haus hat damals (1984) beruhigend gewirkt. Es war für mich auch die bequemste Lösung. Doch vorbildlich finde ich mein Verhalten rückblickend nicht.

Eine gewisse Kooperation mit der Polizei und Strafverfolgungsbehörden halte ich schon für möglich, sogar für empfehlenswert. Das gilt besonders für einfache Sicherheitsvorkehrungen, wie zum Beispiel die Personenkontrollen an Flughäfen und anderen Orten. Warum sollten Pazifisten nicht kooperieren, wenn es zu beweisen gilt, dass sie keine Waffe bei sich tragen? Warum sollten sie nicht polizeilichen Empfehlungen folgen und unnötige Risiken meiden? Problematisch ist an manchen Sicherheitsvorkehrungen, dass sie Bürgerrechte einschränken bzw. den Bürger der staatlichen Kontrolle überantworten und dabei die Allgemeinheit in der Vorstellung bestärken, dass sich mit irgendwelchen technischen Vorkehrungen Anschläge effektiv verhindern ließen. Die technische Intelligenz der Attentäter wird immer wieder ausreichen, neue Anschlagmöglichkeiten zu erkunden und Kontrollen zu entgehen.

Terroranschläge lassen sich am besten verhindern, indem man die psychischen Hemmungen bei den potenziellen Attentätern verstärkt. Wahrscheinlich ist die Zahl der so genannten „Schläfer“, also der ausgebildeten Terroristen, die auf ihren Einsatzbefehl warten, sehr gering, wenn es sie überhaupt gibt. Was es tatsächlich gibt, sind immer wieder Menschen, die in ihrer Frustration oder aus Empörung über Ungerechtigkeiten zur Gewaltanwendung tendieren und sogar terroristische Anschläge erwägen. Die allermeisten setzen ihre Gedanken nicht sofort in die Tat um, sondern probieren im Gespräch aus, wie sie damit ankommen. Es gibt im Umfeld jedes potenziellen Terroristen Menschen, die auf ihn einwirken können. Deren Fähigkeit zu stärken, scheint mir die allerwichtigste Aufgabe zu sein.

Das Gebot der Ausdauer bei gewaltfreier Politik

Ich leite diese Schlussfolgerung aus Erfahrungen ab, die ich an der Universität gemacht habe. Als Konfliktforscher hat man dort immer wieder mal mit potenziellen Terroristen zu tun, die noch mit dem Gedanken an den bewaffneten Kampf spielen. Ich denke, dass die Seminare von Wolf-Dieter Narr, Peter Grottian und mir auch Beiträge zur Eindämmung des Terrorismus waren, weil sie zeigten, wie man mit gewaltfreien Mitteln einen Konflikt besser dramatisieren und konstruktiv bearbeiten kann als mit agitatorischem Terror. Doch man macht sich damit in der Szene nicht beliebt. Peter Grottians Auto wurde zerstört, als er sich für einen gewaltfreien Verlauf des 1. Mai engagierte, und im Treppenhaus des Otto-Suhr-Instituts begrüßte mich mal in Sprayschrift die Aufforderung: „Barschel, Schleyer, Strauß – Ebert such Dir was aus“. Das war Diskurs nach Art des Hauses.

Doch ich bleibe dabei: Das argumentative Einwirken auf potenzielle Terroristen und die Demonstration der Wirksamkeit gewaltfreier Methoden beim Überwinden von Ungerechtigkeiten ist die beste Methode bei der Terrorismusbekämpfung. Dazu kommen rechtsstaatliche Mittel der Verfolgung von Straftaten durch Polizei und Justiz. Es bedarf nicht einmal neuer Gesetze. Dieses argumentative Einwirken kann auch indirekt über die Medien erfolgen. Es gibt Medien, welche auch die Moslems erreichen, die nicht zu unserem Bekanntenkreis gehören.

Wenn man den Terroristen den Krieg erklärt, dann wertet man sie politisch auf. Die Art und

Weise der Bekämpfung der RAF war auch schon reichlich martialisch. Doch hätte man ihr auch noch den „Krieg erklären“ sollen, weil sie sich selbst als „Armee“ bezeichnet und neben zivilen auch militärische Ziele angegriffen hat?

Wenn es weiterhin zu Terroranschlägen kommt - und dies ist wahrscheinlich -, muss man sie eben aushalten und Überreaktionen vermeiden. Attentate auf Busse und U-Bahnen oder die Explosion einer Bombe in einem Restaurant oder einer Universitätsmensa sind scheußliche Verbrechen, aber sie können die Funktionsfähigkeit des angegriffenen politischen und sozialen Systems nicht treffen. Die Bezeichnung „Krieg gegen den Terror“ verleiht den relativ wenigen Terroristen ein politisches Gewicht, das sie an und für sich gar nicht haben. Im Vergleich zu den Auswirkungen eines zwischenstaatlichen Krieges oder eines Bürgerkrieges oder auch nur der Umweltveränderungen in Folge der industriellen Expansion stellen die Attentate der Terroristen nur geringfügige Eingriffe ins wirtschaftliche und soziale System dar. Bisher haben die Terroristen außer Schlagzeilen und Fernsehbildern nicht viel zustande gebracht. Was bedeuten schon die Zerstörung eines Büroturms oder eines Hotels und einige hundert oder auch einige tausend Tote für das Überleben eines sozialen Systems? Doch ich muss zugeben, dass mir bei dieser Frage nicht wohl ist. Sie vernachlässigt das Leid der Einzelnen, und Selbstmordattentate könnten in Zukunft empfindlichere Stellen treffen. Technisch gibt es dagegen keinen wirklichen Schutz. Doch die strategische Konsequenz bleibt dieselbe, ich fasse sie in drei Punkten abschließend zusammen:

1. Die Soziale Verteidigung gegen den Terrorismus muss ansetzen beim Demotivieren der Terroristen.
2. Die primären Träger des Widerstandes gegen den Terrorismus sollten Menschen im Umfeld der potenziellen Attentäter sein.
3. Das Ziel sollte die Reduzierung des globalen Defizits an sozialer Gerechtigkeit sein. Jede deutlich erkennbare Maßnahme auf diesem Wege ist ein Schlag gegen den Terrorismus.

Der Text ist ein Vortrag, den der Autor an der Universität Mannheim am 25. Januar 2005 auf Einladung der studentischen Gruppe Polimotion gehalten hat.

Alternative security concepts – what can we learn from past experience?

What new challenges do we face?

Barbara Müller

Alternative concepts of defence and security became my main focus of interest when I joined the peace movement as an activist in the early 1980s. A strong polarisation between the superpowers was a characteristic feature of that time with the Soviet Union having invaded Afghanistan in 1979, and Western countries consequently boycotting the Olympic Games in Moscow the next year. To initiate war and to win it seemed for the first time after the nuclear stalemate possible, at least according to new military doctrines like “Air-Land-Battle” and a new generation of nuclear missiles.

For us in Germany a horrible vision became more and more realistic: our country being the battleground in that future war, and being totally devastated regardless who would win.

This perspective brought millions of people to the streets in the late 1970s and early 80s, not only in Germany, but in the UK and the Netherlands as well. And people felt the need for arguments that could challenge the dominant doctrine. Interestingly, the following concepts were - and still are - truly those of the social movements – developed by (some) military experts, scholars, and activists, but never adopted by a state as defence doctrine.

One strategy was to formulate not self-destructive alternatives in the area of defence and security. A major body of literature resulted from this, and I will not go into details when I briefly sketch the broad lines of argumentation and assumptions. My purpose is to examine what might be still valid for the present.

A common basic assumption the different authors shared was that there were alternatives to mass destruction in case of a foreign occupation of the own territory. All concepts were based on the will of the population to defend their sovereignty.

One strand elaborated a strategy that mixed civilian resistance with military warfare; another one developed a strictly non-violent defence concept. A third one eliminated all offensive options and capabilities from the military doctrine and equipment in order to give a clear signal that the military served only defensive purposes.

From our perspective today, very little attention was given to:

1. Foreign policy and crisis prevention with political and economic means.
2. Dependency on raw materials and resources and how to “secure” them.
3. “Humanitarian interventions” into third countries.

In order to make the old concepts fit for the challenges we face there is a need to adapt them to new conflict constellations and to newly evolved mechanisms for conflict and crisis prevention.

What can we learn from those old concepts? Three arguments can be highlighted:

1. The way those concepts were developed. The authors tried to develop realistic scenarios of future development, and used them as a point for departure for their strategizing. This proved to be very helpful because it led to the causes for going to war or triggering conflict.

2. One way to develop defence alternatives is to find non-military equivalents for all the purposes where military seems to be needed. The basic question is: “What can be defended by non-military means – and what cannot?. What about natural resources – is it ethically justified to secure them using military means as a last resort? The dominating military doctrines’ implications have to be put on the table and analysed. Up to now hidden economic agendas are only too easily clouded by terms like “humanitarian intervention”.

3. A debate on alternative security concepts can be a powerful tool in the overall discussion on economic and political paradigms and necessary changes. As soon as force is excluded as a means for securing resources there is no final military backing for economic expansion. When it is clear that resources are needed but cannot – or must not - be secured by violent means then the access has to be secured by negotiations with the owners of the resources. Or the dependency on raw materials has to be lessened. All that provides strong impetus for economic, ecological, and political change.

A brief conclusion: The emerging and growing military role of the EU should be critically reviewed under the premise of a non-military defence policy and strategy. This would probably reveal hidden agendas and make them accessible for open debate. The security aspect could provide strong arguments for the overall debate on necessary economic, ecological and political change.

This text is based on a presentation given by the author at the TNI – Seminar “Another Europe is possible – How do we build it?” May 23-24, 2005, Transnational Institute, Amsterdam, during the Session: “Challenge in building alternatives. Perspectives – Movements/ campaigns in Europe”

Pazifismus und Soziale Verteidigung

Christine Schweitzer

Soziale Verteidigung als ein Konzept gewaltfreier Konfliktaustragung befindet sich in unmittelbarer philosophischer Nähe zum Pazifismus, auch wenn einzelne ihrer VertreterInnen versuchten, sich aus dem, was sie als einen ideologischen und der Sache abträglichen Dunstkreis betrachteten, zu lösen und das Konzept ‚politikfähig‘ zu machen. Besonders Gene Sharp und seine Schule sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Ich stimme dieser Schule darin zu, dass Soziale Verteidigung durchaus ein effektives Instrument sein kann und es nicht eines grundsätzlichen Bekenntnisses zur Gewaltfreiheit bedarf, um es anzuwenden. Aber im Unterschied zu ihr meine ich, dass ohne eine Auseinandersetzung mit der Ablehnung von Krieg und den Gründen dafür jenseits der Jüngste-Tag-Visionen des atomaren Holocausts Soziale Verteidigung keine Chancen haben wird, sich zu entwickeln. Soziale Verteidigung wurde vor dem Hintergrund einer Kriegsalternative entworfen, die absolute Vernichtung bedeutete. Das internationale Szenario hat sich jetzt jedoch gewandelt. Nur wenige halten noch den alles vernichtenden Atomkrieg für die größte Bedrohung, wenngleich er sicherlich weiterhin nicht ausgeschlossen werden kann, denkt man an solche möglichen Feinde wie die USA und China. Aber der ‚alltägliche Krieg‘ beweist sich als führbar, und um ihn zu führen, rüstet Europa, rüsten die USA, rüstet auch Deutschland derzeit auf. Deshalb braucht es m. E. eine Auseinandersetzung mit Krieg grundsätzlich, und damit auch eine Auseinandersetzung mit Pazifismus.

Militär als ‚Ultima Ratio‘?

Pazifismus erregt heute eigentlich nur dann Aufsehen, wenn er gerade einmal wieder zu Grabe getragen wird. Wie zu Beginn des Jahres 2002 im Beitrag von Ludger Volmer in der Frankfurter Rundschau, der unter dem Titel „Was bleibt vom Pazifismus“⁶⁴ zunächst alle Argumente, die jemals gegen bestimmte Kriege bzw. gegen Krieg allgemein vorgebracht wurden, unter den Begriff des „Pazifismus“ subsumiert wurden, um damit sein Argument der Zeitgebundenheit des pazifistischen Ansatzes zu untermauern und letztlich den „Krieg als letztes Mittel“ als neueste Entdeckung des Pazifismus anzupreisen. Dabei wirft Volmer antimilitaristische, echt pazifistische, schlicht friedensbewegte und antiimperialistische Positionen und Argumente in einen Topf. Meines Erachtens verdiente dieser Artikel die Beachtung nicht, die er erhielt. Die gleichen Fragen⁶⁵ wurden schon 1991 im zweiten Golfkrieg, während des Bosnien-Krieges 1992 bis 1995 (u. a. vom heutigen Außenminister Fischer) und während des Kosovo-Krieges 1999 aufgeworfen, wobei von Krieg zu Krieg wenig Neues hinzukam. Die Grundfrage blieb stets: „Gibt es nicht doch Situationen, wo nur Militär/ Gewalt helfen kann?“ Und dieselbe Frage wurde auch schon im ersten Weltkrieg, im spanischen Bürgerkrieg (1936-1939)⁶⁶, im Zweiten Weltkrieg, anlässlich des Vietnamkriegs und anlässlich der Befreiungskriege im Süden (besonders Nicaragua und El Salvador) gestellt. Sie alle waren Ereignisse, die viele PazifistInnen verunsicherten, manche zur bewussten Abkehr von ihren bisherigen Überzeugungen veranlassten, andere zum Bemühen, ihre pazifistische Grundüberzeugung mit einer Befürwortung oder zumindest Nicht-Ablehnung des betreffenden Krieges in Einklang zu bringen.⁶⁷ Man lese z. B. mal nach, was in der britischen Peace News, der

⁶⁷ Als Beispiel für viele soll hier an die Erklärung des geschäftsführenden Vorstandes von Pax Christi vom 9.8.95 erinnert werden, in der es u. a. heißt: „Wir halten ... um der Glaubwürdigkeit unseres Friedenshandelns willen ein künftiges militärisches Eingreifen dann für gerechtfertigt, wenn - wie im Fall von Srebrenica und Zepa - Menschen in unerträglichem Maße schutzlos der Gewalt von Aggressoren ausgeliefert sind“ (zitiert nach Friedensforum 4/95, Hrsg. Netzwerk Friedenskooperative Bonn, S. 23 f.).

⁶⁴ Ludger Volmer: „Was bleibt vom Pazifismus?“, in: FR vom 7. Januar 2002.

⁶⁵ Für einen Überblick siehe Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack 1991: Wolf Biermann gehörte zu den ersten „Bellizisten“, die den Krieg gegen den Irak aus der ‚deutschen Verantwortung‘ rechtfertigten.

⁶⁶ Siehe Xabier Aguirre Aranburu: „Was würde ich machen, wäre ich heute in Spanien?“, in Graswurzelrevolution Nr. 208/209, S. 56-62.

vielleicht ältesten noch existierende pazifistischen Zeitung, zu Beginn des 2. Weltkrieges diskutiert wurde. Wenn man die Namen austauschte, würde man an einigen Stellen meinen, eine Debatte über Bosnien oder Kosovo zu lesen.

Wenn es vor diesem Hintergrund gesehen wird, wie viel Neues gibt es eigentlich nach dem 11. September 2001?

In den 90er Jahren, die vielleicht als das Jahrzehnt der „humanitären Interventionen“ in die Geschichte eingehen werden, hieß das Argument: „Wir können doch nicht Bruch von Völkerrecht und möglichen Genozid hinnehmen“; und es wurden Parallelen zum Zweiten Weltkrieg aus der Sicht der Alliierten hergestellt. Während des Bosnien-Krieges, besonders in der Zeit 1994/95, als Raketenangriffe die belebten Innenstädte Sarajevos und Tuzlas trafen und die ostbosnischen UN-Schutzzonen angegriffen wurden, genoss Präsident Milosevic die gleiche zweifelhafte Ehre eines Vergleiches mit Hitler wie schon 1991 Präsident Saddam Hussein. Die Europapolitik gegen Bosnien wurde mit der Appeasement-Politik 1938/39 gegenüber Deutschland verglichen.⁶⁸ Und auch schon, wie 1999 im Jugoslawien-Kosovo-Krieg dann durchgängig, wurde behauptet, dass „Nie wieder Krieg“ gleichberechtigt neben „Nie wieder Auschwitz“ stehe.⁶⁹

Jetzt, nach dem 11.9.2001, geht es nicht um eine Bedrohung anderer, denen man beistehen soll, sondern um eine - vermeintliche oder reale - unmittelbare eigene Bedrohung, die zur Begründung herhalten muss. In den Worten Volmers (a. a. O.): „Doch heute gilt: Es gibt nicht nur eingebildete Feindbilder, es gibt auch wirkliche Feinde ...“. Aber neu ist diese Entdeckung doch wohl nur für diejenigen, deren politisches Denken 1989 einsetzt. Denn auch vor 1989 galt es in den Worten der Herrschenden in Ost und West, sich gegen „wirkliche Feinde“ zu wappnen und zu verteidigen.

Angesichts beinahe unzähliger „Bindestrich-Pazifismen“, die keineswegs alle erst von Volmer erfunden wurden - Nuklearpazifisten⁷⁰, „Politische“, relative Pazifisten⁷¹, radikale Pazifisten, „absolute Pazifisten“⁷² usw., ist es erforderlich, eine Begriffsklarstellung vorzunehmen.

Eine Gleichsetzung von Pazifismus mit jeglicher friedensbewegter Haltung, wie sie z. B. Karl Holl, der Verfasser einer der deutschen Standardwerke über die Geschichte des Pazifismus, vornimmt, würde den Begriff m. E. überflüssig machen. Die Friedensbewegung war immer eine Sammelbewegung aus Menschen mit verschiedenen Motivationen, darunter der Angst vor Krieg als einer sehr wichtigen.⁷³ Eugen Drewermann sagt hierzu: *„Wenn ich keinen Krieg will, weil ich Angst vor dem Krieg habe, dann will ich lediglich diesen Krieg nicht, der mich erreichen wird. Das ist aber noch keine Haltung gegen den Krieg als solchen. Ganz im Gegenteil: Wer Angst hat, wird aus lauter Angst um sich schlagen, wenn Gewalt ihn selbst bedroht. Wir müssen gegen den Krieg sein, weil Krieg darin besteht, Menschen zu Morden zu präparieren. Was Menschen im Rahmen von Militär und Krieg mit Menschen machen können und machen sollen, das ist das Grauenhafte.“*

Pazifismus soll hier allein als die totale, ausnahmslose Ablehnung von Krieg verstanden werden, wie sie u. a. bei Drewermann und in der Grundsatzerklärung der War Resisters International zum Ausdruck kommt: *„Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Form von Krieg zu unterstützen und für die Beseitigung der Ursachen von Krieg einzutreten.“*

Der Begriff „Pazifismus“ hat vor kurzem seinen hundertsten Geburtstag gefeiert. Er wurde das erste Mal 1901 von dem französischen Friedensaktivisten E. Arnaud⁷⁴ benutzt und setzte sich

⁶⁸ Ernst-Otto Czempel kritisiert diese Position in einem Interview in DER SPIEGEL 35/1995, S. 41 ff.

⁶⁹ Zum Beispiel: Joschka Fischer, „Das wäre blutiger Zynismus“, in: DER SPIEGEL 34/1995, S. 27 ff.

⁷⁰ Wolfram Wette 1998.

⁷¹ Gerhard Krell 1998, „Konfliktfähiger Pazifismus“, in: Grundmann/Hummel a.a.O., S. 41-50.

⁷² Brock/Young 1999, S. X.

⁷³ Drewermann 2002, S. 61.

⁷⁴ Holl 1988, S. 69.

schnell in der politischen Diskussion durch. Radikale Ablehnung von Krieg ist hingegen schon wesentlich älter und findet sich als Gebot zur Nichtgewalt in vielen Religionen und Philosophien. Brock und Young (a. a. O. S. 4) unterscheiden als Quellen des modernen Pazifismus, wie er sich in Europa und Nordamerika im letzten Jahrhundert entwickelte:

- die Doktrin des Nichtwiderstandes von Wiedertäufern und Mennoniten der Reformation;
- das Friedenszeugnis der Quäker;
- die Kriegsdienstverweigerung der Zeugen Jehovas;
- den völkerrechtlich-institutionellen Ansatz der Friedensgesellschaften im ausgehenden 19. Jahrhundert;⁷⁵
- den sozialistischen - und anarchistischen, möchte ich hinzufügen - Antimilitarismus⁷⁶ in den fünfzig Jahren vor 1914.

Bis heute ist der religiös begründete Pazifismus einer der stärksten⁷⁷, zumal wenn man den buddhistisch-hinduistisch geprägten Gandhianismus mit dazurechnet. Verschiedene AutorInnen weisen auch darauf hin, dass es ein Äquivalent von dem, was Gandhi als Satjagraha bezeichnet und im Deutschen aktive Gewaltfreiheit oder neuerdings in einem von dem Theologen Martin Arnold geprägten Begriff auch „Gütekraft“ genannt wird, in allen Weltreligionen gibt.⁷⁸ In dieser Argumentation setze ich Pazifismus und aktive Gewaltfreiheit gleich, zwei Begriffe, die von einigen AutorInnen, z. B. Wolfgang Sternstein,⁷⁹ voneinander getrennt werden. Sie gehören in meinen Augen zusammen, weil eine Alternative zur Ablehnung dazukommen muss, und auch zu Beginn der Geschichte des Begriffes Pazifismus in anderer Form, der einer völkerrechtlichen Vision, ja auch vorhanden gewesen ist.)

Das heißt aber nicht, dass es nicht auch humanistisch argumentierende PazifistInnen gegeben hat und heute noch gibt. Ihre Sichtweisen sind allein nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen, weshalb sie in Darstellungen über Pazifismus oft nicht genügend berücksichtigt werden. Dennoch scheint es mir im Interesse eines Dialogs über die politische Analyse, die Anliegen und die Vorschläge des Pazifismus für wichtig, Argumente für eine grundsätzliche Verneinung von Krieg zu benennen, die nicht an eine bestimmte religiöse oder weltanschauliche Doktrin gebunden sind. Dazu gehören:

1. die Überzeugung, dass die Kosten von Krieg immer höher sind als sein Nutzen, wenn man die totalen Kosten, also auch die langfristiger und sozialer Art, mit einbezieht;
2. die Überzeugung, dass das Recht auf Leben eines der grundlegendsten Menschenrechte und deshalb die Verteidigung von Menschenrechten durch Töten absurd ist;
3. die Überzeugung, dass es keiner aufs Jenseits und/oder eine höhere göttliche Autorität gerichtete Begründung bedarf, um Leben - nicht notwendigerweise nur menschliches - als ‚heilig‘ anzusehen;
4. die Überzeugung, dass es gewaltfreie Alternativen der Konfliktbearbeitung gibt, die einen dritten Weg zwischen Nichtstun und Gewaltanwendung eröffnen.

Ein wesentliches Merkmal der Pazifismusdebatte

Die Pazifismus-Debatte ist primär eine moralisch-ethische Diskussion. *„Die Rolle militärischer Gewalt ist zu einer Art Testfrage für all diejenigen in Politik und Wissenschaft geworden, die ein*

⁷⁵ Siehe hierzu auch Grünewald 1992.

⁷⁶ Sozialgeschichte des Antimilitarismus 1987.

⁷⁷ Übersicht z. B. in Gressel 1993.

⁷⁸ Siehe Hagen Berndt 1999.

⁷⁹ Siehe Wolfgang Sternstein: „Mit dem Pazifismusbegriff wird Etikettenschwindel getrieben“, in: Frankfurter Rundschau 20.2.2002, Dokumentationsseite.

besonderes Verhältnis zum Frieden für sich in Anspruch nehmen“, stellt Krell⁸⁰ fest. Die Kriegsdienstverweigerern über Jahrzehnte in ihren (früher gängigen) mündlichen Verhandlungen gestellte Frage: „Was würden Sie tun, wenn Sie im Park ...“ wurde geradezu zur pazifistischen Gretchenfrage hochstilisiert.⁸¹

Beide Seiten bedienen sich dabei – oftmals wohl gar nicht voll bewusst – der Kriterien des „Gerechten Krieges“. Diese über die Jahrhunderte entwickelten Kriterien (Legitime Autorität, Gerechter Grund, Letztes Mittel, Rechte Intention, Verhältnismäßigkeit der Mittel)⁸² werden auf (militärische) Interventionen angewendet, um- und neuformuliert und ergänzt. Während die Befürworter eines bestimmten Krieges darauf verweisen, dass „nichts anderes mehr übrig blieb“, argumentieren PazifistInnen: „Es wurden nicht alle zivilen Mittel ausgeschöpft“. Letztlich beziehen sich beide auf das Kriterium des Ultima Ratio. Wenn von KriegsgegnerInnen auf die als „tatsächlich verfolgten Interessen, z. B. Sicherung wirtschaftlicher Interessen“ verwiesen wird, ist der Bezug zur Rechten Intention unübersehbar.⁸³ Und der Verweis im Kosovo-Krieg und jetzt im drohenden Irak-Krieg, dass ein Mandat der Vereinten Nationen fehlte, ist sowohl ein völkerrechtliches Argument⁸⁴ wie auch der Hinweis, dass die Legitime Autorität nicht gegeben war.⁸⁵

Ein zweites Element der Diskussion ist die Rolle von Moral und Ethik in der Politik allgemein, die u. a. Heiko Hänsel und Heinz-Günter Stobbe in ihrer Studie über die deutsche Debatte um den Kosovo-Krieg nachzeichnen.⁸⁶ Etwas polemisch formuliert: Es scheint, dass dann, wenn ein ethischer Gesichtspunkt nicht per se entkräftet werden kann, gesagt wird, dass Moral nun halt leider nicht als politischer Maßstab taugt. Dass dies oftmals von denselben Politikern kommt, die quasi im gleichen Atemzug zuvor erklärt hatten, dass man „jetzt aber eingreifen müsse, weil Unschuldige sonst schutzlos der Gewalt preisgegeben seien“, wird als Widerspruch in der öffentlichen Debatte kaum wahrgenommen. Es ist an dieser Stelle, wo die Max Weber'sche Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik zum Zuge kommt.

⁸⁰ Krell 1994, S. 30.

⁸¹ Überhaupt ist es ein typisches Merkmal der Diskussion, dass stets als Beispiele die extremsten Fälle oder jene Fälle herangezogen werden, bei denen eine Intervention vielleicht wünschenswert gewesen, wäre aber nicht passierte (Ruanda).

⁸² Außerdem werden gelegentlich noch genannt: Diskriminierbarkeit (Trennung zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden) und Ankündigung des Krieges.

⁸³ Überhaupt bedienen wir in der Friedensbewegung oftmals beinahe routinemäßig in jedem Krieg auch immer wieder derselben Argumente.

- „Schutz von Menschenrechten oder „Verhinderung von Genozid“ sind sowieso nur Vorwand, tatsächlich geht es um die Eigeninteressen der Intervenierenden.“

- Warnung vor den Folgen und Gefahren der militärischen Intervention, sowohl vor Ort wie „für uns“ (Beispiel: Warnung vor serbischen Terroranschlägen)

- „Effektivität des Eingreifens sei nicht gegeben“ („Das Eingreifen kann seine Ziele gar nicht erreichen.“)

- „Es wurden noch nicht alle anderen Mittel ausgeschöpft.“

- Es habe zuvor viele Alternativen gegeben, den Konflikt gewaltlos zu bearbeiten, was aber nicht getan wurde. Jetzt brauche es keiner Legitimation durch die Friedensbewegung mehr. („Was fragt Ihr jetzt uns?“)

- „Krieg ist ein Verbrechen und kommt niemals in Frage.“

- „Es gibt gewaltfreie Alternativen des Eingreifens und diese müssen ausgebaut werden.“

- „Der Krieg ist völkerrechtlich unzulässig“ (weil der UN-Sicherheitsrat nicht zugestimmt hat, weil der Sicherheitsrat von den USA dominiert wird, die ihre eigenen Interessen verfolgen, weil humanitäre Interventionen auch Krieg sind, der verboten ist, oder weil Souveränität von Nationalstaaten verletzt wird).

⁸⁴ Von der ethischen Debatte lässt sich u. U. ein völkerrechtlicher Ansatz unterscheiden. Aber beide haben ihre gemeinsamen historischen Wurzeln in der abendländischen philosophisch/religiösen Tradition. Dieter Senghaas weist darauf hin, dass alle Rechtfertigungen von Intervention, selbst Opportunitätsgesichtspunkte, letztlich auf ethische Grundentscheidungen zurückzuführen sind (Siehe Senghaas 1993, besonders S. 418).

⁸⁵ Eine interessante Studie von Bernd Jürjens (1996) wendet die Kriterien des Gerechten Krieges auf die Militärintervention in Somalia an und stellt fest, dass keines der Kriterien erfüllt waren. Ähnliches dürfte sich auch für viele andere Militärinterventionen der 90er Jahre nachweisen. Ebenso Haspel 2002.

⁸⁶ Hänsel/Stobbe 2002.

Verantwortungspazifismus ...

Den PazifistInnen ist immer wieder vorgeworfen worden, „gesinnungsethisch“ zu handeln und nicht die Verantwortung für das „Ganze“ zu übernehmen. Der Friedensforscher Harald Müller schreibt in seiner Antwort auf Vollmer 2002⁸⁷: *„Der Pazifist muss zu Gunsten seiner prinzipiellen Gewaltlosigkeit in Kauf nehmen, dass das Böse widerstandslos Gewalt anwenden kann.“*

Ich möchte demgegenüber behaupten, dass es immer nur eine Minderheit von PazifistInnen – zumeist gerade eben erwachsen gewordenen männlichen Kriegsdienstverweigerern – gewesen ist, die nicht nach den Folgen ihrer Verweigerung für Dritte gefragt haben, sondern nur das eigene Nicht-Mitmachen und das vermeintliche dadurch Sich-nicht-schuldig-machen gesehen haben. Die meisten PazifistInnen haben immer weiter gedacht, und – ohne i. d. R. diesen Begriff zu verwenden – einen „verantwortungsethischen“ Pazifismus vorgelebt. Sein Merkmal ist, dass er sich nicht der Frage verweigert, wie ein politischer Konflikt gelöst, ein Krieg verhindert oder gestoppt oder gravierende Menschenrechtsverletzungen beendet werden könnten. Er beschränkt sich nicht auf das „Ohne-uns“ oder das „Hättet-ihr-mal-früher“, sondern greift aktiv in das politische Geschehen ein und sucht Antworten auf die Frage: „Was jetzt tun?“ Im Sinne Gandhis und Martin Luther Kings betrachtet er Gewaltfreiheit als den Dritten Weg zwischen dem desinteressierten Wegschauen oder der Hinnahme von Unrecht als unveränderlich einerseits und der Anwendung von Gewalt andererseits. Dies gilt sowohl für jene Konfliktszenarien, bei denen die gewaltfrei agierenden Akteure soziale Kämpfe zur Durchsetzung von Anliegen und zur Bekämpfung von Unrecht führen (von sozialen Bewegungen bis zu gewaltlosen Revolutionen), wie für jene Konfliktszenarien, bei denen es den gewaltlos Agierenden primär um die Verhinderung von Gewalteskalation (Prävention, Konfliktintervention) geht.

... bedeutet die Entwicklung gewaltfreier Alternativen

Bei der Diskussion um alternative Konfliktbearbeitung geht es natürlich nicht darum, quasi blind Alternativen zu all dem zu benennen, was die Nato und unsere Regierungen als Funktionen und Aufgaben des Militärs darstellen. Die Diskussion um Alternativen muss stets vor dem Hintergrund der weltpolitischen Situation geführt werden, sich bewusst sein, aus welchen Motiven in Konflikte eingegriffen bzw. nicht eingegriffen wird und was die zitierten ‚außenpolitischen Interessen‘ sind.

Zu der meist pauschal vorgetragenen Auffassung, dass Gewaltfreiheit nur in niedrigen Eskalationsstufen eines Konfliktes Aussicht auf Erfolg habe, bevor offene Gewaltanwendung den Konflikt dominiert, stehen etliche historische Beispiele dieses Jahrhunderts (Prag 1968, Philippinen 1986, Kosovo 1989-1998) im Widerspruch. Das Konzept der Sozialen Verteidigung wurde für die größte annehmbare Gewaltanwendung, den Krieg, entwickelt und beruht auf Erfahrungsschätzen aus zahlreichen Konflikten, in denen von einer Seite keine Gewalt angewendet wurde. In vielen historischen Fällen von gewaltfreien Aufständen und des zivilen Widerstands, von denen gerade das letzte Jahrhundert voll war, scheint es, als ob in vielen Fällen Gewaltfreiheit und nicht Gewalt das „letzte Mittel“ gewesen ist. Sie war das Instrument der Konfliktaustragung, das auch dann zur Verfügung stand, wenn Gewalt nicht möglich schien, z. B. weil keine Waffen zur Verfügung standen, das Militär auf der anderen Seite stand oder ihm nicht zu trauen war (Kapp-Putsch, Prag 1968, Philippinen 1986), oder weil man überzeugt war, dass Gewalt zur Vernichtung führen würde (das Hauptargument der gewaltlosen Bewegung im Kosovo bis 1997).

⁸⁷ Harald Müller, „Stachel im Fleisch der Selbstgerechten. Zur Ehrenrettung des ungedingen Pazifismus“, FR 24.1.02.

Zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren

Natürlich kann auch gewaltfreie Konfliktaustragung misslingen oder zu viel Zeit beanspruchen, bevor sie „greift“. Die Anti-Vietnambewegung benötigte etliche Jahre, bevor sie die USA zum Rückzug aus Südostasien zwingen konnte, während Gewalt u. U. sehr schnell bis zu Massenmord und Genozid eskalieren kann. (Man denke an Ruanda.) Deshalb bleiben Hinweise auf gewaltfreie Alternativen in konkreten Situationen oft unbefriedigend und bieten der Politik wenig machbare Umsetzungsschritte. Wenn es erst mal zu einem Bürgerkrieg irgendwo gekommen ist, dann nützt der Hinweis darauf, wie man ihn hätte mit einer anderen Politik verhindern können, nichts für das Hier und Heute.

Allerdings versagten in solchen Fällen oftmals auch militärische Gegenmaßnahmen in der Vergangenheit und Gegenwart. Die Alliierten im Zweiten Weltkrieg unternahmen nichts gegen die deutschen Konzentrationslager, obwohl sie wussten, was vorging. In Ruanda zogen die zahlenmäßig kleinen UN-Truppen zunächst ab, im Kosovo wurden hilflos Einrichtungen und Truppen der angreifenden Armee bombardiert, während Paramilitärs ungehindert die Bevölkerung vertrieben.⁸⁸

Trotzdem darf man sich nicht darüber hinwegtäuschen, dass Krieg oftmals doch seine Ziele, zumindest kurzfristig, erreicht und in manchen Fällen gewiss auch das Ergebnis der zuvor herrschenden Situation vorzuziehen ist. Volmer nennt einige Beispiele: die Befreiung Kambodschas von den Roten Khmer und die Intervention Tansanias in das Uganda Idi Amins. Auch der Sieg der Alliierten über Deutschland 1945 dürfte in diese Positivliste gehören, während der gewaltsame Sturz der Taliban wohl eher als annehmbarer Neben-Nutzen gewertet werden kann. Und in noch mehr Fällen hat zumindest eine der kriegführenden Seiten ihr Ziel erreicht, zum Schaden der unterlegenen Partei. Aber diese vermeintliche Effektivität sollte auch niemand überraschen – wenn Krieg immer so ineffektiv wäre, wie manche PazifistInnen argumentieren, wäre er als Institution kaum über viele Jahrtausende erhalten geblieben.

Deshalb gilt es, einen Mittelweg zwischen blindem Sich-Einlassen auf jede neu entstandene politische Situation und der Verweigerung aller Vorschläge zu finden. Wir haben in den letzten zehn Jahren öfters von Seiten der Politik hören müssen: „Und was würdet Ihr Pazifisten jetzt tun? Jetzt müsst Ihr doch zugeben, dass nur noch Krieg hilft.“ Wenn diese Eskalation aber gerade entgegen der Ratschläge von ExpertInnen der Konfliktbearbeitung herbeigeführt wurde, dann kann man m. E. mit gutem Gewissen auf diesen Sachbestand verweisen. In allen anderen Fällen aber gilt es, die Herausforderung anzunehmen und Vorschläge zu entwickeln.

Das Grundproblem aus pazifistischer Sicht besteht darin, dass Militär zur Verfügung steht und deshalb Krieg gewöhnlich eine machbare Handlungsoption ist, während gewaltfreie Alternativen nicht zur Verfügung stehen und deshalb scheinbar utopisch bleiben. Deshalb gilt es, Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen Verteidigung und gewaltfreie Intervention in Konflikte jeder Eskalationsstufe zur Alternative zu militärischen Interventionen weiterzuentwickeln und aufzubauen.⁸⁹ Wenn dies gelingt, dann könnten ihre durch dieselben Staaten, die in der Nato weltweite Kriege denkbar und führbar gemacht haben, die bekannten Widersprüche im System darstellen, die genutzt werden können, doch noch einer ‚Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit‘ ein Stückchen näher zu kommen.

Denjenigen, die dies für gefährliche Tagträumerei und überflüssig halten, seien hier noch zwei Argumente an die Hand gegeben:

⁸⁸ Debiel/Nuscheler (1996) stellen fest, dass der ‚interventionseignete Idealismus‘ „bislang kaum den Anspruch (hat) einlösen können, dass eine globale Einmischung tatsächlich die erwähnten Schutzfunktionen dauerhaft zu erfüllen bzw. wiederherzustellen vermag“.

⁸⁹ Für beide gibt es Beispiele. Man denke an all die gewaltlosen Volksaufstände der letzten Jahrzehnte und an – wenngleich derzeit noch zahlenmäßig wenige – zivile Peacekeeping-Missionen, die sowohl von Staaten wie von NGOs durchgeführt wurden. (Für Quellen und Beispiele, s. die Machbarkeitsstudie für eine Nonviolent Peaceforce

Das erste ist das der Nachhaltigkeit einer durch Krieg erzwungenen Veränderung. Oftmals sind Nachkriegszeiten gleichzeitig wieder Vorkriegszeiten für einen neuen Konflikt, sei es mit den gleichen, sei es mit anderen Konfliktparteien. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann gleichzeitig der Kalte Krieg mit seinem Potenzial der Zerstörung allen Lebens auf dieser Welt. Der Bürgerkrieg in Uganda setzte sich nach dem Sturz Amin 1979 fort und kostete allein zwischen 1981 und 1985 300.000 Menschen das Leben. Auch in Kambodscha wurde in einigen Regionen bis 1999 weitergekämpft, und Angehörige der vietnamesischen Minderheit sehen sich bis heute Übergriffen ausgesetzt.

Das zweite Argument ist die Frage, ob man selbst dann, wenn man begrenzte Kriege als Mittel der Politik ansieht, nicht angesichts der modernen Waffen, die Zerstörungen in bislang nicht gekanntem Ausmaße verursachen können, erkennt, dass Krieg in der modernen Welt nicht länger führbar ist. Dies ist die Argumentation, die z. B. Militärs wie Liddell-Hart⁹⁰ nach 1945 dazu brachte, nach gewaltlosen Alternativen zu Krieg zu suchen.

Zusammenfassung

Soziale Verteidigung als ein Konzept gewaltfreier Konfliktaustragung befindet sich in unmittelbarer philosophischer Nähe zum Pazifismus, auch wenn einzelne ihrer VertreterInnen versuchten, sich aus dem, was sie als einen ideologischen und der Sache abträglichen Dunstkreis betrachteten, zu lösen und das Konzept ‚politikfähig‘ zu machen.

Erstens habe ich behauptet, dass eine Diskussion um Pazifismus nur Sinn ergibt, wenn er als die radikale Ablehnung jedes Krieges verstanden wird. Alles andere mögen antimilitaristische oder friedensbewegte Positionen sein; aber ihre Bezeichnung als Pazifismus brächte dann keinen „Mehrwert“.

Zum Zweiten habe ich darauf hingewiesen, dass in der ethischen Diskussion auch die PazifistInnen, nicht nur die Kriegsbefürworter sich oftmals bewusst oder unbewusst auf Kriterien des Gerechten Krieges beziehen. Viele Argumente, die sich um die Zeitgemäßheit des Begriffes des Gerechten Krieges ranken, müssen vor diesem Hintergrund hinterfragt werden.

Zum Dritten habe ich davor gewarnt, bei jedem Krieg beinahe standardmäßig die große Katastrophe vorherzusagen. Wenn Kriege nicht manchmal auch erfolgreich wären, gäbe es Krieg schon längst nicht mehr.

Stattdessen sehe ich eher eine mögliche Parallele zur Diskussion in der Ökologiebewegung, wo auf die langfristigen Folgen und die volkswirtschaftlichen Kosten aufmerksam gemacht wird.

Und last, not least habe ich die Ansicht vertreten, dass, anstatt sich in letztlich unfruchtbaren ethischen Debatten zu zerfleischen, PazifistInnen zusammen mit all den anderen, die Krieg vielleicht in manchen Situationen für unumgänglich halten, aber eigentlich sich auch eine Alternative wünschten, daran arbeiten sollten, solche Alternativen zu entwickeln. Die Frage heißt nicht, ob gefordert werden müsse, dass das internationale Militär heute aus Bosnien abgezogen werden soll oder nicht. Nein, es sollte nicht, denn das würde nur zu einer neuen Katastrophe führen. Sondern die Frage sollte heißen: Wie können wir erreichen, dass das, was das Militär heute in Bosnien macht, in zehn der zwanzig Jahren durch zivile Kräfte geleistet werden kann?

Dieser Beitrag wurde 2004 für die friedenspolitische Beratungsgruppe der AGDF geschrieben.

⁹⁰ Zum Beispiel Liddell-Hart 1967.

Diskussionsbeitrag:

Quergedacht

Ute Finckh

Die vielseitigen Diskussionsbeiträge und Denkansätze, die auf dem Studententag vorgestellt wurden, basierten auf zum Teil sehr unterschiedlichen Grundmodellen. In den Naturwissenschaften ist es durchaus üblich, mit widersprüchlichen Modellen zu leben: Ein geläufiges Beispiel sind die Quanten, die sich mal wie Teilchen, mal wie Wellen verhalten - und mal wie beides gleichzeitig. Manche physikalischen Phänomene lassen sich besser „von unten nach oben“ erklären, manche „von oben nach unten“, und oft ergänzen sich beide Ansätze. In diesem Sinne habe ich versucht, die jeweiligen Extrema zu identifizieren in der Hoffnung, dass sich zeigt, dass sie sich in der weiteren Arbeit am Thema als Ansatzpunkte nicht ausschließen, sondern ergänzen werden.

SV als Alternativkonzept zu Militär zur Verteidigung nationaler Souveränität oder Intervention in Konflikten außerhalb des eigenen Landes entwickeln (zentraler Ansatz)	SV als gewaltfreie Verteidigung von oder Kampf um Menschenrechte, Demokratie, Erfüllung grundlegender Bedürfnisse ... verstehen (Graswurzelsatz)
Entwicklung des Konzeptes SV impliziert: Leitlinien, Strategie, Taktik, Ausbildungskonzepte, Benennung der Akteure, Personalbedarfsermittlungen, ggf. ein EU-Forschungsinstitut oder ein „Weißbuch SV“	Entwicklung des Konzeptes SV impliziert: Analyse und Kategorisierung von Fallbeispielen, Trainings in Gewaltfreiheit und konstruktiver Konfliktbearbeitung, Auseinandersetzung mit dem eigenen Gewaltpotenzial
Grundbegriff „Sicherheit“	Grundbegriff „Sicherung“ (von menschlichen Grundbedürfnissen im weitesten Sinne)
Nur langfristig zu realisierendes Konzept (z. B. „Hundertjahresplan“, beginnend mit der Abschaffung sämtlicher Atomwaffen)	„Soziale Verteidigung ist etwas, das passiert!“
Realisierung durch ein Nebeneinander von destruktiven und konstruktiven Prozessen	Realisierung durch einen Transformationsprozess bestehender gesellschaftlicher Institutionen (inkl. Militär)
Aufzeigen von Bedrohungen zum Aktivieren der Menschen, Bedrohungsanalyse als Begründung für Handlungsbedarf, Ansetzen bei den - offiziell beachteten und offiziell ignorierten - Ängsten der Menschen	Positiv ansetzen, weil die Konzentration auf Bedrohungen demotivieren und durch die Konzentration auf Feindbilder vom eigenen Weg abbringen kann
SV eng gefasst als zukünftiges Konzept einem Oberbegriff (Gewaltfreiheit, Gewaltfreie Aktion) unterordnen	SV als Begriff für vieles, was heute bereits passiert, verwenden und dadurch weit fassen
Alte Konzepte fortentwickeln (auch wenn sie aus den Zeiten des Kalten Krieges stammen)	Alte Konzepte beiseite lassen und neu überlegen: was könnte SV im 21. Jahrhundert sein?
Eigeninteressen der Beteiligten mitbedenken und zu erfüllen versuchen (Bedürfnis nach Anerkennung, Macht, Ausleben der eigenen Hilfsbereitschaft)	Das Ganze in den Mittelpunkt stellen, einen von Einzelpersonen unabhängigen Prozess in Gang setzen

Ein Thema, das wir auf dem Studientag nur angetippt haben, sind die Hintergründe der gewaltfreien Regierungswechsel in autoritären Staaten (Serbien, Georgien, Ukraine). In „le monde diplomatique“ (deutsche Ausgabe vom 14.1.2005⁹¹) wurde darauf hingewiesen, dass hierbei nicht nur Gene Sharps „How to bring down a Dictator“ von 1993 bzw. die Neuauflage „From Dictatorship to Democracy: a Conceptual Framework for Liberation“ von 2003⁹² eine Rolle spielte, sondern als ausländische Unterstützer neben NGOs und der OSZE auch US-amerikanische Institute und Stiftungen, die eindeutig dem republikanischen Umfeld zuzuordnen sind, tätig wurden. Früher oder später werden wir vor der Frage stehen, welche Interessen auch und gerade ökonomischer Art hier im Hintergrund wirken. Wenn wir uns im eigenen Land umschaun, so hat die „Wende“ in der DDR ganz offensichtlich neue Märkte geöffnet, und für die neu in die EU aufgenommenen Staaten, die ehemals zur UdSSR oder zum Warschauer Pakt gehörten, gilt Ähnliches. Es scheint so, als ob die großen internationalen Konzerne inzwischen neben den altbekannten Strategien, mit denen sie direkt und indirekt am Handel mit autoritären Regimen, an Waffenlieferungen, Krieg und Wiederaufbau verdienten, eine neue Strategie verfolgen - Öffnung von Märkten durch gewaltfreien Umsturz. Für die Betroffenen ist das sicher unvergleichlich viel besser als Krieg oder Bürgerkrieg - aber wie geht es anschließend weiter, wenn aus Sicht der Konzerne das Ziel erreicht ist und die Menschen in den jeweiligen Ländern nach der Pest des autoritären Regimes nun unter der Cholera einer ungebremsten neoliberalen Wirtschaftsordnung leiden? Wird unter diesem Aspekt die alte Frage, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muss, um sich sozial verteidigen zu können, durch eine neue Frage ersetzt: was muss bei einem gewaltfreien Umsturz bzw. bei seiner Unterstützung von außen bedacht werden, damit nicht anschließend die nackte Macht des Marktes die Menschen genauso unterdrückt und bedroht, wie es zuvor das gestürzte Regimes getan hat? Ich denke, hier müssten Überlegungen angestellt werden, wie parallel zum bzw. direkt anschließend an den Regimewechsel zivilgesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, Mieterinitiativen, vom Staat unabhängige Beratungseinrichtungen, Umweltschutzgruppen u. v. a. m.) aufgebaut werden können.

Aber auch die klassischen Fragen, die in unserem „von Freunden umgebenen“ Land mit stabiler demokratischer Struktur an Bedeutung verloren haben, werden anderswo auf der Welt wieder aktuell. Auf dem evangelischen Kirchentag in Hannover habe ich an einem Workshop mit dem US-Amerikaner George Houser teilgenommen, der im Zweiten Weltkrieg den Kriegsdienst verweigert hat. In der Runde saßen zwei Mitglieder der Eritreischen Antimilitaristischen Initiative, die von in Deutschland lebenden Kriegsdienstverweigerern aus Eritrea gegründet wurde. Sie stellten schließlich zwei Fragen an George Houser: Wie können wir in einem Land, in dem nach einem 30jährigen gewaltsamen Kampf um Unabhängigkeit eine militaristische, autoritäre Regierung herrscht, mit gewaltfreien Mitteln für eine friedliche, demokratische Gesellschaft kämpfen? Und wie könnte eine solche Gesellschaft sich anschließend gewaltfrei gegen mögliche Angriffe mächtiger Nachbarstaaten wehren?

⁹¹Im WWW im Volltext unter: <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2005/01/14/a0032.text.name.askogthKL.n.3>

⁹²Auf der Webseite der Albert-Einstein-Institution im Volltext verfügbar: <http://aeinstein.org/organizations/org/FDTD.pdf>

Diskussionsbeitrag:

Entwurf einer Kampagne gegen Atomwaffen in der Bundesrepublik

Wolfgang Sternstein

Ich bin am 15.4.05 mit der Hoffnung zum Studientag des BSV nach Hannover gereist, es werde möglich sein, den Verband für das Konzept einer Umrüstung der BRD auf SV zu gewinnen. Offen gesagt, ich halte nichts davon, anderen Ländern (Weißrussland, Ukraine, den baltischen Staaten oder den Balkanstaaten u. a.) die frohe Botschaft der SV zu verkünden, während sich die Bundesrepublik weiter militarisiert und im Bündnis mit Frankreich danach strebt, sich als atomar bewaffnete Supermacht zu etablieren. In dieser Hinsicht halte ich es mit dem antiken Fabeldichter Aesop: „Hic Rhodos, hic salta!“ („Hier ist Rhodos, hier springe!“; aus einer Fabel Aesops übernommene Aufforderung an einen Prahler, seine Kunst oder Fähigkeit gleich zu zeigen und sich nicht auf anderswo vollbrachte Leistungen zu berufen.)

Begeisterungstürme hat mein Vorschlag auf dem Studientag nicht gerade ausgelöst, nicht einmal ein höfliches Interesse. Ich habe darüber nachgedacht, woran das liegen könnte, und bin zu folgendem Ergebnis gelangt (sollte ich mich irren, bitte ich um Einwände):

Im BSV sind Wissenschaftlerinnen, Trainerinnen und Verbandsfunktionäre organisiert, die ihr Geld mit der Forschung über gewaltfreie Konfliktaustragung und dem Aufbau eines im Ausland tätigen ZFD verdienen. Aus meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Angestellter bei der Berghof-Stiftung für Konfliktforschung in Berlin weiß ich, welchen Zwängen man dabei unterliegt. Man fragt nicht: Was ist wichtig, was sollte erforscht und verwirklicht werden? Man fragt vielmehr: Welcher Antrag hat Aussicht, bewilligt zu werden? Eine Kampagne zur Umrüstung der Bundesrepublik auf SV hat natürlich keine Chance, staatlich gefördert zu werden. Im Gegenteil, man würde Gefahr laufen, die Staatsfinanzierung anderer Projekte zu verlieren. Es findet folglich eine Selbstzensur statt. Die Journalisten nennen es die „Schere im Kopf“. Ich habe den BSV bereits bei der Gründungsversammlung auf die Gefahr der Abhängigkeit vom Staat hingewiesen. Leider erfolglos. Ich bitte, das nicht als Vorwurf zu verstehen. Ich weiß, was es heißt, Geld verdienen zu müssen. Mit gewaltfreier Aktion lässt sich kaum Geld verdienen, sie kostet Geld und bringt einen womöglich auch noch ins Gefängnis.

Dessen ungeachtet möchte ich im Folgenden die erste Phase der Umrüstungskampagne näher ausführen in der schwachen Hoffnung, bei der einen oder dem anderen Interesse für dieses Konzept zu wecken.

Entwurf einer Kampagne gegen Atomwaffen in der Bundesrepublik

(verbesserungsfähig und -bedürftig)

Zunächst eine Vorbemerkung zur Situation in der Bundesrepublik: In Deutschland lagern noch mindestens 65 atomare Fliegerbomben vom Typ B 61, 55 in Ramstein und 10 in Büchel in der Südeifel (nach einer amerikanischen Studie sollen es sogar 150 in der BRD, 480 in Europa sein). In Büchel sollen sie im Kriegsfall nach Freigabe durch den Nationalen Sicherheitsrat der USA von deutschen Tornado-Piloten ins Ziel geflogen werden. Das ist ein Bestandteil der offiziell so genannten „nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik“ im Rahmen der NATO. Zu ihr gehört des Weiteren die Mitsprache in der nuklearen Planungsgruppe der NATO, in der über Zielplanung, Einsatz usw. von Atomwaffen entschieden wird. Man fragt sich, was steckt hinter dieser verfassungs- und völkerrechtswidrigen nuklearen Teilhabe, denn militärisch ergibt sie nach dem Ende des Kalten Krieges keinen Sinn. Ist es der Ehrgeiz, im Rahmen eines vereinten Europa im Bündnis mit Frankreich zur Atommacht aufzusteigen?

Die Auseinandersetzungen um das Atomprogramm Nordkoreas, des Iran und weiterer Kandidaten (Terroristen, Saudi-Arabien, Ägypten u. a.) haben die atomare Bedrohung erneut ins öffentliche Bewusstsein gerückt. In der Tat hat sie auch nach dem Kalten Krieg nichts an Aktualität eingebüßt. Drei Zitate, die auch heute noch unvermindert gültig sind, mögen das verdeutlichen: *Richard McSorley* (SJ) schrieb 1976: „In der heutigen Gesellschaft ist unsere Bereitschaft, Atomwaffen einzusetzen, die Pfahlwurzel der Gewalt. Haben wir dem erst einmal zugestimmt, erscheinen alle anderen Übel als vergleichsweise gering. Jede Hoffnung auf eine umfassende Verbesserung der öffentlichen Moral ist zum Scheitern verurteilt, solange wir uns nicht offen und ehrlich der Frage unserer Zustimmung zum Gebrauch atomarer Waffen stellen.“ *Karl Jaspers*: „Eine schlechthin neue Situation ist durch die Atombombe geschaffen. Entweder wird die gesamte Menschheit physisch zugrunde gehen, oder der Mensch wird sich in seinem sittlich-politischen Zustand wandeln“. (Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewusstsein in unserer Zeit. Stuttgart und Hamburg 1958, S. 5) Schließlich *Albert Einstein*: „Die entfesselte Gewalt des Atoms hat alles verändert, außer unsere Denkgewohnheiten, und wir gleiten einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Eine neue Art zu denken ist notwendig, wenn die Menschheit überleben will. Die Abwendung dieser Gefahr ist das dringendste Bedürfnis unserer Zeit geworden. Atomenergie kann immer nur der Zerstörung dienen.“

Ein Kampagnenkonzept sollte auf folgende Fragen Auskunft geben:

1. Was ist das Ziel der Kampagne?
2. Welche Aktionsmethoden sollen angewendet werden?
3. Wie organisiert und finanziert sich die Kampagne?
4. Welche Strategie und Taktik verfolgt sie?

Kampagnenziel:

Es ist wichtig, sich ein erreichbares Ziel zu setzen. Mein Vorschlag: ersatzloser Abzug der Atomwaffen aus Büchel und Ramstein sowie Verzicht auf die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik. Weitergehende Ziele könnten sein: Verankerung des Atomwaffenverzichts im Grundgesetz und ein aktives Eintreten der BRD für eine atomwaffenfreie Welt. Auf diese Weise könnte das deutsche Volk unter Beweis stellen, dass es aus den Verbrechen, die Deutsche in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts begangen haben, etwas gelernt hat.

Aktionsmethoden:

Selbstverständlich kommen alle legalen und gewaltfrei illegalen Methoden in Frage, z. B. Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Flugblätter, Plakate, Broschüren, Kundgebungen usw. Auf dem Gebiet des zivilen Ungehorsams haben wir mit den Entzäunungsaktionen, „Inspektionen“ und Flugblattverteilung vor dem Fliegerhorst einen guten Anfang gemacht (siehe die Kapitel EUCOMmunity und Büchel meiner Autobiografie). Ich rate dazu, die Flugblatt-Aktion auszubauen nach dem Vorbild der Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, d. h. Sammlung weiterer Unterschriften unter den Aufruf, Zusammenstellung von Flugblattverteilergruppen, möglichst unter Beteiligung von Prominenten, juristische Begleitung, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Anzeige der Bundesregierung wegen Vorbereitung von Kriegsverbrechen und Völkermord.

Organisation und Finanzierung:

Bisher haben die Organisationen Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen, EUCOMmunity und Ohne Rüstung Leben am EUCOM und in Büchel gewaltfreie Aktionen durchgeführt. Sie sind organisatorisch jedoch ziemlich schwach. Wünschenswert wäre eine Stärkung durch Zusammenarbeit mit der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Pressehütte Mutlangen, Friedens- und Be-

gegnungsstätte Mutlangen e.V., Trägerkreis Atomwaffen abschaffen, DFG/VK, Netzwerk Friedenskooperative, Bürgermeisterkampagne „Atomwaffenfrei bis 2020“, INESAP, IPPNW, IALANA, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Pax Christi, Versöhnungsbund u. a.

Unser schwächster Punkt ist der Mangel an Geld und einem arbeitsfähigen Team. In dieser Frage bin ich – offen gesagt – ratlos.

Strategie und Taktik. Erste Schritte:

1. Unterzeichner werben (insbesondere Promis) für das Flugblatt: „Verweigern Sie jegliche Beteiligung an der völker- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe!“
2. Zusammenstellung und Vorbereitung weiterer Flugblattverteilergruppen.
3. Versand eines unregelmäßigen Rundbriefes an den Verteiler.
4. Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, möglichst über die friedensbewegungsinterne Presse hinaus (taz, FR, SZ, Die Zeit).
5. Verbindung aufnehmen zu verwandten Bewegungen in Belgien (Bombspotting) und UK (Trident Ploughshares).

Zu einer Kampagne gehört auch die Fähigkeit zur gewaltfreien Eskalation, die es dem Gegner unmöglich macht, die Sache zu ignorieren oder auszusitzen. Derartige Eskalationsmaßnahmen jetzt schon ins Auge zu fassen, erscheint mir jedoch verfrüht.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Barbara Müller und Christine Schweitzer

Wir wollten mit dem Workshop in Erfahrung bringen, ob es lohne, weiter am Thema Soziale Verteidigung - verstanden als gewaltfreie Konfliktaustragung in großräumigen, politisierten Konfliktsituationen - zu arbeiten oder ob das Konzept angesichts der weltpolitischen Veränderungen und neuen Herausforderungen als überholt anzusehen sei. Unsere Einschätzung - gleich vorneweg - ist: Ja, Soziale Verteidigung ist weiterhin von Aktualität. Das Konzept muss aber in einen neuen Kontext gestellt und dementsprechend weiterentwickelt werden. Was der neue Kontext ist und welche Bereicherung Soziale Verteidigung für wen darstellen könnte, soll uns weiter unten beschäftigen.

Werfen wir vorher noch einen systematischen Blick auf die verschiedenen Beiträge in dieser Diskussion. Zunächst fällt auf, dass die sechs von Barbara Müller in ihrem einleitenden konzeptionellen Beitrag beschriebenen ‚strategischen Ebenen‘ recht komplett in der Diskussion reflektiert wurden. Müller hatte unterschieden: 1. Soziale Verteidigung als staatliche Praxis im Konflikt (zu finden im Beitrag von Schweitzer und Tullio), 2. Strategische Beratung im gewaltlosen Kampf um die politische Macht (zu finden in den Beiträgen von Schweitzer und Wanie), 3. Strategische Beratung im gewaltlosen Kampf um die Erringung oder Bewahrung sozialer Errungenschaften und Überleben als Zivilgesellschaft (in den Beiträgen von Ebert und Wanie), 4. Entwicklung der Fähigkeit zur gewaltlosen Austragung von Konflikten in Alltag und Gesellschaft, sowohl präventiv als auch akut (Beitrag Keunecke), 5. Entwicklung von Konzepten zur praktischen Umsetzung von Sozialer Verteidigung bzw. Inspiration für gesellschaftlichen, positiven Wandel (Beiträge Sternstein und Keunecke) und 6. Eingang in den wissenschaftstheoretischen Diskurs. Allein die sechste Ebene war nicht vertreten, was aber durch den Charakter des Workshops, der sich an AktivistInnen, nicht an wissenschaftliches Publikum richtete, ausreichend erklärt ist.

Auf diesen sechs definierten Ebenen dient die Beschäftigung mit Sozialer Verteidigung durchaus verschiedenen Zwecken; sie richtet sich an verschiedene Zielgruppen und geht von verschiedenen Fragestellungen aus. Hieraus lassen sich weitgehend die unterschiedlichen Empfehlungen oder Strategien der einzelnen Beiträge erklären. Diese wurden in der Diskussion teils komplementär, teils einander widersprechend bewertet, und dies erscheint uns primär eine Folge davon zu sein, ob einzelne Ebenen als vorrangig oder gar ausschließlich relevant für Soziale Verteidigung gesehen wurden oder nicht.

Zu den Kontroversen gehörte die Diskussion um die „richtige“ Umsetzungsstrategie, also ob eine „Einführung von oben“ oder eine „Einführung durch gewaltfreien Widerstand von unten“ der richtige Weg sei. Genauso gehört dazu die Begriffsdebatte um die Weite bzw. Enge des Begriffes der Sozialen Verteidigung selbst. Beide Themen waren dominant in der deutschen Diskussion in der Zeit um die Gründung des Bundes für Soziale Verteidigung, ohne dass sie je in konstruktiver Weise gelöst worden wären. Auch 2005 scheint eine Kompromissfindung nicht in Sicht, wenngleich die Kontroverse mit wesentlich weniger Verve geführt wurde als vor fünfzehn Jahren. Vielleicht lag dies daran, dass in der gegenwärtigen Situation kein sozialer Akteur erkennbar ist, der in der sicherheitspolitischen Diskussion als Träger des Konzeptes eine Rolle spielen würde. Das gilt sowohl für die aktuellen EntscheidungsträgerInnen wie für soziale Bewegungen.

Es gab aber auch neue Aspekte. Hierzu gehörte die provokante These, gerichtet an diejenigen, die über Strategien der Umsetzung nachdenken, ob überhaupt eine Einführung (egal durch welchen Träger) im deutschen bzw. europäischen Kontext eine sinnvolle Strategie sein könnte, oder ob eine solche Propagierung von Sozialer Verteidigung – wie sie etwa auch Brian Martin vorschlägt, (s. Müllers Beitrag) – gesellschaftspolitisch nicht gewünschte Folgen nach sich ziehen könnte.

Weitere neue Aspekte beziehen sich auf einen veränderten Kontext, in dem Soziale Verteidigung zu sehen ist und in dem sich konzeptionelle Arbeit lohnen würde. Dieser Kontext ist ge-

kennzeichnet durch eine im Vergleich mit dem Ost-West-Konflikt grundlegend gewandelte Konfliktkonstellation. Er verändert Prämissen des Diskurses, in dem Soziale Verteidigung bis zum Jahr 1989 gedacht, entwickelt, propagiert und vorangetrieben wurde. So kann von einer militärischen Bedrohung der Bundesrepublik nicht mehr gesprochen werden, und es droht auch keine ideologische Fremdbestimmung mehr. Gleichwohl gehört die Wahrnehmung und Bewertung des sicherheitspolitischen Kontextes weiterhin zu einer der entscheidenden Bezugsgrößen bei der Frage nach dem Stellenwert und dem Mehrwert konzeptioneller Investitionen in das Konzept Sozialer Verteidigung.

Genau hier ist es, wo heute, in einem veränderten Koordinatensystem, Soziale Verteidigung wieder relevant werden könnte. Es gilt, die Veränderungen im Sicherheitsdenken nachzuvollziehen, die für heutige Risikoanalysen und Sicherheitsdenken Standard geworden sind. Zwei der Koordinaten sind:

1. Sicherheit international statt national zu denken;
2. den Sicherheitsbegriff umfassend („menschliche Sicherheit“) und konsequent gewaltlos zu denken anstatt auf territoriale Sicherheit zu beziehen.

Was wären die Konsequenzen für die Weiterentwicklung von Sozialer Verteidigung und worin bestünde ihre praktische Relevanz?

Die Potenziale gewaltfreien Handelns ausnutzen

In den vergangenen zwanzig Jahren war eine Ausdifferenzierung von aktiver Gewaltfreiheit zu beobachten. Gewaltfreie Aktion in innergesellschaftlichen Kontexten, gewaltfreier Aufstand und ‚People Power‘, Soziale Verteidigung und als jüngstes Kind gewaltfreie Intervention sind die Schubladen, nach denen gewaltfreies Handeln kategorisiert wurde. So sinnvoll solche ‚Schubladen‘ sind, wenn es um zielgenaues Planen oder um (wissenschaftliche) Analyse geht, so gefährlich werden sie, wenn sie zu Hemmblöcken bei der Diskussion um das werden, was heute gesellschaftspolitisch erforderlich ist. Wir schlagen deswegen einen anderen Weg vor: Anstatt Unterbegriffe von gewaltfreiem Handeln weiter auszudifferenzieren, geht es u. E. darum, die Konzepte wieder ineinander zu integrieren. Das heißt, Soziale Verteidigung, gewaltfreie Intervention, gewaltfreie Aufstände und soziale gewaltfreie Bewegungen in Bürgerkriegssituationen zusammenzudenken und damit konzeptionell das gesamte Potenzial von Gewaltfreiheit wieder in den Blick zu bekommen und ausschöpfen zu können. Davon erhoffen wir uns, dass die Akteure dieser gewaltlosen Auseinandersetzungen gezielter und wirksamer unterstützt werden können.

Eine Integration der Konzepte der gewaltfreien Intervention mit denen der Sozialen Verteidigung würde bedeuten, die ersteren an das Potenzial des autochthonen, nicht von Fremden herrührenden Widerstandes zu erinnern, und der letzteren ein zusätzliches Machtinstrument zu verleihen. Gewaltfreie Intervention wird zwar oft – gerade wenn sie von kleinen Nichtregierungsorganisationen und Peace Teams durchgeführt wird – als Unterstützung der Arbeit lokaler Akteure gesehen (siehe Schweitzer et al. 2001), aber es fehlt in der Regel ein Gesamtstrategisches Konzept. Strategische Arbeit bezieht sich allein auf die Tätigkeit der Eingreifenden, die Strategien der lokalen Akteure werden gewöhnlich eher als Hintergrund denn als wesentlicher Bestandteil einer Gesamtstrategie zur Erreichung von Wandel gesehen, was vermutlich zumindest teilweise auf den Anspruch der ‚Unparteilichkeit‘ zurückzuführen ist, den viele dieser Eingreifenden einnehmen. Aus der Angst heraus, diese Unparteilichkeit zu gefährden, konzentrieren sich die externen Gruppen und Organisationen gerne auf ‚unverfängliche‘ Werte wie ‚Entwicklung‘ oder ‚Demokratisierung‘, oder konzentrieren sich auf das Herstellen von Sicherheit für die lokalen Aktivisten. Ohne den Wert einer solchen unparteilichen Position schmälern zu wollen – schließlich sind es die Menschen vor Ort, diejenigen, die im Konflikt leben, diejenigen, die ihn lösen müssen –, so gibt es aber doch die Gefahr, die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung, in der diese lokalen Akteu-

re stehen, quasi nur als Hintergrund anstatt als zentralen Bestandteil einer Strategie zur Erreichung von Gerechtigkeit und Frieden zu sehen. Zusätzlich zu „neutralen BegleiterInnen“, die helfen den Spielraum lokaler Akteure zu vergrößern, könnten die „parteilichen UnterstützerInnen“ hinzutreten, die bewusst und aktiv die Strategien dieser einheimischen Akteure zu stärken versuchen.

Umgekehrt ist bei den klassischen Konzepten der Sozialen Verteidigung die „Unterstützung aus dem Ausland“ eine Variable, die gewöhnlich bestenfalls gestreift wird, aber deutlich in ihrer Bedeutung hinter den Aktivitäten im Lande des Verteidigers zurücksteht. Unserer Ansicht nach wird hier die Bedeutung des internationalen Umfeldes stark unterschätzt. Nicht erst seit der ökonomischen Globalisierung bestehen Abhängigkeitsstrukturen internationaler Art – zugegebenermaßen gewöhnlich letztlich auf Gewalt und ökonomische Macht gestützt –, die von Verteidigern wie Aufständischen für ihre Zwecke ausgenutzt werden können. (Die Bedeutung des externen Faktors – Eingreifen Englands zugunsten Deutschlands – hat Barbara Müller versucht in ihrer Dissertation deutlich zu machen – wenn auch weniger auf dem Felde von sozialen Bewegungen als auf dem der Macht.)

Sicherheit in einer globalisierten Welt denken

Fast alle Beobachter sind sich einig, dass es ein verändertes Verständnis von Sicherheit gibt. Sicherheit wird bekanntlich in der internationalen Debatte heute nicht mehr vorrangig auf die militärische Dimension begrenzt, sondern in ganz verschiedenen Kontexten (NATO und EU-Militärstrategie-Papiere, UN-Diskussion um ‘menschliche Sicherheit’ z. B.) sehr viel weiter gefasst. In diesem weiteren Sinn umfasst sie heute neben den militärischen Dimensionen nicht nur die Gefahren, die durch den internationalen Terrorismus bestehen, sondern auch Fragen der Sicherung vor Armut (und vor den Armen?), ökologischer Bedrohung und – aus der Sicht der westlichen Welt – leider oft auch die Sicherung der eigenen Privilegien und der benötigten Rohstoffe. Mehrere AutorInnen in dieser Dokumentation sprechen diese Dimensionen an und bringen sie in den Kontext der Debatte um Soziale Verteidigung.

Mit der Frage nach Handlungsmöglichkeiten im Kontext der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus haben sich zwei Autoren in dieser Publikation auseinander gesetzt: Theodor Ebert und Francesco Tullio. Bei allen Unterschieden in ihren Ansätzen scheinen sie sich u. E. darin einig zu sein, dass dieses Problem mit anderen Strategien und Methoden als denen, die von der Sozialen Verteidigung her entwickelt wurden, angegangen werden müssen.

Vom herkömmlichen Konzept der Sozialen Verteidigung hergedacht ist die zweite Frage, die nach der Rolle von Sozialer Verteidigung in Bürgerkriegsszenarien, die fruchtbarere. Eine Auseinandersetzung mit dieser Frage ist gezwungen, Neuland zu betreten, da sie bislang weder von den TheoretikerInnen der Sozialen Verteidigung noch aus anderer friedenspolitischer Orientierung her systematisch durchdacht wurde. Ethnische und nationale Konflikte sind in der Fachliteratur über Soziale Verteidigung praktisch nicht existent. Selbst in jüngsten Publikationen werden sie nur in wenigen Sätzen gestreift. Große Beachtung finden sie hingegen in Untersuchungen, die sich allgemein mit gewaltfreier Konfliktaustragung auseinander setzen. Dort werden viele Methoden der Bearbeitung solcher Konflikte angesprochen: Vermittlung durch Dritte, friedenspädagogische Arbeit, Versöhnungsarbeit, Möglichkeiten des Peacekeeping, Aufbau alternativer politischer Strukturen und vieles andere mehr. Und nicht zu vergessen sind natürlich die zahlreichen Studien über den Charakter ethnischer und nationaler Konflikte, über Nationalismus und über einzelne Fallbeispiele.

Ein Szenario von Sozialer Verteidigung in einer Bürgerkriegs-Konstellation ist, so die These hier, konzeptionell kaum zu unterscheiden von dem, was sich anderenorts als People-Power-Bewegungen konstituiert und in gewaltfreien Aufständen dramatisiert. Bei Bürgerkriegen geht es in der Regel um die Dominanz einer Gruppe (egal, ob diese sich ethnisch, religiös oder wie auch im-

mer definiert) über eine oder mehrere andere Gruppen. Dabei kann die Seite, die sich angesichts nur weniger empirischer Beispiele in diesem doch recht theoretischen Konstrukt für gewaltfreies Handeln entscheidet, sowohl die im Konflikt eher dominante wie eine sich als unterdrückt empfindende Gruppe sein.

Was das dritte Szenario betrifft, so wird das ihm zugrunde liegende sich auf die Ursachen beziehende Thema, die Machtverhältnisse und Sicherheit in einer globalisierten Welt, im folgenden Abschnitt nochmals angesprochen. Es gibt aber auch zwei mit Sozialer Verteidigung zusammenhängende Aspekte, die die Möglichkeiten des unmittelbaren Widerstandes betreffen: Der eine ist, wie im Beitrag von Schweitzer zu internationalen Kriegen angesprochen, die potenzielle Möglichkeit gewaltfreien Widerstandes, die sich den Angegriffenen bietet, da sich diese Kriege (egal ob sie, von den USA und einer ‚Koalition der Willigen‘ allein oder durch die NATO bzw. von der UN sanktioniert durchgeführt werden) gewöhnlich auf einen Regimewechsel beziehen und damit für Widerstand der Bevölkerung verletzlich machen. Die andere ist die Frage, welche Chancen gewaltfreie Interventionen und Protestbewegungen in den angreifenden Ländern in solchen Konstellationen haben. Der Vietnamkrieg wurde letztlich unter Druck der öffentlichen Meinung in den USA beendet, ebenso der rasche Rückzug der USA aus der Peacekeeping-Mission in Somalia. Und das Gulf Peace Team im 2. Irakkrieg 1991 deutete zumindest an, wie eine internationale Intervention durch Dazwischen-Stellen von gewaltfreien Freiwilligen bei Angriffen durch westliche Länder aussehen könnte, wenngleich das GPT selbst erfolglos blieb.

Bei einer grundsätzlichen Betrachtung der Frage, wie Sicherheit hergestellt werden kann, kann Soziale Verteidigung nicht mehr sein als ein kleiner Baustein in einem großen Puzzle. Konzeptionelles Weiterdenken hätte hier zunächst die Entwicklung nachzuvollziehen, die Militärs und ihre Denkschulen längst gegangen sind. Hier ist konzeptionell viel aufzuarbeiten, aber hier gibt es interessante Anknüpfungspunkte mit den großen Themen von Globalisierung und den sozialen Bewegungen im Kontext des Welt-Sozialforums. Eine konsequent nicht militär- und gewaltgestützte Politik, die auch die Außen- und Wirtschaftspolitik einschließt und dem Prinzip der Nachhaltigkeit (Ressourcenschutz) verpflichtet wäre, wäre ein Eckpunkt einer umfassenden, zivil verstandenen Sicherheitsalternative. Abrüstung, die Unterstützung von gewaltfreien Bewegungen und zivilen WiderständlerInnen in anderen Teilen der Welt, verbunden mit einer Stärkung der gewaltfreien Konfliktkultur im jeweils eigenen Land, wären weitere Elemente einer noch nicht ausformulierten Denkalternative.

Ansatzpunkte auf der nationalen und internationalen Ebene entwickeln:

Internationalisierung

Es wird deutlich, dass sich der Bezugsrahmen verändert, in den das Konzept gehört. Teilweise ändert sich dadurch auch das gesellschaftspolitische Umfeld, das als Träger sozialer Veränderung relevant wird. Es gilt vermutlich nach wie vor, dass die nationalstaatliche Ebene für Meinungsbildung, Agendasetting, Mobilisierung und Auseinandersetzung wichtig bleibt. Die politische Kultur im eigenen Land in Richtung auf eine streitfähige, lebendige gewaltfreie Gesellschaft hin zu beeinflussen und zu entwickeln, ist essenziell. Denn die Qualität der Streitkultur entscheidet über die Widerstandskraft einer Gesellschaft. Nur wer die Werte der eigenen Gesellschaft zu schätzen gelernt hat, wird sich im Ernstfall für sie einsetzen.

Viele der übergeordneten Entscheidungen im sicherheitspolitischen Bereich überschreiten jedoch bereits derzeit die nationalstaatliche Ebene. Hier fehlt die internationale Verknüpfung von sozialen Bewegungen, von spezialisierteren Organisationen, die Themen voranbringen, und von Foren, auf denen sicherheitsrelevante und zukunftsichtige Themen in einem internationalen und insbesondere europäischen Kontext diskutiert und entwickelt werden können. Hier ist ein Aufbruch nötig, einmal nach Europa, und dann in den globalen Süden. Die Früchte werden eine ver-

größte Rundumsicht sein, was die Frage von Sicherheit im globalen Kontext betrifft, und jede Menge neuer Ideen und Handlungsansätze.

Womöglich ist es dieser, der europäische Kontext, in dem Sicherheit konsequent gewaltlos zu buchstabieren wäre. Das schließt Lobbyarbeit bei nationalen EntscheidungsträgerInnen natürlich nicht aus. Fraglich erscheint jedoch, inwieweit die nationalstaatliche Ebene die einzig sinnvolle Bezugsgröße für die konzeptionelle Weiterarbeit Sozialer Verteidigung sein kann.

Liegen wir mit diesen Überlegungen richtig, würden sich vorrangig drei Aufgaben stellen

1. International in Netzwerken arbeiten.
2. Konzeptionell am Potenzial von Gewaltfreiheit insgesamt und
3. an konsequent gewaltlosen Sicherheitsstrategien für Europa weiterdenken.

Dies könnte in zwei unterschiedlichen, internationalen Workshops umgesetzt werden und zu ersten konzeptionellen Skizzen sowie zu einem neuen internationalen Diskussionszusammenhang führen.

English Summaries

Christine Schweitzer / Barbara Müller, Introduction

This paper is a compilation of articles collected in the context of a workshop which the Institute for Peace Work and Conflict Transformation held on request of the Federation for Social Defence in April 2005. Around 20 people attended the majority of whom had worked on the subject of civilian-based or social defence⁹³ long before, some like Theodor Ebert for decades. And most of them had been present when in 1988/89 the Federation for Social Defence was founded in Germany as an umbrella peace organisation with the explicit mandate to promote social defence.

In the last ten years however social defence did not receive much attention. After 1989, the changing international scenarios made most pacifists focus on other themes such as nonviolent intervention and the building of civil peace services. The purpose of the workshop therefore was to ask: Is social defence still relevant in the light of the changed international situation? Can it give answers to current security risks and needs of social movements? And concretely, for the Federation: Is it worth taking up the subject again?

Keynote speakers were asked to give presentations on eight subjects pre-identified by the planners of the workshop:

- Current developments and themes in theory and practice (Müller)
- Social defence and international war (Schweitzer)
- Social defence and terrorism (Tullio)
- Social defence and internal wars (Matondo)
- The connections between social defence and nonviolent intervention (Wanie)
- The applicability of the concepts of social defence for concrete, current internal conflicts in Germany (Sternstein)
- Social defence as a concept for empowerment and awareness-building (Keunecke),

And as introduction to the workshop:

- Social defence as a perspective for German security policy (Ebert)

The articles in this documentation are elaborations of the presentations. In addition, some more articles which had been produced originally in other contexts have been added.

Barbara Müller, Current Developments and Themes in Theory and Practice

Müller describes current developments and themes of civilian-based / social defence. She argues that the development of the concept of social defence must not happen isolated from the empirical basis of nonviolent struggles. Since the collective capacity to develop and use power in a strategic manner in escalated conflicts is the smallest common denominator of the different concepts of social/civilian-based defence, it is easy to understand what attraction this basic idea has for very different social groups. It also becomes obvious that there is a need for the development of different concepts and strategies for different types of conflicts. According to the practical respectively theoretical application, six different layers can be distinguished.

1. Civilian-based / social defence as state action in conflict.
2. Strategic counselling for nonviolent struggle for political power.

⁹³ German language knows only one term for both concepts which are distinguished in the Anglo-Saxon debate. In these summaries we are using them mostly synonymously

3. Strategic counselling for nonviolent struggle for constructive social change or the preservation of social achievements, or for the survival as civil society.
4. Development of the capacity to struggle nonviolently and deal with conflicts in daily life and in society (including preventive aspects).
5. Development of concepts for the practical implementation of social defence respectively inspiration for positive change in society.
6. Contribution to the scientific discourse.

The essay describes current activities according to these six different layers. Müller shows that many activities worldwide refer directly to the concept of civilian-based / social defence. Increasingly, the concept is used to inform social movements and civil society actors in their nonviolent struggle for regime change. As instrument for a national or EU security strategy it would require conceptual adjustments to modern developments regarding international risks and conflict constellations.

Theodor Ebert, Challenges in Security Policy – for Truly Democratic, Ecological and Social Politics Achieved by Nonviolent Means

Ebert describes the development of the concept of civilian-based defence after World War II in peace research and peace movements. The present situation according to him is characterised by uncertainty and desorientation in the realm of security policy. Peace movement organisations like the Federation for Social Defence (which he thinks was founded ten years too late) should better admit this uncertainty. Ebert takes issue with the idea of a slow, generation-long and continuous building-up of social defence by civil society. Probably civilian-based defence would be needed before the ideal conditions described in this vision were achieved.

Regarding the current situation Ebert thinks that while there is a growing need for radical opposition against US imperialism and its European co-profiteers, there is no chance in the near future to win a large minority of the German people over to a path of unilateral disarmament and the rebuilding of security policy in favour of civilian-based defence.

The author rejects the attempt to justify social defence or the need for its development with right-wing extremism or with terrorism. While both are current challenges, nevertheless at the end of the day they are according to Ebert not the main issue. Instead the author sees a need to reflect generally which contradictions within the German society could deepen so much that a revolutionary situation developed, and a fully new attempt at crisis management would be needed. Ebert suspects that this may be in the field of the growing contradictions between poor and rich. The necessity is, so he argues, to develop a constructive programme following Gandhi's example. He imagines that there will be a cultural revolution in Germany and other European countries, a revolution directed against capitalist economy. This revolution would face the danger of being suppressed by violent – including military – means. Who today wanted to work on social defence should – as he recommends for the Federation for Social Defence - first do a fundamental analysis of the social and security-related situation.

Christine Schweitzer, Civilian-based Defence in the Context of International War

The author argues in her article that social defence should (also) be maintained as a concept describing a special case of nonviolent resistance – the case of defence against a military aggression or a military coup. While the number of international wars went down considerably in the last ten or twenty years, international war remains a realistic threat in many parts of the world, last not least because of the doctrine of preventive war declared by the USA. She elaborates five hypotheses in her essay :

1. Social defence has a greater chance of success in conflict scenarios in which the aggressor needs the collaboration of the local population in order to achieve his objectives.
2. Wars such as the attack by NATO on Afghanistan and by the USA / the “Coalition of the Willing” against Iraq are such scenarios, because the aggressors aim at a regime change – the establishment of (puppet) governments who then permit the achievement of the final objectives of the attack, be it economic exploitation or ‘security’.
3. If social defence was combined with instruments of nonviolent intervention, the scope of social defence could be widened.
4. Working for social defence should focus on disarmament and a just world system, not on establishing social defence in the Western countries, to avoid dangers of totalitarianism or escalation of possible threats through mechanisms of self-fulfilling prophecies.
5. Social defence or active nonviolence in general has a potential which human kind has only just begun to explore.

Francesco Tullio, Terrorism and Social Defence

The author describes a cycle of terrorism and violence that needs to be interrupted in order to successfully fight terrorism with nonviolent means. As a psychoanalyst Tullio discusses the problem that terrorist attacks cause unconscious emotional reactions - or at least reactions that are difficult to control – in both the population at large as well as in governments and members of security forces. These emotional reactions (helplessness, fear, confusion, or exaggerated aggression) can sometimes be tracked back to the fear of death all human beings share and try to suppress. If these negative reactions are allowed space in politics, then this leads to what Tullio quoting Gal-tung calls the rule of the ‘visceral mind’, and eventually to preventive war and further escalation of violence. This is exactly what the terrorists want, and the western society risks its breakdown and dissolution.

Therefore, social defence has to deal with two aspects:

1. With a democratic, cultural and spiritual development that could lead out of the circle of revenge to a culture of concrete conflict transformation. This means adapting long term programmes for the redimensioning of economic greediness in order to achieve a more harmonious, ecological and human development. Such a development would include individual and collective growth as well as listening and respecting each other (communication strategies).
2. With the tactical and strategic aspects of the concrete defence against real, immediate violence and against organisations that plan, implement or make possible acts or strategies of terror in different countries.

Emanuel Matondo, Nonviolence in the African Context

The author who came from Angola to Germany as a war resister and pacifist gives in his contribution three examples for nonviolent movements in Angola and Kenya. He describes the broad variety of nonviolent approaches and their success in the struggle against oppression and for democracy in these two countries.

Renate Wanie, Social Defence and Nonviolent Intervention – Two Concepts at the Beginning of a New Friendship?

Connections on two levels are elaborated between the concepts of social defence and nonviolent intervention – on the abstract level of terminology, and on the level of activities and instruments. Combining these two concepts, social defence achieves a new and different relevance, and the capacities of nonviolent intervention can be used increasingly for developing further the concept of social defence. To come to this result, social defence is understood as an efficient defence of a society by means of nonviolent resistance against an international military aggression, or a violent coup d'état from within.

Of special interest is the debate in the peace movement about nonviolent intervention in the 1990s. The author distinguishes here between civil and nonviolent intervention and suggests criteria for the latter. For the case of social defence in connection with nonviolent intervention, common basic assumptions of both concepts are described. And finally possible compatible activities of nonviolent resistance in a country under occupation are compared with the instruments of nonviolent intervention within the country and abroad.

Wolfgang Sternstein, Achieving Social Defence through Nonviolent Action in Internal Conflicts

Modern history of India and of the USA would be unthinkable without Mohandas K. Gandhi and Martin Luther King. This is due not only to their charisma but also to the fact that they worked out and translated into reality a constructive alternative to violence as a means to settle conflict. German and European pacifism however confined itself mostly to a strict “no” to war. To say “no” is important, but sometimes it is not enough. Nonviolent action is in fact an effective method of conflict transformation assuming the intention is to solve the conflict in the interest of all parties. The author holds that it is a universal method that can be applied on all social levels with a chance for success – in personal affairs, to begin with, as much as in local and regional and finally in national and international conflicts.

The most important goal of social defence is therefore to make the members of society fit for nonviolent conflict transformation. This is an issue of first priority for national education. It changes not only the individual but also society. To use a metaphor: Social defence is the roof of a structure whose foundation consists in the nonviolent strength of a country's citizens.

Sternstein considers the most urgent and important task of the Federation for Social Defence to be to produce such a foundation by the use of nonviolent action methods in domestic conflicts.

Berthold Keunecke, Orientation instead of Fear – Assets of Working on the Concept of Social Defence Today

In his article Keunecke describes the contribution social defence can make to social change in society. Social defence, he argues, is the better answer to the security needs of people today and is preferable to the security policy of the state. Using the UN concept of “human security” as a starting point, Keunecke adds the need of freedom from poverty to the need of freedom from fear. The concept of social defence considers in a special way both these needs in a complex unity. Its objective is not only the replacement of military structures by the capacity to exert pressure in a nonviolent manner and to resolve conflicts nonviolently, but also the decentralisation of society in its economic and political aspects to make society invulnerable to blackmail. Therefore, the concept is in line with the goals of the so-called new social movements. The structures and paradigms that have

to be created would then become of special importance when people find out that the social paradigms inherent in today's globalisation fail to create a worthwhile and sustainable future.

By describing both the goal as the path towards a human and sustainable society, social defence is able to motivate people, and by its techniques can open concrete perspectives of action.

Theodor Ebert, Nonviolent Politics in the Times of International Terrorism

Ebert discusses the possibilities for a nonviolent strategy dealing with international terrorism (of the El Quaida type). Instead of retaliatory strikes that only serve a need for revenge and give potential terrorists new reasons for new attacks, public mourning and solidarity should be the primary reaction to terrorist attacks.

Social defence against terrorism should begin with the de-motivation of the terrorists. Terrorism can most easily be stopped by those who have personal relationships to the terrorists. Every terrorist, at least in the time before he or she gets recruited, has such a personal environment. Thereby, people in this personal environment become the primary actors in resistance against terrorism. The general political objective should be the reduction of the global deficit of social justice. Any step in this direction is according to Ebert a strike against terrorism.

Barbara Müller, Alternative Security Concepts

In this short paper, the author argues that the emerging and growing military role of the EU should be critically reviewed under the premise of a non-military defence policy and strategy. This would likely reveal hidden agendas and make them accessible for open debate. The security aspect could provide strong arguments for the overall debate on necessary economic, ecological and political change.

Christine Schweitzer, Pacifism and Social Defence

Social defence as a concept of nonviolent struggle is in its philosophical base much related to the concept of pacifism even if some of the representatives of civilian-based defence try to disengage themselves from this context which they consider to be an ideological one, one doing harm when trying to convince politicians and mainstream society of its uses.

The author defines pacifism as the radical rejection of all war. She addresses the issue that in spite of the criticism of the concept, both 'bellicists' and pacifists often fall back on the criteria of 'just war', and criticises the tendency of the peace movement to reject war by using apocalyptic predictions – if war were not a tool that sometimes achieves its objectives it would long have been abolished. So instead of tiring oneself out in unfruitful ethical debates pacifists should focus on the development of alternatives to war like social defence or nonviolent intervention. In doing so, they might find allies among those who would not subscribe to absolute pacifism.

Contributions to the Debate

Participants have been invited to contribute to the discussion by submitting short texts. **Ute Finckh** compares two basic models of social defence – civilian-based defence as an alternative to the military for the defence of national sovereignty or intervention in conflicts abroad (centralized approach), and social defence as nonviolent defence or tool in the struggle for human rights, democracy, fulfillment of basic needs etc (grassroots approach). **Wolfgang Sternstein** comments on his disappointment that his proposal to take up a campaign for the abolition of all nuclear arms as a first step of the establishment of social defence in Germany was not taken up by the Federation of Social Defence.

Barbara Müller / Christine Schweitzer, Summary and Prospects

The compilation of articles ends with a summary and prospects written by the two editors. The core of their argument is that security today needs to be seen as an international matter, not as something that can be dealt with efficiently at the level of an individual country. And security should be understood in a broad sense as 'human security' as well as in a principled nonviolent manner. This would mean reuniting the different nonviolent concepts of social defence, nonviolent intervention, nonviolent uprisings and nonviolent movements in situation of civil war, in order to be able to see and consider the full potential of nonviolence.

As a result, the authors suggest three priority tasks: a) international networking, b) continue to work on the potential of nonviolence, and c) develop nonviolent security strategies for Europe.

As a practical means, this could happen in two different international workshops, and lead to first conceptual sketches as well as to a new international discussion.

Literatur

Diese Literaturliste basiert auf den Literaturangaben aller AutorInnen.

- Albert Einstein Institution 2004: Report on Activities 2000-2004. The Albert Einstein Institution, Boston.
- Battke, Achim 1979: Verteidigung ohne Waffen, Tübingen.
- Beckman, Mel 1998: Los Angeles Conference Explores Issues of Security, Religion and Civilian-Based Defense, S. 1-6 in: Civilian-Based Defense, Volume 13, Number 1.
- Beckman, Mel/Crowell, George 1998: Rethinking the Mandate of the Civilian-Based Defense Association, S. 7-12, in: Civilian-Based Defense, Volume 13, Number 1.
- Bergfeldt, Lennart 1993: Experiences of Civilian Resistance. The Case of Denmark 1940-1945, Diss.
- Berndt, Hagen 1999: Satyagraha nach Gandhi, in: Arnold, Martin/Knittel, Gudrun (Hrsg.), Güte-kraft erforschen, gewaltfreie aktion Heft 121, 3. Quartal 1999, S. 83-88.
- Bond, Doug 1992: Introduction, in: Transforming Struggle. Strategy and the Global Experience Nonviolent Direct Action, <http://www.wcfia.harvard.edu/ponsacs/seminars/TransformingStruggle/introduction.htm>
- Boserup, Anders/Mack, Andrew 1980 [1974]: Krieg ohne Waffen, Reinbek/Hamburg.
- Brock, Peter/Young, Nigel 1999: Pacifism in the Twentieth Century, Syracuse: Syracuse.
- Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.) 1989: Ohne Waffen - aber nicht wehrlos! Dokumentation des Bundeskongresses "Wege zur Sozialen Verteidigung" vom 17.-19. Juni 1988, Minden.
- Burrowes, Robert J. 1996: The Strategy of Nonviolent Defense. A Gandhian Approach, Albany, New York.
- Büttner, Christian/Müller Barbara 1996: Kriegsbeendigung durch gewaltfreie Intervention, in: Friedensforum Nr. 1.
- Buzan, Barry 1991: People, States and fear. An agenda for international security studies in the post-Cold War era, Hempstead.
- Callaghan, Sharon/Martin, Brian 2004: Igniting concern about refugee injustice, Published in Rick Flowers (ed.), Education and Social Action Conference, 6-8 December 2004 (Sydney: Centre for Popular Education, University of Technology, Sydney, 2004), pp. 299-303, <http://www.uow.edu.au/arts/sts/bmartin/pubs/04esa.html>.
- Caplan, Bryan 1994: The Literature of Nonviolent Resistance and Civilian-Based Defense, in: Humane Studies Review Volume 9, Number 1, Summer 1994.
- CCSI 2004: Columbia Civil Sector Initiative, Volume 1, Issue 2, Summer 2004.
- Chomsky Noam, Halperin Jorge 2004: Presidente Bush, Rizzoli editore.
- Czempiel, Ernst-Otto 1994: Die Intervention. Politische Notwendigkeit und strategische Möglichkeiten, in: Politische Vierteljahresschrift 35 H.3, S. 402 ff.
- Debiel, Tobias 2004: Kalkulierte Gewaltstrategie oder Ausdruck eines „clash of civilizations?“, S. 34-36, in: Friedensforum, 17. Jg., 6/2004.
- Debiel, Tobias/Nuscheler, Franz 1996: Vor einer neuen Politik der Einmischung? Imperative und Fallstricke des humanitären Interventionismus, in: Debiel/Nuscheler (Hrsg.) 1996, S. 13-24).
- Debiel, Tobias/Nuscheler, Franz (Hrsg.) 1996: Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden.
- Drewermann, Eugen 2002: Krieg ist Krankheit, keine Lösung. Eine neue Basis für den Frieden. Im Gespräch mit Jürgen Hoeren, Freiburg i. Breisgau.

- Ebert, Theodor 1981: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg, Waldkirch.
- Ebert, Theodor 1981: Soziale Verteidigung, Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie. Waldkirch.
- Ebert, Theodor 1981: Soziale Verteidigung, Bd 2: Formen und Bedingungen des Zivilen Widerstands, Waldkirch.
- Ebert, Theodor 1991: Kontinuität und Wandel im Konzept der Sozialen Verteidigung. Beobachtungen zur Wechselwirkung zwischen Friedensbewegung und Friedensforschung, in: Was-muth, Ulrike C. (Hrsg.) Friedensforschung. Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft, Darmstadt.
- Ebert, Theodor 2004: Alternativen zum Krieg gegen den Terror, S. 39-41, in: Friedensforum, 17. Jg., 6/2004.
- Fini, Massimo 2002: Il vizio oscuro dell'Occidente, Marsilio.
- Fischer, Dietrich/Nolte, Wilhelm 1996: Nonoffensive and Nonviolent Defense; <http://www.transnational.org/forum/annivers/10th.html>.
- Fornari, Franco 1970: Psicoanalisi della guerra, Milano.
- Galtung, Johan/Fischer, Dietrich 2002: Den Staatsterrorismus beenden, in: Friedensforum, 17. Jg., 6/2004, S. 29-30.
- Gressel, Hans o.J.: Der Internationale Versöhnungsbund. Ein Modell des christlichen Pazifismus., Versöhnungsbund-Texte.
- Grünewald, Guido (Hrsg.) 1992: Nieder die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft, Bremen.
- Gutlove, Paula 1992: Psychology and Conflict Resolution: Toward a New Diplomacy, in: Kuzam-ic, Tonci (Truger, Arno, Yugoslavia War, Hrsg.: Austrian Study Centre for Peace and Conflict Resolution, Stadt Schlaining und Peace Institute Ljubljana).
- Hänsel, Heiko/Stobbe, Heinz-Günter 2002: Die deutsche Debatte um den Kosovo-Krieg: Schwerpunkt und Ergebnisse. Versuch einer Bilanz nach drei Jahren, verfasst im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin (unveröffentlichtes Manuskript).
- Haspel, Michael 2002: Friedensethik und Humanitäre Intervention. Der Kosovo-Krieg als Herausforderung evangelischer Friedensethik, Neukirchen-Vluyn.
- Holl, Karl 1988: Pazifismus in Deutschland, Frankfurt am Main.
- Hren, Marko/Kalin, Nace 1991: Active Global Peace Security System (Manuskript).
- Huxley, Steven 1992: Lessons from the Baltics, in: Civilian-based Defense: News and Opinion, Vol. 7, Aug. 1992, No 6.
- Jain, Indu 2005a: Needed: Forces of Non-Violence, Timesfoundation 31.1.2005; <http://timesfoundation.indiatimes.com/articleshow/msid-857994,curpg-2.cms>.
- Jain, Indu 2005b: Of Mahatma And The Other 9/11, Timesfoundation 8.2.2005; <http://timesfoundation.indiatimes.com/articleshow/889597.cms>.
- Jain, Indu 2005c: Choose Non-Violent Defence, 5.2.2005; <http://timesfoundation.indiatimes.com/articleshow/857070.cms>.
- Jansen, Sue Curry/Martin, Brian 2004: Exposing and opposing censorship: backfire dynamics in freedom-of-speech struggles, Pacific Journalism Review, Vol. 10, No. 1, April 2004, pp. 29-45; (<http://www.uow.edu.au/arts/sts/bmartin/pubs/04pjr.html>).
- Jochheim, Gernot 1977: Antimilitaristische Aktionstheorie, Soziale Revolution und Soziale Verteidigung, Frankfurt a. M.

- Jochheim, Gernot 1988: Soziale Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung, Düsseldorf.
- Jürjens, Bernd 1996: Die neue Diskussion um gerechte Kriege und humanitäre Intervention - das Beispiel Somalia, INEF Report Heft 16/1996.
- King-Hall, Stephen 1958: Den Krieg im Frieden gewinnen, Hamburg.
- Krell, Gert 1994: Wie der Gewalt widerstehen? Die Frage legitimer Gegengewalt als ethisches und politisches Problem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 2/94.
- Kühner, Angelika 2003: Kollektive Traumata. Eine Bestandsaufnahme. Annahmen, Argumente, Konzepte nach dem 11. September. Berghof Research Report No. 9, Februar 03.
- Liddell Hart, Basil 1967: Strategy, 2d ed. New York.
- Mahony, Liam/Eguren, Luis Enrique 2002: Gewaltfrei stören. Gewalt verhindern. Die Peace Brigades International, Zürich.
- Marichez, Jean/Olagne, Xavier 1998: La guerre par actions civiles. Identité d'une stratégie de défense, Paris: Fondation pur les Études de Défense.
- Martin, Brian 1993: Social Defence. Social Change, London.
- Martin, Brian 1995: Possible Pathologies of Future Social Defence Systems, in: Pacifica Review, Vol. 7, No. 1, 1995, pp. 61-68.
- Martin, Brian 1997: Nonviolent Defence: Robert Burrowes' Approach. Essay review of Robert J. Burrowes, *The Strategy of Nonviolence Defense: A Gandhian Approach* (Albany, NY: State University of New York Press, 1996), in: *Nonviolence Today*, #55, July/August 1997, pp. 19-22.
- Martin, Brian 2002a: A nonviolent plan to oust Saddam, in: *Illawarra Mercury*, 3 October 2002, p. 20 und in: "Ousting Saddam without using violence" by TFF (Transnational Foundation for Peace and Future Research), [http://www.transnational.org/forum/meet/2002/Martin Saddam Noviolence.html](http://www.transnational.org/forum/meet/2002/Martin%20Saddam%20Noviolence.html), 4 October 2002.
- Martin, Brian 2002b: Nonviolence versus terrorism, in: *Social Alternatives*, Vol. 21, No. 2, Autumn 2002, pp. 6-9
- Martin, Brian 2003: Rallying support, in: *Peace News*, March-May 2003, pp. 32-33.
- Martin, Brian 2004: Terrorism: ethics, effectiveness and enemies: in *Social Alternatives*, Vol. 23, No. 2, Second Quarter 2004, pp. 36-37.
- Martin, Brian 2005: E-Mail an die Autorin v. 5.2.2005.
- Martin, Brian/Varney, Wendy/Vickers, Adrian 2001: Political Jiu-Jitsu Against Indonesian Repression: Studying Lower Profile Nonviolent Resistance, in: *Pacifica Review*, Volume 13, Number 2, June 2001, pp. 143-156. The published version incorporates slight subeditorial changes.
- Martin, Brian et al. 1991: *Nonviolent Struggle and Social Defence*, London: War Resisters International and Myrtle Solomon Memorial Fund.
- McCarthy, Ronald 1998: Introduction to Civilian-Based Defense, <http://www.geocities.com/tranps2000/book006/4-1.htm>.
- Mentzos, Stavros 1988: *Interpersonale und Institutionalisierte Abwehr.*, Frankfurt am Main.
- Miniotatite, Grazina 2002: *Nonviolent Resistance in Lithuania: A story of peaceful Liberation*, Boston.
- Moser-Puangsuwan, Yeshua/Weber, Thomas (Hrsg) 2000: *Nonviolent Intervention Across Borders. A Recurrent Vision*, Honolulu: Spark M. Matsunaga Institute for Peace.

- Müller, Barbara 1995: Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen. Diss., Münster.
- Müller, Barbara 1996: Zur Theorie und Praxis von Sozialer Verteidigung, Arbeitspapier Nr. 3 IFGK, Wahlenau.
- Narr, Wolf-Dieter/Vack, Klaus 1991: Streitbarer Pazifismus! Friedenspolitik und Friedensbewegung nach dem Golfkrieg, Hrsg.: Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal.
- Perkins, John 2004: Confessions of an Economic Hit Man, San Francisco.
- Randle, Michael 1991: People Power. The Building of a New European Home, Stroud.
- Roberts, Adam 1999: Civil Resistance in the East European and Soviet Revolutions. Einstein Institution Mongograph Series #4, AEI, Boston, nach Roberts, Adam 1999 [1991].
- Roberts, Adam (Hrsg.) 1971: Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien, Göttingen.
- Schmid, Michael 2004: Soziale Verteidigung als Alternative zu Bundeswehr und militärischer Gewalt? <http://www.lebenshaus-alb.de/mt/archives/002141.html>.
- Schweik Action Wollongong 1990: The Australian post office and social defence, in: Nonviolence Today, No. 14, April/May 1990, pp. 6-8.
- Schweik Action Wollongong 2001: Feminists look at civilian-based defense. What happens when an inquiring newcomer interviews feminists about how to run a civilian-based defense system? In: Civilian-Based Defense, Vol. 16, No. 1, Spring 2001, pp. 3-12.
- Schweik Action Wollongong 2003: Defending Muslims in Wollongong, SAW03.pdf.
- Schweitzer, Christine 1998: Instrumente der Konfliktintervention, AP Nr. 7, IFGK, Wahlenau.
- Schweitzer, Christine 2000: Rüstung und Krieg überwinden - eine unlösbare Aufgabe? Eine militärische Zustandsbeschreibung mit Diskussionsanregungen, Hrsg.: Bund für Soziale Verteidigung, Minden (Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 8).
- Schweitzer, Christine et al. 2001: Nonviolent Peaceforce -Feasibility Study, Contributions by: Donna Howard - Mareike Junge - Corey Levine - Christine Schweitzer - Carl Stieren -Tim Wallis, Hamburg/St. Paul, www.nonviolentpeaceforce.org/english/resources/rstudy.asp.
- Schweitzer, Christine 2002: Zivile Konfliktbearbeitung im internationalen Kontext, in: Gewaltfreie Aktion, Heft 132: Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland, Karlsruhe/Berlin.
- Schweitzer, Christine 2005: Nachdenken über Soziale Verteidigung im Kontext internationaler Kriege. Unveröffentlichter Artikel zum Studententag Soziale Verteidigung, Hannover.
- Scotto 2005: Mitteilung von Dr. Giovanni Scotto an Barbara Müller, Universität Florenz, v. 7.2.05.
- Semelin, Jacques 1995: Ohne Waffen gegen Hitler. Eine Studie zum zivilen Widerstand in Europa. Frankfurt/Main.
- Senghaas, Dieter 1993: Intervenieren oder Nichtintervenieren - das bleibt die Frage, in: Peaceful Settlement of Conflict, Loccum 1993, S. 411ff.
- Sharp, Gene 1973: The Politics of Nonviolent Action, Boston.
- Sharp, Gene 1985: Making Europe Unconquerable: The Potential of Civilian-based Deterrence and Defence, London.
- Sharp, Gene 2005: Waging Nonviolent Struggle. 20th Century Practice and 21st Century Potential, Boston.
- Sharp, Gene/Jenkins, Bruce 2003: The Anti-Coup, Boston, AEI. (TAC-1.pdf).
- Sharp, Gene 1992: Self-Reliant Defense. Without Bankruptcy or War, AEI.

- Sozialgeschichte des Antimilitarismus 1987: „Keine Frau, keinen Mann, keinen Pfennig für Staat und Krieg“, in: graswurzelrevolution Sonderheft 117/118, Hamburg 1987.
- Sternstein, Wolfgang 2004: Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie, Norderstedt.
- Stevens, Elke 2004: Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit, S. 30f. in: Friedensforum, 17. Jg., 6/2004.
- Timesfoundation 2004: Non-Violent Defence - A Step Ahead, 18.10.2004. <http://timesfoundation.indiatimes.com/articleshow/msid-907615,curpg-1.cms>.
- Timesfoundation 2005: The Oneness Initiative; <http://timesfoundation.indiatimes.com/articleshow/857070.cms>, 3.2. 2005.
- TRANPS 2000: The Research Association of National Peace-Security in Taiwan; (<http://www.geocities.com/trans2000/IntroCBDEng.htm#e-Mail>).
- TTT 2005: Trends, Termine, Tipps. E-Mail-Rundbrief der Deutschen Sektion von Pax Christi, 9.2. 2005.
- Tullio, Francesco 2002: Le ONG e la trasformazione dei conflitti. Le operazioni di pace nelle crisi internazionali. Analisi, esperienze, prospettive, Editori associati, editrice internazionale, Roma.
- Tullio, Francesco 2004: Die Friedensbewegung als Zielscheibe der Terroristischen Strategie, S. 36-38, in: Friedensforum, 17. Jg., 6/2004.
- Tullio, Francesco (Hrsg.) 2001: La difesa civile ed il progetto Caschi Bianchi; peacekeepers civili disarmati, Ricerca effettuata per Centro Militare di Studi Strategici – Min. Difesa nel 1998-1999, Roma.
- Varney, Wendy/Martin, Brian (2000b) Net Resistance, Net Benefits: Opposing MAI in: Social Alternatives, Vol. 19, No. 1, January 2000, pp. 47-51.
- Varney, Wendy/Martin, Brian 2000a: Lessons from the 1991 Soviet coup, in: Peace Research, Vol. 32, No. 1, February 2000, pp. 52-68.
- Verdi 2004: Kampagnen organisieren. Kleiner Unterschied mit großen Folgen, http://aktive.verdi.de/kampagnen_organisieren/vorfragen/kleiner_unterschied_mit_grossen_folgen.htm.
- Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (Hrsg) 1974: Demokratische Sicherheitspolitik. Von der territorialen zur sozialen Verteidigung, München.
- Vogele, William 1992: Defense, Deterrence and Nonviolent Action, in: Transforming Struggle. Strategy and the Global Experience Nonviolent Direct Action; (<http://www.wcfia.harvard.edu/ponsacs/seminars/TransformingStruggle/defense.htm>).
- Wanie, Renate 2000: Schöner Intervenieren – Gewaltfreie Intervention, ein verkappter Friedenskolonialismus? In: Evers, Tilman (Hrsg.): Fachleute für den Frieden-Ziviler Friedensdienst. Idee, Erfahrungen, Ziele, Opladen.
- Wette, Wolfram 1998: Pazifismus im Atomzeitalter. Von der deutschen Anti-Atombewegung der fünfziger Jahre zur Friedensbewegung der achtziger Jahre, in: Martin Grundmann/Hartwig Hummel (Hrsg.), Militär und Politik - Ende der Eindeutigkeiten? S. 51-66, Baden-Baden.

Die AutorInnen (in alphabetischer Reihenfolge)

Ebert, Prof. Dr. Theodor (geb. 1937 in Stuttgart) lehrte von 1970 bis 2002 Politische Wissenschaft mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung an der Freien Universität Berlin. Er ist seit 1969 Mitherausgeber der Zeitschrift „Gewaltfreie Aktion. Vierteljahresshefte für Frieden und Gerechtigkeit“. Von 1972 bis 1984 war er Mitglied der EKD-Synode und von 1984 bis 1996 Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg.

Finckh, Dr. Ute, Jahrgang 1956, Vorsitzende des BSV, lebt in Berlin. Sie ist Mathematikerin, Dr. rer. nat., verheiratet, hat 2 Kinder, und arbeitet im Referat Informations- und Kommunikationstechnik des BPA.

Keunecke, Berthold, geb. 1961, Evangelischer Gemeindepfarrer und Vorstandsmitglied im Bund für Soziale Verteidigung, hat sich seit den 80er Jahren mit den Fragen der für die Umsetzung des Sozialen Verteidigung-Konzeptes nötigen Gesellschaftsveränderungen befasst, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Versöhnungsbund. Dabei ist ihm die theologische Denkweise der Spannung zwischen dem „Schon-jetzt“ und „Noch-nicht“ des Gottesreiches besonders wichtig geworden.

Matondo, Emanuel, 38 Jahre, ist angolischer Kriegsdienstverweigerer und Menschenrechtler. Er gründete 1998 die *Angolanische Antimilitaristische Menschenrechtsinitiative* (IAADH), lebt in Deutschland, ist Sprecher des *Dritte-Welt-JournalistInnen-Netzwerkes* DWJN (<http://www.epo.de/dwjn>) und war in der *Projektleitung Afrika* des 30. Deutschen Ev. Kirchentages, Hannover 2005

Müller, Dr. Barbara, Jahrgang 1959, Historikerin, Trainerin, Aktionsforscherin und Organisationsentwicklerin, ist Mitarbeiterin beim Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung e.V. Ihre Themenschwerpunkte sind Gewaltfreiheit, Soziale Verteidigung und Methoden, Strategien und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung.

Schweitzer, Christine: Ethnologin (MA:), Jahrgang 1959, wohnhaft in Hamburg, ist seit vielen Jahren ehrenamtlich und hauptberuflich in der Friedensbewegung aktiv. Derzeit ist sie beim *Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung* (www.ifgk.de) angestellt. Neben dem Abschluss eines von der DSF geförderten Forschungsprojektes zu Konfliktinterventionen im Raum des ehemaligen Jugoslawien ist sie vorrangig als ‚Programme Director‘ für die internationale NRO *Nonviolent Peaceforce* tätig.

Sie ist außerdem Redakteurin des *Friedensforum* und vertritt die *Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung* in der Herausgeberschaft der Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden*. Ihre Schwerpunkte sind internationale Friedensarbeit vor allem in Bezug auf die Region des ehemaligen Jugoslawiens, Soziale Verteidigung und gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Verschiedene Publikationen zum Thema Gewaltfreie Intervention, zivile Konfliktbearbeitung, Südosteuropa, Sri Lanka und Pazifismus/ Friedensbewegung.

Sternstein, Dr. Wolfgang ist Friedens- und Konfliktforscher mit dem Schwerpunkt Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion. Er ist seit dreißig Jahren in der Bürgerinitiativen-, Ökologie- und Friedensbewegung tätig. Er hat an mehreren Dutzend gewaltfreien Aktionen teilgenommen, stand wiederholt vor Gericht und war wegen zivilem Ungehorsam achtmal in Haft. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a.: *Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit*. Autobiografie. Norderstedt 2004.

Tullio, Prof. Dr. Francesco, geboren 1952 in Rom. Er hat als Arzt in Krankenhäusern in Deutschland, Nicaragua und Italien gearbeitet. Er war verantwortlicher Arzt bei der Kampagne gegen die Raketen in Comiso und gegen die Bombardierungen der Insel Caporizzuto in den 80er Jahren, der „Freiwilligen für den Frieden im Nahen Osten“ 1990 in Bagdad, und beim gewaltfreien pazifistischen Marsch nach Sarajevo im Dezember 1992. Als Psychiater an der Katholischen Universität Rom spezialisiert, hat er die Konferenz „Eine gewaltfreie Armee der Vereinten Nationen – Utopie oder Notwendigkeit? 1989 in Rom organisiert und zu verschiedenen Themen publiziert (siehe Literaturliste). Tullio arbeitet als Psychotherapeut, Berater und Dozent für konstruktive Konfliktaustragung, Problemlösung und Zusammenarbeit in Arbeitsgruppen.

Wanie, Renate, geboren 1948, hauptamtliche Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden seit 1987. Schwerpunkte: Trainings in Zivilcourage, gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Gewaltfreier Aktion. Themen: gewaltfreie Intervention, Macht, Konzeption und Durchführung von Qualifizierungen. 1996-2003 Mitarbeit am Curriculum für den Zivilen Friedensdienst im BSV und *ForumZFD*. Reisen nach Israel/Palästina, Bosnien und in den Kosovo. Aktivitäten in der deutschen und europäischen Friedens- und Menschenrechtsbewegung. Veröffentlichungen über gewaltfreie Trainingsarbeit, Zivilen Friedensdienst und politische Konflikte.

Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung

„Wir werden heutzutage von den erstaunlichsten Entdeckungen im Bereich der Gewaltanwendung überrascht.

Ich vertrete jedoch die Ansicht, dass noch weit unerhörtere und scheinbar noch unmöglichere Entdeckungen im Bereich der Gewaltlosigkeit gemacht werden können.“

M. K. Gandhi



Das IFGK ist ein gemeinnütziger Verein gebildet von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die in verschiedenen Orten Deutschlands ansässig sind. Einige von uns betreiben Wissenschaft als Lebensunterhalt, andere zusätzlich zu ihrem Beruf. Allen gemeinsam ist, dass wir ein Katalysator sein wollen für Lernen, Verstehen und Handeln in Gewaltfreiheit. Wir sehen uns als einen Teil einer weltweiten Bewegung für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Lebensgrundlagen.

Arbeitsfelder

- Grundlagen- und Aktionsforschung zu Bedingungen, Verlaufformen und Wirkungen gewaltfreien Handelns und die Diskussion der Ergebnisse mit Praktikerinnen und Praktikern
- Erstellung von Dokumentationen und Durchführung von Evaluationen
- Publikation von Arbeitspapieren und Studien (Reihe „Studien zur Gewaltfreiheit“ im Lit-Verlag Münster)
- Nachwuchsförderung durch Betreuung von Studien- und Abschlussarbeiten
- Lehr- und Bildungstätigkeit zum Thema „Gewaltfreie Konfliktaustragung“
- Durchführung von Studientagen, auf denen laufende Forschungsarbeiten vorgestellt und diskutiert werden

Das IFGK ist

- Arbeitsgruppe im Bund für Soziale Verteidigung e.V.
- Teilhabender der deutschen Plattform für Zivile Konfliktbearbeitung und
- Sektion der War Resisters International.

IFGK-Publikationen:

Arbeitspapiere (AP) - ISSN 1439-4006:

Albert Fuchs 1995:

Wie wird militärische Gewalt zur „friedensschaffenden Maßnahme?“ Kognitionspsychologische Aspekte der Beurteilung von Militäreinsätzen, Wahlenau

AP 2, Oktober 1995, 21 Seiten, 2,50 €

Barbara Müller 1996:

Zur Theorie und Praxis von sozialer Verteidigung, Wahlenau

AP 3, Februar 1996, 18 Seiten, 2,50 €

Barbara Müller und Christian W. Büttner 1996:

Optimierungschancen von Peacekeeping, Peacemaking und Peacebuilding durch gewaltfreie Interventionen?, Wahlenau

AP 4, Oktober 1996, 2. Auflage, 64 Seiten, 5,00 €

Liam Mahony und Luis Enrique Eguren 1997:

Internationale Begleitung zum Schutz von Menschenrechten: Szenarien, Ziele und Strategien, Wahlenau

AP 5, Juni 1997, 58 Seiten, 5,00 €

Barbara Müller und Christian W. Büttner 1998: Optimizing Peacekeeping, Peacemaking and Peacebuilding through nonviolent intervention? A methodological and systematic operationalisation

AP 6, Januar 1998, 67 Seiten, 5,00 €

Christine Schweitzer 1998: Instrumente der Konfliktintervention, Wahlenau

AP 7, Februar 1998, 22 Seiten, 2,50 €

Albert Fuchs 1998: Wo bleibt die Moral von der Geschicht? Parteizugehörigkeit und politisch-moralische Situationsbeurteilung als Determinanten der Entscheidung zum Einsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien, Wahlenau

AP 8, März 1998, 16 Seiten, 2,50 €

Achim Schmitz 1998: Gewaltfreie Interventionen im ehemaligen Jugoslawien durch Organisationen der europäischen Friedensbewegung, Wahlenau

AP 9, Dezember 1998, 26 Seiten, 3,50 €

Albert Fuchs 1999: Bundeswehr: Nicht unter „Generalverdacht“, aber unter kritischem Blick, Wahlenau

AP 10, 1999, 19 Seiten, 2,50 €

Christine Schweitzer 1999:

Krieg und Vertreibung im Kosovo - Ist die NATO Feuerwehr oder Brandstifter?, Wahlenau

AP 11, Juni 1999, 27 Seiten, 3,50 €

Howard Clark 1999:

Kosovo: Vorbereitungen für die Zeit nach dem Krieg, Wahlenau

AP 12, Juni 1999, 28 Seiten, 3,50 €

Albert Fuchs/Claudia Schuchart 2005:

Gewaltwahrnehmung und Gewaltbegriff. Wie (un-) bestimmt ist der Alltagssprachegebrauch von „Gewalt“?, Osnabrück,

AP 13, Juli 2000, 2. überarbeitete Neuauflage 2005, 24 Seiten, 3,50 €, ISBN 935431-75-9

Achim Schmitz 2000:

Kampagnen der Friedensbewegung der neunziger Jahre. Eine Analyse von Fallbeispielen, Wahlenau

AP 14, September 2000, 74 Seiten, 5,00 €

Albert Fuchs unter Mitarbeit von Kristin Pösch 2000:

Rechtsextreme Orientierung, Gewaltakzeptanz und Gewalttätigkeit

AP 15, Dezember 2000, 32 Seiten, 3,50 €

Martin Arnold 2005:

Gütekraft (Satjagrah): Thema für die Friedens- und Konfliktforschung, Osnabrück

AP 16, April 2001, 2. überarbeitete Neuauflage 2005, 20 Seiten, 2,50 €, ISBN 3-935431-71-6

Barbara Müller 2005:

Möglichkeiten der Förderung von Friedensallianzen in Konfliktregionen durch externe Basisorganisationen. Bericht über ein Aktionsforschungsprojekt in Kroatien, Osnabrück

AP 17, Januar 2002, 2. überarbeitete Neuauflage 2005, 48 Seiten, 4,00 €, ISBN 3-935431-72-4

Martin Arnold 2005:

Basistext - Was untersucht die Gütekraftforschung? Aus der Arbeitsgruppe Gütekraft, Osnabrück

AP 18, März 2003, 2. überarbeitete Neuauflage 2005, 24 Seiten, 3,50 €, ISBN 3-935431-73-2

Albert Fuchs 2005:

Kultur und Krieg, Osnabrück

AP 19, Juni 2003, 2. überarbeitete Neuauflage 2005, 34 Seiten, 3,50 €, ISBN 935431-74-0

Barbara Müller und Christine Schweitzer (Hrsg.) 2005:

Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung, Osnabrück

AP 20, November 2005, 1. Auflage 2005, 148 Seiten, 9,90 €, ISBN 935431-76-7

Studien zur Gewaltfreiheit:

Barbara Müller 1995:

Passiver Widerstand im Ruhrkampf. Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen, Münster

Band 1, 530 Seiten, 19,50 €

Christian W. Büttner 1995:

Friedensbrigaden: Zivile Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien Methoden, Münster

Band 2, 147 Seiten, 10,00 €

Uwe Painke 2001:

Ein Stadtteil macht mobil. Gemeinwesen gegen Gewaltkriminalität. Neighborhood Safety in den USA, Münster

Band 3, 504 Seiten, 19,00 €, ISBN 3-8258-5600-3

Burkhard Bläsi 2001:

Konflikttransformation durch Gütekraft. Interpersonale Veränderungsprozesse, Münster

Band 4, 202 Seiten, 10,00 €

In Mitherausgeberschaft:

Christoph Besemer 1999:

Konflikte verstehen und lösen lernen

Ein Erklärungs- und Handlungsmodell zur Entwurzelung von Gewalt von Pat Patfoort

Mitherausgeber: Werkstatt für gewaltfreie Aktion, Baden; Heidelberg und Wahlenau

142 Seiten, 7,50 €, ISBN 3-930010-06-2

Bund für Soziale Verteidigung

Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen

Wer wir sind und was wir wollen



Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV)

Der BSV ist ein pazifistisch-antimilitaristischer Mitglieder- und Dachverband. Er hat ungefähr 450 Einzelmitglieder und 45 Mitgliedsgruppen und -organisationen. Einige dieser Organisationen haben als Trägerorganisationen besondere Verantwortung für die Entwicklung der Politik des Bundes für Soziale Verteidigung übernommen.

Gegründet wurde der BSV 1989 nach dem Kongress „Wege zur Sozialen Verteidigung“, der 1988 in Minden über 1.000 TeilnehmerInnen versammelte. Die Geschäftsstelle des BSV ist in Minden/Westfalen, an der Bahnstrecke zwischen Bielefeld und Hannover gelegen.

Soziale Verteidigung

Soziale Verteidigung wird vom BSV verstanden als Verteidigung der Institutionen und Werte der Zivilgesellschaft mit gewaltfreien Mitteln. Verteidigung bedeutet hier die Bewahrung des Lebens und der Möglichkeiten zu sozialer Veränderung und der Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen und Militärgewalt hier und anderswo. Ziel derjenigen, die Soziale Verteidigung in diesem Sinne als neue Methode zur Regelung selbst „großräumiger“ Konflikte befürworten, ist ein Zusammenleben der Völker und Nationen in sozialer Gerechtigkeit und gegenseitigem Respekt.

Arbeitsergebnisse des BSV

- Ausarbeitung des Konzepts eines Zivilen Friedensdienstes, auf dessen Grundlage sich mit unserer Hilfe das Forum Ziviler Friedensdienst bildete
- Begleitung und Mitarbeit am viermonatigen Qualifizierungskurs in ziviler Konfliktbearbeitung für Personen, die einen Friedensfachdienst im Ausland absolvieren wollen
- Gründung und Begleitung des Balkan Peace Teams (1994-2001), das lange vor dem Kosovo-Krieg den Dialog zwischen verfeindeten Volksgruppen und den Schutz von Menschenrechten im ehemaligen Jugoslawien förderte.
- zahlreiche Veröffentlichungen:
- „Hintergrund- und Diskussionspapiere“ zu Streitschlichtungsprogrammen an Schulen, gewaltfreien Kampagnen, Pazifismus und Militärkritik etc. sowie Trainingshandbücher für MultiplikatorInnen in der Jugendarbeit
- Informationsblätter zu: Soziale Verteidigung, Zivile Konfliktbearbeitung, Gewaltfreie Intervention etc.
- Bücher; aktuell: Johan Galtung et al: „Neue Wege zum Frieden“
- unser vierteljährlicher Rundbrief „SOZIALE VERTEIDIGUNG“
- Mitarbeit an der Entwicklung von Lehrplänen zu Fragen der Gewaltprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung mit dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung von Nordrhein-Westfalen
- Vernetzung und Qualifizierung hunderter MultiplikatorInnen in nordrhein-westfälischen Kommunen
- Erarbeitung kommunaler Handlungskonzepte und Konfliktanalysen
- aktive Mitarbeit bei kriegs- und militärkritischen Kampagnen der Friedensbewegung

Aus der Mindener Erklärung von 1988

„Der Bund für Soziale Verteidigung ist ein Zusammenschluss von Menschen, die sich darin einig sind, dass es an der Zeit ist, gewaltfreie Formen und Methoden der Konfliktbewältigung durchzusetzen, Gewaltverhältnisse abzuschaffen und eine entmilitarisierte, ökologisch verantwortbare und gerechte Gesellschaft aufzubauen.“

Mitgliedschaft und Fördermöglichkeiten

Mit Ihrer Spende, ihrer Mitarbeit in unseren Arbeitsgruppen und Projekten oder Ihrer Mitgliedschaft im Bund für Soziale Verteidigung ermöglichen Sie uns, auch weiterhin als Fachverband für die Friedensbewegung gewaltfreie Alternativen zum Militär zu entwickeln, in Pilotprojekten zu erproben sowie in Politik und Gesellschaft zu verankern.

Der BSV ist ein gemeinnütziger Verein. An ihn entrichtete Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
☎ 0571-29456, 📠 0571-23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Spendenkonto

Sparkasse Minden-Lübbecke
Konto: 89 420 814
BLZ: 490 501 01

Aktuelle Tätigkeitsfelder

Gewaltfreie Intervention in internationalen Krisen

Nach der grundsätzlichen Etablierung des „Zivilen Friedensdienstes“ als Ergänzung der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt der BSV die internationale Nonviolent Peaceforce und ihren Aufbau von Kapazitäten für gewaltfreie Interventionen im größeren Maßstab (www.nonviolent-peaceforce.de).

In Israel und Palästina unterstützt der BSV lokale Friedensorganisationen. Hierzu gehören unter anderem die Organisation von Öffentlichkeitsarbeit, Touren israelischer und palästinensischer FriedensaktivistInnen in deutschen Schulen, Qualifizierung von einheimischen Friedensfachkräften und die Arbeit der Friedensfachkraft Anne Crummenerl bei den Jahalin-Beduinern. (www.jahalin.net) Für 2006 ist ein Pilotprojekt gewaltfreien Eingreifens in größerem Maßstab mit 10 europäischen Friedensfachkräften geplant.

Auf der europäischen Ebene unterstützen wir die Arbeit des Europäischen Netzwerks Ziviler Friedensdienste (en-cps), des Europäischen Friedensbüros (EPLO) und der Nonviolent Peaceforce für die Entwicklung europäischer Friedensfachdienste und die Integration ziviler Friedensarbeit in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Bildung für eine Gewaltfreie Gesellschaft

Als BSV setzen wir auf systemische Lösungen um eine Kultur der gewaltfreien Konfliktlösung in der Gesellschaft zu verankern. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit ist daher die Gründung, Begleitung und Qualifizierung von kommunalen Netzwerken und die Expertise im Rahmen des Projekts Konstruktive Konfliktbearbeitung im kommunalen Zusammenhang in Nordrhein-Westfalen. Zur Bearbeitung komplexer Großgruppenkonflikte versuchen wir die französische Therapie Sociale in Deutschland zu etablieren, weil dieser Ansatz therapeutische Intervention und interkulturelle Qualifizierung mit einem Konzept der partizipativen Nachbarschaftsentwicklung verbindet.

Im Bereich Schule organisieren wir die bundesweite Vernetzung und Weiterentwicklung von Streitschlichtungsprojekten durch jährliche Kongresse (www.streitschlichtungskongress.de). Mit der kostenlosen Vergabe von 10.000 Postern und Trainings unterstützen wir seit 2003 die Verbreitung und Anwendung des innovativen No-Blame-Approach gegen Mobbing.

Auf europäischer Ebene arbeiten wir mit 14 Partnerorganisationen am Austausch und der Weiterentwicklung von Trainingskonzepten. Mit Förderung der Bundesregierung unterstützen wir in Belarus die Einführung eines Curriculums zur konstruktiven Konfliktbearbeitung in der LehrerInnenfortbildung.

Zur Verbreitung und Qualifizierung der gewaltfreien Konfliktkultur betreuen wir den nordrhein-westfälischen Bildungsserver (www.learnline.nrw.de/angebote/konfliktkultur) und bieten Trainings, Trainingshandbücher und Hintergrundpapiere an.

Pazifismus und Militärkritik

Der BSV unterstützt die Kooperation für den Frieden und beteiligt sich an aktuellen Kampagnen gegen Rüstung, Militär und Kriegseinsätze. Auf Fachtagungen, in Pressemitteilungen und Publikationen regt der BSV die Weiterentwicklung ziviler Konzepte und Kapazitäten zur Konfliktbearbeitung an und klagt die Umwidmung der vorgeblich für die Friedenssicherung verschwendeten Militärausgaben ein.

Arbeitsgruppen im BSV

- **Bildungsarbeit für eine gewaltfreie Gesellschaft**
Die Arbeitsgruppe begleitet die Profilbildung und innovative Weiterentwicklung des Bildungsbereichs im BSV.
- **Nonviolent Peaceforce**
Die mit dem Forum Ziviler Friedensdienst gemeinsam geführte Arbeitsgruppe organisiert Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying für die Nonviolent Peaceforce in Deutschland und begleitet die konzeptionelle Weiterentwicklung der NP und ihres Pilotprojekts in Sri Lanka.
- **Israel/Palästina**
Die Arbeitsgruppe begleitet die Zivile Friedensfachkraft Anna Crummenerl im Projekt mit den Jahalin-Beduinern in der Westbank und die Schultouren mit israelischen und palästinensischen FriedensaktivistInnen von Breaking Barriers. Darüberhinaus berät sie den BSV in der konzeptionellen Weiterentwicklung seiner Arbeit in Israel und Palästina und erkundet zur Zeit die Möglichkeit eines größeren Projekts in Gaza.
- **Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung e.V.**
Das Forschungsinstitut an der Schnittstelle zwischen Friedensarbeit und Forschung ermöglicht den kollegialen Austausch zwischen unabhängigen Forschenden und die Realisierung wissenschaftlicher Projekte aus der Friedensbewegung.
- **Friedenssteuer**
Die Initiative Friedenssteuer versucht durch Lobbyarbeit und öffentlichen Druck ein Recht auf Verweigerung von Kriegssteuern zu erreichen.

Sozio-Publishing Publikationsprogramm (Auszüge)

Barbara Müller (IFGK) 2005:

Konfliktbearbeitung und Friedensförderung - Zugänge - Begriffe - Instrumente - Konzepte

Präsentations-CD-ROM, ISBN 3-935431-30-9, € 6,00

Was verbirgt sich hinter den Stichworten von Multi-Track-Diplomacy, Akteurspyramide usw.? Was erklären die Konzepte, wo kommen sie her und was sind ihre Stärken und Schwächen? Die CD „Konfliktbearbeitung und Friedensförderung“ liefert einen Streifzug durch gängige Konzepte und Fragestellungen, macht mit den zentralen Begriffen bekannt und verweist auf Quellen und weiterführende Literatur. Für EinsteigerInnen zum Reinschnuppern und für die erste Orientierung, anhand von aktuellen Forschungsergebnissen zusammengestellt.

Michael Pittwald 2004: **Kindersoldaten, neue Kriege und Gewaltmärkte**

120 Seiten, ISBN 3-935431-02-3, € 16,80

Dazu schreibt Jürgen Nieth in *Wissenschaft und Frieden* 4/2004, S. 58: „Erfreulich, dass der Autor nicht nur die umfangreiche Literatur und die vorhandenen Studien zum Thema Kindersoldaten auswertet, sondern das Problem Kindersoldaten im politisch-ökonomischen Zusammenhang beleuchtet. Seiner Schlussfolgerung ist zuzustimmen: *Das Problem Kindersoldaten ist heute nur im Rahmen einer konsequenten Armutsbekämpfung zu bewältigen - und zwar bezogen auf einen umfassenden Armutsbegriff, der nicht allein die ökonomische Seite in den Fokus rückt ... Armutsbekämpfung (muss) zugleich Antikriegs- bzw. Friedenspolitik sein.*“

Barbara Müller 2005: **Möglichkeiten der Förderung von Friedensallianzen in Konfliktregionen durch externe Basisorganisationen** - Bericht über ein Aktionsforschungsprojekt in Kroatien

48 Seiten, 2. überarbeitete Neuauflage, ISBN 3-935431-72-4, € 4,00

Martin Arnold 2005: **Gütekraft (Satjagrah): Thema für die Friedens- und Konfliktforschung**

20 Seiten, 2. überarbeitete Neuauflage, ISBN 3-935431-71-6, € 2,50

Martin Arnold 2005: **Basistext - Was untersucht die Gütekraftforschung?** Aus der Arbeitsgruppe Gütekraft

24 Seiten, 2. überarbeitete Neuauflage, ISBN 3-935431-73-2, € 3,50

Albert Fuchs 2005: **Kultur und Krieg**

34 Seiten, 2. überarbeitete Neuauflage, ISBN 935431-74-0, € 3,50

Albert Fuchs/Claudia Schuchart 2005: **Gewaltwahrnehmung und Gewaltbegriff**

Wie (un-) bestimmt ist der Alltagssprachgebrauch von „Gewalt“?

24 Seiten, 2. überarbeitete Neuauflage, ISBN 935431-75-9, € 3,50 €

Barbara Müller und Christine Schweitzer 2005: **Zur Aktualität von Sozialer Verteidigung**

148 Seiten, 1. Auflage, ISBN 935431-76-7, 9,90 €

Ulrich Rückin u. a. 2005: **Armut und Reichtum**

2. überarbeitete Auflage, 24 Seiten, div. Schaubilder, ISBN 3-935431-03-1, € 3,50

Diese Broschüre stellt knapp und übersichtlich - auf der Grundlage wissenschaftlicher Publikationen - die zentralen Fakten zu Armut und Reichtum in Deutschland dar. Vorangestellt ist eine ausführliche Begründung, warum Armutsbekämpfung für menschenrechtlich zwingend notwendig und eine sozial gerechtere Verteilung für möglich gehalten wird. Zum Abschluss werden Vorschläge zur Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Teilhabe gemacht.

Heike Hellmeister u. a. 2005: **Armutsverläufe**

24 Seiten, div. farbige Schaubilder und Fotos, ISBN 3-935431-06-6, € 7,50

Die Publikation „Armutsverläufe“ porträtiert sechs von relativer Armut betroffene oder bedrohte Haushalte im Abstand von vier Jahren in Text und Bildern. Damit klärt sie über die Lage von Menschen am unteren Rand dieser Gesellschaft auf. Sie versucht, auch ihnen eine hörbare Stimme zu verleihen.

Die zugrunde liegenden Leitfadeninterviews wurden im Abstand von mehreren Jahren zwei mal geführt. So kann in der Publikation ebenfalls dargestellt werden, welche äußeren Bedingungen und individuellen Entscheidungen sich positiv bzw. negativ auf die Lage der Betroffenen ausgewirkt haben. Hieraus lassen sich sozialpolitische Handlungsnotwendigkeiten ableiten.

Eine allgemeine Einführung zum Begriff relativer Armut und aktuelle Daten zu Armut und Reichtum in Deutschland sind den Personenporträts vorangestellt. Die Publikation wurde zusammen mit den Betroffenen erarbeitet.

Norbert Böker u. a. 2004: **Mythen des Neoliberalismus**

Audio-CD Stereo (Hörbuch), ISBN 3-935431-20-1, € 7,90

Dieses Hörbuch ist aus Ärger entstanden. Aus Ärger darüber, dass die Opfer der gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise zu den Schuldigen gemacht werden. Es dokumentiert die teils absurden Behauptungen und Mythen, die dafür herhalten müssen und stellt ihnen die tatsächlichen Fakten gegenüber.

Rainer Mönkediek (Hrsg.) u. a. 2005: **Neue Herausforderungen und Perspektiven im subsaharischen Afrika**

Entwicklungspolitisches Versagen und kommerzielle Interessen

AutorInnen: Dr. Martina Backes, Dr. Harald Bortz, Prof. Dr. Stefan Brüne, Dr. Sabine Fiedler-Conradi, Prof. Dr. Dr. h.c. Goldberg, Anne Jung, Jürgen Kaiser, Prof. Dr. Reinhart Kößler, Hein Möllers, Birgit Morgenrath, Dr. TERENCE Nsanze, Dieter Tewes, Klaus Schilder, Dr. Lutz van Dijk, Dr. Andreas Wulf, Patrick F.A. Wurster

Subsahara-Afrika haftet häufig das Bild an, eine der größten Krisenregionen der Erde zu sein. Unterstützt wird diese Sicht von den Medien mit ihren Berichten über Katastrophen, Kriege, Flüchtlingselend, Armut und politischer Günstlingswirtschaft. Was oder wer aber hat diese Krisen verursacht und warum gehören die meisten Länder Subsahara-Afrikas in die Kategorie der least developed countries?

Dieses informative Kompendium versucht Antworten zu geben. Es versammelt fachkundige Autorinnen und Autoren aus vielen Sparten der Entwicklungspolitik, die über Mächte und Märkte, Aids und Tourismus, Globalisierung und Korruption, Krieg und Friedensbemühungen berichten, die sich über die Nachwirkungen des Kolonialismus und über selbstverschuldete Probleme äußern, über den Sinn europäischer und internationaler Entwicklungspolitik nachdenken, über die Stellung der Kirche reflektieren und das Streben nach Demokratie, neue Ordnungen und politische Zusammenhänge analysieren.

Diese Vielfalt von Blickwinkeln über den Stellenwert und die Bedingtheit der aktuellen Probleme Subsahara-Afrikas machen dieses Buch zu einem informativen Nachschlagewerk für alle Interessierte, für die Bildungsarbeit und für den Unterricht.

Bestellungen können über jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag erfolgen.

Weitere Publikationen und Informationen (Buchbesprechungen, AutorInnen, Lese- und Hörproben usw.) unter www.sozio-publishing.de im Internet.

Sozio-Publishing

Schloss-Str. 81, 49080 Osnabrück

☎ 0541 - 8602392

☎ 0541 - 8602391

✉ info@sozio-publishing.de

€ 9,90

ISBN 3-935431-76-7



Sozio-Publishing